

Amerikas Terrorkreuzzug

"Das Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land."

Hermann Göring in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, 18.4.1946,
zitiert nach »Nürnberger Tagebuch« von G.M. Gilbert

Dennis Kirstein

Amerikas Terrorkreuzzug

**Kriege, Folter und Menschenrechtsverletzungen
im 21. Jahrhundert**

Über den Autor:

Dennis Kirstein wurde 1980 in Stuttgart geboren. Als Amerikakenner beschäftigt er sich seit vielen Jahren mit der amerikanischen Außenpolitik und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Als Sympathisant von Amnesty International und Greenpeace setzt er sich für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt ein. Von 1999 bis 2007 war Kirstein leitender Chefredakteur der populärwissenschaftlichen Fachzeitschrift *Incognitas*. In den Jahren 2002 und 2004 veröffentlichte er seine bisherigen Bücher „UFO – Anatomie eines Phänomens“ und „Aktenzeichen 9/11“. In regelmäßigen Abständen tritt Kirstein in Presse, Funk und TV in Erscheinung, so u.a. im Herbst 2007 als Experte in der Dokutainmentreihe „Galileo Mystery“ und im Frühjahr 2008 im schwedischen öffentlich rechtlichen Sender „UR“.

© Mai 2008 by Dennis Kirstein, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere das Recht der mechanischen, elektronischen oder fotografischen Vervielfältigung, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, des Nachdrucks in Zeitschriften oder Zeitungen, des öffentlichen Vortrags, der Verfilmung oder Dramatisierung, der Übertragung durch Rundfunk, Fernsehen oder Video, der Darstellung im Internet, auch einzelner Text- und Bildteile.

Umschlaggestaltung: Dennis Kirstein

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN: 978-3-837059-87-8

Inhalt

Vorwort

Washingtons Anti-Amerikanismus	7
--------------------------------------	---

Kapitel I – Die Basis

1. Der von Gott Gesandte	12
2. Ein amerikanisches Jahrhundert	24
3. Das demokratische Desaster	29
4. Die Macht der christlichen Rechte	37
5. Hausgemachter Terrorismus	47
6. Der „Hundesohn“ der CIA	52

Kapitel II – Der Auftakt

1. Der 11. September und die Mitschuld	58
2. Das schwarze Gold	69
4. Das Massaker von Qala Jangi	77

Kapitel III – Der Terror kommt

1. Einbahnstraßenpolitik	84
2. Chronik eines gewollten Krieges	91
3. Lügen, nichts als Lügen	100
4. Falludscha – Stadt in Brand	112

5. Die Toten von Haditha	117
6. Die Privatisierung des Krieges	119
7. Eine Schreckensbilanz	134
8. Abu Ghraib – Folter auf Befehl	139

Kapitel IV – Flüge in die Folterkammer

1. Menschenverschleppungen der CIA	154
2. Guantanamo – Lager der Verdammten	161

Kapitel V – Die Saat ist gestreut

1. Der patriotische, große Bruder	180
2. Krieg der Sterne – Kalter Krieg reloaded	186

Nachwort

Game over, Mr. Bush – Die Chance für den Neuanfang?	192
---	-----

Danksagung	197
-------------------------	-----

Quellen	198
----------------------	-----

Washingtons Anti-Amerikanismus

20. Januar 2001. Die dunklen Wolken über Washington D.C. ließen den Regen niederprasseln als wollte uns die Erde von ihrem Leid klagen. Das Wetter an jenem Tag stand sinnbildlich für die US-amerikanische Politik im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Es war der Tag von George W. Bushs Amtseinführung.

Unter den Regen mischten sich einige faule Eier, begleitet von unzähligen Buhrufen. Zum ersten Mal beschloss der Secret Service den neuen Präsidenten die letzten Meter nicht zu Fuß gehen zu lassen. Die Proteste, sowohl der Menschen auf der Straße als auch die von Mutter Erde, waren so heftig, dass man George Bush direkt bis vor das Podium fuhr, auf dem er wenig später seinen Amtseid ablegte.

Es ist ja nicht so, dass man sowohl im In- als auch im Ausland die Amtseinführung und das erste dreivierteil Jahr seiner Präsidentschaft nicht kritisch verfolgte. Wenn man sich an die ersten Monate zurückerinnert, wird man feststellen, dass kaum jemand den neuen Präsidenten überhaupt ernst nahm. Zu viele lustige Versprecher, zu viele politische Bildungslücken und eine zu offensichtliche Cowboymentalität ließen ihn eher als Karikatur erscheinen, denn als ernstzunehmende Gefahr für Demokratie und Freiheit.

Ein Dienstag im September sollte uns unseren Humor nehmen. Als in New York die Zwillingstürme fielen, wuchs der Neokonservatismus in ungeahnte Höhen. Der Schutt des World Trade Centers wurde zum Nährboden einer christlich fundamentalen Politik, die die Welt in den folgenden Jahren an den Rand eines Dritten Weltkriegs, dem Krieg der Kulturen, führen sollte.

Nach Ende des Kalten Kriegs und dem Zusammenbruch des Kommunismus in der ehemaligen UdSSR verloren die Neokonservativen zusehends ihre Daseinsberechtigung, das ultimative Böse war besiegt. Die Amerikaner sehnten sich nach einer Zeit der Stabilität und einem Neuanfang. Dies brachten die Präsidentschaftswahlen 1991 zum Ausdruck, die George H. W. Bush gegen Bill Clinton verlor und nach nur vier Jahren den Schreibtisch im Oval Office räumen musste. Die Binnenwirtschaft unter Clinton florierte und es gelang den Demokraten erstmals nach Jahren des Defizits einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu präsentieren. Selbst seine sexuellen Ausschweifungen mit der Praktikantin Monika Lewinski konnten seiner Popularität nicht schaden.

Nach acht Jahren der wirtschaftlichen und politischen Stabilität endete die Ära Clinton im Weißen Haus und im anschließenden Präsidentschaftswahlkampf zwischen George Bush und Al Gore gelang es den Demokraten nicht, das Zep-ter in den eigenen Reihen weiterzureichen. Viele Amerikaner erkennen erst heute, welche Chance ihnen mit einem Präsident Gore entgangen ist. Der als phlegmatisch abgestempelte Gore gewann 2000 in Meinungsumfragen kein Land gegenüber dem Cowboy mit der lockeren Wortwahl. Heute, acht Jahre später, wünschten sich viele Amerikaner, sie hätten damals mehr auf Inhalte anstatt auf Ausstrahlung wert gelegt. Gore genießt in den USA dank seines Feldzugs zur Aufklärung über den Klimawandel mittlerweile solch einen guten Ruf, dass zu Beginn der demokratischen Präsidentschaftsvorwahlen 2008 Stimmen laut wurden, die sich ihn erneut als Kandidat der Demokraten im Rennen um das Weiße Haus wünschten. Dank seiner Dokumentation „*Eine unbequeme Wahrheit*“ und seines damit einhergehenden Engagements in Klimaschutzfragen genießt Al Gore weltweit höchstes Ansehen. Er war klug genug, sich nicht von diesen Stimmen verleiten zu lassen, denn in Washington gibt es in diesen Tagen keine Beliebtheitspokale zu gewinnen. Das die Welt mit ihm als führender Kopf der Supermacht eine gänzlich andere wäre, darüber herrscht weitgehend Einigkeit. Es lässt sich nur spekulieren, ob die Anschläge des 11. September 2001 auch unter einem Präsidenten Gore stattgefunden hätten, möglicherweise schon, doch Amerikas Reaktion darauf wäre freilich eine andere gewesen.

Die Politik der Neokonservativen unter George W. Bush machte den Anti-Amerikanismus in Europa und weltweit wieder hoffähig. Zu Anfang völlig irritiert, verstanden viele der Amerikaner im Laufe der Jahre von selbst, was uns an diesem „Terror – Made in USA“ nicht gefiel. Zugegeben: Auch in diesem Buch werden die Vereinigten Staaten von Amerika in keinem guten Licht stehen. Zuviel ist geschehen, was öffentlich gemacht werden muss. Doch ist dies gleichzusetzen mit Anti-Amerikanismus? Ich denke nicht. Ich behaupte sogar, dass es Amerikanismus in seiner reinsten Form ist, wenn man die Geschehnisse des letzten Jahrzehnts kritisch aufarbeitet. Im Gegensatz dazu steht das Verhalten der Bush-Administration, dass zutiefst anti-amerikanisch ist. Den Pfad der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, all diese Werte, die eine Demokratie auszeichnen, haben sie in ihrem modernen Imperialismuswahn verloren. Doch wer mit dem Finger auf andere zeigt, der zeigt auch stets mit drei Fingern auf sich selbst. Wir dürfen in unserer kritischen Auseinandersetzung mit den USA nicht vergessen, dass Europa, im Speziellen Deutschland, meist Schritt hält und selbst Schröders Nein zum Irakkrieg durch Überflugrechte und Hilfe im Umgang mit Terrorverdächtigen aufgeweicht wurde. Ebenso haben viele bereits vergessen, dass es Bundeskanzlerin Merkel in ihrer damaligen Rolle als Vorsitzende der Oppositionspartei CDU war, die auf eigene Kosten

bei Präsident Bush vorstellig wurde und ihm versicherte, dass nicht alle Deutschen so dächten wie Schröder und Fischer, die sich offen gegen den Krieg im Irak aussprachen. Aus heutiger Sicht sollte sich Frau Merkel für diese Reise in Grund und Boden schämen. Auch wenn ich mich in diesem Buch auf die Kriege, Folter und Menschenrechtsverletzungen der USA im 21. Jahrhundert konzentrieren möchte, sollten wir unser eigenes Versagen in diesen Zeiten stets im Hinterkopf behalten.

Ich selbst bin ein Mensch der modernen Popkultur und als Teil dieser kommt man alltäglich mit amerikanischen Produkten in Berührung. Seien es nun der Musiksender MTV, die zahlreichen Fast-Food-Restaurants oder die Bluejeans, die schon so in unserer Kultur verankert sind, das wir sie als ein Teil davon wahrnehmen. Keiner von uns kann sich der amerikanischen Lebensart heute noch entziehen. Und so sehr sie auch ihre Schattenseiten hat, haben wir sie doch alle auch lieben gelernt. Wer ist nicht froh, schnell im Internet mal etwas „googeln“ zu können, sich Abends einen Burger zu genehmigen, um dem lästigen Kochen am Herd nach einem stressigen Arbeitstag zu entfliehen oder sich von Blockbustern der Marke Hollywood für kurze Zeit in eine andere Realität entführen zu lassen? Ganz zu schweigen von der knallgelben Familie Simpson aus Springfield, die auch hierzulande absoluten Kultstatus erreicht hat.

Ich habe die USA bisher zweimal persönlich besucht. Hängen geblieben sind die atemberaubenden Naturbilder vom Grand Canyon, dem Death Valley oder den Jahrtausende alten Mammutbäumen nahe San Francisco. Dem einher ging stets eine weltoffene und warmherzige Gastfreundschaft. Selbst als deutscher Staatsbürger, der in Hollywoodfilmen meist an den Stereotypen des Nationalsozialisten erinnert, wird man in den USA immer freundlich empfangen, selbst wenn mir in einem Fahnenladen an der San Francisco Bay noch immer die Hakenkreuzfahne unter dem Titel „Germany 1“ zum Kauf angeboten wurde.

Unsere Kontinente, die sich geografisch zwar jedes Jahr weiter von einander entfernen, waren sich kulturell noch nie so nahe wie heute. Europäische Produkte, allen voran die deutschen Edellimosinen, genießen in den USA den höchsten Stellenwert, ebenso wie wir nicht mehr auf Coca-Cola und Co. verzichten möchten. Wer daher bei jeglicher Kritik an der amerikanischen Außenpolitik von Anti-Amerikanismus spricht, der hat nicht verstanden, um was es in der Sache geht, oder aber, möchte es gar nicht verstehen. In diesem Fall lohnt es sich nicht, die weiteren Seiten dieses Buchs zu lesen. Wer sich aber offen und ohne Scheuklappen mit einigen der dunkelsten Kapitel unserer jüngsten Weltgeschichte auseinandersetzen will, dem möchte ich die nachfolgenden Seiten ans Herz legen. In meiner rund zweijährigen Recherchearbeit war es mir ein Bedürfnis, das letzte Jahrzehnt amerikanischer Außenpolitik in einem Buch zusammenzutragen, das Antworten für all jene geben soll, die sich fragen, wes-

halb wir heute, im Jahr 2008, dort stehen wo die internationale Staatengemeinschaft niemals wieder hinkommen wollte: in einem Kampf der Kulturen, am Rande eines neuen Kalten Kriegs, einer endgültigen und durch Sicherheitszäune visuell wahrnehmbaren Abspaltung der reichen gegenüber den armen Ländern und vor dem Ende demokratischer Strukturen in Hinsicht auf Schutz der Persönlichkeitsrechte in den USA und in Europa. Ob mir das in ausreichender Form gelungen ist, darüber entscheiden letztendlich Sie.

Dennis Kirstein
Stuttgart, im April 2008

KAPITEL I

Die Basis

Es ist wohl kein Antiamerikanismus, wenn man feststelle, dass innerhalb des gesamten Terrorismus auch der CIA eine terroristische Organisation ist.

(Günter Grass, Tagung der Akademie d. Künste in Berlin, 24.1.2002)

Nützen sie dir, dann sind es Terroristen - nützen sie mir dann sind es Patrioten.

Bush, seine Kriegstreiber und Finanziere aus Rüstung und Ölindustrie gehören - wenn es so etwas wie Weltgerechtigkeit gäbe - neben Saddam Hussein und Milosevic auf die Anklagebank.

(Günter Wallraff, dt. Schriftsteller)

Die im Ausland stationierten amerikanischen Streitkräfte [...] sind die Kavallerie im neuen amerikanischen Grenzland.

(Rebuilding America's Defenses, PNAC-Studie)

1. Der von Gott Gesandte

Es gibt in der amerikanischen Geschichte Familien, die das Land prägten. Die einen taten es im Showbusiness wie die Baldwins, die anderen auf dem politischen Parkett wie die Kennedys oder Roosevelts. Nur wenige Familien haben es geschafft, sich über sechs Jahrzehnte hinweg zur politischen und wirtschaftlichen Elite der amerikanischen Gesellschaft zählen zu dürfen. So auch die Bushs. Ihr Stammbaum lässt sich bis in das 14. Jahrhundert zurückverfolgen und man stellt fest, dass sie über fünf Ecken sogar mit der britischen Königsfamilie verwandt ist und Franklin Pierce, der 14. Präsident der USA, ein direkter Vorfahre von George Bushs Mutter Barbara ist.

In der jüngeren Geschichte war George Bushs Großvater väterlicherseits, Prescott Bush, Senator von Connecticut und sein Vater George Herbert Walker Bush, wie allgemein bekannt, von 1988-1992 der 41. Präsident der USA. Sein Bruder, Jeb Bush, ist der aktuelle Gouverneur von Florida.

Den Grundstein für den Aufstieg der Familie in der jüngeren Geschichte legte Prescott Bush. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass Prescott Bush unter den Finanziers von Adolf Hitler zu finden ist und zusätzlich in enormem Ausmaße von der deutschen Kriegsmaschinerie profitierte. Die Autoren Webster G. Tarpley und Anton Chaitkin beschreiben die Lage in ihrem Buch *„George Bush: Die nicht autorisierte Biografie“* wie folgt: *„Prescott Bush und die anderen Direktoren der Union Banking Company waren die Verhandlungspartner der Nazis, wobei die Regierung der USA die Frage „In wie weit waren Hitlers Nazis selbst angeheuert, bewaffnet und angewiesen durch die New Yorker und Londoner Banken-Clique, deren ausführender Manager Prescott Bush gewesen ist?“ vermeiden möchte.“*

Es stellt sich die Frage, inwiefern die Geheimdienste und die US Regierung eine direkte Beziehung zwischen Prescott Bush, der Thyssen Familie und dem Geschäft mit dem Tod während des zweiten Weltkrieges uneingeschränkt unterstützt haben? Sie leiteten das Blutgeld über die Union Banking Corporation (UBC) ab, wo Prescott Bush und sein Schwiegervater George Herbert Walker mit dem deutschen Geschäftsmann Fritz Thyssen und dem machtbesessenen Adolf Hitler vor und während des zweiten Weltkriegs zusammenkamen.

Sicher gab es auch andere Familien, die mit den Nazis Geschäfte machten, wie beispielsweise die Rockefellers, aber die Interessen der Bushs waren viel ausgeprägter. Es gab nicht nur finanzielle Verbindungen, sondern auch tief greifende geschäftliche Beteiligungen. Ein großer Teil der finanziellen Grundlage der Bush-Familie wurde durch ihre Unterstützung Adolf Hitlers und seines Nazi-Regimes geschaffen.

Sie schaffte den finanziellen und gesellschaftlichen Sprung in die Elite, weil ihr (Groß)-Vater das Naziregime unterstützt und ermutigt hatte. Um diesen

Vorwurf zu unterstreichen, wollen wir im Folgenden einen kurzen Einblick in die Verstrickungen Prescott Bushs mit dem Naziregime nehmen.

1922 reiste W. Averill Harriman, der unbeliebte Eisenbahnmagnat, nach Berlin, wo er sich mit Mitgliedern der Familie Thyssen traf, um eine Filialbank zu gründen. Präsident dieser Bank wurde George H. W., der Schwiegervater von Prescott Bush. Zwei Jahre später, 1924, wurde Union Banking Corporation (UBC) platziert, um gemeinsam mit Fritz Thyssens Bank Kräfte und Mittel zu forcieren. Geschäftsführer der UBC wurde niemand anderes als Prescott Bush. 1926 wird er Vizepräsident und geschäftsführender Gesellschafter beim Bankhaus Brown Brothers Harriman. Man achte auf den Namen, der ins Deutsche mit „Braune Brüder“ übersetzt wird. Weitere Gesellschafter von Brown Brothers wurden ehemalige Kommilitonen der Yale Universität, die allesamt Mitglieder des Ordens „Skulls and Bones“ waren.

Der große Finanzcrash zwischen 1929 und 1931 rüttelte Amerika, Deutschland und Großbritannien auf und schwächte die Regierungen. Etwa zur gleichen Zeit drängten einflussreiche Sympathisanten weltweit auf die Installation von Hitlers Naziregime in Deutschland.

Eine der Schlüsselfiguren dabei war der Geschäftspartner der Familie Bush - Fritz Thyssen. Thyssen war der Erste, der die Nazis finanziell unterstützte, indem er ihnen 25.000 US-Dollar Mitte der 1920er Jahre spendete. 1931 trat er in die NSDAP ein und wurde bald ein naher Vertrauter von Adolf Hitler. Über die Jahre wurde Thyssen als Hitlers wichtigster und prominentester Finanzier bekannt und avancierte zu einer Schlüsselfigur in Hitlers Aufstieg. Thyssen war fasziniert von Hitler, vor allem von dessen Fähigkeit, die Massen zu führen und zu manipulieren. Er war so offenkundig in seinem Lob und seiner Unterstützung, dass er sogar das Buch „*Ich bezahlte Hitler*“ schrieb, in dem er sauber über die Rolle, die er im Nationalsozialismus seit Oktober 1923 spielte, berichtete. Demzufolge etablierte Thyssen bereits im Jahre 1926 den 'German Steel Trust', der von Clarence Dillon gegründet wurde. Als einer der Unterstützer und Freunde Clarence Dillons galt Sam Bush, Prescott Bushs Vater. So wurde Fritz Thyssen zu einer der schillernden Schlüsselfiguren der Kriegsmaschinerie in Deutschland. Zudem waren die Thyssens durch zahlreiche Bankbeteiligungen in der Lage, ihr Geld in weiser Voraussicht von Berlin aus über die Niederlande nach New York zu transferieren, um ihren Profit auch nach Ende des Krieges ihr Eigen nennen zu können. Die Familie Thyssen gründete drei in hohem Grade wichtige Banken während der zwanziger Jahre:

- 1) August Thyssen Bank – Berlin
- 2) Bank voor Handel en Scheepvaart – Niederlande
- 3) Union Banking Corporation (UBC) – New York City

Zu den Schlüsselfiguren zählte zum einen der Schwiegervater George Herbert Walker sowie Prescott Bush selbst. Die UBC wurde gegründet, um Kapital zwischen Manhattan und Deutschland über Thyssens niederländische Banken zu transferieren. Thyssen erhielt Unterstützung von der niederländischen Königsfamilie, die im Gegenzug ihr Geld, aufgeteilt unter mehreren Banken, verstecken durfte. Die UBC wurde zur geheimen Standleitung für Nazigeld während es von den USA in die Niederlande und dann nach Deutschland floss. Die Bank empfing das Geld von den Niederlanden und das Unternehmen Brown Brothers verteilte es auf allen Wegen. Sowohl in der UBC als auch bei Brown Brothers hatte Prescott Bush geschäftsführende Funktionen inne. Man könnte sagen, er war der Hauptgeldwäscher der Nazis. Auf einen Untersuchungsbericht der US-Regierung vom 10. Oktober 1942 hin, wurden sämtliche Aktien der UBC beschlagnahmt und Prescott Bush dem „*Handel mit dem Feind*“ bezichtigt. Kurz darauf wurden weitere Firmen, die in Verbindung mit ihm standen, durchsucht.

Im Nachhinein fand man heraus, dass über die Hälfte des Stahls und gut ein Drittel des Sprengstoffs sowie weitere wichtige Materialien der deutschen Gesamtausgaben für die Kriegsmaschinerie über die Union Banking Corporation (UBC) unter Leitung von Prescott Bush finanziert wurden. Er selbst verdiente am Geschäft mit Nazi-Deutschland ebenfalls sehr gut. Es gibt Quellen, die von einem Gewinn um die 1,5 Millionen US-Dollar sprechen.

Zu denen, die die Verbindungen zwischen den Bushs und den Nazis untersucht haben, gehört John Loftus, ein ehemaliger Staatsanwalt der Abteilung für Kriegsverbrechen des Justizministeriums, der jetzt dem Florida Holocaust Museum in Sankt Petersburg (USA) vorsteht. Loftus behauptet, dass dieses Geld - eine ansehnliche Summe zu jener Zeit - direkte Profite aus der Sklavenarbeit von Auschwitzopfern enthält. In einem Interview mit dem Journalisten Toby Rogers sagte der ehemalige Staatsanwalt:

"Es ist schlimm genug, dass die Bush-Familie Thyssen dabei half, das Geld für den Aufstieg Hitlers in den zwanziger Jahren aufzubringen, aber dem Feind in Zeiten des Krieges zu helfen, ist Verrat. Die Bush-Bank half den Thyssens, den Nazi-Stahl zu erzeugen, der alliierte Soldaten tötete. So schlimm die Finanzierung der Kriegsmaschinerie der Nazis auch scheinen mag, aber Beihilfe und Unterstützung für den Holocaust zu leisten war schlimmer. In Thyssens Kohlegruben wurden jüdische Sklaven benutzt, als ob es Wegwerf-Chemikalien gewesen wären. Die Thyssen-Familie hat sechs Millionen Leichen im Keller, und was die Komplizenrolle der Bush-Familie angeht, so sind eine Unmenge an strafrechtlichen und historischen Fragen zu beantworten."

Walkers Sohn, George Herbert Walker Bush, heiratete, trotz klaffender Wunde auf der Stirn als Überbleibsel des zweiten Weltkriegs, am 6. Januar 1945 Barbara Pierce. Der angebliche Kriegsheld wurde vier Monate zuvor

während eines Einsatzes in der pazifischen Kriegsregion von einem japanischen Abwehrgeschütz getroffen und konnte sich nur durch einen Absprung von dem ins Meer stürzenden Flugzeug retten. Seine weitere Besatzung starb. 1988 traute sich ein Fliegerkollege an die Medien, der zum Zeitpunkt des Unglücks nur gut 30 Meter hinter Bush senior flog, das Unglück aber ganz anders in Erinnerung hat als es Bush während seines Wahlkampfes von 1988 nach außen hin darstellte und sich somit den Status eines Kriegshelden einheimste. Dem Fliegerkollegen nach zu urteilen, wäre sowohl die Maschine als auch die Besatzung mit einer Wasserlandung zu retten gewesen. Bushs Behauptung, wonach das Flugzeug schon brannte, seien falsch.

Als am 6. Juli 1946 George W. Bush das Licht der Welt erblickte, lebte die Familie in einem kleinen Appartement in New Haven, Connecticut und Bush Senior studierte an der bekannten Yale University und wurde Mitglied der elitären Phi Beta Kappa Verbindung, dessen Mitglieder fast nur aus Akademikern bestand. Nach dem Studium war es der einflussreiche Prescott Bush, der seinem Sohn die erste Arbeitsstelle bei einer Firma für Bohrausrüstungen zur Ölgewinnung in Odessa/Texas, verschaffte.

Prescott Bush besaß bereits seit 1928 Aktien der Firma, für eine ihrer Filialen nun sein eigener Sohn tätig war. Zudem wurde er kurze Zeit darauf zum Mitglied des Vorstands ernannt. Öl im Zusammenhang mit dem Namen Bush lässt heutzutage viele Menschen hellhörig werden. Nach kurzer Zeit verschlug es die Familie nach Midland, was etwa 20 Meilen nordwestlich von Odessa liegt. Dort arbeitete Bush senior als Vertreter und ging bei den ortsansässigen Ölunternehmen täglich ein und aus. Midland war zu jener Zeit die „Boomtown“ schlechthin. Jeder, der in Texas etwas mit dem Ölgeschäft zu tun hatte, baute in Midland.

Mit dem berufsbedingten Umzug der Familie von Midland nach Houston schickten sie ihren fünfzehnjährigen Sohn George auf das Jungen-Elite-Internat Phillips Academy in Andover/Massachusetts. Das Internat legte starken Wert auf die christliche Lehre. George Bushs heutiger fundamentaler christlicher Glaube wurde wohl bereits in den Jahren an der Phillips Academy geprägt. Dennoch bezeichnen ihn heute einige seiner ehemaligen Internatskameraden rückblickend, darunter der CBS-Fernsehproduzent Tom Seligson, als „*Klassenkasper*“ und „*Partyfan*“. In diesem Zusammenhang verwundert es auch nicht, dass der Dekan der Phillips Academy auf die Anfrage hin, George Bush wolle an der Yale University studieren, wie sein Vater und sein Großvater zuvor, eine Absage erteilte. Es fehlte ihm ganz einfach an Intelligenz.

Dass es ihm letztendlich doch gelang, an der renommierten Universität zu studieren, verdankte er allein seinem Großvater Prescott Bush, dem Senator von Connecticut, der seine Einflüsse und Beziehungen spielen ließ, um seinem Enkel einen Platz an der Universität zu sichern.

Kaum dort, trat er in den Geheimbund „Skulls and Bones“ ein, in dem auch sein Großvater und Vater Mitglieder waren. Der politisch rechtslastige und teils mit okkulten Riten operierende Geheimbund wurde 1833 von der Abschlussklasse der Yale University gegründet. Er gilt als Talentschmiede der Finanziere der Wall Street, die sich jedes Jahr von der jeweiligen Abschlussklasse die Besten herausfischen und ihnen eine große Karriere versichern. Wer bei den „Totenköpfen“ Mitglied war, musste sich um seine berufliche Zukunft nicht sorgen.

Wie bereits an der Phillips Academy war George Bush auch an der Yale University kein Verächter von Parties, Alkohol und Drogen. Ganz im Gegenteil. Bei all den Umtrieben war es nicht verwunderlich, dass er früher oder später auch mit den Vertretern des Gesetzes in Berührung kam. Wegen versuchten Diebstahls einer Feiertagsdekoration für das Verbindungshaus von Delta Kappa Epsilon (bei der er mittlerweile Präsident war) bekam er eine Anzeige wegen Ordnungswidrigkeit. Doch dem großen Namen und den Beziehungen seines Vaters sei Dank, wurde die Anzeige auf Wunsch eines Freundes von Bush Senior wieder fallen gelassen. Größeren Ärger mit dem Gesetz bekam Junior, als man ihm und seiner Verbindung vorwarf mit sadistischen und obszönen Riten Neuankömmlinge zu behandeln. Wer in die Verbindung aufgenommen werden wollte, musste sich mit einem Brandeisen ein Symbol in die Haut brennen lassen, so die Vorwürfe.

Anfang 1968 schloss George Bush sein Studium an der Yale University mit einem akademischen Grad in Geschichte, das einzige Fach, von dem er halbwegs etwas verstand, ab. Die Rückstellung seiner Wehrpflicht erlosch und er sorgte sich als einer von 500.000 jungen Amerikanern in den Krieg nach Vietnam eingezogen zu werden, von denen wöchentlich gut 350 tot zurückkamen.

Den Wehrdienst komplett zu verweigern hätte bedeutet, wie viele andere nach Kanada zu flüchten, was er aber nicht wollte und seinem Vater und dessen politischer Karriere nicht antun konnte. Es gab nur die Möglichkeit der verdeckten Wehrdienstverweigerung. In einer Einheit, die in erster Linie als Reservarmee diente und in der es sehr unwahrscheinlich war nach Vietnam versetzt zu werden: Der Nationalgarde.

Bush meldete sich, wie Hunderttausend andere junge Amerikaner, mit derselben Idee, bei der Texas Air National Guard an. Die Chancen, für einen normalen US-Bürger, aufgenommen zu werden, waren sehr gering. Das es ihm dennoch gelang, können wir erneut der Mithilfe seines Vaters und dessen weitreichenden Einflüssen zusprechen. Untermauert wird der Verdacht dadurch, dass Bush bei einer Tauglichkeitsprüfung vier Wochen vor Dienstantritt gerade einmal auf 25 % der zu erreichenden Punktzahl kam. Welcher verantwortungsbewusste Offizier würde einem solchen, ganz offensichtlich nicht qualifizierten, jungen Mann die Befähigung zum Piloten erteilen, wenn er nicht von oben

Druck bekam, ihn durchzuschleusen. Während Tausende andere besser abschnitten und nicht angenommen wurden. Auf diese Weise gelang es ihm den Wehrdienst zu leisten, sich aber dennoch dem Krieg zu verweigern. Er verteidigte sich Jahre später, indem er meinte, es sei sein Wunsch gewesen so schnell wie möglich Pilot zu werden und dass die Entscheidung für die Nationalgarde nichts mit dem Vietnamkrieg zu tun hatte. Ein Klassenkamerad von Bush erinnerte sich allerdings ganz anders an die Zeit und meinte, George W. wäre alles andere als begeistert von der Nationalgarde gewesen.

Der 43. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Schwinger von großen Reden sowie Kampfansagen und selbsternannter Führer des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, bevorzugte es in Deckung zu gehen, als es darum ging seinem Land zu dienen, was er heute von zig Tausenden von US-Soldaten verlangt, dem widersetzte er sich selbst erfolgreich.

Binnen weniger Monate stieg er sogar zum Leutnant auf. So rasch, dass es einen Platz im Buch der Rekorde wert gewesen wäre. Und dies geschah ohne jemals die Schule für Offiziersanwärter besucht zu haben. Im Gegenteil, anstatt sich auf die Ausbildung zu konzentrieren *„bumste er mehr Frauen als Hugh Hefner und feierte Parties ohne Unterlass“*, wie es ein ehemaliger Kamerad formulierte ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

1972 leistete er für einige Monate Sozialarbeit bei einem Straßenkinder-Projekt namens P.U.L.L. Während er an den Wochenenden für die Nationalgarde unterwegs war, kümmerte er sich unter der Woche um meist afroamerikanische Straßenkinder in Houston, spielte mit ihnen Baseball, Football und half ihnen auch bei sonstigen Alltagsproblemen. Was er später als große humanitäre Aktion darstellte, basierte tatsächlich aber auf einem ganz anderen Hintergrund. Erst Ende der 1990er Jahre gelang es dem Bush-Biografen James H. Hatfield die Vertuschung aufzudecken. Nachdem bereits zuvor einige Magazine davon berichteten, Bush wäre zu dieser Sozialarbeit in Wirklichkeit per Gesetz verpflichtet worden, gelang es dem Autor den genauen Hintergrund zu recherchieren. So wurde Bush 1972 des illegalen Drogenbesitzes und Konsums (es handelte sich dabei um Kokain) überführt und dank der Beziehungen seines Vaters zu einem Staatsrichter nur zur Ableistung einer sozialen Tätigkeit verdonnert. Bush senior, der dem Staatsrichter erst zu dessen Stellung verholfen hatte, sorgte auch dafür, dass die Aktenaufzeichnungen darüber vernichtet wurden.

In den USA ist es zudem üblich, dass alle Arten von Delikten auch in der Führerscheineakte niedergeschrieben werden. Aufgrund der Delikte, die George Bush möglicherweise noch in den weiteren Jahren begangen hat, lag es nur nahe, dass er 1995 dafür sorgte, sich einen neuen Führerschein mit neuer Nummer ausstellen zu lassen. Der Chef des Ministeriums für öffentliche Si-

cherheit in Texas, und gleichzeitig der Zuständige für diese Akten, war ein langjähriger Freund und Spender des Bushclans.

Im Oktober 1973 beendete er auf Genehmigung seinen Dienst bei der Nationalgarde sieben Monate früher, als es üblich ist. Nach einigen kleinen Jobs als unabhängiger Vertreter und Vermittler von Grundstücken an große Ölunternehmen gründete er 1977 seine eigene Bohrgesellschaft mit dem Namen Arbusto Energy, wobei das Wort „Arbusto“ aus dem Spanischen stammt und für „Busch“ steht. Das nötige Geld bekam er dabei von James R. Bath, einem ehemaligen Kameraden aus der Texas Air National Guard, der bereits in Houston seinen eigenen Geschäften als Flugzeugmakler nachging und über sehr gute Geschäftsbeziehungen zu saudi-arabischen Scheichs verfügte. Das amerikanische Time-Magazin berichtete in einer Ausgabe von 1991 über Bath und brachte ihn indirekt in Verbindung mit der CIA und der Bank of Credit & Commerce (BCCI). Die skandalträchtige BCCI wurde im Juli 1991 geschlossen wegen des Verdachts auf geheimdienstliche Arbeit, der Wäsche von Drogengeldern, Waffenschiebereien, Bestechung von Staatsbeamten und der Unterstützung von Terroristen. Bath habe zudem für einen mit der BCCI verbundenen Scheich namens Salem M. bin Laden investiert und auch profitiert. George Bushs „Sponsor“ unterhielt Mitte der siebziger Jahre Geschäftskontakte zu einem Vetter der mittlerweile meist gesuchten Person der Welt. Bath machte bin Laden in einem abgeschlossenen Treuhandvertrag sogar zum Geschäftsbevollmächtigten in Texas, womit nicht auszuschließen ist, das Bush in direktem Kontakt zur bin Laden-Familie stand, die eine der größten Baugesellschaften im Nahen Osten unter dem Namen „Bin Laden Brothers Construction“ führen.

Nachdem Bush mit seinem Unternehmen, dank der finanziellen Hilfe der bin Laden-Familie und den Geschäftsbeziehungen seines Vaters, auf gesichertem Boden stand und etwas Kapital erwirtschaftete, ließ er sich von einem alten Freund, Jimmy Allison, der schon Bush sen. manage und stellvertretender Vorsitzender des Republikanischen Nationalkomitees war, dazu überreden „den vorgezeichneten Weg der Familie“ weiterzugehen und für einen Sitz im US-Kongress zu kandidieren, deren Wahl er allerdings verlor.

Mit Arbusto ging es nach den recht erfolgreichen Jahren Mitte der 1970er Jahre bergab. Die Konten waren nahezu leergefegt und es drückten knapp 500.000 US-Dollar Schulden bei Banken und anderen Kreditgebern. Doch Bush schaffte es über die Kontakte seiner Familie insgesamt rund fünf Millionen US-Dollar zu sammeln. Zwei der größten Geldgeber, John D. Macomber und William D. Draper III., wurden später zu den Präsidenten der US-Import-Export-Bank ernannt. Vetterwirtschaft im großen Stil.

Doch von 95 Bohrungen bis zum April 1984 erbrachten gerade einmal 47 Bohrungen Öl und drei Bohrungen Gas. Eine viel zu hohe Zahl von 45 Bohrungen erbrachte rein gar nichts. Der Geschäftsmann Bush war gescheitert.

Wer weiß, wohin ihn seine Alkoholsucht getrieben hätte, hätte er in dieser Zeit nicht den engen Kontakt zu Reverend Billy Graham gesucht. Zwar nahm sein Alkoholkonsum schon seit der Geburt seiner beiden Zwillingstöchter im Jahr 1981 ab, doch erst der Reverend und dessen religiöse Predigten halfen Bush vom Alkohol loszukommen. Billy Graham war schon seit vielen Jahren ein enger Freund der Familie sowie eine Art Hauspfarrer vieler US-Präsidenten.

Nachdem sein Vater die Vorwahlen um das Präsidentenamt 1988 gewonnen hatte, mischte George W. beim Wahlkampfteam mit. In Verbindung mit dessen Beratern suchte er nach Schwachpunkten beim politischen Widersacher und Kandidaten der Demokraten Michael Dukakis. Die schmutzigen Tricks begannen Einzug zu halten im Leben von George Bush. Gemeinsam produzierten sie aggressive Fernsehspots, die Dukakis, der zu diesem Zeitpunkt noch 18 % vor Bush Senior lag, in die Knie zwangen. Ihnen war jedes Mittel recht, welches den Widersacher seines Vaters in einem schlechten Licht erscheinen ließ. Das berühmte Time-Magazin resümierte: *„Nie zuvor seien Angriffe auf einen Kontrahenten statt der Werbung für die eigenen Programme zur Hauptsache in einem Präsidentschaftswahlkampf gemacht worden.“* Die Grenzen des guten Geschmacks wurden überschritten. Der mit schmutzigen Tricks, Intrigen und Lügen behaftete Zug der Familie Bush kam nun so richtig ins Rollen. Die hetzerische Wahlkampfkampagne von George W. brachte seinem Vater 1988 letztendlich den Sieg ein. Bush Senior wurde, trotz einer Wahlbeteiligung von unter 50 %, zum 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.

Im Anschluss an den Wahlkampf sicherte sich Bush den Posten eines Beraters und Anteilseigners am Ölgiganten Harken Energy. Was 1987 noch als Rettungsanker vor seiner totalen, wirtschaftlichen Pleite galt, entpuppte sich 1990 schließlich als „Big Deal“. Am 22. Juni 1990 verkaufte Bush 60% seiner Harken Energy-Aktien mit einem Gewinn von 848.560 Dollar und erhielt somit das Zweieinhalbfache des ursprünglichen Wertes. Nur eine Woche nach seinem Verkauf der Aktien erschien der neue Quartalsbericht von Harken Energy und offenbarte einen Verlust von 23,9 Millionen US-Dollar. Bush, der noch wenige Tage zuvor seine Aktien zu einem Stückpreis von 4,12 US-Dollar verkaufte, musste mit ansehen, wie der Preis pro Aktie plötzlich auf 2,37 US-Dollar fiel. Dies rief die „Securities and Exchange Commission“ (SEC) auf den Plan, welche 1991 gegen Bush in dieser Angelegenheit ermittelte, das Verfahren aber recht schnell wieder einstellten. Wer ermittelt schon gerne gegen den Präsidenten?

Im Herbst 1993 gab George W. nach jahrelangem Hin und Her seine Kandidatur um das Gouverneursamt des Staates Texas offiziell bekannt. Er hatte die seit Jahren erfolgreiche Ann Richards als Amtinhaberin zur Gegenkandidatin. Demzufolge war es nicht verwunderlich, dass er nach den ersten Umfragen knapp 10% hinter Richards lag. In ihr fand er einen Gegenpart, der sich nicht so

einfach unterkriegen ließ. Sie konterte Bushs Angriffen geschickt. Auf die Aufforderung zu einer Stellungnahme zu Themen der republikanischen Partei musste Bush sogar eingestehen, das Programm seiner Partei gar nicht zu kennen. Doch er holte zum großen Gegenschlag aus. Pünktlich zum amerikanischen Labour Day, traditionell immer der Starttag in die Wahlkampfphase, wurde es „wirklich hässlich“, wie Matt Boyles, ein politischer Berater der republikanischen Partei, später meinte.

Den Weg über TV-Werbespots kannte Bush noch von 1988, als er seinem Vater zum Sieg der Präsidentschaftswahl verhalf. Und was einmal erfolgreich war, wird es wieder sein, dachte er, als er sich erneut auf das Niveau herabließ und anstatt sein Programm vorzustellen, lieber über seine Kontrahentin her zog. Richards, die 1988 tatenlos zusehen musste, wie der demokratische Präsidentschaftskandidat Michael Dukakis ohne sich zu wehren genau auf dieselbe Art und Weise nieder gemacht wurde, wollte nicht den gleichen Fehler begehen. Aus Wut und Zorn heraus ließ sie sich dazu hinreißen Bush während einer Rede als Idioten zu bezeichnen, was sich später als fatal herausstellen sollte. Die Medien schlachteten diesen Ausrutscher aus und Bush war nicht verlegen darin sich als zutiefst getroffenes und verletztes Wesen darzustellen.

Die Attacken wirkten sich hauptsächlich durch neue Werbespots aus, die die Politik Richards auf sehr niedrigem Niveau in Frage stellte. Ausgerechnet Bush, der für die Enteignung von Grundstückbesitzern für den Bau des neuen Rangers-Stadions sorgte, beschuldigte Richards, sie würde die Rechte von Landbesitzern, bei der Planung zur Einrichtung eines Naturschutzgebietes außer Acht lassen.

Er gewann letztendlich die Wahlen mit knapp 8% Vorsprung und wurde zum Gouverneur des Staates Texas. Er machte es sich zu seinen ersten Aufgaben, die politischen Gegner der demokratischen Partei um sich zu scharen. Dies gelang ihm durch Zusagen, nicht für andere Parteigenossen in anderen Staaten zu werben und dem Angebot an die Demokraten aktiv an seiner Politik mitzuarbeiten. Im Prinzip also genau das gleiche Mittel, das Bush auch nach seiner Wahl zum Präsidenten anwendete, um die politische Opposition auszuschalten.

Entgegen der Meinung von Polizeiverbänden, Bürgermeistern und Bürgerinitiativen brachte er 1995 eine Vorlage zum verdeckten Tragen von Handgeschusswaffen in das texanische Parlament ein. Obwohl 1993 eine ähnliche Vorlage bereits unter Ann Richards abgelehnt wurde, vertrat Bush die Meinung der Waffenlobbyisten, dass laut der amerikanischen Verfassung jeder US-Bürger das Recht habe, eine Schusswaffe zu besitzen und auch zu tragen. Und obwohl die texanische Polizei sich entschieden dagegen aussprach, gelang es Bush unter Ausübung von Druck die Gesetzesvorlage mit der Absegnung des Parlaments und des gesamten Senats durchzubringen. Die Folge war, dass allein in Corpus Christi, einer Stadt in Texas, in weniger als einer Woche sechs

Menschen durch eine Handfeuerwaffe starben. Die Vereinigung der Waffenlobbyisten, die National Rifle Association (NRA), war eine der größten Sponser des Gouverneur-Wahlkampfes von Bush.

In der Folgezeit begann er Texas zu reformieren. Eine 1995 veröffentlichte Studie der Verbraucherorganisation Public Citizen fand jedoch heraus, dass an den neuen Reformen 75% aller Gesellschaften einen Vorteil erhielten, an denen Bush selbst Aktienanteile besaß. So erschwerte er beispielsweise den Opfern von Schönheitsoperationen Klage gegen die behandelnden Ärzte einzureichen. Auf diese Weise gelang es den beiden Unternehmen Baxter International Inc. und Baxter Trevanol Labs die meisten der mehr als 3.000 Klagen wegen fehlerhaften Brustimplantaten gegen sie abzuschmettern. Der Schriftsteller und Radio-Talkmaster Jim Hightower meinte einmal über Bushs Gouverneursamtszeit: *„Er ist der Liebling der Presse. Alle sagen «Man muss Bush einfach mögen.» Aber ich mag ihn nicht – er ist einfach nur ein weiterer reicher Sohn von Bush (Senior). Als Gouverneur ist er eine Nieme. Er ist vollkommen vom Geld und der Wunschliste der Konzerne abhängig.“*

Zu einer weiteren schmutzigen Seite von George Bush, während seinen Amtszeiten als Gouverneur von Texas, zählen die Dutzenden Hinrichtungen, die ohne Begnadigungen auf seinen entscheidenden Befehl hin durchgeführt wurden. Unter seiner Federführung gab es in Texas die meisten Hinrichtungen in den USA und selbst vor geistig Behinderten und Fehltrütern wurde kein Halt gemacht. Ein Journalist der New York Times merkte hierzu einmal den Spruch von den *„blutdürstigen Vertretern der Justiz in Texas“* an. Sogar populäre Fälle, bei denen neben den üblichen Demonstranten auch Prominente versuchten Gouverneur Bush und die Richter des Berufungsgerichts umzustimmen, ließen ihn kalt.

In dem international für Aufsehen erregenden Fall von Karla Faye Tucker, die im Jahr 1983 einen Doppelmord beging, den sie vor Gericht auch gestand, schalteten sich neben prominenten Vertretern der Öffentlichkeit, wie die Frau des Rolling Stones-Stars Mick Jagger, auch das Europäische Parlament ein, welches in einer Resolution die geplante Hinrichtung von Karla Faye Tucker verurteilte, da sie mittlerweile voll resozialisiert sei und ein Recht auf Umwandlung ihrer Strafe in lebenslange Haft habe. Abgesehen von der Perversität eine Frau 15 Jahre bis zur ihrer Hinrichtung warten zu lassen, scherte sich Bush kein bisschen um die Meinungen führender Politiker weltweit. Der in den USA bekannte Fernsehprediger Pat Robertson sprach in einer einstündigen Sonderausstrahlung über den Tucker-Fall von Bush als *„Mann, der keine Gnade kennt“*. Und tatsächlich: Am 3. Februar 1998 ging Bush vor die Kameras der internationalen Fernsehstationen und sprach sich unter Berufung der Richter gegen eine Umwandlung und Hinrichtungsaufschub aus. Nicht einmal eine Stunde später wurde Karla Faye Tucker durch die Giftspritze getötet. Ebenso erging es dem

mittlerweile 61-jährigen Kanadier Joseph Stanley Faulder, für den sich neben der kanadischen Regierung auch das US-Außenministerium unter Leitung von Madeleine Albright und das UN-Menschenrechtskommissariat einsetzten. Faulder saß zum Zeitpunkt seiner Hinrichtung bereits 28 Jahre in der Todeszelle.

Das wahre Gesicht des George W. Bush, das die restliche Welt seit seiner Ernennung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Missfallen zu sehen bekam, zeigte er bereits in seiner Gouverneurszeit. So zum Beispiel auch seine offensichtliche Intoleranz allen Andersfarbigen gegenüber. Im Gouverneurswahlkampf von 1994 versprach er noch die Anzahl der Andersfarbigen (hauptsächlich Afroamerikaner und Latinos) in den staatlichen Aufsichtsräten und Kommissionen zu erhöhen. Tatsächlich sank der Anteil dieser um 15 Prozent. Schon beim Bau des neuen Stadions für die Texas Rangers wurde ihm vorgeworfen, Bauprojekte und andere Aufgaben an Unternehmen vergeben zu haben, die von Weißen geführt wurden. Betrachtet man diese Tatsache mit dem Wissen um seine Mitgliedschaft bei der rechtsgerichteten Vereinigung „Skulls and Bones“, verwundert das alles nicht mehr.

So saß im Aufsichtsrat der Universität von Texas, der von Bush ernannt wurde, kein einziger Afroamerikaner oder Latino. Im Gegenteil: Von allen Ernennungen, die er während seiner Gouverneursamtszeit aussprach, entsprachen 60 Prozent der Personen seinem eigenen Selbst, d.h. weiß, männlich und um die 50 Jahre alt. Unter Bush gab es keinen einzigen schwarzen Bezirksrichter, was den damaligen Justizminister Dan Morales zu der Bemerkung verleitete, das Texas von 1995 *„erinnere mehr an das Texas der vierziger und fünfziger Jahre“*. Vorschläge zu Gesetzesänderungen, die den Minderheiten in Texas mehr Chancen auf politische Gleichberechtigung geben sollten, wurden von Bush allesamt abgelehnt, teilweise sogar verspottet.

Sogar bei den Begnadigungen von Todesstrafen war ein signifikanter Unterschied zwischen weißen und andersfarbigen Menschen erkennbar. So waren von den 14 Begnadigungen, die Bush während seiner Amtszeit aussprach, nur eine einzige dabei, die einem Andersfarbigen, in diesem Fall einem Latino, das Leben rettete. Ein anderer, schwarzer Verurteilter wurde das Leben genommen, nachdem Bush seinen Begnadigungsersuch ablehnte, obwohl zuvor sowohl der Bezirksrichter als auch der Begnadigungsausschuss für eine Erlassung der Todesstrafe plädierten. Mit dieser Statistik konfrontiert bestritt Bush selbstverständlich jeden Zusammenhang zur Rassenfrage. Er behauptete schlichtweg überhaupt nicht gewusst zu haben, welche Nationalität und Hautfarbe die Betroffenen gehabt haben sollen. Die Aussage wurde daraufhin von einem von Bushs ehemaligen ranghöchsten Beratern für Justizangelegenheiten widerlegt. Ihm zufolge wusste Bush ganz genau mit wem er es zu tun hatte. Er ließ sich von sämtlichen Fällen die Personalakten kommen und las darin Blatt für Blatt.

Bereits auf der ersten Seite einer jeden Akte war ein Foto des Häftlings zu sehen, welches die Hautfarbe eindeutig erkennen ließ.

Nach den ersten vier Amtsjahren standen 1998 erneut die Gouverneurswahlen an und Bush, der schon zu diesem Zeitpunkt als Präsidentschaftskandidat der Republikaner gehandelt wurde, stellte sich der Wahl. Mit den typischen Aussagen, sein Augenmerk würde sich allein nur auf den Staat Texas richten und die Präsidentschaftswahl zwei Jahre später sei für ihn kein Thema, belog er Millionen von Texanern vor den TV-Bildschirmen. Damit Bushs Plan der Machtübernahme auch funktionieren konnte, benötigte er bei den Gouverneurswahlen einen deutlichen Sieg, den er sich als Empfehlung für das Präsidentenamt zu den „Bewerbungsunterlagen“ legen konnte. Gesagt, getan. Ohne einen ernstzunehmenden Konkurrenten gelang Bush geradezu ein Erdrutschsieg.

Anfang März 1999 lüftete sich dann der Vorhang der Unentschlossenheit, als er auf einer offiziellen Pressekonferenz sein Explorationskomitee vorstellte, dass ihm dabei behilflich sein sollte Millionen von Spendengeldern zu sammeln. Das war zwar noch nicht die offizielle Bekanntgabe zur Kandidatur, aber dennoch eine Art Generalprobe und von diesem Zeitpunkt an gab es keine Zweifel mehr an seiner Präsidentschaftskandidatur. Bereits vor den Vorwahlen, die den endgültigen Kandidaten einer jeder Partei festlegen, stellten sich bei einem Besuch Bushs im US-Repräsentantenhaus 222 republikanische Abgeordnete in einer Solidaritätserklärung hinter ihn und ließen somit alle weiteren Kandidaten der Republikaner im Regen stehen. Bush war ihr Mann. Am 12. Juni 1999 ließ er die Bombe endgültig platzen. Bei einer Rede im Bundesstaat Iowa sprach er offen aus, dass er bereit sei den Kampf um das Weiße Haus anzutreten.

Der Vorwahlkampf war nun im vollen Gange und Bush eilte von Veranstaltung zu Veranstaltung, hielt seine Standardrede und sammelte fleißig Spendengelder, wie kein anderer vor ihm. Er scharte eine breite Gefolgschaft von Großunternehmern, speziell auch aus der Ölindustrie, und Lobbyisten um sich. Seinen Kontrahenten aus der eigenen Partei, die es noch bei den Vorwahlen zu schlagen galt, nahm er sprichwörtlich die Spender vor der Nase weg. Und während Bush Millionen um Millionen einsackte, hatten die anderen hart zu kämpfen um noch die Krümel vom großen Spenderkuchen ab zu bekommen. Bush entschied die Vorwahlen dank der dicken Brieftasche seiner Spender schon lange im Voraus für sich und ließ seinen Kontrahenten nicht den Hauch einer Chance. Craig McDonald, der Direktor einer texanischen Organisation, die den Umgang mit Spendengeldern überwacht, gab zu bedenken, dass ein Großteil der Bush-Spender ein „who’s who“ der mächtigsten Wirtschafts- und Lobbyisten-Elite der USA darstellten, die ein großes Interesse am Ausgang der Präsidentschaftswahlen hatten. Meredith McGehee von der Washingtoner Ortsgruppe

fügte hinzu, dass viele der Lobbyisten ihre Geldbündel für Bush nur deshalb schnürten, weil sie sich später im Fall seiner Wahl Gefälligkeiten erhoffen konnten. Beim Überschaun der Liste der Großspender fällt einem sofort auf, dass sehr viele unter ihnen bereits George Bushs Vater bei dessen Präsidentschaftswahlkampf 1988 unterstützt hatten. Andere waren langjährige Geschäftspartner oder ehemalige Kommilitonen, die mittlerweile zu Großunternehmern geworden sind. In den beiden Amtszeiten als 43. Präsident der USA sollte Bush es Ihnen mit unternehmerfreundlichen Reformen und zwei Angriffskriegen zurückzahlen.

2. Ein amerikanisches Jahrhundert

Im Sommer 1997 trafen sich 25 Männer und Frauen, um die USA wieder auf Kurs zu bringen. Der Kommunismus war seit acht Jahren besiegt, doch das eigene Land irrte ziellos umher.

Hervorgegangen aus dem drei Jahre zuvor gegründeten „New Citizenship Project“ entstand das „Project for the New American Century“ (kurz: PNAC; zu deutsch: Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert). Schon die geographische Lage der Denkfabrik, des Think Tanks, wies die Richtung, in die das Projekt zielte: Es war sicherlich kein Zufall, dass man sich den Sitz mit dem altherwürdigen, konservativen American Enterprise Institute teilte. Den Mitgliedern war allzu bewusst, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die USA als einzige verbliebene Weltmacht das Sagen in der Welt haben mussten. Die USA, und nur die USA, müssten der Welt den Ton vorgeben, nach dem sie zu tanzen hatte. Das amerikanische Volk sei auserkoren, die Welt vom Bösen zu befreien. Dieses Böse trug allen voran den Namen des irakischen Diktators Saddam Hussein.

Zur Erreichung ihrer Ziele müsse jede amerikanische Regierung auch zu Präventivschlägen bereit sein, um die Welt und vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika und seine wirtschaftlichen Interessen in der Welt zu schützen. Die Vereinten Nation (kurz: UN) dürften bei der Ausbreitung der „*amerikanischen Idee*“ dabei kein Hindernis darstellen, weshalb es das Ziel der amerikanischen Politik sein müsse, die Vereinten Nationen schwach zu halten. Starke Worte, die uns neugierig machen, wer hinter diesem Projekt stand. Da wären zuerst die beiden Gründer William Kristol und Robert Kagan zu nennen. Kristol war unter der Präsidentschaft von Bush sen. als Stabschef für den Vizepräsidenten Dan Quayle tätig, ehe er 1995 die konservative Zeitschrift „*The Weekly Standard*“ gründete, die heute als Pflichtlektüre in Washington gilt. Für den „*Weekly Standard*“ schrieb auch Robert Kagan, der zugleich Mitglied der konservativen Think Tanks „Council On Foreign Relations“ und „Carnegie

Endowment for International Peace“ ist. Von 1984 - 85 diente er als Redenschreiber für den amerikanischen Außenminister George P. Schultz. Weitere Mitglieder der Direktion von PNAC waren Bruce P. Jackson, der elf Jahre lang als militärischer Geheimdienststoffizier diente, bevor er beim Rüstungsgiganten Lockheed Martin den Posten eines Vizepräsidenten inne hatte, Mark Gerson, der im Aufsichtsrat des Manhattan Instituts sitzt und Randy Scheunemann, der sieben Jahre lang eine beratende Funktion des Senats zu Fragen von Kriegseinsätzen in Korea, Haiti, Irak, Bosnien und Somalia ausübte.

Weitere Mitglieder des Projekts konnten ebenso der ultra-rechten, der militärischen oder der rüstungsindustriellen Seite zugeordnet werden. Um sie herum entstand ein Kreis von Unterstützern der amerikanischen Elite, die uns nicht unbekannt erscheinen. Das am 3. Juni 1997 geschriebene „*Statement of Principles*“ wurde unterzeichnet von:

Dick Cheney: Vizepräsident beider Bush-Administrationen,

Donald Rumsfeld: Verteidigungsminister beider Bush-Administrationen bis Herbst 2006,

Paul Wolfowitz: stellvertretender Verteidigungsminister der ersten Bush-Administration, danach Chef der Weltbank. 1992 propagierte er die Vormachtstellung der USA vor Europa, Russland und China und dachte bereits offen über Präventivschläge nach, sollten die USA ihre Interessen gefährdet sehen.

Lewis Libby: vormaliger Stabschef von Vizepräsident Dick Cheney, jetzt im Gefängnis wegen der Enttarnung von Valerie Plame,

Jeb Bush: Bruder von Präsident George W. Bush und Gouverneur von Florida,

Francis Fukuyama: Wirtschaftsfachmann, wichtiges Mitglied im Außenministerium 1989, Mitglied des Council On Foreign Relations,

William J. Bennett: Bildungsminister unter Ronald Reagan, seitdem Chef christlicher Lobbys („Foundation for Community and Faith Centered Enterprise“),

Gary Bauer: früher in Bennetts Ministerium, seitdem Gründer christlicher Lobbys („American Values“, „American Alliance of Jews and Christians“)

Steve Forbes: Präsidentschaftskandidat (in den Vorwahlen gescheitert) von 1996 und 2000, Besitzer des Wirtschaftsmagazins „*Forbes*“,

Aaron Friedberg: früher Berater der CIA und des nationalen Sicherheitsrats, heute Vizepräsident Cheneys zweiter Sicherheitsberater,

Frank Gaffney: unter Reagan im Verteidigungsministerium unter anderem verantwortlich für direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion, später Leiter eines „Center for Security Policy“, das sich entschlossen gegen jede Art von Rüstungskontrollen und Landminen-Konventionen einsetzt. „*Weltfrieden durch Amerikas Stärke*“ wurde zum Motto des Centers.

Zalmay Khalilzad: unter Reagan im Außenministerium, unter Bush senior im Verteidigungsministerium, dann Risikoanalyst für den Ölriesen Unocal, dann im nationalen Sicherheitsrat zuständig für den persischen Golf, Südostasien und andere Regionen. Seit 2003 schließlich amerikanischer Botschafter in Afghanistan,

Dan Quayle: ehemaliger amerikanischer Vizepräsident.

Namen, die unter Bush sen. zu Beginn der 1990er Jahre des letzten Jahrhunderts eine wichtige Rolle spielten und die unter George W. ab 2001 eine oftmals noch weiter reichendere Aufgabe zugetragen bekamen.

In den USA der 1990er Jahre, unter Präsident Clinton, wurde das PNAC-Projekt von den Offiziellen höchstens belächelt, als es der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Eine weitere Denkfabrik, wie es sie im politischen Washington zu Dutzenden gibt, die in diesem Fall durch ultra-rechte Parolen auf sich aufmerksam machen wollte. Ein paar ehemalige „Kalte Krieger“, denen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Böse in der Welt zu fehlen schien. 1997 konnte sich noch niemand vorstellen, dass Mitglieder dieses Projekts nur vier Jahre später das Land regieren sollten. Dick Cheney als Vizepräsident, Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister und Paul Wolfowitz als Vize-Verteidigungsminister und „Brain“ der ersten Bush-Administration, Lewis Libby als Stabschef im Weißen Haus, um nur die Bekanntesten zu nennen.

Dabei war die Gruppe äußerst aktiv gewesen. In einem öffentlichen Brief vom 26. Januar 1998 riefen sie den amtierenden Präsidenten Clinton zum Sturz von Saddam Hussein auf. In dem Schreiben heißt es unter anderem: „*Sehr geehrter Herr Präsident, wir schreiben Ihnen, weil wir glauben, dass die amerikanische Irakpolitik scheitert, und weil wir uns im Nahen Osten bald einer Gefahr gegenübersehen könnten, die ernster ist als jede andere seit dem Ende des Kalten Krieges.*“ Gemeint waren Massenvernichtungswaffen, die im Besitz des irakischen Diktators zu einer unkontrollierbaren Gefahr für die USA werden könnten. Die PNAC-Gruppe verlangte von Clinton ein entschlossenes Handeln und zur Not einen Alleingang, da man sich nicht länger vom „*fehlge-*

leiteten Beharren des UN-Sicherheitsrates auf Einstimmigkeit lähmen lassen“ dürfe. Worte, die 2003 in die Tat umgesetzt wurden.

In einem zweiten Brief an Präsident Clinton vom 20. September 1998 forderte die Gruppe das rasche militärische Eingreifen auf dem Balkan: *„Es kann keinen Frieden und keine Stabilität auf dem Balkan geben, solange Slobodan Milosevic an der Macht bleibt.“*

Beim Überfliegen der Unterzeichner dieses Schreibens zeigt sich ein Bild, das an Kriegstreiberei erinnert, da führende Köpfe der Rüstungsindustrie vorne weg marschierten. Da wären z.B.:

Dov S. Zakheim: ehemals im Beraterstab der beiden großen Rüstungskonzerne McDonnell-Douglas und Northrop Grumman,

Richard Armitage: im Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns CACI, außerdem Vizeaußenminister unter Bushs erster Amtszeit,

Jeffrey Bergner: Lobbyist unter anderem für Boeing und Monsanto,

Frank Carlucci: hoher Posten beim Investmentunternehmen Carlyle Group, die hohe Investitionssummen in die Rüstungsindustrie steckt, und

Richard Perle: unter anderem Co-Chef der Rüstungsfirma Hollinger International und Managing Partner der Rüstungsfirma Trireme Partners.

Ja sogar ein Vizeexekutivpräsident des amerikanischen Nachrichtensenders CNN, Ed Turner, sah in einem Balkanfeldzug eine sprudelnde Geldquelle und unterschrieb das Papier gleich mit. Nur ein halbes Jahr später begann die Bombardierung Ex-Jugoslawiens.

Im September 2000, während der heißen Phase der Präsidentschaftswahl, machte die Gruppe mit einem 90-seitigen Papier namens *„Rebuilding America’s Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century“* erneut auf sich aufmerksam. Sie forderte einen höheren Rüstungsetat, da die USA zukünftig dafür bereit sein müssten, auch mehrere Kriege an unterschiedlichen Orten zur gleichen Zeit führen zu können. Die USA besäßen gegenwärtig keinen gleichwertigen Rivalen, dieser Vorteil müsse auch militärisch ausgebaut und *„so weit es geht in die Zukunft ausgedehnt“* werden. Zudem müsse das amerikanische Atomwaffenprogramm erweitert und eine neue militärische Basis im Nahen Osten errichtet werden. Ebenso sollte die Entwicklung eines weltumspannenden Raketenabwehrsystems die USA auch aus dem Weltall heraus beschützen und gleichzeitig als Waffe gegenüber feindlich gesinnten Staaten dienen. Damit verbunden wäre eine alleinige Herrschaft (mit Duldung einiger

Verbündeter) im Weltall anzustreben. Aus heutiger Sicht betrachtet, liest sich das Papier wie ein Fahrplan für die neue Regierung unter Bush. Wohl gemerkt, dies alles vor dem 11. September 2001 - und somit ohne die Rechtfertigung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus.

In Wirklichkeit wurden die Anschläge des 11. September 2001 nur dazu genutzt, um das amerikanische Volk auf Kurs zu bringen. Die Pläne lagen spätestens seit 1997, höchst wahrscheinlich sogar schon seit Anfang der 1990er Jahre, in den Schubladen der amerikanischen Elite aus Politik, Militär und Rüstung, die nachweisbar an den Kriegen verdienten. Zuerst flogen die Bomben, was der Rüstungsindustrie volle Auftragsbücher bescherte, um anschließend von amerikanischen Firmen, vorne weg Halliburton, den Wiederaufbau der Infrastruktur leiten zu lassen.

Nachdem George Bush das Amt des Präsidenten vom Obersten Gerichtshof der USA zugesprochen bekam und viele Mitglieder des PNAC-Projekts wichtige Funktionen inne hatten, dauerte es nicht lange, bis die einst wirren Pläne ultra-rechter "Kalter Krieger" in die Tat umgesetzt wurden. Allein die Ausgaben für die Verteidigung stiegen in den Jahren unter Bush bis 2007 um 71 % von anfangs unter 300 Mio. US-Dollar auf 513 Mio. US-Dollar. Einer der Gründe war der erbitterte Kampf irakischer Krieger gegen die US-Besatzung, die zuvor den Diktator Saddam Hussein aus dem Amt gebombt hatte, womit bereits Punkt 2 des PNAC-Plans in die Tat umgesetzt wurde. Und es geht munter weiter: Mit der größten Flottenübung der US-Marine im pazifischen Ozean erfüllte George W. Bush im Jahr 2004 einen weiteren Meilenstein, indem er die amerikanische Militärpräsenz im Pazifik erhöhte und gleichzeitig im August 2004 ankündigte, rund 70.000 Soldaten aus Europa für diesen Zweck abzuziehen.

Bereits zuvor, im Dezember 2001, kündigte Bush auf Empfehlung der PNAC-Gruppe den seit 1972 eingehaltenen ABM-Vertrag mit Russland, der bis dato eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme vorsah. Die US-Regierung machte eine Kehrtwendung um 180 Grad und stockte das Budget für die Erneuerung dieser Systeme auf mittlerweile über 50 Milliarden US-Dollar auf. Begründet wurden diese Entscheidungen erneut mit der veränderten Sicherheitslage nach dem 11. September 2001. Dabei waren die Pläne zu diesem Zeitpunkt bereits ausgereift fertig verpackt. Nahezu alles, was die PNAC-Gruppe Ende der 1990er Jahre ausgearbeitet hatte, wurde nun umgesetzt. Es mag wohl eine Vorsehung mit fadem Beigeschmack gewesen sein, als im September 2000, ein Jahr vor 9/11, im PNAC-Papier „*Rebuilding America's Defenses*“ zu lesen stand: *“Der Prozess der Transformierung wird wahrscheinlich ein sehr langwieriger Prozess sein, (...) außer es gäbe einen katastrophalen, katalysierenden Vorfall - wie ein neues Pearl Harbor“*.

Das „*neue Pearl Harbor*“ kam und den imperialistischen Ideen einiger Ultra-Rechter standen damit Tür und Tor offen. Die PNAC-Gruppe vertritt ihre Position äußerst öffentlich. So kann jeder sich die Papiere und Statements auf ihrer Webseite unter www.newamericancentury.org herunterladen und einsehen.

3. Das demokratische Desaster

Die von George W. Bush in seinen beiden Amtszeiten propagierte Verbreitung von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie begann bereits mit dem Wahltag am 7. November 2000 sich zu einer Farce zu entwickeln. Die Demokratie, soweit es diese Rechtsform in ihrem ursprünglichen Gedanken heute in den USA überhaupt noch gibt, wurde an diesem Wahltag so offensichtlich mit Füßen getreten, dass man den Medienvertretern, die sich darüber weitestgehend ausschwiegen, vorwerfen muss, den Wald vor lauter Bäumen nicht gesehen zu haben. In den Geschichtsbüchern wird später einmal vom knappsten Wahlausgang in der Geschichte der USA zu lesen sein, was den tatsächlichen Ereignissen des Wahltages und der Tage und Wochen danach in keiner Weise gerecht wird.

Michael Moore, Oscar-prämierter Dokumentarfilmer, Autor des im Jahr 2002 weltweit erfolgreichsten Buches „*Stupid white men*“ und Regisseur der Bush-kritischen Filmdokumentation „*Fahrenheit 9/11*“, sprach in diesem Zusammenhang über sein eigenes Land von der „*Bananenrepublik USA*“. Die Umstände, die es George W. Bush und seinen Mitstreitern aus dem christlich-rechten Flügel, der PNAC-Gruppe und den ehemaligen „Kalten Kriegern“ ermöglichten in das Weiße Haus einzuziehen, sollen nachfolgend näher betrachtet werden, um ein Bild davon zu bekommen, auf welche illegale Weise sich die Republikaner zurück an die Macht putschten.

Nachdem die ersten Zählungen im Bundesstaat Florida für einen knappen Sieg des Demokraten Al Gore sprachen, fingen einige Vertreter der Republikaner an von „*Blut auf den Strassen*“ zu sprechen. So erwähnte der US-Kongressabgeordnete Ron Paul (ein Republikaner aus Texas) die Möglichkeit eines Bürgerkriegs und sprach von „*offener Gewalt auf den Strassen*“, sollte Al Gore die Mehrheit in Florida gewinnen. Tatsächlich gab es Berichte, wonach der Waffen- und Munitionskauf in den weißen Vororten in jenen Stunden rapide zunahm. Die Tageszeitung „*USA Today*“ sprach von einem „*hohen Maß an Spannung*“. Die Rufe nach Wahlbetrug von den republikanischen Anhängern verloren sich allerdings im Wind, als bekannt wurde, dass George W. Bush in Führung lag und die Mehrheit der Wählerstimmen für sich verbuchen konnte.

Berichte wurden bekannt, wonach den Öffentlich Bediensteten im Bundesstaat Florida die Stimmabgabe für Bush durch Vorgesetzte nahe gelegt wurde.

Dies ausgerechnet in dem Bundesstaat, in dem George W. Bushs jüngerer Bruder Jeb Gouverneur ist.

In den traditionell radikalen Südstaaten der USA wurden Schwarze daran gehindert ihre Stimme abzugeben. Entweder wurden sie aus den Wählerverzeichnissen bereinigt, sodass sie erst gar nicht mehr wahlberechtigt waren oder ihnen wurde in den Wahlbüros erzählt, dass sie bereits zu spät dran seien oder schlecht und einfach die Wahlzettel ausgegangen sind, wie der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson berichtete. Von ihnen wusste man, dass sie in der Mehrheit ihre Stimme für den Demokraten Al Gore abgeben würden. Die meisten Schwarzen wussten, dass ein Wahlsieg Bushs eine für sie mit Antipathien versehene Regierung in Washington D.C. bedeuten könnte. Zudem hatte Jeb Bush in Florida durch eine Gesetzesänderung dafür gesorgt, dass Vorbestraften generell das Wahlrecht entzogen wurde. Natürlich mit dem Hintergedanken, dass dies auf gut Zweidrittel aller Afroamerikaner in Florida Anwendung finden würde. Dieses Gesetz brachte die Innenministerin Floridas, Katherine Harris, ins Rollen. Sie zahlte anschließend vier Millionen US-Dollar an das Unternehmen Database Technologies, welches damit beauftragt wurde, sämtliche Wahlregister durchzugehen und afroamerikanische Verdächtige aus der Wählerliste zu streichen. So wurden gut 173.000 wahlberechtigte Personen aus der Liste gestrichen.

In einigen Wahlbezirken waren die Wahlmaschinen fehlerhaft und warfen Hunderte ungültiger Stimmen beiseite. Gerade in den armen Vierteln, die von Afroamerikanern und Latinos bewohnt sind, wurden veraltete Lochkartenmaschinen eingesetzt, wobei in den reichen, weißen Vierteln optische Scanner zum Einsatz kamen, die viel genauer waren. Die Fehlerquote der veralteten Lochkartenmaschinen lag zwischen 2 und 5 Prozent. Der Abstand der beiden Kandidaten lag bei offiziellem Endergebnis gerade mal bei 0,02 Prozent. Wären die Wahlbedingungen für alle gleich gewesen, hätte George Bush allein aus diesem Grund die Wahl verloren. Hinzu kommt die Tatsache, dass in einigen armen Bezirken bis zu 10 Prozent der Lochkarten nicht gewertet wurden. Es gab keine einheitlichen Auszählbestimmungen. So wurden in einigen Wahlbezirken bereits leicht eingerissene Stimmzettel gezählt, in anderen Bezirken aber lediglich vollständig durchgelochte.

Im County Palm Beach wurde ein verwirrender Stimmzettel benutzt, der dazu führte, dass rund 19.000 Stimmen für ungültig erklärt wurden. Der Großteil dieser Stimmen waren für Al Gore. Die in den Medien genannten „Schmetterlingsstimmzettel“ hatten als Eigenart, dass die Kandidaten nicht untereinander aufgelistet, waren, sondern in zwei gegenüberliegenden Spalten, was für viel Verwirrung sorgte. Den Gerichten schien dies allerdings nicht wichtig gewesen zu sein. Es schien sie auch nicht verwundert zu haben, dass der Rechtspopulist Buchanan, der Hitlers Taten öffentlich verharmloste, seine größ-

te Unterstützung ausgerechnet in einem Wahlbezirk erhielt, in welchem hauptsächlich jüdische Überlebende des Holocausts in einem Altenheim lebten.

Laut einer Studie der Zeitung „*New York Times*“ wurde jede 11. afroamerikanische Stimme (von denen, die überhaupt noch wählen durften) bei den Wahlen nicht gezählt. Hinzu kommt, dass bereits vor der Auswertung der Briefwahlstimmen wurde ein Endergebnis verkündet. Unbegreiflich, wusste man doch um die Knappheit des Ergebnisses. Wie die Deutsche Presseagentur (dpa) am 9.11.2000 berichtete, seien zusätzliche Wahlurnen mit nicht ausgewerteten Stimmzetteln erst nachträglich aufgetaucht.

Einige Wähler in Martin County und Selmore County klagten darüber, dass ungültige Briefwahlstimmen für Bush nachträglich geändert und dann gezählt wurden.

Laut der Zeitung „*Los Angeles Times*“ vom 11. Dezember 2000 waren in Alaska mehr Personen in der Wählerliste eingetragen, als das es dort überhaupt wahlberechtigte Personen gibt.

In Milwaukee gestanden Studenten der Marquette University, dass sie ihre Stimme bis zu vier Mal abgegeben hätten, ohne dass dies für Verwunderung sorgte oder sie abgelehnt wurden.

In Texas wurden Wählerstimmen aufgekauft oder die Wahlunterlagen aus den Briefkästen geklaut.

In Naussau County brachte eine Nachzählung einen weitaus geringeren Vorsprung Bushs ans Licht. Die Bush-freundlich gesinnte Innenministerin von Florida, Katherine Harris, beschloss daraufhin, dass die erste Auszählung, mit dem größeren Vorsprung, anerkannt wurde.

In der republikanischen Hochburg Seminole County gestattete die Wahlleiterin den Bush-Anhängern, 10 Tage lang ungültige Briefwahlstimmen mit Daten aus den Wählerverzeichnissen zu füllen und wieder gültig zu machen.

In Miami-Dade County blockierten randalierende Bush-Anhänger die Nachzählung der Stimmzettel. Sie drangen bis in die Wahlbüros vor, trommelten an Fensterscheiben, bedrohten Mitglieder der Wahlkommission und teilten Hiebe und Fußtritte aus. Wie später bekannt wurde, war diese Aktion keineswegs spontan. Der republikanische Fraktionsvorsitzende Tom Delay hatte die Anhänger seiner Partei bereits Tage zuvor aufgerufen sich in Florida zu Demonstrationen zu versammeln. Anfahrt und Hotelkosten wurden bezahlt. Die Medien veralberten diese ernste Tat mit der neuen Wortschöpfung „*rent-a-mob*“.

In einigen Radiosendern Floridas liefen die Telefone heiß. Sowohl Afroamerikaner wie auch andere wahlberechtigte Ausländer beschwerten sich, dass ihnen das Wahlrecht genommen oder zumindest stark erschwert wurde. So mussten sie gleich mehrere Ausweiskontrollen über sich ergehen lassen, während Weiße ohne Nachweis die Wahlkabine betreten durften. Außerdem wurde

vielen Ausländern der Beistand von Übersetzern verwehrt. Andere unbescholtene Bürger wurden zu Vorbestraften gemacht und somit das Wahlrecht entzogen. Was hier geschah war das Aufleben alter bekannter rassistischer Methoden. Nachdem das System der Sklaverei abgeschafft wurde und die Schwarzen damit begonnen bei den Wahlen Boden gut zu machen, wurden sie durch Lesesteuern, Wahlsteuern und andere Methoden an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert.

Rund 700.000 afroamerikanische Bürger galten 2000 in Florida als vorbestraft und waren somit nicht wahlberechtigt. Eine Studie der „*New York Times*“ zufolge waren gerade die Afroamerikaner die zuverlässigsten Gore-Wähler.

Das amtliche Endergebnis spricht von einem knappen Vorsprung von gerade einmal 537 Stimmen für George Bush. Wäre nur eine der oben genannten Schlampereien oder Betrügereien rechtens vonstatten gegangen, hätte Al Gore die Wahlen gewonnen und zum 43. Präsidenten der USA vereidigt werden müssen.

Diese Aufzählung legt keinen Wert auf Vollständigkeit. Das ist vermutlich auch gar nicht möglich. Denn niemand kann mehr nachvollziehen, wo noch überall geschlampt und betrogen wurde. Und meist immer zum Vorteil von George W. Bush.

Per Gerichtsurteil vom 8. Dezember 2000 des Obersten Gerichtshofs in Florida sollten alle ungültigen Stimmen nochmals per Handauszählung überprüft werden. Nur einen Tag später hob der Oberste Gerichtshof der USA das Urteil wieder auf und ordnete die Einstellung der Handauszählung an. Aufgrund uneinheitlicher Auszählungsrichtlinien sah man einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der US-Verfassung als gegeben an. Eine neue Nachzählung mit einheitlichen Kriterien wurde mit einer 5:4-Mehrheit der Richter mit der Begründung abgeschmettert, dass die Benennungsfrist für die Wahlmänner des Staates Florida ablaufe. Mit diesem Urteil segnete man die Tausenden nicht oder falsch gezählten Wählerstimmen ab und hob George W. Bush in das Amt des US-Präsidenten. Obwohl die Handauszählung nach der amerikanischen Verfassung rechtlich vorgeschrieben ist, sorgte man für deren Einstellung. Dies scheint nicht weiter verwundernswert, wenn man weiß, dass die beiden Söhne des Gerichtsvorsitzenden Antonin Scalia als Anwälte für Firmen arbeiten, zu deren Kunde auch George W. Bush zählt. Der 43. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wurde nicht vom Volk, sondern von fünf Richtern des obersten Gerichtshofs der USA gewählt. Gleich obwohl sie selbst wussten, dass Gore mehr Stimmen vom Volk erhielt und sich laut einer Umfrage der Zeitung „*Newsweek*“ 72 % dafür aussprachen, die Handauszählungen seien wichtiger als die Einhaltung eines Stichtags, stellten sich die Richter über die Stimme des Volkes und verloren jeden Bezug zu demokratischen Werten.

Bush und seine Konsorten hatten gleichzeitig bereits einen Notfallplan ausgearbeitet, der zum Einsatz gekommen wäre, hätte man Al Gore mit knapper Mehrheit zum Sieger erklärt. In diesem Fall nämlich stand bereits das Konzept gegen das unfaire amerikanische Wahlsystem, mit der Stimmabgabe für die Wahlmänner, zu klagen. Berater Bushs sprachen sogar von einer breit angelegten Medienkampagne.

Auf der Grundlage des „Freedom of Information Act“ haben mittlerweile einige Konsortien eine Nachzählung durchgeführt. Von den gut 100.000 ungültigen Stimmzetteln, die Mehrfachnennungen aufwiesen, fielen gut Zweidrittel auf den Demokraten Al Gore und nur Eindrittel auf George W. Bush.

In einigen republikanischen Wahlbezirken wurden Briefwahlunterlagen auch noch nach der so genannten Deadline ausgewertet. Zu einem Zeitpunkt, an dem man erste Ergebnisse der Wahl bereits kannte und man hinterher noch sein Kreuzchen machte. Genauso wurden Briefwahlunterlagen ausgewertet, die weder Poststempel noch Datumsangabe aufwiesen.

So also sieht die Demokratie im 21. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten aus. Der demokratische Präsidentschaftsbewerber Lyndon LaRouche folgte frustriert: *„Wer macht diese manipulierte Politik von oben? Die Wall Street. Die großen Finanzinteressen, die mit ihrem Geld die Massenmedien und die Führung der großen Parteien kontrollieren. Die Wall Street und die Medien gegen den amerikanischen Bürger – das ist die Konstellation. Es ist völlig egal, ob man Bush oder Gore wählt. Denn alles war bereits vorgeplant. Bush sollte Präsident werden. Wer glaubt, er könne mit seiner Stimme für sie etwas beeinflussen, ist schlimmer als die Leichtgläubigen, die meinen, beim Catchen gäbe es echte Kämpfe“.*

Der eingeschlagene Kurs des politischen Establishment und der Bush-Administration zeigte sich an dem ungebremsten Militarismus und der Beseitigung von Hindernissen juristischer, politischer und moralischer Natur.

Heute wissen wir, dass diese Kräfte auch hinter dem versuchten Putsch auf den ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton steckten. Das eingeleitete Amtsenthebungsverfahren und der Senatsprozess gipfelten in Verschwörungen, Provokationen und Rufmord. Die einstig republikanische Partei, die für ihren Wirtschaftskonservatismus stand und sich auf die ländliche und kleinstädtische Bevölkerung stützte, geriet zunehmend unter den Einfluss von christlich Rechten, Waffenlobbyisten, Abtreibungsgegnern und Milizen.

Gepaart mit gleichgesinnten Medienvertretern, verbündeten Anwälten und Richtern rührten sie kräftig die Werbetrommel für den anscheinend unabhängigen Ermittler Kenneth Starr. Auf ihren Druck hin entschloss sich Paula Jones zur Klage wegen sexueller Belästigung und auch der Skandal um die Praktikantin Monika Lewinsky ist ihnen zuzuschreiben.

Clinton war in der Bevölkerung jedoch sehr beliebt und trotz den ganzen Erniedrigungen gelang es den republikanisch Rechten nicht, das Volk auf ihre Seite zu bringen. Die Kongresswahlen 1998 endeten für sie in einem politischen Debakel.

Wie heute anzunehmen ist, verstärkte diese Niederlage ihre Ansicht, pseudo-legale Methoden zur Erreichung ihrer Ziele anzuwenden. Auch die Einstellung des Amtsenthebungsverfahrens, auf Druck der Bevölkerung hin, nährten die Gedanken an illegale Methoden zur Ergreifung der Macht.

Ein Blick auf die Protagonisten der ersten Bush-Administration bestätigt diesen Verdacht: Sie besteht aus einer Ansammlung vom Militärköpfen und Veteranen der Regierungen Reagan und Bush Senior, die mit zweifelhaften Methoden Posten in der Öl- und Pharmaindustrie ergatterten und damit reich wurden. George Bush requirierte so viele von ihnen, dass es nahezu einer Kopie des Regierungsstabes seines Vaters glich. Nachfolgend eine Auflistung einiger dubioser Damen und Herren, die eine führende Rolle in den Bush-Administrationen spielten:

Dick Cheney: Cheney ist unter Bush der Vizepräsident der USA. Während seiner sechs Legislaturperioden als Kongressabgeordneter für Wyoming, galt er als der konservativste aller 435 Abgeordneten. So stimmte Cheney beispielsweise gegen das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und gegen ein Gesetz zur besseren Unterstützung benachteiligter Kinder. Außerdem stimmte er gegen die Resolution zur Freilassung Nelson Mandelas und gegen eine staatlich finanzierte Abtreibung (auch bei Vergewaltigungsopfern). Unter George Bush Senior war Cheney zudem als Verteidigungsminister tätig und wesentlich am ersten Golfkrieg beteiligt. Zwischen den beiden Amtszeiten der Bush-Präsidenten war er bei der Zuliefererfirma Halliburton Industries tätig. Halliburton unterhielt weitreichende Geschäftsbeziehungen zum Irak und Saddam Hussein. Nach der Invasion im Irak sorgte Cheney dafür, dass Halliburton milliardenschwere Aufträge zum Wiederaufbau des Iraks erhielt. Außerdem stand Cheney der National Energy Policy Development Group (NEPDG) vor, wo leitende Mitarbeiter des Skandalunternehmens Enron beschäftigt waren. Auch wurde bekannt, dass die NEPDG Saddam Hussein Zugeständnisse zur Förderung seines Öls gemacht hatte.

Colin Powell: Powell war Außenminister der USA in der ersten Amtszeit von Bush. Gleichzeitig saß er im Vorstand der beiden Unternehmen Gulfstream Aerospace und American Online (AOL). Gulfstream stellt Jets u.a. für die Regierungen aus Kuwait und Saudi-Arabien her. Am 5. Februar 2003 hielt Powell vor dem UN-Sicherheitsrat eine konspirative Rede über den irakischen Besitz von Massenvernichtungswaffen. In diesem Zusammenhang warb er vor der UN

für den militärischen Sturz des Diktators Saddam Hussein. Im September 2005 bedauerte Powell in einem ABC-Fernsehinterview diese Rede, in der er den Weltsicherheitsrat mit später als falsch herausgestellten Tatsachenbehauptungen von der Notwendigkeit des Irak-Kriegs zu überzeugen versuchte und bezeichnet sie als einen *"Schandfleck"* in seiner Karriere.

James A. Baker: Baker spielte während den Wahlkämpfen eine Art Beobachter und den *„Mann fürs Grobe“* für Bush. Unter Bush Senior war er Außenminister und Stabschef.

Condoleeza Rice: Rice war während der ersten Amtsperiode von Bush die Nationale Sicherheitsberaterin der Vereinigten Staaten und schon unter Bush Senior Expertin für Angelegenheiten der UdSSR. Für ihre Dienste im Vorstand des Unternehmens Chevron wurde ein Öltanker nach ihr benannt. Als wichtigste Beraterin des Präsidenten sorgte sie vor dem Irak-Krieg mit Sätzen, wie *„Bestraft Frankreich, ignoriert Deutschland und versöhnt Russland“* auf sich aufmerksam. In Bushs zweiter Amtszeit stieg sie auf und wurde im Januar 2005 zur US-Außenministerin.

Ann Veneman: Veneman war in der ersten Amtszeit die US-Landwirtschaftsministerin. Unter Bush Senior war sie stellvertretende Ministerin für internationale Angelegenheiten und Warenverkehr. Durch ihre großunternehmerfreundliche Landwirtschaftspolitik starben kleine Unternehmen aus, sodass heute 80% des Rindfleisches aus einem der nur noch vier großen Konzerne geliefert wird. Neben ihrer Tätigkeit als Landwirtschaftsministerin sitzt sie noch im Vorstand eines Biotechnologie-Unternehmens, welches genmanipulierte Nahrungsmittel herstellt. Nach der ersten Amtszeit stellte sie sich nicht mehr zur Verfügung. Sie übernahm ab Mai 2005 das Amt der Direktorin des UN-Kinderhilfswerks Unicef.

Elaine Chao: Chao ist die derzeitige Arbeitsministerin und war unter Bush Senior stellvertretende Ministerin im Transportministerium. Außerdem saß sie im Vorstand von C.R. Bard, einem Unternehmen, welches in den neunziger Jahren fehlerhafte Herzkatheter herstellte und damit illegale Experimente durchführte.

Spencer Abraham: Abraham war Energieminister unter George Bushs erster Amtszeit. Unter dessen Vater war er Stabschef. Zuvor war er Senator für den Bundesstaat Michigan und setzte sich gegen die Finanzierung neuer, umweltbewusster Energien ein und hatte den Plan die Benzinsteuern abzuschaffen.

John Ashcroft: Ashcroft war Justizminister der USA von 2001 bis 2005. In seiner Zeit als Gouverneur setzte er sich gegen die Abtreibung sogar bei Vergewaltigungsopfern ein. Außerdem lehnte er ein Gesetz ab, welches Homosexuelle an ihrem Arbeitsplatz schützen sollte. Er war für die Lockerung des Waffenbesitzes und setzte sich vehement für die Ausweitung der Todesstrafe ein. Ashcroft wurde mit viel Hohn und Spott überschüttet, als er die Gouverneurswahlen 2000 gegen einen Kontrahenten verlor, der bereits zwei Wochen vor den Wahlen verstorben war. Der Tote wurde zum Sieger erklärt, Ashcroft bekam dafür das Amt des Justizministers geschenkt.

Donald Rumsfeld: Rumsfeld, der Mann mit den markigen Sprüchen, der Deutschland und Frankreich als altes Europa bezeichnete und uns in die Riege der so genannten Schurkenstaaten aufnahm, war US-Verteidigungsminister. Bereits bei seinem Amtsantritt sprach er sich gegen die weitere Rüstungskontrolle aus und bezeichnete den Abrüstungsvertrag mit den Russen als „*Schnee von gestern*“. Unter seiner Leitung wurde das Star Wars-Projekt wieder aufgenommen, welches weltweit für Empörung sorgte. Nach der Niederlage der Republikaner bei den Kongresswahlen 2006 musste Rumsfeld als Bauernopfer erhalten und seinen Rücktritt einreichen.

Gale Norton: Norton war Innenministerin der USA und gab freizügig zu, dass sie das Gesetz zum Schutz von bedrohten Tierarten für verfassungswidrig hält. Außerdem brachte sie einen Vorschlag ein, wie man einige Nationalparks in den USA für den Kohlebergbau und der Öl- und Gasförderung nutzen könnte.

Sämtliche aufgelisteten Personen kamen aus wichtigen Bereichen der Wirtschaft wie der Öl-Industrie, der Pharmazie oder der Energieversorgung. Alle Personen wurden durch Spendengelder ihrer Unternehmen in ihr Amt manövriert und wirtschafteten im Dienste dieser Konzerne. Mit der Wahl des Präsidenten durch den Obersten Gerichtshofs der USA wurde keine neue Regierung, sondern vielmehr eine Kopie der Regierung unter Bush Senior von 1988 – 1992 gewählt.

Doch die Wahlen 2000 sollten nicht die einzigen Wahlen in den USA bleiben, die durch Manipulationen für Aufsehen sorgten. Selbst bei den Präsidentschaftswahlen 2004 kam es zu zahlreichen Meldungen, wonach die Auszählung zugunsten der republikanischen Partei geschönt wurde. Da die Wahlen 2004 jedoch deutlich ausfielen, wurden die Unregelmäßigkeiten unter den Tisch gekehrt. Anders sieht es bei den Kongresswahlen im Herbst 2006 aus. Wieder einmal stand der Bundesstaat Florida mitten im Kreuzfeuer der Kritik. 2006 war Jeb Bush, George Bushs Bruder, noch immer Gouverneur von Florida. Bereits zwei Wochen vor den eigentlichen Wahlen hatten Menschen durch

vorgezogene Stimmabgaben das Recht auf ihr Votum. Dabei zählten die Wahlautomaten für den demokratischen Kandidaten abgegebene Stimmen einfach dem republikanischen Kandidaten zu. Offiziell wurde die Manipulation mit einer Abnutzungserscheinung der Automaten begründet. An manchen Orten Floridas, so auch in dem Örtchen Sarasota, wurden bis zu 18.000 Wahlstimmen einfach unterschlagen. Nachträgliche Auszählungen ergaben, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen dem demokratischen Kandidaten zugesprochen werden konnte. Bei einer Wahl, in der der Ausgang von 400 Stimmen mehr oder weniger abhängt, wie in Florida, sind 18.000 Stimmen wahlentscheidend. Sarasota wurde bereits am 11. September 2001 weltbekannt, als George Bush in einer Schule in Sarasota den Kindern beim Vorlesen lauschte, während in New York zwei Flugzeuge in die Zwillingstürme des ehemaligen World Trade Centers stürzten.

Der vom Volk gewählte und dennoch unterlegene Präsidentschaftskandidat von 2000, Al Gore, schlussfolgerte aus dem Ganzen: *„Wenn wir in dieser Wahl in Florida die Wählerstimmen von Tausenden ignorieren, wie können dann Sie oder irgendein anderer Amerikaner noch darauf vertrauen, dass Ihre Stimme in einer zukünftigen Wahl nicht auch ignoriert werden wird?“* Dem ist nichts hinzuzufügen.

4. Die Macht der christlichen Rechte

Nicht erst seit dem Amtsantritt von George W. Bush kristallisiert sich in den USA eine stimmengewaltige Gruppe fundamentalistischer Christen heraus, die sich seit der Reagan-Ära in den 1980er Jahren immer stärker in die Politik einmischt. Waren politische Engagements christlich gläubiger Menschen bis Ende der 1960er Jahre noch verpönt, so änderte sich dies schlagartig, als das Oberste Gericht 1973 die Abtreibung legalisierte und vier Jahre später die Steuerbegünstigungen für christliche Schulen in Frage stellte. 1979 gründete der Katholik Paul Weyrich die „moral majority“ (zu dt.: moralische Mehrheit). Die Vereinigung hatte nur wenige Jahre Bestand, dennoch gilt sie als die erste Zusammenführung unterschiedlicher Religionsbewegungen, um sich gemeinsam für traditionelle amerikanische Werte sowie gegen die Abtreibung und für die Unterstützung Israels einzusetzen.

In den 1980er Jahren waren es dann vor allem die Frauen- und Schwulenbewegungen, die christliche Gruppen auf den Plan riefen, um sich gegen die „Schändung traditioneller Werte“ zu stemmen.

Mit Bushs Einzug in das Weiße Haus, der sich selbst als „wiedergeborener Christ“ bezeichnet, erlangte das Thema eine neue Ebene, die bereits kurz darauf die Welt in Gut und Böse aufteilen sollte. Nach Bushs Alkohol- und Dro-

geneskapaden gelang es ihm, laut eigener Aussage, mit Hilfe des Glaubens an Gott und des familiären Freundes Billy Graham, einem ultra-fundamentalistischen Christen, den rechten Pfad wieder zu finden. Billy Grahams Sohn Franklin ist heutzutage medial bekannt durch Aussagen, wie die Verteufelung des Islams zu einer „*evil religion*“. Seiner Ansicht nach ist der Kampf gegen den islamischen Terrorismus nur der Beginn der Apokalypse, in der sich das Christentum und der Islam gegenüberstehen. Anstatt sich von solchen Aussagen zu distanzieren, wurde Franklin Graham sogar eingeladen, einen Karfreitagsgottesdienst im US-Verteidigungsministerium zu leiten, obwohl Mitarbeiter des Pentagons mit muslimischem Hintergrund heftig dagegen protestierten.

Franklin Graham war bereits unter Bush sen. eine bekannte Persönlichkeit. Er sorgte dafür, dass die amerikanischen US-Soldaten in Kuwait und Saudi-Arabien mit genügend Ausgaben des Neuen Testaments versorgt wurden, die sie unter das muslimische Volk streuen sollten. Während diese Aktion 1991 noch vereinzelt auf Kritik stieß, fanden Grahams Missionierungsversuche nach dem Ende der offiziellen Kampfhandlungen im Irak 2003 durchaus Sympathien im Weißen Haus. So wurde es Grahams Organisation „Samaritan's Purse“ erlaubt, ihre Aufbauhilfe mit einer christlichen Missionierung zu verknüpfen.

Während sich in den arabischen Ländern ein muslimischer Fundamentalismus herausbildete, ist ein ähnliches Phänomen auch in den USA zu beobachten. Dort wird jedoch nicht der Prophet Mohammed, sondern Jesus Christus gepriesen. Der Gefährlichkeit beider extremer Flügel tut dies jedoch keinen Abbruch. Europa, in dem die Säkularisierung weiter fortgeschritten ist, steht zwischen den Fronten und hat es bisher nicht geschafft, eine vermittelnde Rolle zu übernehmen, die gerade nach den Anschlägen des 11. September 2001 von entscheidender Bedeutung gewesen wäre.

Die tiefe Verwurzelung des religiösen Glaubens in den USA lässt sich an einfachen Zahlen ablesen. Nahezu jeder zweite Amerikaner zählt sich zu den „*wiedergeborenen Christen*“ und mehr als ein Drittel zeigt sich ernsthaft besorgt über ein Ende der Welt. Dies wird nur noch von 60 % des amerikanischen Volkes übertroffen, das nach der Johannes-Offenbarung an eine kommende Apokalypse und die Teilung der Welt in Gut und Böse vor dem Jüngsten Gericht glaubt. Insgesamt 80 % aller Amerikaner bezeichnen sich als Christen, wobei rund ein Viertel von ihnen weiße Konservative sind, die die größte Gruppe stellen. Der Römisch Katholischen Kirche fühlen sich dagegen nur rund 22 % zugehörig.

Schon diese Zahlen belegen, weshalb die Bush-Administration mit ihrem einfachen schwarz-weiß Denken und der Aufteilung der Welt in Gut und Böse in der eigenen Bevölkerung auf Gegenliebe stieß. Dabei ist die Verteufelung einzelner Staaten keine Erfindung der Bush-Regierung. Bereits Ronald Reagan sprach in den 1980er Jahren von der Sowjetunion als dem „*Reich des Bösen*“

und lag damit auf einer Wellenlänge mit dem Glauben seines eigenen Volkes. Uns Europäern fällt dieser Fundamentalismus nicht ins Auge, da sich unsere Kontakte meist auf die wirtschaftsstarken Küsten im Westen und Osten der USA beschränken, die sich der Welt weitaus aufgeschlossener und moderner präsentieren und sich meist selbst fremd im eigenen Land fühlen, wenn Politiker religiöse Reden schwingen und TV-Prediger ihre landesweit ausgestrahlten Show-Messen veranstalten, die oft mehr an ein Konzert eines Superstars erinnern als an einen Gottesdienst. Doch genau darin liegt die Gefahr.

Der Kern der christlich Rechten in den USA stammt aus dem Süden und dem mittleren Westen, wo auch Präsident Bush seine Wurzeln hat. Im so genannten Bible Belt (biblischer Gürtel) tummeln sich Hunderte meist kleinerer christlicher Sekten, von denen sich manche mehr, andere weniger für politische Themen engagieren. Diese Region ist ländlich geprägt, die Bildung der Bevölkerung im Schnitt niedriger als im übrigen Land. In diesem Flecken Erde ist man auch ganz besonders stolz auf „*gods own country*“ (Gottes eigenes Land), ihrem Amerika. Auch das rassistische Gedankengut ist in dieser Gegend deutlich höher verwurzelt als anderswo. So meinen rund zwei Drittel aller Evangelikalen, dass die Schwarzen für ihr wirtschaftliches Versagen selbst verantwortlich sind.

Das Erstarken der christlichen Rechten in den USA ist gleichzusetzen mit einem Erstarken der republikanischen Partei zum Ende der 1990er Jahre. Die Fundamentalisten spielen heute eine zentrale Rolle als Wählerpotenzial und gelten als feste Basis der Republikaner. Immer mehr von Ihnen versammeln sich in Washington in so genannten Think Tanks und leisten vor allem bei außenpolitischen Themen Lobbyarbeit. Dabei stehen die militärische Machterhaltung der USA und der Schutz Israels an vorderster Stelle. Experten erwarten für die nächsten Jahrzehnte ein noch stärkeres Gewicht der christlichen Rechten und verweisen dabei auf zukünftige Konflikte bei der Befriedung des Nahen Ostens. Sie stehen dabei uneingeschränkt an der Seite Israels und so dürften es auch zukünftige US-Präsidenten schwer haben, eine ausgewogene Politik den Palästinensern gegenüber an den Tag zu legen, ohne dabei in Washington an den Pranger gestellt zu werden. Schon 1992, so meinen Analysten, habe Bush sen. den Fehler begangen, Israel daran zu erinnern, dass das besetzte Ost-Jerusalem kein souveräner Bestandteil Israels sei. Der Stimmenanteil der evangelikalen Christen bei den Wahlen 1992 brach ein und Bush sen. verspielte sich auch aus diesem Grund die Wiederwahl.

Bezeichneten sich vor drei Jahrzehnten noch 42 % aller engagierten republikanischen Wähler als Evangelisten, so ist ihr Anteil bei den Präsidentschaftswahlen 2004 auf deutliche 74 % angestiegen. Selbst unter den bekennenden Katholiken hat sich der Anteil der republikanischen Wähler in den letzten Jahrzehnten verdoppelt. Die Zugehörigkeit zu einer religiösen Konfession ist heute

in den USA ein starkes Indiz dafür, welche politische Partei die Person wählen wird. Dabei fällt auf, dass sich weiße Evangelisten deutlich aktiver für politische Themen einsetzen als der Landesdurchschnitt. Die in der Verfassung festgeschriebene Trennung von Staat und Kirche hat nur noch auf dem Papier Bestand. Bushs Wahlkampfhelder Karl Rove brachte dies vor den Präsidentschaftswahlen 2004 auf den Punkt: „An erster Stelle existiert ein großer Unterschied [im politischen Verhalten] bei religiösen Menschen. [...] Man hat dies in den Umfragen der Wahlen 2000 gesehen, bei denen regelmäßige und häufige Kirchgänger mit überwältigender Mehrheit Bush wählten. Sie bilden einen wichtigen Teil der republikanischen Wählerbasis.“

Empirische Analysen bestätigten Roves Aussage, dass der Einfluss religiöser Zugehörigkeit in den USA auf das Wahlverhalten ebenso groß ist wie das finanzielle Einkommen oder das Bildungsniveau. Bei einer früheren Umfrage aus dem Jahr 1994 gaben bereits 38 % der Befragten an, dass das Hauptkriterium ihrer Wahlentscheidung der religiöse Glaube des Kandidaten sei. 2003 lag die Prozentzahl bei 48 %, bei denen es sich überwiegend um weiße Konservative handelte. Unter den Republikanern wird der politische Konkurrent dann des Öfteren auch einmal als „Partei der Ungläubigen“ abgestempelt. Ein gefährliches Wortspiel, welches sich doch auch das Terrornetzwerk Al Qaida zu Eigen macht, wenn es über den „ungläubigen Westen“ urteilt.

Als am 27. Juni 2002 der US-Kongress geschlossen vor der Treppe des Kapitols Stellung bezog und gemeinschaftlich und lautstark seine Treue zu den USA schwor, da geschah das ausnahmsweise weniger aus patriotischen Gründen, sondern es ging vielmehr um den Inhalt des Treuebekenntnisses „*Pledge of Allegiance*“, in dem die Zeile „*one nation under god*“ eine entscheidende Rolle spielt. Wenige Tage zuvor hatte ein Gericht in San Francisco die Zeile als verfassungswidrig erklärt, da ihr Aufsagen in Schulen, zu Sportveranstaltungen und etlichem mehr als bürgerliche Pflicht angesehen wurde, was gegen die Trennung von Staat und Religion verstoße. Dies wollten die amerikanischen Politiker nicht akzeptieren und stellten sich mit ihrer Aktion demonstrativ hinter den religiösen Teil in ihrem Treuebekenntnis.

Ein anderes Beispiel für den religiösen Einfluss in die Politik stellt die Verabschiedung einer Resolution aus dem Oktober 2001 dar, welche Schulen dazu ermutigen sollte, in großen Lettern den Spruch „*God bless America*“ in ihren Unterrichtsräumen aufzuhängen.

Schlimmer noch sind Berichte von Atheisten, die von ihren Mitbürgern als unpatriotisch angesehen werden. Ganz nach dem Motto: Wer nicht an Gott glaubt, der glaubt auch nicht an die Vereinigten Staaten von Amerika. Dabei wird dem amerikanischen Volk der göttliche Bezug tagtäglich eingepflegt. Und sei es nur, wenn sie den Geldbeutel zücken und auf den Dollar-Geldscheinen den Ausspruch „*In God we trust*“ lesen.

Ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen 2004 wurde eine Umfrage unter dem amerikanischen Volk gestartet, welchem Typ Mensch sie eher ihre Stimme gegen würden. Zur Wahl stand eine Person, der es gelingen würde, die Wirtschaft und das soziale Engagement des Landes zu steigern, dessen moralische Werte sie aber eher nicht unterstützen würden, oder einer Person, dessen moralische Werte man unterstützen würde, der dafür aber nichts für einen wirtschaftlichen Aufschwung beitragen könnte. 55 % aller republikanischen Wähler entschieden sich für die Moral und gegen das soziale Engagement.

Bereits nach den Wahlen 2000 resümierte ein republikanischer Wahlstrategie: *„Zum ersten Mal basierte ein Erfolg der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen auf einer religiösen, konservativen, Südstaaten-zentrierten Koalition, angeführt von einem Wählerblock weißer protestantischer Fundamentalisten und Evangelikaler.“*

Beim Präsidentschaftswahlkampf 2004 baute George Bush auf diese Basis und deutete in seinen Wahlkampfreden immer wieder darauf hin, dass Amerika von Gott auserwählt sei, um Gutes zu tun und die Welt zu befrieden. Bush stellte sich als Führer der Supermacht USA in den direkten Dienst Gottes und schwor in dessen Auftrag zu handeln. In seiner kriegsvorbereitenden Rede zur Lage der Nation im Januar 2003 sprach er über die TV-Kameras in die Wohnzimmer der Amerikaner: *„Wir gehen mit Zuversicht voran, weil dieser Ruf der Geschichte das richtige Land erreicht hat. [...] Die Amerikaner sind ein freies Volk, das weiß, dass die Freiheit das Richtige für jeden Menschen und die Zukunft jeder Nation ist. Die Freiheit, die wir schätzen, ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sie ist das Geschenk Gottes an die Menschheit. Wir Amerikaner glauben an uns, aber nicht nur an uns. Wir geben nicht vor, alle Wege der Vorsehung zu kennen, aber wir vertrauen in sie, setzen unser Vertrauen in den liebenden Gott, der hinter dem Leben und der gesamten Geschichte steht. Möge er uns jetzt leiten. Und möge er weiterhin die Vereinigten Staaten von Amerika segnen.“*

Demnach sind die USA das zornige Schwert Gottes, der über Gut und Böse richtet und „sein Land“ dazu aufruft, andere Völker, in diesem Fall den Irak, zu befreien. Eine Vorstellung, wie sie uns aus den Texten der Bibel bekannt erscheinen.

Als Bush einmal das Wort „*Kreuzzug*“ über die Lippen kam, wusste jeder, in welche Richtung er dachte. Da half es auch nichts mehr, als er sich später versuchte, seinen Fauxpas abzumildern. Mit den Zügen der Kreuzritter im Mittelalter verbinden die arabischen Länder Unterdrückung und Mord. Bush bekam seinen Irak-Krieg und wurde, trotz immer lauter werdender Kritik, 2004 in seinem Amt bestätigt. Der Wähleranteil für Bush unter den weißen Konservativen konnte dabei mit 71 % 2000 auf 78 % bei den Wahlen 2004 gesteigert werden. Selbst bei den katholischen Wählern legte Bush deutlich zu und erlang-

te mehr Neustimmen als sein katholischer Herausforderer John Kerry. Vor allem beim Hauptkritikpunkt „moralische Werte“ hängte Bush Kerry deutlich ab, während Kerry bei Wirtschaftsfragen und dem Irakkrieg uneinholbar vorne lag. Aber diese waren dem amerikanischen Volk in ihrer Mehrheit nicht wichtig genug.

Die USA überspannt heute ein dichtes Netzwerk christlich fundamentalistischer Organisationen. Die größte und bekannteste von ihnen, die „Christian Coalition“, zählt nach eigenen Angaben rund zwei Millionen Mitglieder in über 1.500 Zweigstellen. Die „Christian Coalition“ konzentriert sich hauptsächlich auf die Themen Abtreibung, Pornographie und Todesstrafe und setzt sich vehement für die Rechte Israels im Nahen Osten ein.

Es zeigt sich bei allen christlich rechten Organisationen der unbändige Wille, für den Schutz Israels einzutreten. Hintergrund des Ganzen ist die erhoffte Erfüllung biblischer Weissagungen, die davon sprechen, dass der Heiland Jesus Christus erst dann wiederkommen werde, wenn Israel in den alttestamentarischen Grenzen etabliert sei. Dann, und nur dann, kann der biblische Entscheidungskampf (das Armageddon) stattfinden, bei dem das Gute über das Böse siegen wird. Dabei bezweifeln Vertreter der Christian Coalition, allen voran ihre Präsidentin Roberta Combs, dass sich jüdisch-christliche und muslimische Gemeinschaften jemals miteinander versöhnen lassen. Für andere Vertreter gleicher Gesinnung ist eine Parteinahme gegen Israel sogar gleichbedeutend mit einem Abwenden von Gott.

„Wenn es uns nicht gelingen sollte, Israel zu schützen, sind wir auch nicht mehr länger für Gott wichtig. Für einen Christen ist politische Parteinahme in dieser Frage nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht“, wird der erzkonservative Jerry Falwell zitiert.

Eine weitere Organisation, die „American Values“, sieht hingegen in der Volksrepublik China die größte Bedrohung der eigenen Sicherheit und fordert daher, alle Handelsbeziehungen abubrechen und China die WTO-Mitgliedschaft zu verweigern. Die mit Abstand finanzstärkste Organisation unter den christlichen Rechten ist die „Focus on the Family“, die über ein jährliches Budget von 130 Millionen US-Dollar verfügt und neben einem eigenen Ausbildungszentrum für „Nachwuchsfundis“ ein Medienimperium unterhält, zu dem weltweit 100 Fernsehstationen und rund 3000 Radioanstalten gehören, die in neun Sprachen ausgestrahlt werden. Auch die „Focus on the Family“ warnt verstärkt vor einer *„chinesischen Gefahr“*.

Die Liste einflussreicher Organisationen ließe sich an dieser Stelle noch um weitere Seiten ergänzen, doch sollen uns diese drei Beispiele genügen, um aufzuzeigen, wie sehr die Fundamentalisten immer mehr auch auf außenpolitische Themen setzen und dabei zudem über ausreichend mediale Möglichkeiten verfügen, um ihre Glaubensideale zu verbreiten. Die christliche Rechte ist

längst keine kleine Gruppe mehr, die man nicht genügend ernst nehmen muss. Sie entscheidet bereits heute Wahlausgänge und impfen den Menschen über TV- und Radiostationen ihre Weltanschauung ein.

Unterstützung erfährt sie dabei immer wieder von republikanischen Politikern in ihren Wahlbezirken oder auch aus Washington. So unterzeichnete George Bush am 27. Januar 2002 ein Gesetz zur Reform der Wahlkampffinanzierung, das es Privatpersonen verbot, Spenden über 25.000 US-Dollar direkt an Parteien zu übertragen. Stattdessen sollte man ab sofort die Spenden parteinahen Organisationen zur Verfügung stellen, die wiederum die Spenden für denjenigen Kandidaten nutzen, der ihrem Anliegen am nächsten kommt. Die christlich rechten Organisationen erhielten durch diese Reform einen wahren Schub und die Republikaner konnten sich ihrerseits sicher sein, dass dieses Geld ihnen zu Gute kommen würde. Erst einmal mit den Millionen Dollar in der Hand, konnten sie Druck auf Politiker ausüben, wenn diese etwas vom Spendenkuchen haben wollten. Der Einfluss der Fundamentalisten auf die Politik stieg durch die Reform rasant an.

Der Druck, den diese Organisationen auf Politiker ausüben können, ist enorm. So verteilten einige von ihnen bereits bei den Kongresswahlen 2002 so genannte *scorecards*, die den Wählern als Orientierungshilfen dienen sollten. In Wirklichkeit sind diese *scorecards* eine reine Machtdemonstration. Der Wähler erhält eine Liste aller zur Wahl stehenden Personen und ihrer Einstellung zu unterschiedlichen Themengebieten. Anhand angegebener Indizes (zwischen 0 und 100 %) erkennt der Wähler auf einen Blick, wie welcher Kandidat zu Fragen wie Abtreibung, Alkoholkonsum, Pornographie etc. steht. Dabei werden Aussagen und vergangene Abstimmungen zu den jeweiligen Themen den Kandidaten angerechnet. Ein liberaler Politiker im mittleren Westen überlegt es sich da schon zweimal, wie er abstimmt. Es könnte ihm Jahre später als Negativpunkt auf einer *scorecard* angerechnet werden. So wird den Politikern oft vor relevanten Abstimmungen auch schon einmal damit gedroht, dass seine Entscheidung auf der nächstmöglichen *scorecard* landen wird.

Im Juni 2003 hatte es Präsident Bush gewagt, sich gegen den Versuch eines israelischen Anschlags auf den Hamasführer Abd al-Aziz Rantisi zu stellen und erntete dafür bitterböse Emails von Pro-Israel-Lobbyisten. Eines ihrer Sprachrohre, Gary Bauer, warnte den Präsidenten: „*Er muss mit dieser Frage sehr behutsam umgehen, will er sich nicht ein gravierendes politisches Problem schaffen.*“ Als im März 2004 der alteingesessene Hamasführer Ahmed Jassin und sieben weitere Palästinenser von israelischen Raketen getötet wurden, bekräftigte Bush Israels Recht auf Selbstverteidigung. Wenig später adelte man Ariel Sharon im Weißen Haus gar als „*Mann des Friedens*“. Bush hatte dazu gelernt.

Im politischen Washington finden allwöchentlich Treffen zwischen führenden Amtsträgern und Lobbyisten christlicher Organisationen statt. Bei diesen „lunch meetings“ kommen Fragen der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik auf den Tisch. Veranstaltet werden diese Treffen von Paul Weyrich, der uns als Gründer der „moral majority“ Ende der 1970er Jahre schon begegnet ist.

Neben den außenpolitischen Themen gibt es auch innenpolitische, in die sich die christlich Rechte immer stärker einmischte. Das beginnt bei Protestaktionen gegen die Aussetzung eines Tötungsbefehls eines Todesstrafekandidaten bis hin zur Unterbindung von Aids-Hilfen an Organisationen, die auf Kondome als Prävention setzen. Erst im Mai 2003 unterzeichnete George Bush ein Dokument zur Verteilung neuer Spendengelder für Länder in Afrika und der Karibik, um dort die Aidsgefahr wirksam einzudämmen. Doch erst bei einem zweiten Blick auf das Bereitstellungsdokument wurde klar, dass vor- und außereheleiche Enthaltensamkeit oberste Priorität haben und sogar ein Drittel der Gelder für Programme zur Förderung sexueller Abstinenz eingesetzt werden sollten. Während Bush zeitgleich die Hilfsgelder für internationale Hilfsfonds strich, stärkte er religiösen Organisationen in den USA den Rücken, die auf eine kostenlose Verteilung von Kondomen verzichten. Organisationen, die sich für eine freie Wahl der Abtreibung einsetzen, erhielten keine Gelder mehr. Damit reaktivierte Bush ein Gesetz, das sein Amtsvorgänger Clinton außer Kraft gesetzt hatte. Spenden an den UN-Bevölkerungsfonds in Höhe von jeweils 50 Millionen US-Dollar für die Jahre 2004 und 2005 strich Bush ebenfalls zusammen und verteilte das Geld an religiöse Organisationen im eigenen Land. Die christlichen Fundamentalisten freuten sich: *„Seitdem die Bush-Administration an der Regierung ist, konnten wir eine dramatische 180-Grad-Wendung gegenüber dem Kurs der Clinton-Delegierten beobachten“*, so Wendy Wright, eine Sprecherin der konservativen Frauenbewegung in den USA.

Statistiken zeigen deutlich auf, dass die Republikanische Partei ihr Wählerpotenzial mehr und mehr aus den christlichen Fundamentalisten der Südstaaten und des mittleren Westens zieht, während die weltoffenen West- und Ostküstenbewohner in der Mehrheit zu einer liberaleren Religionsauffassung und somit zu den Demokraten tendieren. Um auch zukünftig Wahlen gewinnen zu können, wird es für die Republikaner verstärkt von Nöten sein, sich die Stimmen der Evangelikalen zu sichern, was im Umkehrschluss bedeutet, dass man davon ausgehen muss, dass sich der politische Kurs der Republikaner zukünftig noch stärker fundamentalisiert. Bereits heute geben 69 % aller republikanischen Wähler an, dass die militärische Stärke der beste Weg sei, den Frieden zu sichern, während es bei den Demokraten „nur“ 44 % sind. Wenn man allein die christlichen Rechte nimmt, sind es sogar 93 %, die auf Frieden durch militärische Stärke setzen. Dementsprechend war diese Klientel auch Bush Basis beim

Krieg gegen den Irak. 80 % seiner Wähler empfanden den Schritt zum Krieg bei einer Umfrage vor den Präsidentschaftswahlen 2004 für richtig. Ganze 88 % sind davon überzeugt, dass Präventivschläge gegen andere Länder richtig sind.

Den Islamisten steht ein Feind gegenüber, der wie sie an falschen Glaubensgrundsätzen festhält und mit der Religion den Hass begründet. Während die muslimischen Fundamentalisten ihren religiösen Wahnsinn mit Amateur-aufnahmen in alle Welt herausposaunen, stellen es die christlichen Fundamentalisten geschickter an. Das macht sie nicht weniger gefährlich. Sie arbeiten zumeist im Hintergrund. Sie sitzen in so genannten Think Tanks und haben beratende Funktionen inne, sie üben im Hintergrund Druck auf die Regierenden aus und verfügen über eine mediale Präsenz in TV und Radio, die es ihnen ermöglicht, ihren Wahnsinn häppchenweise unter das Volk zu mischen. In manchen Gesichtspunkten sind sich beide Gruppen ähnlicher als sie denken. Natürlich rennt in den USA keiner von ihnen mit einem Sprengstoffgürtel durch die Gegend und opfert sich für ein höheres Ziel. Vielmehr bereiten sie im Volk eine Stimmung vor, die es den Regierenden ermöglicht, Kriege gegen das „Böse“ zu führen. Dabei gehen sie dann nicht selbst an die Front, sondern lassen blutjunge Amerikaner, kaum älter als 18 Jahre, die außer im US-Militär keine Chance auf eine berufliche Zukunft sehen, sich am anderen Ende der Welt zum Krüppel schießen. Welche der beiden Gruppen nun gefährlicher ist, kann sich jeder selbst beantworten.

Neben den innergemeinschaftlichen und den politischen Differenzen, die sich aus dem immer stärker werdenden Einfluss der christlichen Rechten ergibt, ist es zu großen Teilen auch die Wissenschaft, die ihren Einfluss bei der allgemeinen Wissensbildung verspielt. Sicherlich trägt die Wissenschaft durch ihre eigene Abkapselung aus der breiten Öffentlichkeit eine gewisse Mitschuld daran, dass Menschen immer wissenschaftsverdrossener werden und sich spätestens ab einem bestimmten Zeitpunkt, wenn sich Wissenschaftler nur noch mit Fachausdrücken mitteilen, ausklinken. Hier kommt anstelle dessen die Pseudowissenschaft ins Spiel, die neben fantastisch anmutenden Theorien über den Bau der ägyptischen Pyramiden durch außerirdische Besucher etc. auch weitaus gefährlichere Facetten aufzubieten hat. Eine davon ist der so genannte Kreationismus und die damit einhergehende Ablehnung des darwinistischen Weltbilds.

Für die christlichen Fundamentalisten ist es nicht akzeptabel, dass der Mensch vom Affen abstammt, wie es Charles Darwin einst formulierte und unsere moderne Wissenschaft tausendfach belegen konnte. Ihnen zufolge müsse man die Entstehungsgeschichte, wie sie in der Bibel geschrieben steht, wörtlich nehmen. Und obwohl der Vatikan bereits vor Jahren deutlich machte, dass es durchaus ein Miteinander von Wissenschaft und Religion gäbe, halten sie an

ihren Theorien fest und streuen sie gezielt unter das Volk. Es gelang ihnen sogar, George W. Bush für ihre Sache zu gewinnen. So hat er sich im August 2005 dafür ausgesprochen, dass die Lehre vom „Intelligent Design“ in den Schulen im Fach Biologie als gleichwertig mit der Evolutionstheorie gelehrt werden sollte, da es in öffentlichen Schulen der USA aufgrund der in der Verfassung verankerten Trennung von Staat und Kirche keinen Religionsunterricht gibt. Im US-Bundesstaat Kansas hat die Schulbehörde angeordnet, „Intelligent Design“ gleichberechtigt neben der Evolutionslehre zu unterrichten. Bei „Intelligent Design“ handelt es sich um eine Weiterentwicklung des Kreationismus. Nachdem der Kreationismus in der wissenschaftlichen Welt von Beginn an keine Akzeptanz fand und grundlegend abgelehnt wurde, begann man unter dem Namen „Intelligent Design“ den fundamentalen Theorien einen Hauch von Wissenschaftlichkeit einzuverleiben. Und tatsächlich gibt es heute seriöse Wissenschaftler, die sich ernsthaft mit diesen Theorien auseinandersetzen. Meist jedoch ist ihr Fazit einstimmig: Darwins Theorie kann nicht durch die Lehre an einen „intelligenten Schöpfer“ ersetzt werden. In Kreisen der ID-Befürworter wird dies als Starrsinnigkeit der wissenschaftlichen Welt aufgefasst.

Lassen wir einmal die näheren Details des Kreationismus und seines Abkömmling, dem „Intelligent Design“, außen vor und betrachten uns die Personen, die für diese Theorien stehen, zeigt sich ein unzweideutiges Bild. Die Protagonisten der christlichen Rechten und ihre Organisationen sind gleichzeitig auch die Propagandisten der anti-wissenschaftlichen Theorien. In den USA gibt es sogar ein sehr ernst gemeintes Museum, in dem verdeutlicht werden soll, dass Mensch und Dinosaurier zur gleichen Zeit friedlich nebeneinander lebten: im Paradies. Das Museum ist gut besucht. Generell neigen immer mehr US-Amerikaner dazu, sich der naturwissenschaftlichen Welt zu entfernen und stattdessen an kreationistische Ideen zu glauben. Umfragen zufolge halten rund die Hälfte aller US-Amerikaner die Theorien der christlichen Rechten für ebenso beachtenswert wie die Theorien Charles Darwins. Ein Rückfall in das Mittelalter scheint keine Utopie mehr. Und nebenbei gesagt: Auch in Deutschland steigt die Zahl der ID-Anhänger permanent. Thüringens Ministerpräsident Althaus wollte sogar dafür sorgen, dass ein neues Schulbuch im Biologieunterricht eingeführt wird, welches kreationistische Themen förderte. Von den USA ausgehend breiten sich die Anhänger dieser Theorien heute quer über den gesamten Erdball aus. Gefährlich wird es dann, wenn sie bei politischen Amtsträgern wie George W. Bush Unterstützung finden und wissenschaftliche Erkenntnisse der letzten Jahrhunderte unter den Teppich gekehrt werden.

Der Einfluss der christlichen Rechten in den USA kann nicht hoch genug eingestuft werden. George Bush und Mitglieder seiner Administration haben es geschafft, diese Gruppe in einem „Pakt mit dem Teufel“ hinter sich zu vereinen. Meist aus politischen Gründen, oft aber auch aus persönlichen Sympathien

heraus. Die christlichen Fundamentalisten in den USA sind heute stark genug, um US-Wahlen zu entscheiden und die Außenpolitik der letzten Supermacht auf Erden entscheidend mitzubestimmen. Die Gefahr von heute kann das Fiasco von Morgen sein.

5. Hausgemachter Terrorismus

"Auf der ganzen Welt sind ihre Agenten, ihre abhängigen Staaten und Satellitenstaaten in der Defensive – in der moralischen Defensive, in der geistigen Defensive und in der politischen und wirtschaftlichen Defensive. Freiheitsbewegungen entstehen und setzen sich durch. Und zwar auf fast jedem von Menschen bevölkerten Kontinent, in den Bergen Afghanistans, in Angola, in Kambodscha, in Mittelamerika. Es sind Freiheitskämpfer."

Diese Rede stammt nicht etwa vom Terroristenführer Osama Bin Laden oder einem Mitglied einer Terrororganisation, sondern von Ronald Reagan aus seiner Amtszeit als US-Präsident aus dem Jahr 1985. Als „*Länder in der Defensive*“ bezeichnet Reagan darin die kommunistischen Staaten, allen voran die UdSSR. Die von ihm angesprochenen Freiheitskämpfer sind niemand anderes als die Taliban und die heutigen Terroristen, die sich unter dem Oberbegriff „Al Qaida“ formiert haben. Als „*Freiheitskämpfer*“ bezeichnen sich die „Gotteskrieger“ von Al Qaida auch heute noch. Diese Bezeichnung allerdings aus dem Mund eines US-Präsidenten zu hören, wäre heute undenkbar. Wie kam es dazu?

Im April 1978 übernahm die PDPA (Demokratische Volkspartei Afghanistans) in Afghanistan die Macht, nachdem zuvor von der amtierenden Regierung versucht worden war, die Partei zu unterdrücken und zu zerstreuen. Die PDPA trat für eine radikale Landreform zu Gunsten der Kleinbauern ein, für gewerkschaftliche Rechte, für eine Verbesserung des Schulwesens und der sozialen Dienste, für die Gleichberechtigung der Frau und die Trennung von Kirche und Staat. Die PDPA trat auch für eine Festigung der Beziehungen Afghanistans zur Sowjetunion ein.

Viele Großgrundbesitzer, die oftmals religiöse Führer ihres Stammes waren, sahen sich durch die geplanten Reformen der neuen Regierung im Nachteil und begannen unter dem Deckmantel der Verteidigung des Islams mit einem organisierten Widerstand. Washington, das die Ausbreitung des sowjetischen Einflusses in Afghanistan und auf seine Verbündeten in Pakistan, Iran und in den Golfstaaten fürchtete, bot den afghanischen Mudschaheddin, wie die Gegenkräfte genannt wurden, sofortige Unterstützung an. Nach einem internen Machtkampf im Dezember 1979, in dessen Folge Afghanistans Führung gestürzt wurde, kamen Tausende sowjetischer Soldaten ins Land, um den Sturz

der neuen Regierung zu verhindern. Das schweißte die ungleichen fundamentalistischen Gruppen weiter zusammen. Ihr reaktionärer Dschihad (Heiliger Krieg) bekam in den Augen vieler Afghanen seine Legitimation als nationaler Befreiungskampf. Zwischen 1978 und 1992 unterstützte die US-Regierung, laut dem amerikanischen TV-Nachrichtensender CNN, die Mudschaheddin mit Waffen, Ausbildung und Geldmitteln im Wert von mindestens sechs Milliarden US-Dollar. Andere westliche Regierungen und das durch Erdöl reiche Saudi Arabien, gaben noch einmal so viel hinzu. Reiche arabische Fanatiker wie Osama Bin Laden, stellten weitere Millionen zur Verfügung. Washingtons Afghanistanpolitik wurde von Jimmy Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski gestaltet und von seinen Nachfolgern weitergeführt. Seine Pläne gingen weit darüber hinaus, nur die Sowjettruppen zum Rückzug aus Afghanistan zu zwingen. Sie zielten darauf ab, eine internationale Bewegung zur Ausbreitung des islamistischen Fanatismus in den islamischen zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion voranzutreiben, um die Sowjetunion zu destabilisieren. Brzezinski stellte in Anlehnung an seine damalige Tätigkeit die Frage nach dem kleineren Übel: *"Was war aus welthistorischer Sicht wichtiger? Die Taliban oder der Fall des sowjetischen Weltreichs? Ein paar abgedrehte Muslime oder das Ende des Kalten Kriegs?"*

Man schürte ganz bewusst den religiösen Fanatismus, um dem großen Widersacher in Moskau in die Parade zu fahren. Brzezinskis groß angelegter Plan ging in die gleiche Richtung wie das ehrgeizige Ziel des pakistanischen Diktators General Zia ul-Haq: die Vorherrschaft in der Region. Die US-amerikanischen Radiosender Radio Liberty und Radio Free Europe verbreiteten islamisch-fundamentalistische Hetze über ganz Zentralasien, während paradoxerweise die „Islamische Revolution“ verurteilt wurde, die 1979 den US-hörigen Schah von Persien stürzte.

Die von Washington begünstigte Gruppe der Mudschaheddin war eine der extremsten: Sie stand unter der Führung von Gulbuddin Hekmatyar. Der Widerwille des Westens gegen den Terrorismus galt nicht diesem widerwärtigen „*Freiheitskämpfer*“. Hekmatyar war berüchtigt dafür, dass er in den siebziger Jahren Frauen, die sich weigerten, einen Schleier zu tragen, Säure ins Gesicht schüttete. Nachdem die Mudschaheddin 1992 Kabul eingenommen hatten, beschossen die Kräfte Hekmatyars die Stadt mit Raketen, die ihnen die USA geliefert hatten, und töteten dabei mindestens 2.000 Zivilisten – bis ihm die neue Regierung den Posten des Ministerpräsidenten übertrug. Osama Bin Laden war ein enger Verbündeter Hekmatyars und seiner Organisation. Mit seinen finanziellen Mitteln bezahlte er die Anwerbung und die Ausbildung zig Tausender Kämpfer. Dazu baute er große Lager, die von Washington heute „*Terrorcamps*“ genannt werden, in Zusammenarbeit mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI und der amerikanischen CIA. Die afghanischen Contra-

Kämpfer, einschließlich Zehntausender von Bin Laden angeheuerter und bezahlter Söldner, wurden von der CIA bewaffnet. Pakistan, die USA und Großbritannien stellten Militärberater zur Verfügung.

Tom Carew, ein früherer britischer SAS-Soldat, der geheim für die Mudshaheddin kämpfte, sagte am 13. August 2000 gegenüber der britischen Zeitung „Observer“: *"Die Amerikaner waren versessen darauf, den Afghanen die Techniken des Stadt-Terrorismus, der Autobomben usw. - beizubringen, damit sie Anschläge gegen die Russen in den größeren Städten durchführten. (...) Viele von ihnen wenden jetzt ihr Wissen und ihre Fachkenntnisse an, um Krieg zu führen gegen alles, was sie hassen."*

Ein weiterer Berater für den Terrorkrieg in den Städten, Ali Mohammad, kam aus den USA. Ali Mohammad wurde in Ägypten geboren, hatte dort in der Armee gedient und war dann in die USA ausgewandert. Dort trat er 1985 in die US-Armee ein und hatte in Fort Bragg als Green Beret bei einer Spezialausbildung den Bau von Autobomben und die Durchführung von Terroranschlägen gelernt. Sein Wissen brachte ihn dazu, dass er einige Jahre selbst an der „JFK Special Operations Warfare School“ unterrichtete. 1989 verließ er die Armee und begann im Auftrag des CIA in New Jersey islamische Fundamentalisten im Guerillakrieg auszubilden, die anschließend nach Afghanistan geschickt wurden. Zur gleichen Zeit reiste er mehrmals nach Pakistan und Afghanistan, um dort vor Ort seine Kenntnisse zu verbreiten. Er stieg schnell zu Bin Ladens Mann für Spezialoperationen auf und half diesem dabei, in Khartum im Sudan eine neue Basis zu errichten.

Osama Bin Laden galt in den 1980er Jahren als eine Art Ausbilder der „Freiheitskämpfer“ und stand ganz oben auf der Gehaltsliste des CIA. Nach Ende des Kalten Krieges, als der Kommunismus und mit ihm das Sowjetreich besiegt waren, war Bin Laden für die CIA nicht mehr wichtig und man ließ ihn fallen. Aufgrund dessen und aufgrund der „Entweihung des heiligen, islamischen Bodens“ in Saudi-Arabien im Zuge des ersten Golfkriegs, begann Bin Laden, die Arbeit fortzuführen, die er vormals für die USA gemacht hatte.

In der Zeit vor den verheerenden Anschlägen vom 11. September 2001 auf die Zwillingstürme des World Trade Center hatten die Angehörigen der herrschenden Klasse in den USA kein schlechtes Gewissen wegen der Konsequenzen ihrer schmutzigen Geschäfte mit Typen wie Bin Laden, Hekmatyar oder den Taliban. Seit dem schrecklichen Anschlag sind sie aber geradezu zu Heuchlern geworden.

In einem Bericht des Senders MSNBC vom 28. August 1998 zitiert Michael Moran den Senator Orrin Hatch, Mitglied des Geheimdienstausschusses des US-Senats, der für die Billigung der Geschäfte mit den Mudshaheddin verantwortlich war, mit den Worten, er würde *"dasselbe wieder tun"*, obwohl er wusste, was aus Bin Laden werden sollte. *"Das war es wert. Das waren sehr*

wichtige, zentrale Angelegenheiten, die eine wichtige Rolle beim Zusammenbruch der Sowjetunion spielten."

Das Faszinierende an der CIA-Bin Laden-Verbindung ist, dass sie nach dem 11.09.2001 in den Medien vollkommen totgeschwiegen wurde. In jeder Bin Laden-Biografie, die kurz nach den Anschlägen vom 11. September über die Bildschirme flimmerten, begannen die Berichte erst ab Anfang der 1990er Jahre, als Bin Laden sich offen gegen die Verwendung saudi-arabischen Hoheitsgebiets durch das US-Militär aussprach. Die Tatsache, dass er vom CIA zu dem gemacht wurde, was er heute verkörpert, scheint in Vergessenheit geraten zu sein und wurde von der US-Regierung unter den Teppich gekehrt.

In den arabischen und asiatischen Ländern, deren schreibende Presse und TV-Sender noch nicht überwiegend durch US-amerikanische Mediengiganten aufgekauft wurden, sieht dies anders aus. Was bei uns nach dem 11. September 2001 als Anti-Amerikanismus abgestempelt wurde, wird in den östlichen Ländern heiß diskutiert. Im Zusammenhang mit der US-Propaganda für den Afghanistan-Feldzug veröffentlichte die indische Tageszeitung „*The Hindu*“ ein Interview mit einer Vertreterin der afghanischen Frauenbewegung RAWA (Revolutionary Association of the Woman of Afghanistan). Darin meinte die Sprecherin unter anderen: *„Unglücklicherweise müssen wir feststellen, dass es die Regierung der Vereinigten Staaten war, die den pakistanischen Diktator General Ziaul-Haq dabei unterstützte, Tausende von Religionsschulen zu eröffnen, die den Keim für die Entwicklung der Taliban legten. In einer ähnlichen Art war Osama, wie jeder weiß, der blue-eyed boy der CIA.“*

Ahmed Rashid, ein Korrespondent der englischen Zeitung „*Daily Telegraph*“ und Nahost-Experte, warf dem CIA ebenfalls Unterstützung islamistischer Gruppierungen vor. Seiner Meinung nach sorgte Mitte der 1980er Jahre der damalige CIA-Chef William Casey dafür, dass die Mudschaheddin mit amerikanischen Stinger-Raketen ausgerüstet wurden. Das Ziel waren Anschläge auf die Republiken Usbekistan und Tadschikistan, die beide am südlichen Rand der Sowjetunion lagen. Diese High-Tech-Waffen waren aber auch nützlich beim Terror gegen Zivilisten. Es gab keinen Aufschrei aus Washington gegen *„islamischen Terror“*, als die Mudschaheddin im März 1987 in Khost eine Stinger-Rakete einsetzten, um eine zivile Verkehrsmaschine abzuschießen, die afghanische Kinder zum Studium in die UdSSR brachte, und dabei alle 52 Passagiere töteten.

Zudem warf Rashid dem CIA und der US-Regierung vor, die Anwerbung neuer „Gotteskämpfer“, auch aus anderen Ländern, finanziell unterstützt zu haben. Mit dem Geld und der Ausrüstung der CIA baute Bin Laden Trainingsgelände für die ehemaligen „*Freiheitskämpfer*“, in denen diese zu Terroristen ausgebildet und der Dschihad gelehrt wurde.

„Er brachte Ingenieure aus der Firma seines Vaters und schweres Baugerät, um damit Straßen und Lagerhäuser für die Mudschaheddin zu bauen. 1986 half er, den CIA-finanzierten Tunnel-Komplex zu bauen, welcher als eines der wichtigsten Waffendepots diente, als Trainingsanlage und als medizinisches Zentrum für die Mudschaheddin, tief unter den Bergen in der Nähe der pakistanischen Grenze.“

Nach Ende des Kalten Kriegs überließ man die Mudschaheddin ihrem eigenen Schicksal. Das Blatt drehte sich von nun an. Der einstige Finanzier wurde nun zum Todfeind erklärt. Die Terroristen, gegen die die USA seit dem 11. September einen internationalen Feldzug führen, hatten sie selbst herangezichtet. Was unter Reagan noch als „*Freiheitskämpfer*“ galt, ist heute ein „*Terrorist*“. Und Osama Bin Laden, der jahrelang im Auftrag des CIA handelte, wird verteufelt.

Hekmatyar war auch berüchtigt wegen seines Nebenerwerbs beim Anbau und Handel mit Opium. Gleichzeitig mit der Unterstützung der Mudschaheddin durch die CIA gab es einen Boom im Drogengeschäft. Zwei Jahre lang war die afghanisch-pakistanische Grenze die größte Heroinquelle der Welt und versorgte 60 % der US-amerikanischen Drogenkonsumenten. Der Autor des Buches „*The Politics of Heroin*“, Prof. Alfred McCoy, war 1997 der Meinung, dass der Heroinhandel in Afghanistan von CIA-Mitarbeitern überwacht und kontrolliert wurde: *„Bei ihrem Vorrücken auf afghanisches Territorium forderten die Mudschaheddin die Landwirte auf, Mohn als Revolutionssteuer anzubauen. Entlang der Grenze in Pakistan operierten unter dem Schutz des pakistanischen Geheimdienstes ISI Hunderte Heroinlabors. In dieser Dekade des völlig offenen Drogenhandels unternahm die US-Drug Enforcement Agency (DEA) in Islamabad nichts, keine Beschlagnahmungen oder Verhaftungen – die Regierung hatte untersagt, den Heroinhandel zu verfolgen...“*

Die US-Regierung hat bewusst gehandelt, als sie anordnete, den Heroinhandel nicht zu blockieren. Mit dem Wissen, dass die CIA darin involviert war und das Gros ihrer Finanzierung der „*Freiheitskämpfer*“ aus diesen Drogengeldern herausholte. Doch genauso wenig, wie die Ausbildungen in den Trainingslagern nach dem Zusammensturz der UdSSR ein Ende fanden, genauso wenig stoppte auch der Anbau von Mohn zur Heroingewinnung. Im Gegenteil: Ende der 1990er Jahre wurde der Handel mit Heroin zur größten Einnahmequelle für die Taliban.

Jedes Jahr wurden im Drogenhandel in Afghanistan zwischen 100 und 200 Milliarden US-Dollar umgesetzt, also Eindrittel des weltweiten Umsatzes, der von den UN auf ca. 500 Milliarden geschätzt wird. 1995 hatte der frühere Direktor für CIA-Operationen in Afghanistan, Charles Cogan, keine Gewissensbisse wegen der Drogenschwemme: *„Unser wichtigster Auftrag war, den Sow-*

jets so viel wie möglich zu schaden. (...) Es gab eine Drogenschwemme, ja. Aber das Hauptziel war erreicht. Die Sowjets verließen Afghanistan."

In einer Kurzbiografie in der Zeitung „*New York Times*“ über die von Clinton eingesetzte Bundesrichterin Mary Jo White wird angemerkt, dass praktisch alle Untersuchungen und Strafverfolgungen gegen „*islamischen Terrorismus*“ von ihrem New Yorker Gerichtsbezirk aus betrieben wurden – einschließlich der Verfolgung des Bombenanschlags auf das Kriegsschiff USS Cole im Jemen. Das ist kein Zufall. Die New Yorker Büros von CIA und FBI waren Dreh- und Angelpunkt bei der Rekrutierung von Mudschaheddin in den USA, die weitgehend organisiert wurde vom Alkifah-Flüchtlingszentrum in Brooklyn. Mary Anne Weaver berichtet in ihrem Buch „*A Portrait of Egypt*“, dass ein führender ägyptischer Beamter ihr erzählt habe, Alkifah sei während des Dschihad eine Frontorganisation der CIA gewesen. Geld, sagte er, wurde durch sie gewaschen, Waffen wurden verschickt und arabische Amerikaner rekrutiert und ausgebildet.

Am 23. Oktober 2001 erschien in der dänischen Zeitung „*Ekstra Bladet*“ ein aufsehenerregender Artikel von Kenan Seeberg. Die Zeitung habe „*versehentlich*“ eine vertrauliche Liste von 370 Verdächtigen des FBI im Zusammenhang mit dem 11. September erhalten: Namen, Decknamen, Adressen, Telefonnummern, E-Mail-Adressen. Sie legte die Liste dem ehemaligen Mitarbeiter des Marinennachrichtendienstes und der National Security Agency (NSA), Wayne Madsen, vor, der weiterhin gute Kontakte zu den Geheimdiensten unterhielt. Madsen schlussfolgerte, das FBI könne unmöglich in der kurzen Zeit seit dem 11. September diese umfangreichen Informationen gesammelt haben, die Personen seien mit Sicherheit schon länger gründlich überwacht worden. Außerdem lägen viele der in der FBI-Liste genannten Adressen in der Nähe hochsensitiver Militärbasen und Ausbildungszentren von Sondereinheiten - u.a. Fort Smith in Arkansas bei dem berühmt-berüchtigten Flugplatz Mena, den die Iran-Contra-Netzwerke für illegale Waffen- und Drogentransporte benutzten. Fred Stock vom kanadischen Funkabhördienst CSE sagte „*Ekstra Bladet*“, ein Foto des Terrorpiloten Mohammed Atta „*hing schon 1993 an der Wand des CSE-Hauptquartiers*“.

6. Der „Hundesohn“ der CIA

Osama Bin Laden wurde am 10. März 1957 als einer von zwanzig Söhnen eines südjemenitischen Bauunternehmers und einer Palästinenserin in Djidda/Saudi-Arabien geboren. Anderen Berichten zufolge datiert das Geburtsjahr auf 1955, sodass hier spekuliert werden muss. Aufgrund der erfolgreichen Geschäfte seines Vaters wuchs Osama Bin Laden in einer Großfamilie in wohlhabenden

Verhältnissen auf. Sein Vater wurde unter dem saudi-arabischen König Feisal zum Minister für staatliche Bauvorhaben ernannt, bevor er 1968 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Daraufhin wurde Osama Bin Laden bereits im Alter von 15 Jahren zu einem der Geschäftsführer des Bauunternehmens der Familie ernannt. Scheich Mohammed Bin Laden gründete 1931 das Unternehmen Saudi Bin-ladin Group (SBG), deren Umsatz heute auf fünf Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt wird. Das Familienunternehmen wird seit 1988 von Bakr Bin Laden, einem Halbbruder von Osama, geleitet. Dieses Unternehmen ist eines der größten Baufirmen in Saudi-Arabien. Auch die Kasernen und Flugplätze der US-Streitkräfte im Land wurden von der Bin Laden-Familie errichtet. Selbst nachdem Osama Bin Laden am 25. Juni 1996 den saudischen US-Stützpunkt Al Khobar in die Luft gesprengt hatte, durfte ausgerechnet seine Familie den Komplex für 150 Millionen Dollar wieder aufbauen. Charles Freeman, ein ehemaliger US-Botschafter in Saudi-Arabien meinte hierzu: *„Wenn es ein Unternehmen gibt, das eng mit der amerikanischen Präsenz in Saudi-Arabien verbunden ist, dann ist es die Saudi Bin-ladin Group.“*

Gerade mit dem Amtsantritt von George Bush Senior als US-Präsident florierte das Geschäft: Im Zuge des Golfkriegs 1991 investierte die saudische Regierung über 65 Milliarden Dollar allein in den Aufbau der militärischen Infrastruktur. Darüber hinaus hat die Saudi Bin-ladin Group im Nahen Osten die Generalvertretung für die Automobilmarken Volkswagen und Audi unter sich. Ihre internationalen Geschäfte wickelt das Unternehmen vor allem über die saudische National Commercial Bank oder die Londoner Niederlassung der Deutschen Bank AG ab. Insgesamt verfügt das Unternehmen über bis zu 50.000 Mitarbeiter in 30 Ländern. In Bin Ladens Heimatstadt nahm er ein Studium der Wirtschaftswissenschaften auf, das er 1979 abschloss. Zugleich übernahm Bin Laden als Projektmanager verantwortliche Aufgaben im Familienunternehmen.

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan am 26. Dezember 1979 bedeutete den Beginn seiner politischen Aktivitäten. Er verließ sein Elternhaus, um im Auftrag des saudi-arabischen Geheimdienstes den Widerstand in Afghanistan und Pakistan zu organisieren, wo er die Guerillatruppen der islamischen Mudschaheddin aufbaute und sich als Spezialist für Festungen und Tunnelsysteme erwies.

Ab 1982 führte er selbst die Widerstandstruppen in den Kampf, wobei er sich durch seine außerordentliche Tapferkeit auszeichnete. Von den USA als Verbündeter betrachtet, genossen Bin Laden und die Mudschaheddin in jenen Jahren die Unterstützung der CIA.

Bin Laden verfügte bald über ein übergreifendes islamisches Söldnerheer, dessen Kämpfer er aus dem gesamten arabischen Raum rekrutierte. Aufgrund seiner Investitionen in soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen

und seiner Unterstützung der islamischen Widerstandsbewegung „Hijaz“ genoss er große Anerkennung und Popularität in Ägypten und anderen muslimischen Ländern. 1986 brachte Bin Laden schwere Baufahrzeuge nach Afghanistan. Mit seinen guten Kenntnissen auf dem Gebiet des Bauingenieurwesens (er hatte eine abgeschlossene Ingenieursausbildung), errichtete er Ausbildungslager, einige tief im Berg eingegraben, und Straßen, um diese zu erreichen. Noch 1988 sollen Bin Laden 20.000 Kämpfer in Afghanistan unterstanden haben.

Nach dem Rückzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Afghanistan kehrte er 1989 nach Djidda zurück. Dort geriet er wegen seiner politischen und religiösen Kompromisslosigkeit bald in Konflikt mit dem Staat. Nach dem Überfall des irakischen Staatschefs Saddam Hussein auf Kuwait stellte König Fahd 1990 Saudi-Arabien als Aufmarschbasis für den zweiten Golfkrieg zur Verfügung. Bin Laden kritisierte den saudi-arabischen König öffentlich für die den USA gewährte logistische Unterstützung der Operation „*Desert Storm*“. Seine theokratischen Vorstellungen und Kampfaufrufe gegen den Westen, gegen den er den Ölpreis als Waffe eingesetzt sehen wollte, entfremdeten Bin Laden zunehmend auch von seiner eigenen Familie.

1991 floh er aus Saudi-Arabien über den Jemen zunächst in den Sudan, 1994 wurde ihm die saudische Staatsbürgerschaft aberkannt. Im Sudan genoss er die Protektion des islamistischen Omar El Bachir und führte Handelsgeschäfte und Straßenbauten aus. Es wird vermutet, dass er überdies im südlichen Sudan Ausbildungslager für Guerillakämpfer unterhielt.

Bin Laden gilt als verantwortlicher Drahtzieher des ersten Anschlags auf das World Trade Center von 1993. Zwei Jahre später soll er außerdem ein Attentat gegen den ägyptischen Präsidenten Mubarak organisiert haben, das 1995 in Addis Abeba stattfand, nachdem Jassir Arafat nur kurz zuvor sein dortiges Erscheinen abgesagt hatte.

1996 wurde auf Bin Laden selbst ein Attentat im sudanesischen Khartum verübt, worauf er sich nach London in ärztliche Behandlung begab, ohne dabei festgenommen zu werden. Noch im selben Jahr wurde er auf Druck der USA und der UNO aus dem Sudan ausgewiesen.

Bin Laden ließ sich daher ab 1996 wieder in Afghanistan nieder, wo er bei Kandahar eine Festung und mehrere Ausbildungslager zwischen Khost und Dschalalabad errichtete. Dabei tat er sich mit den fundamentalistischen Taliban zusammen, deren Führer Mohammed Omar er schon im anti-sowjetischen Widerstandskampf unterstützt hatte und die ab 1997 zunehmend das Land unter ihre Kontrolle brachten.

Der Terroristenführer, der im März 1998 in Kandahar die *„Internationale Islamistische Front für den heiligen Krieg gegen Juden und Kreuzfahrer“* gegründet hatte, ging aus den Militärschlägen nach den Attentaten auf die US-Botschaften im Jahr 1998 unverletzt und mit gewachsenem Ansehen hervor.

Ebenfalls im Frühjahr 1998 erließ Bin Laden eine Fatwa, einen religiösen Richterspruch, der zum heiligen Krieg gegen die USA aufrief. Damit unterstützte er ideologisch die fundamentalistischen Interpretationen des Dschihad, die ursprünglich friedlichen Glaubensgebote zu einem „*Heiligen Krieg*“ gegen andere Glaubensrichtungen und Kulturen erweiterten.

Im September 1998 gelang bei München die Festnahme seines mutmaßlichen Finanzchefs Mamdouh Mahmud Salim, der daraufhin an die USA ausgeliefert wurde. Im November 1998 erhoben die USA formell Anklage gegen Bin Laden. Obwohl bis heute ein wirklicher Beweis für seine Verantwortung aussteht, gilt er weltweit als Drahtzieher der Terrorangriffe des 11. September 2001 auf die USA.

Laut der französischen Tageszeitung „*Le Figaro*“ vom 31. Oktober 2001 besuchte der CIA-Agent Larry Mitchell am 12. Juli 2001, also knapp zwei Monate vor den Anschlägen, Osama Bin Laden in einem amerikanischen Krankenhaus in Dubai. Nach dem Artikel in „*Le Figaro*“ stützen auch weitere Recherchen diese Tatsache. So war, wie viele glauben, „*Le Figaro*“ nicht die erste Quelle, die davon berichtete, sondern der renommierte französische Journalist Richard Labevierre. Er ist der Direktor des Radiosenders „*Radio France International 1*“, wo die Meldung bereits am Morgen des 31. Oktober 2001 ausgestrahlt wurde. Erst danach übernahmen „*Le Figaro*“, aber auch die „*BBC*“ und noch viele andere, die Meldung.

Wie es scheint, hatten die früheren Kontakte Bin Ladens zu seinen ehemaligen Finanziers noch immer Bestand. Obwohl man ihm die Verantwortung für die Anschläge auf die zwei US-Botschaften 1998 und den Anschlag auf das Kriegsschiff USS Cole unterstellt, spazierte im Sommer 2001, nur wenige Wochen vor den Anschlägen, ein Mitarbeiter des CIA in das amerikanische Krankenhaus in Dubai, in dem der offiziell gesuchte Osama Bin Laden wegen seines chronischen Nierenleidens zwischen dem 4. und dem 14. Juli 2001 in stationären Behandlung lag. Ein behandelnder Arzt sowie eine Eintragung im Flughafenlogbuch bestätigten dies. Hinzu kommt die Aussage der Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher, die während einer Anhörung des US-Kongresses im Jahr 2000 der Clinton-Administration vorwarf, die Bemühungen zur Verhaftung Osama Bin Ladens zu sabotieren.

Nach offiziellen Angaben soll Bin Ladens Hass auf die USA darin begründet sein, dass die US-Militärs in Saudi-Arabien, das Heilige Land des Islam entweichten, als diese mit der Genehmigung der saudischen Königsfamilie dort Stützpunkte errichteten. Ironischerweise war das Bauunternehmen Saudi-Bin-Ladin-Group, welches der Bin Laden-Familie gehört, eines der Unternehmen, die am meisten vom Bau des Stützpunktes profitierten. Von den eingesetzten 200 Millionen US-Dollar ging ein Großteil des Geldes an die Bin Laden-Familie.

In den Jahren nach dem ersten Golfkrieg hielt sich Bin Laden u.a. eine Zeitlang im Sudan auf. Im März 1996 bot die sudanesishe Regierung in Vertretung des Verteidigungsministers die Ergreifung und Auslieferung Bin Ladens entweder an Saudi-Arabien oder an die USA an. Zur Verwunderung aller lehnten die US-Beamten die Unterstützung aus dem Sudan dankend ab.

In einem Interview mit dem sudanesischen General Erwa sagte dieser, dass sie den US-Beamten erklärt hatten, dass Bin Laden vermutlich den Sudan verlassen und möglicherweise nach Afghanistan gehen würde. Die Antwort der US-Beamten auf diese Vermutung lautete nach den Aussagen von General Erwa im Originaltext: „*Lassen Sie ihn gehen.*“ Zum diesem Zeitpunkt, es war das Jahr 1996, stand Bin Laden bereits offiziell auf der Liste der Mitverschwörer des ersten Anschlags auf das World Trade Center im Jahr 1993.

Die US-Regierung ist bis zum heutigen Tag nicht ehrlich, was die tatsächlichen Verstrickungen ihrer Geheimdienste mit den selbst ernannten Freiheitskämpfern der 1980er Jahre und die Blockadepolitik unter Bill Clinton in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre angeht. Die Suche nach Bin Laden wurde in Folge der Terroranschläge vom 11. September in der Öffentlichkeit stärker postuliert als tatsächlich ernsthaft durchgeführt. Nicht nur, dass die Bush-Regierung Bin Laden nach 9/11 mehrere Wochen Zeit gab unterzutauchen, die Anzahl von US-Soldaten und Spezialeinheiten in Afghanistan war derart gering, dass eine intensive Suche mit Chance auf Erfolg nahezu chancenlos war.

So verschwand Bin Laden mit der Zeit zuerst aus den Reden der Regierungsverantwortlichen und allmählich auch aus den Medien. Jahre später darauf angesprochen, stellte Bush fest, dass Bin Laden für die US-Regierung gar nicht mehr wichtig sei. Der Top-Terrorist und angebliche Drahtzieher zahlreicher Terroranschläge auf US-Einrichtungen und der vom 11. September 2001 soll plötzlich nicht mehr wichtig sein. Bin Laden hat seine Schuldigkeit als Amerikas personifiziertes Böses geleistet. Anstatt seiner sollen heute Hunderte Unschuldiger büßen.

KAPITEL II

Der Auftakt

Die Koalition gegen den Terror ist zum Scheitern verurteilt, weil es zur gleichen Zeit keine Koalition gegen den Hunger gibt.

(Jean Ziegler (geb. 1934), UN-Sonderberichterstatter für Recht und Nahrung)

Auge um Auge - und die ganze Welt wird blind sein.

(Mahatma Gandhi)

New Yorks Bürgermeister Guiliani kann die Zahl der unschuldigen Opfer des 11. September nach oben korrigieren. Seit den Angriffen der USA auf Afghanistan am 7. Oktober steigt sie jeden Tag.

(Dirk Wetzel, SPIEGEL 45/01)

1. Der 11. September und die Mitschuld

Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen über den mächtigsten Geheimdienstapparat der Welt. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass ihnen nichts entgeht. Die offiziellen Verlautbarungen seit dem 11. September 2001 wollen uns aber etwas anderes weiß machen. Mit dem Ende Juli 2003 erschienenen Abschlussbericht des US-Kongress-Untersuchungsausschusses zum 11.9., der der CIA und dem FBI eine Mittäterschaft durch Ignoranz der Hinweise vor dem 11.9. bescheinigt, haben auch die Medien damit begonnen, am Fundament der offiziellen Verlautbarung zu rütteln. Die nachfolgenden Punkte sollen untermauern, dass die US-Behörden und Geheimdienste sehr wohl von geplanten Anschlägen mit entführten Flugzeugen, gerade auch auf das World Trade Center, in Kenntnis gesetzt wurden.

Wie der britische TV-Sender BBC am 7. November 2001 berichtete, sorgte die Bush-Regierung bereits im Januar 2001, also sofort nach Amtsantritt, dafür, dass die Ermittlungen des FBI und der Geheimdienste um Osama Bin Laden und zwei seiner Verwandten, die in der Nähe des CIA-Hauptquartiers in Virginia/USA lebten, eingestellt wurden. Im darauffolgenden Februar enthüllte ein Korrespondent der Agentur UPI, das der *„geheimste aller Geheimdienste“*, die National Security Agency (NSA), alle Kommunikationssysteme Bin Ladens abhöre. Laut einem Rechenschaftsbericht hat die NSA buchstäblich jedes Telefonat Bin Ladens bis zu den Anschlägen auf die US-Botschaften 1998 mitgehört. Mit dem darauffolgenden Gegenschlag, bei dem die damalige Clinton-Regierung rund 75 Stinger-Raketen auf Terrorcamps in Afghanistan abfeuern ließ, sei Bin Laden vorsichtiger geworden und habe seine Nachrichten fortan nur noch über Boten übermittelt, sodass es den Geheimdiensten nicht mehr möglich war, seine Anweisungen zu verfolgen. Von vielen Insidern des Geheimdienstapparats wird das als Desinformation der US-Regierung betrachtet. In Wahrheit habe die Überwachung Bin Ladens nie geendet. Der frühere ägyptische Regierungssprecher Mohammed Heikal äußerte sich in einem Interview für die britische Zeitung *„The Guardian“* kritisch: *„Bin Laden stand seit Jahren unter Beobachtung: Jedes Telefongespräch wurde aufgezeichnet, und Al Qaida war nicht nur vom amerikanischen Geheimdienst infiltriert, sondern auch vom pakistanischen Geheimdienst, dem saudischen Geheimdienst und dem ägyptischen Geheimdienst. Sie hätten eine Operation, die ein solches Maß an Organisation und Komplexität erforderte, nicht geheim halten können.“*

Und eine weitere Tatsache untermauert, dass Bin Laden auch noch nach 1998 überwacht wurde: Der Korrespondent der United Press International, Richard Scale, berichtete im Februar 2001, es sei dem nationalen Sicherheitsdienst gelungen, Osama Bin Ladens chiffrierte Nachrichten zu entschlüsseln. Diese Aussage von Scale steht somit im klaren Gegensatz zu der offiziellen

Version, wonach man Bin Laden und seine Gefolgschaft seit 1998 nicht mehr abhören konnte.

Ebenso versprach sich der republikanische Senator aus Utah, Orrin Hatch, am 11. September 2001 in einem Interview mit der Associated Press, als er angab, das die US-Regierung sämtliche Kommunikationswege Bin Ladens überwache und man mithörte, wie zwei seiner Untertanen in Jubel ausbrachen, als sie von den erfolgreichen Anschlägen erfuhren. Auf Hatches Versprecher aufmerksam geworden, verurteilte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld dessen Aussage als unautorisierte Preisgabe vertraulicher Informationen. Dies kommt somit einem Geständnis gleich, dass die US-Regierung log und selbst heute noch über Möglichkeiten verfügt, Gespräche von Al Qaida-Mitgliedern abzuhorchen. Was wiederum die Frage aufwirft, weshalb man aufgrund der gewonnenen Informationen vor dem 11.9. nicht einschritt und stattdessen zuschaute, wie über 3.000 Leben binnen weniger Stunden ausgelöscht wurden.

Sogar der Bundesnachrichtendienst scheint Wind von den Anschlägen bekommen zu haben, denn bereits im Juni 2001 warnte er die USA und Israel, dass ihm Informationen vorlagen, wonach Terroristen aus dem Mittleren Osten ein Passagierflugzeug entführen und es als Waffe benutzen wollte, um damit wichtige Symbole der amerikanischen und israelischen Kultur anzugreifen. Die Informationen dazu wurden angeblich über ein offiziell gar nicht existierendes internationales Abhörsystem namens „*Echelon*“ gewonnen. Dabei handelt es sich um ein von den USA kontrolliertes System von 120 Satelliten, das die weltweite Kommunikation überwacht. So berichtet es die „*Frankfurter Allgemeine Zeitung*“ vom 14. September 2001. Wenn also der BND seine Informationen aus diesem System hatte, dann müssen die amerikanischen Geheimdienste die Informationen ebenso abgefangen haben.

Am 10. Juli 2001 erschien ein FBI-Report über den Verdacht, dass mutmaßliche Al Qaida-Mitglieder Flugschulen in den Vereinigten Staaten besuchten, um die Flugfähigkeiten für geplante Flugzeugentführungen zu erwerben. Ein weiterer Report folgte im August. Das FBI-Büro in Phoenix/Arizona legte nahe, sämtliche Flugschulen des Landes zu untersuchen und nach mutmaßlichen Al Qaida-Mitgliedern zu fahnden. Der Report erwähnte als mögliches Terrorziel bereits das World Trade Center. Das FBI-Hauptquartier ignorierte beide Berichte.

Im selben Monat fand vom 20. bis zum 22. Juli in Genua der G8-Gipfel statt. Bereits im Vorfeld wurden Gerüchte laut, wonach ein geplanter Anschlag mit einem entführten Flugzeug die Konferenz erschüttern sollte. So wollte beispielsweise Ägyptens Präsident Mubarak im Vorfeld davon erfahren haben. Die Nachricht wurde von den italienischen Behörden so ernst genommen, dass man rund um den Christoph-Columbus-Flughafen in Genua Luftabwehr-

Geschütze in Stellung brachte, wie die Tageszeitung New York Times am 26. September 2001 rückblickend berichtete.

Und der TV-Sender CBS berichtete im Mai 2002, dass Präsident George Bush am 6. August 2001 während eines CIA-Briefings von möglichen Terroranschlägen mit entführten Flugzeugen erfuhr. Auch der russische Geheimdienst FSB hatte mittlerweile Wind von der Sache bekommen und Russlands damaliger Präsident Wladimir Putin beauftragte ihn, den US-Geheimdiensten eine deutliche und unmissverständliche Warnung zukommen zu lassen. Laut der russischen Zeitung „Istvestia“ beinhaltete die Warnung, dass 25 Selbstmordpiloten Angriffe auf Regierungsgebäude in den USA planten. Wladimir Putin bestätigte dies am 15. September 2001 in einem Interview mit dem TV-Sender MSNBC.

Alle Warnungen vom Mossad, vom BND, vom FSB, vom ägyptischen Präsidenten und selbst vom FBI führten zu nichts. Obwohl mittlerweile in vielen Quellen übereinstimmend von Anschlägen mit entführten Flugzeugen die Rede war, unternahmen die Bush-Regierung und das FBI nichts, um die Sicherheit im eigenen Land zu erhöhen. Im Gegenteil, nach den Anschlägen verkündete man der Welt, man sei völlig überraschend und ohne Vorankündigung heimtückisch angegriffen worden. Das ist schlicht und einfach nicht wahr. Selbst die amerikanische Flugaufsichtsbehörde FAA rief die Fluggesellschaften zwischen dem 22. Juni und dem 31. Juli 2001 in insgesamt vier Informationsrundschriften dazu auf, wachsam zu sein, da eine erhöhte Gefahr von Terroranschlägen mit Flugzeugen bestünde. Bereits in ihrem Jahresbericht 2000 warnte die FAA eindringlich vor *„einer ernstesten Gefahr für die zivile Luftfahrt“*, da Bin Laden die Absicht habe *„eine Linienmaschine herunterzuholen oder zu entführen, um die Vereinigten Staaten zu demütigen“*.

Bereits im Jahr 1993 beriet eine vom Pentagon eingesetzte Expertenkommission darüber, wie entführte Flugzeuge als Waffen eingesetzt werden könnten. Die sehr umfassende Studie, die an die 150.000 US-Dollar kostete, wurde nie der Öffentlichkeit präsentiert. Man befürchtete, möglichen Terroristen eine Art Anleitung zu liefern, wie die Zeitung „Washington Post“ am 2. Oktober 2001 berichtete. Nur ein Jahr später, 1994, gab es drei Fälle von versuchten Attentaten auf Gebäude, bei denen ein Flugzeug eingesetzt wurde. Zuerst versuchte ein entlassener Flugingenieur im April 1994 eine DC-10 in seine Gewalt zu bringen und die Maschine in die Konzernzentrale seines ehemaligen Arbeitgebers zu fliegen. Die Bordcrew konnte ihn allerdings überwältigen. Im September desselben Jahres stürzte eine gestohlene, einmotorige Cessna in einen Baum des Weißen Hauses, direkt vor das Schlafzimmer des Präsidenten. Ende des Jahres kam es in Algier zur Entführung einer Air-France-Maschine durch die Gruppe „Groupes islamiques armés“. Deren Ziel war es, das Flugzeug in den Pariser Eiffelturm zu fliegen. Eine französische Spezialeinsatztruppe konnte

das Flugzeug während der Betankung in Marseille stürmen und die Terroristen überwältigen.

1995 wurde Abdul Hakim Murad in Manila von der philippinischen Polizei verhaftet. In seiner Wohnung fand man eine komplette Ausrüstung zum Bau von Bomben. Später sagte er aus, dass es Pläne gab wonach man Zeitbomben in elf amerikanischen Flugzeugen installieren wollte. Zwei weitere Flugzeuge sollten zudem in das CIA-Hauptquartier in Langley/Virginia und in das Pentagon gelenkt werden. Murad besuchte, nach eigenen Angaben, in den USA die Flugschule und erwarb den Flugschein für Zivilflugzeuge.

Noch im selben Jahr gelang es den US-Behörden den mutmaßlichen Organisator des ersten WTC-Anschlags im Jahr 1993, Ramzi Ahmed Yousef, in Pakistan zu verhaften. Auf dem Flug in die USA, wo ein Gerichtsprozess auf ihn wartete, soll er vor FBI-Beamten damit geprahlt haben, dass er bereits mehrere Möglichkeiten nur knapp verpasst hätte, gut ein Dutzend amerikanische Flugzeuge über dem Pazifik explodieren zu lassen. Die Behörden brachten diese Aussage sofort in Verbindung mit dem Geständnis von Abdul Hakim Murad, der wiederum im späteren Prozess gegen Yousef eine wichtige Rolle spielte.

Ein Jahr später fanden in den Vereinigten Staaten die olympischen Sommerspiele in Atlanta statt und Sicherheitsexperten schlossen terroristische Anschläge nicht aus. Einige US-Politiker machten sich darüber Gedanken, ob vielleicht auch landwirtschaftlich genutzte Sprühflugzeuge von Terroristen als fliegende Waffe missbraucht werden könnten. Aus diesem Grund kamen über den Sportstätten Black Hawk-Hubschrauber zum Einsatz, um das Gebiet weiträumig aus der Luft abzusichern. Zudem kontrollierten Polizeibeamte auch kleinere Flughäfen in der Umgebung. Das amerikanische Bundesamt für den Luftverkehr verbot sämtlichen Flugzeugen, sich während der olympischen Spiele dem Olympischen Dorf näher als eine Meile zu nähern. Von diesen strengen Sicherheitsbestimmungen war im Vorfeld des 11. September keine einzige erkennbar.

Wie die Zeitung „*Washington Post*“ am 23. September 2001 berichtete, begann das FBI bereits im Jahr 1996 arabische Personen, die an einer amerikanischen Flugschule den Flugschein machten, zu überprüfen. Laut Politikern aus der Regierungsebene ging das FBI davon aus, dass zwölf verdächtige Personen aus dem Umfeld Osama Bin Ladens stammten. Eingegriffen wurde allerdings nicht.

Der damalige Superintendent der Polizei von Sydney, Paul McKinnon, sagte in der Zeitung „*Sydney Morning Herald*“ aus, dass man bereits kurz vor den Olympischen Spielen in Sydney im Jahr 2000 ernsthaft das Szenario in Betracht zog, wonach ein vollbetanktes und vollbesetztes Passagierflugzeug mitten in die Eröffnungszereemonie ins Stadion fliegen könnte.

Im Jahresbericht 2000 des amerikanischen Luftfahrtamtes heißt es, dass man Osama Bin Laden und seine Anhänger als „eine bedeutende Gefahr für das zivile Flugwesen, besonders für US-Passagierflüge“ ansehe. Der Bericht wurde Anfang 2001 veröffentlicht.

Ebenfalls Anfang 2001 begann in New York ein spektakulärer Prozess. Vier Angeklagte wurden beschuldigt, die Anschläge 1998 auf die Botschaften in Nairobi/Kenia und Tansania begangen zu haben. Im Laufe des Prozesses fand man heraus, dass zwei der Angeklagten in Texas bzw. Oklahoma eine Flugausbildung gemacht hatten und ein dritter Angeklagter gerade kurz davor stand, eine Ausbildung zum Piloten zu beginnen. Bereits drei Jahre zuvor berichtete der Kronzeuge Essam al-Ridi davon, wie Bin Laden offenbar seine Gefolgschaft dazu ermutigte, Flugstunden zu nehmen. Den US-Behörden war also bereits seit spätestens 1998 bekannt, dass mutmaßliche Terroristen in den USA Flugunterricht nahmen.

Die beiden französischen Autoren Jean-Charles Brisard und Guillaume Dasquié sorgten mit ihrem Buch „*La Verité interdite*“ (zu dt.: Die verbotene Wahrheit) für einiges Aufsehen in Frankreich und später auch in anderen Ländern. Die Autoren schildern darin, wie jahrelange Versuche, Osama Bin Laden zu verhaften und Al Qaida zu zerschlagen, durch die US-Regierung verhindert wurden. In der Schweiz ist das Buch aufgrund seines brisanten Inhaltes verboten worden.

Jean-Charles Brisard war im Auftrag eines französischen Geheimdienstes für die Aufdeckung der Finanzierung von Al Qaida zuständig. Sein Bericht wurde vom französischen Präsidenten Jacques Chirac dem US-Präsidenten George W. Bush bei dessen erstem Besuch im Weißen Haus nach dem 11. September 2001, überreicht.

Die Autoren schreiben, dass es dem FBI bis zum 11. September untersagt war, in Saudi-Arabien und im Jemen Ermittlungen über die Urheber der bis dahin verübten Attentate anzustellen, über die Bombardierung einer amerikanischen Militärinstallation in Dharan, 1996, bei der neunzehn US-Soldaten starben, die Bombardierungen der US-Botschaften in Kenia und Tansania und das Attentat auf das Kriegsschiff USS Cole.

Das Attentat in Saudi-Arabien konnte vom FBI-Beamten John O'Neill und seinen Mitarbeitern nicht untersucht werden, da die saudische Polizei die Verdächtigen, die sie nach dem Verhör für schuldig erklärt hatte, sofort exekutierten, ohne dass das FBI eine Möglichkeit erhielt, mit ihnen zu sprechen. Attentate von Bin Ladens Al Qaida in Saudi-Arabien galten im Übrigen immer nur den USA und niemals der saudischen Königsfamilie.

Über das Attentat, bei dem siebzehn US-Soldaten starben, gab es im Jemen Hinweise für die Schuld Bin Ladens, jedoch verbot die US-Botschafterin im Jemen, Barbara Bodine, auf Weisung des US-Außenministeriums dem FBI-

Beamten John O'Neill und seinen Mitarbeitern, die von der jemenitischen Regierung als „*Rambos*“ bezeichnet wurden, in das Land einzureisen.

„*Alle Antworten, alles, was benötigt wird, um Osama Bin Ladens Organisation zu zerschlagen, kann man in Saudi-Arabien finden*“, hatte der mit den Ermittlungen befasste irisch-amerikanische FBI-Beamte John O'Neill dem Co-Autor des Buches, Jean-Charles Brisard, erzählt.

Ironischerweise war das erste Land, das im März 1998 einen internationalen Haftbefehl für Bin Laden ausstellte, nicht die USA, sondern, der „*Schurkenstaat*“ Libyen. Libyen beschuldigte Bin Laden des Mordes an zwei deutschen Geheimdienstmitarbeitern, Silvan Becker und seiner Frau. Bereits seit dem ersten Anschlag auf das World Trade Center im Jahr 1993 ermittelte der FBI-Agent John O'Neill gegen Osama Bin Laden und dessen Terrornetzwerk. Im August 2001 trat er frustriert vom Amt zurück, nachdem er über all die Jahre feststellen musste, dass seine Ermittlungen ständig von den obersten Stellen der US-Regierung und der Geheimdienste blockiert wurden. „*Das größte Hindernis bei der Ermittlung gegen islamische Terroristen waren die Interessen der US-Ölkonzerne und die Rolle Saudi-Arabiens*“, resümierte O'Neill kurz nach seinem Rücktritt.

Nicht einmal zwei Wochen danach starb er. Er arbeitete seit dem 1. September 2001 als neuer Sicherheitschef im World Trade Center und wurde unter den Trümmern der beiden Türme begraben. Nach dem Einschlag des ersten Flugzeuges telefonierte er noch mit seinem Sohn. Danach ist er wohl wieder in das Gebäude geeilt, um anderen Menschen Hilfe zu leisten. Er nahm sein ganzes Wissen mit ins Grab. Da hilft es auch nichts, dass die Zeitung „*New York Times*“ ihn einmal zum „*besten Terroristenjäger der USA*“ erhob. Gleichfalls merkte die Zeitung an, dass O'Neill wegen seiner Dickköpfigkeit in den Jahren zuvor des Öfteren mit dem CIA und dem State Department aneinander geraten sei.

Brisant hierzu ist auch ein Interview mit zwei CIA-Agenten in der Sendung BBC-Newsnight des britischen TV-Senders BBC. Die beiden Agenten berichteten davon, wie ihnen sofort nach der Machtübernahme der Bush-Regierung untersagt wurde, mutmaßliche Terroristen weiterhin zu observieren. „*Uns wurde gesagt: Wenn wir euch dabei erwischen, die Saudis und die Bin Ladens auszuspionieren oder eure Nase in ihre Angelegenheiten zu stecken, verliert ihr euren Kopf!*“

Unterdessen ging die Blockade zur Untersuchung der Anschläge von Seiten der US-Behörden auch nach dem 11. September munter weiter. Nachdem der Kongress die Einrichtung einer Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vorgeschlagen hatte, griff das Weiße Haus sofort ein. Die republikanische Führung schränkte die Befugnisse der neu eingerichteten Kommission stark ein. So durfte sie weder gerichtliche Vorladungen aussprechen, noch den Zeugen Im-

munität garantieren. Ihre vorgegebene Aufgabe schien zu sein, den US-Geheimdiensten neue Vollmachten auszustellen. Denen wiederum wurde am 6. Oktober 2001 vom Repräsentantenhaus eine massive Erhöhung der Finanzen zugesagt. Die Zeitung „New York Times“ bemerkte dazu: *„Washington scheint im Moment wenig Lust auf eine Autopsie der Gründe zu haben, warum die Regierung die Verschwörung nicht aufgedeckt und verhindert hat.“*

Das Weiße Haus in Person von George Bush sprach sich anschließend dafür aus, die bereits eingeschränkten Anhörungen der Kommission in das Jahr 2002 zu verschieben, da diese während des laufenden Feldzuges in Afghanistan nicht angemessen seien. Nahezu zeitgleich wiesen das Justizministerium und das FBI ihre Angestellten an, die Ermittlungen über den 11.9. einzuschränken. Die „New York Times“ berichtete am 8. Oktober 2001: *„Das Justizministerium und das Federal Bureau of Investigation haben Agenten im ganzen Land angewiesen, ihre Ermittlungen über die terroristischen Angriffe vom 11. September einzuschränken, um Spuren verfolgen zu können, die eine mögliche zweite drohende Angriffsserie verhindern könnten, wie führende Justizbeamte erklärten.“*

Keine vier Wochen zuvor starben rund 3.000 Menschen bei den schrecklichsten Anschlägen, die die USA auf eigenem Boden jemals erlebt hatten, und obwohl man mit den Ermittlungen noch genauso weit war wie wenige Stunden nach den Anschlägen, wies man die eigenen Ermittler an, die Untersuchungen ruhen zu lassen. Ganz offensichtlich waren das Justizministerium und das FBI darum bemüht, die Aufklärung des 11.9. gering zu halten. Das Weiße Haus schränkte dazu die Handlungsfreiheit der Untersuchungskommission derart stark ein, dass von ihr ebenfalls keine handfesten Ergebnisse zu erwarten waren.

Am 31. März und 1. April 2003 kam es vor der neu eingerichteten Kommission zur ersten Anhörung, die in den Medien allerdings durch die laufende Irak-Invasion überschattet wurde. Angehört wurde Mindy Kleinberg, deren Mann in den Trümmern des World Trade Centers starb. Sie warf einige Fragen auf und bat die Kommission, diesen bei ihren Untersuchungen nachzugehen: *„Ist es ein Zufall, dass abweichende Wertpapiergeschäfte nicht beobachtet wurden? Ist es ein Zufall, dass 14 Visa aufgrund unvollständig angegebener Daten ausgegeben wurden? Ist es ein Zufall, wenn die Sicherheitsüberprüfung am Flugplatz es den Entführern ermöglichte, Flugzeuge mit Teppichmessern und Pfefferspray zu besteigen? Ist es ein Zufall, wenn Notfallmeldungen der Flugsicherheitsbehörde FAA und NORAD-Protokollen nicht nachgegangen wird? Ist es Zufall, wenn ein nationaler Notstand nicht rechtzeitig an hohe Regierungsangehörige berichtet wird? Für mich ist Zufall etwas, das einmal geschieht. Wenn man dieses wiederholte Muster von misslungenen Protokollen, Gesetzen und Kommunikationen betrachtet, dann lässt sich das nicht mehr als Zufall verstehen. Wenn wir nicht ab einem gewissen Punkt die Personen verantwortlich zu ma-*

chen suchen, die ihre Aufgabe nicht ordentlich erfüllt haben, wie können wir dann jemals erwarten, dass Terroristen nicht wieder ihren Zufall finden? Wir müssen die Antworten auf das finden, was an diesem Tag geschehen ist, um sicher zu stellen, dass ein weiterer 11. September nicht wieder geschehen kann.“

Einen weiteren Warnhinweis hätte den US-Behörden der Aktienhandel an der Wall Street wenige Wochen vor dem 11. September, geben können. Vom 20. August 2001 an sank der Dow Jones-Index um stolze 900 Punkte, es drohte ein Börsencrash. Das Geschäft mit Putoptionen (eine Art Wettschein auf sinkende Aktienkurse) auf Aktien der beiden am 11.9. beteiligten Fluggesellschaften, American Airlines und United Airlines, nahm schlagartig zu. Bei American Airlines um gut das 60-fache und bei United Airlines sogar um das 90-fache des normalen Durchschnitts, wie der TV-Sender CBS News am 26. September 2001 bekannt gab. Das Gleiche galt für Touristikunternehmen, Versicherungsgesellschaften und sogar Firmen, die Büros in den Zwillingstürmen besaßen. Darunter die Investmentfirmen Morgan Stanley, Lehman Brothers, Bank of Amerika, der Finanzkonzern Marsh&McLennan sowie das Unternehmen Merrill Lynch, das viele Büroräume im WTC besaß.

In der letzten Woche vor den Anschlägen stieg der Umsatz mit diesen Aktien um sage und schreibe 1200 Prozent. Es ist kaum vorstellbar, dass es sich hierbei um einen Zufall gehandelt hat. Die Medien berichteten darüber ebenfalls nur nebensächlich und wenn, dann vermutete man Osama Bin Laden hinter den Aktienspekulationen. Die amerikanische Börsenaufsicht SEC widersprach dem allerdings entschieden. Ihrer Meinung nach war das Ausmaß der in Frage stehenden Aktien- und Anleihenaktivitäten so hoch, dass dies nicht das Werk „*einer Person und seiner Guerillatruppe*“ sein konnte.

Wie die Zeitung „*Wall Street Journal*“ von der SEC erfahren konnte, seien die Käufe von US-Schatzbrieffen mit 5-jähriger Laufzeit kurz vor den Anschlägen ebenfalls in die Höhe geschossen. Eine der Schatzbrieftransaktionen habe alleine bereits einen Wert von fünf Milliarden US-Dollar gehabt. Die Zeitung merkte dazu an: „*Schatzbriefe mit einer Laufzeit von fünf Jahren sind in etwa die beste Investition im Fall einer Weltkrise, besonders wenn sie die USA trifft.*“

Bezeichnenderweise vermeldete die Zeitung „*New York Times*“ am 15. September 2001, dass der Direktor der Alex Brown Bank, Mayo Shattuck, zurückgetreten sei. Ein Großteil der Putoptionen auf die United Airlines-Aktie wurde über diese Bank gekauft. Interessant ist auch die Tatsache, dass deren ehemaliger Direktor 1998 zur CIA wechselte und dort 2001 den dritthöchsten Posten innehatte.

Wie der amerikanische TV-Sender CBS am 17. September 2001 in seiner Sendung „*60 Minutes*“ berichtete, haben hochrangige Personen aus dem Um-

kreis der US-Regierung und der CIA nur wenige Tage vor den Anschlägen ihre Airlines-Aktien abgestoßen.

Eine ebenso strittige Frage rund um den 11. September 2001 ist die Frage nach der fehlenden Flugabwehr. Obwohl bereits 53 Minuten zuvor American Airlines Flug 11 in den Nordturm des World Trade Centers geflogen war und noch dazu nach dem Abschalten des Transponders gegen 9.00 Uhr bekannt war, dass etwas mit Flug AA77 nicht stimmen konnte, sah sich niemand dazu veranlasst, eine Flugstaffel loszuschicken, um nach der Maschine Ausschau zu halten. Das Pentagon galt bis zum 11. September als das sicherste Gebäude der Welt. Selbst im Innenhof des Komplexes stehen Flugabwehrgeschütze für den Fall der Fälle bereit. Nur 10 Meilen entfernt vom Pentagon liegt die Luftwaffenbasis Andrews Air Force Base, der am 11.9. zwei bereitstehende Flugstaffeln zur Verfügung standen. Doch sie reagierten nicht, als sie gebraucht wurden.

Die US-Behörden haben genau vorgeschriebene Anweisungen, wie bei einer möglichen Flugzeugentführung vorzugehen ist. Und nachdem Flug 77 gegen 9.00 Uhr den Transponder abschaltete und auf keine Befehle mehr reagierte, musste man davon ausgehen, dass auch dieses Flugzeug möglicherweise entführt worden war. Die Anweisungen der US-Behörden besagen deutlich, dass eine Passagiermaschine, die unter Entführungsverdacht steht, abzufangen (nicht abzuschießen) ist. Laut der Zeitung „*Newsday*“ vom 23. September 2001 versuchte Air Force Oberstleutnant Vic Warzinski dieses Fehlverhalten so zu erklären: *„Das Pentagon erkannte einfach nicht, dass dieses Flugzeug auf uns zusteuerte, und ich bezweifle, dass vor dem Ereignis am 11.9. irgendjemand irgendetwas wie dies hier erwartet hätte.“*

Allerdings war 53 Minuten zuvor bereits ein Flugzeug in den Nordturm des WTC gerast und nur 17 Minuten danach ein zweites in den Südturm. Die Begründung, man habe mit so etwas nicht gerechnet, ist nicht haltbar. Zudem berichtete der Pressedienst der amerikanischen Streitkräfte selbst, dass Mitarbeiter des Pentagon nach den Anschlägen auf die Zwillingstürme vermuteten, sie könnten das nächste Anschlagziel sein.

Die Medien weltweit schienen in ihrem Schlummerschlaf zu vergessen, die richtigen Fragen zu stellen. So schrieb der Londoner „*Sunday Telegraph*“ am 14. September 2001: *„Innerhalb von Minuten nach dem Angriff wurden amerikanische Streitkräfte überall auf der Welt in einen der höchsten Alarmzustände versetzt – ‚Defcon 3‘, gerade zwei Zacken vom totalen Krieg entfernt – und F-16 von der Andrews Luftwaffenbasis waren im Luftraum über Washington DC.“* Schön und gut. Doch weshalb erst nach dem Angriff auf das Pentagon? Die für den Bereich zuständige Andrews Air Force Base hatte zwei einsatzbereite Staffeln und wusste, dass eine Maschine spurlos verschwunden war und sich ganz offensichtlich in den Händen von Terroristen befand. Bis heute ist für

dieses Fehlverhalten niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Berichten der Flugkontrolle von West Virginia zufolge, soll die Andrews Air Force Base bereits um 9.09 Uhr angewiesen worden sein, sich für einen Angriff bereit zu halten. Es dauerte dennoch gut 21 Minuten, bis die Air Force reagierte. Am 16. September 2001 trat Vizepräsident Dick Cheney bei NBC in der Sendung „Meet the press“ auf und berichtete von der Entscheidung, ob man die Flugzeuge abfangen sollte oder nicht:

„Ich glaube, die schwierigste Entscheidung war die Frage, ob wir herein kommende kommerzielle Flugzeuge abfangen würden oder nicht. Wir haben entschieden, es zu tun. Wir haben letztlich eine fliegende Luftkampfpatrouille über die Stadt gebracht, F-16 mit einem AWACS, d.h. einem luftgestützten Radarsystem, unterstützt von Tankflugzeugen, so dass sie lange Zeit oben bleiben konnten“

Wie wir gleich sehen werden, war diese Entscheidung der Oberen überhaupt nicht nötig, sondern diente nur als Erklärungsversuch gegenüber den Medien, die unwissend darauf hereinfliegen. Laut Cheney war die Anweisung des US-Präsidenten Bush nötig, um ein Flugzeug abzufangen. Darauf begründet er seinen Erklärungsversuch, weshalb die Andrews Air Force Base nicht eingriff.

„Ja, der Präsident hat diese Entscheidung getroffen [...] dass wenn das Flugzeug nicht abdrehen würde [...] als letztes Mittel wären unsere Piloten ermächtigt, es zu liquidieren. Nun sagen Leute, diese Entscheidung zu treffen ist entsetzlich. Nun, das trifft zu. Sie haben da ein Flugzeug voller amerikanischer Bürger, Zivilisten, gefangen genommen von [...] Terroristen, mit einem Ziel; wird man es nun tatsächlich abschießen und folgerichtig alle diese Amerikaner an Bord töten? [...] Es ist eine Entscheidung auf Präsidentenebene und der Präsident gab, glaube ich, genau das richtige Signal, als er sagte, «Ich wünschte, wir hätten eine Patrouille von Kampfflugzeugen über New York gehabt.»“

Diese Aussage ist falsch und Cheney wusste das. Nach den fest vorgeschriebenen Bestimmungen der amerikanischen Luftfahrtbehörde ist es keineswegs nötig, dass der US-Präsident seine Einwilligung erteilt. Denn: Abfangen bedeutet nicht gleich abschießen. Unter Abfangen versteht man in der Pilotensprache, ein Flugzeug zu beschatten. Ihm vorauszufliegen und die eingeschlagene Flugrichtung zu blockieren. Dies ist auch ohne die Einwilligung des Präsidenten jederzeit durchführbar. Cheney allerdings verwechselte die Begriffe Abfangen und Abschießen geschickt, indem er die Frage in den Raum stellte „[...] und folgerichtig alle diese Amerikaner an Bord töten?“. Diese Frage hatte sich eigentlich noch gar nicht gestellt. Aber Cheney verkaufte seine Moglepackung geschickt mit der Bemerkung: *„Es macht keinen Sinn, eine Staffel Kampfflugzeuge in den Luftraum zu schicken, wenn man ihnen nicht Handlungsanweisungen gibt, für den Fall, dass sie diese für angebracht halten.“*

Das ist kompletter Unsinn. Wie aus den Handbüchern der amerikanischen Luftfahrtbehörde herauszulesen ist, kann ein Fluglotse jederzeit Begleitjäger anfordern. Dies geschieht in der Regel meist dann, wenn die Kommunikation zwischen Flugzeug und Kontrollzentrum ausgefallen ist und das Flugzeug vom Kurs abgekommen ist. Das Begleiten oder Abfangen, erfolgt also ganz routinemäßig und hat nichts damit zu tun, dass es „keinen Sinn macht... wenn man ihnen keine Handlungsanweisungen gibt“. Die Handlungsanweisung „Abschuss“ kann auch gar nicht sofort entschieden werden. Erst muss ein Begleitjäger sich „vor Ort“, also am Flugzeug selbst, vergewissert haben, dass die Maschine in terroristischer Hand ist und den Befehlen keine Folge leistet. Erst dann ist eine Einwilligung des Präsidenten erforderlich. Cheneys Aussage ist demzufolge wertlos.

Die Fluglotsen des Flughafen Washington Dulles gingen indes davon aus, dass das Weiße Haus das Anschlagziel der American Airlines Flug 77 sei und informierten sofort den Secret Service. Dieser wiederum stand bereit, um die heranfliegende Maschine abzuschießen. Der Fluglotse Danielle O'Brien verfolgte das Geschehen über seinen Monitor: „Wir machten den Countdown. Zehn Meilen West, neun Meilen West. Unser Supervisor wählte die Direktverbindung zum Weißen Haus und begann ihnen die Informationen zu vermitteln [...] Der Countdown lief weiter. Sechs, fünf, vier [...] ich hatte schon drei auf den Lippen, als das Flugzeug plötzlich abdrehte. Im Raum war die Erleichterung spürbar. Es könnte sich nur um ein Jagdflugzeug (!) gehandelt haben...“

Der Secret Service stand angeblich bereit. Die Maschine flog bis auf drei Meilen an das Weiße Haus heran. Weshalb schoss man es nicht ab? Laut der offiziellen Erklärung verschwand Flug 77 süd-östlich von Kentucky von den Radarschirmen. Dies mag bei den zivilen Radarsystemen noch erklärbar sein, bei den militärischen ist es allerdings völlig unmöglich. Das US-Militär verfügt über ein hochentwickeltes Radarüberwachungssystem, das mit dem der zivilen Luftfahrt nicht vergleichbar ist. Hier verschwindet ein Flugzeug nicht so einfach vom Schirm. Das Militär wusste also seit der Übernahme des Flugzeugs durch die Entführer und seit dessen Rückflug nach Washington, dass eine Maschine mit dem mutmaßlichen Anschlagziel Weißes Haus oder Pentagon unterwegs war. Dennoch sah man tatenlos zu und reagierte nicht.

Die Terroranschläge des 11. September 2001 wären in dem Ausmaß, in dem sie letztendlich stattfanden, sicherlich zu verhindern gewesen. Untersuchungen des FBI wurden bereits ab Mitte der 1990er Jahren unterbunden, fremden Geheimdienstberichten wurde nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt und selbst den eigenen Geheimdiensten wurde von oberster Stelle nicht mit dem angemessenen Ernst begegnet. Und selbst als nach den Anschlägen der damalige Außenminister Colin Powell am 23. September 2001 einem Fernsehreporter versicherte, dass die US-Regierung dem amerikanischen Volk und

der gesamten Welt überzeugende Beweise für die Täterschaft Osama Bin Lads vorlegen werde, verblassten diese Worte im Dunst der Geschichte. Tatsächliche Beweise, wenn man hier überhaupt von juristisch griffigen Beweisen sprechen kann, sind bis heute nicht vorgelegt worden oder bleiben bis heute unter Verschluss. Entscheidende Passagen von Untersuchungsberichten wurden der Zensur unterzogen.

Zusammen mit den kuriosen Aktiengeschäften kurz vor den Anschlägen und der Blockadepolitik der Bush-Regierung bei der Aufklärung der Anschläge zeichnet sich ein Bild ab, das investigative Journalisten, aber leider auch unseriösen Zeitgenossen, dazu bewegte, eigene Theorien zu spinnen, in denen der US-Regierung und/oder den Geheimdiensten eine gewisse Mittäterschaft nachgesagt wurde. Die Medien stürzten sich in der Regel auf die unseriösen Quellen, anstatt den wirklich interessanten Fragen nachzugehen, was dazu führte, dass diesen nicht ernsthaft nachgegangen wurde. Heute ist man sich zumindest darüber einig, dass die USA darin versagt haben, den größten Terroranschlag in der Geschichte der zivilisierten Welt zu verhindern, obwohl dies möglich gewesen wäre.

2. Das schwarze Gold

Die Verbindungen, die einzelne Mitglieder der Bush-Regierung aus der ersten Amtszeit bis Ende 2004 zu den großen Ölunternehmen der USA hatten, wurden bereits aufgezeigt. George Bush selbst ist in Texas mit dem Ölgeschäft aufgewachsen und einige aus seiner Administration mischten über Jahre hinweg im internationalen Öl-Geschäft mit und unterhielten direkte Geschäftsbeziehungen zu den Regimes im Irak und in Afghanistan. Natürlich liegt es mir fern zu behaupten, sowohl das Taliban-Regime als auch Saddam Hussein seien gar nicht so böse, wie es uns die amerikanische Propaganda-Maschinerie weismachen wollte. Es besteht kein Zweifel daran, dass beide verbrecherischen Regimes ihr Volk unterdrückten, beraubten und Menschen töteten.

Was mir aber viel mehr zu denken gibt ist die Tatsache, dass es der Bush-Regierung eben nicht um die humanitäre Hilfe ging, wie sich heute überaus deutlich am Beispiel des vergessenen Afghanistans zeigt, sondern um die gewaltigen Ölvorräte beider Länder, die einen Großteil der Erdöl-Vorräte weltweit aufweisen. So übernahm nach der Besetzung des Iraks das Unternehmen Halliburton, dem US-Vizepräsident Dick Cheney einige Jahre vorstand, die Kontrolle über das Erdöl im Irak. Die US-Propaganda zeigte in großen farbigen Bildern und Filmen das Unrecht an den Völkern beider Länder und das Leid der Kinder. Beide Völker leiden noch immer, ihr Öl allerdings wird nun von den amerikanischen Öl-Konzernen verwaltet.

„*Kein Blut für Öl*“ stand auf Hunderten von Plakaten bei zahlreichen Demonstrationen mit oft mehreren Hunderttausend Teilnehmern weltweit. Die Propaganda der USA, verbreitet durch die Medien, die anschließend mit „spektakulären“ Bildern des Krieges im Irak belohnt wurden, kam nicht bei allen an. Der 11. September konnte nicht alles erklären, auch nicht der Versuch, Saddam Hussein Kontakte zu Al Qaida zu unterstellen. Doch waren es zumeist die Menschen auf den Straßen, die sich offen gegen die Politik von Bush stellten, weniger die politischen Führer. Wenn dies, wie im Falle von Frankreich und Deutschland, doch geschah, griff die Bush-Regierung zu Propagandamitteln. Plötzlich zählten wir zum „*Alten Europa*“. Eine Anspielung auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Man stellte unsere Länder auf eine Stufe mit „*Schurkenstaaten*“ wie Kuba, Syrien und Libyen. Vor allem französische Produkte wurden in den USA boykottiert. Das in den USA beliebte Mineralwasser Evian wurden aus vielen Regalen genommen und die Pommes Frites (French Fries) wurden ironischerweise in „*Freedom Fries*“ umbenannt. In einem Dorf in Texas wurde ein „*Destruction Derby*“ (Verschrottung von Autos) mit Autos französischer und deutscher Marken veranstaltet. Die Stuttgarter Autohersteller Daimler und Porsche hatten mit Umsatzeinbußen in den USA zu kämpfen. Zwar wurden wir nicht mit Bomben beworfen, dafür aber eine auf andere Art und Weise unter Druck gesetzt. Die vorgegebene Marschrichtung der Bush-Regierung war einzuhalten: „*Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns*“, sprach der Präsident. Und der Weg führte direkt zu den Ölquellen in Afghanistan und später in den Irak.

Zum Erstaunen der Weltöffentlichkeit war das Taliban-Regime am 5. Februar 2001, nicht einmal zwei Wochen nach der Amtsübernahme von George Bush, zu Gesprächen bereit, deren Hintergrund es war, die internationale Anerkennung des Regimes zu verhandeln. Die Taliban, die sich in den Monaten zuvor überhaupt nicht um die internationale Politik scherten, änderten ihre Ansichten urplötzlich um 180 Grad, und dies nach nicht einmal zweiwöchiger Präsidentschaft von George Bush. Zufall? Mitnichten. Den Taliban schien bewusst zu sein, was die neue US-Regierung für sie bedeuten könnte: absoluter Gehorsam und Öffnung des Ölhandels oder ihre Beseitigung. Ihre einzige Rettung wäre eine internationale Anerkennung gewesen. Und so traten sie, in Person von Außenminister Abd-el-Wakil Mutawakkil, die Flucht nach vorne an. Im Gegenzug boten sie die Auslieferung des in Afghanistan Schutz suchenden Saudis Osama bin Laden, dem man vorwarf, in die Anschläge auf die beiden amerikanischen Botschaften in Nairobi/Kenia und Daressalam/Tansania und in den Anschlag auf das Kriegsschiff USS Cole am 12. Oktober 2000 verwickelt zu sein.

Die US-Regierung, noch unter der Führung von Bill Clinton, sorgte Ende des Jahres 2000 dafür, dass die UNO wirtschaftliche Sanktionen gegen das von

den Taliban regierte Afghanistan beschloss. In den USA und in allen westlichen Staaten verfolgte man mit großer Besorgnis die Machtergreifung der Taliban und deren Terror gegen das eigene Volk. Verwunderlich ist deshalb die Tatsache, dass bis zum 11. September 2001 einige Vertreter der Taliban in Washington offizielle Anerkennung genossen. So beispielsweise die Vertreterin des Taliban-Regimes Laila Helms, deren Organisation „Friends of Afghanistan“ bereits in früheren Jahren Unterstützung durch das Weiße Haus und das State Department erhielt. Selbst als das Regimes 1996 offiziell für die Massaker am eigenen Volk gerügt wurde und Osama bin Laden ein Jahr darauf Unterschlupf gewährte, wurde Laila Helms weiterhin von elitären Kreisen unterstützt; man finanzierte ihr sogar einen Dokumentarfilm über das Leben der Frauen in Afghanistan. Der Film wurde Teil der Propaganda der Taliban und spiegelte das reale Leben der Frauen in keiner Weise wieder. Genauso verwunderlich erscheint es, dass man einer nicht anerkannten und bereits mehrfach gerügten Regierung in New York eine Art Konsulatsstelle einrichtete.

Laila Helms war es, die nach dem 5. Februar die ersten Kontakte ranghoher Vertreter der Bush-Regierung und des Taliban-Regime in die Wege leitete. Dass die Taliban Mitte März 2001 dafür sorgten, dass die 1000-jährigen Buddha-Statuen von Bamiyan, die zum Weltkulturerbe gehörten, einfach in die Luft gesprengt wurden, schien die amerikanischen Vertreter nicht weiter zu stören als sie sich kurze Zeit darauf erstmals mit den Vertretern der Taliban zu Gesprächen trafen. Während dieses Besuches in den USA gaben die Taliban zwei medienwirksame Interviews beim TV-Sender ABC und einem Radiosender, in denen sie für ihre Politik warben. Politikkundige Betrachter verfolgten die Geschehnisse mit einigem Kopfschütteln. In Afghanistan wurden täglich Männer ohne Gerichtsprozesse öffentlich erhängt und die Frauen unterdrückt. Doch die US-Regierung akzeptierte die propagandistischen Interviews in ihren Medien. Die Logik des Ganzen wurde zuerst nicht klar. Erst nachdem Hintergrundinformationen ans Licht kamen, begann man zu verstehen.

Was die Clinton-Administration nicht erreichte, wurde unter der Bush-Regierung sofort in Angriff genommen. Die Gespräche mit den Taliban hatten als Ziel einen Tauschhandel. Während die USA darauf pochten, an die Ölreserven Afghanistans zu kommen und die Auslieferung des Terroristenführers Osama bin Laden anstrebten, boten sie dem menschenverachtenden Taliban-Regime im Gegenzug die internationale Anerkennung an. Allein diese Tatsache verdeutlicht, dass es den USA in keiner Phase der Verhandlungen darum ging, das afghanische Volk aus seiner Unterdrückung zu befreien, sondern sich ihr Hauptaugenmerk allein auf das Erdöl richtete. Afghanistan gilt laut Experten aussagen als der Schlüssel zu den Energiereserven Zentralasiens, dem Markt der Zukunft. Bevor dieser komplett in die Hände Chinas fallen würde, versuchten die USA ein Stück des Kuchens für sich abzuschneiden. Zudem befindet

sich Afghanistan in einer geographisch höchst interessanten Lage. Zum einen war das Land einer der wenigen Staaten, in denen die USA noch keine Stützpunkte unterhielten, die geographisch nahe des ehemaligen Gegners aus dem Kalten Krieg, UDSSR, lagen. Zwar sind die Zeiten des Kalten Kriegs vorbei, doch noch immer verfügt Russland als einziges Land neben den USA über eine hohe Stückzahl an nuklearen Sprengköpfen. Grund genug also, die Ketten um die ehemalige Supermacht enger zu schnallen und wachsam zu sein. Des Weiteren grenzt Afghanistan auch an die laut führenden Experten kommende Wirtschaftsmacht China. Ein für die USA ebenfalls entscheidendes Kriterium. Dementsprechend wohlwollend waren sie den Taliban bereits in den Jahren zuvor gestimmt.

Das von Bürgerkriegen zerrüttete Afghanistan benötigte unabdingbar eine starke Regierung, um der gesamten Region die nötige Stabilität zu verleihen. Da kamen die Taliban gerade recht. Und selbst nachdem sie dem Terroristenführer Osama bin Laden ab 1997 Unterschlupf gewährten, kam es zu regelmäßigen Verhandlungen mit US-Gesandten. Der Reiz des schwarzen Goldes war zu groß.

Nördlich von Afghanistan liegen Länder wie Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan. Länder denen es an Erdöl und Erdgas nicht mangelt. Bereits in einer frühen Phase der Verhandlungen bestanden Pläne, diese Bodenschätze an eine Sammelstelle am Mittelmeer zu transportieren. Die geplante Pipeline sollte von Chardzhou/Turkmenistan nach Gwadar/Pakistan quer durch Afghanistan führen. Das also war der Grund für die Verhandlungen mit dem Terrorregime. Man wollte unter allen Umständen diese Pipeline bauen. Ähnliches galt auch für eine geplante Ferngasleitung, deren Verlauf durch die Täler bei der Stadt Kandahar geplant war. Natürlich hätte man beide Leitungen auch beispielsweise über Russland, den Iran oder den Irak leiten können, aber man stelle sich eine US-Regierung vor, die Verhandlungen mit dem verhassten Iran, dem Irak oder mit Russland, dem Konkurrenten im Ölgeschäft, führt und vermutlich auch unliebsame Gegenleistungen hätte leisten müssen. Da lässt es sich sicherlich leichter mit einer Gruppe fundamentalistischer „Koranschüler“ (Übersetzung des Wortes „Taliban“) verhandeln, denen man bereits zu Zeiten der Sowjetinvasion ab dem Jahr 1979 sowohl finanziell als auch militärisch zur Seite stand. Zu den geographischen Interessen kamen nun also auch die ökonomischen Interessen. Für ein humanitäres Engagement blieb dabei kein Platz mehr.

Die amerikanische Ölgesellschaft Unocal Corporation und die saudiarabische Gesellschaft Delta Oil unterzeichneten im Oktober 1995 ein Abkommen mit dem turkmenischen Präsidenten Saparmurat Niyazov, das Gasexporte in Höhe von acht Milliarden US-Dollar vorsah. Bestandteil des Abkommens war die Planung der Ferngasleitung durch Afghanistan. Die Regierungen der USA und Saudi-Arabiens waren an dem Geschäft ebenfalls beteiligt. Mit

Bestechungen der sonderbaren Art, so schenkten die Saudis den Taliban etwa ein Dutzend schwarzer Pick-ups und zahlreiche Kommunikationsmittel, puschten beide Regierungen die Taliban Mitte 1996 an die Macht. Mit der Übernahme Kabuls und ihrer geförderten Machtergreifung durch die Taliban erhofften sich die USA und die Saudis die gewünschte Stabilisierung der Region. Nachdem die Unterstützung der Taliban international auf gemischte Reaktionen stieß, ließ der Afghanistan-Spezialist des Council of Foreign Relations, Barnett Rubin, im Oktober 1996 verlautbaren: *„Die Taliban haben nicht die geringsten Verbindungen zu der radikal-islamischen Internationalen. In Wirklichkeit verabscheuen sie diese sogar.“*

Diese Aussage wurde gut einen Monat nach der Machtübernahme getätigt. Zu diesem Zeitpunkt ließen die Taliban bereits ihren Wunsch für ein *„Islamisches Emirat Afghanistan“* verlautbaren und ihr Oberhaupt Muhammad Omar, der sich fortan nur noch Mullah nannte, ließ sich zum Führer der Gläubigen ausrufen. Ebenfalls binnen dieses Monats hatte man bereits den ehemaligen gestürzten Präsidenten Muhammad Najibullah ohne Gerichtsverfahren hingerichtet, obwohl er aus Angst bei der UNO in Kabul Schutz gesucht hatte. Man muss sich aufgrund dieser Aussagen fragen, ob die verantwortlichen Akteure tatsächlich so naiv waren oder ob man wegen des Öls darüber einfach hinweg sah und die Probleme herunterspielte? Egal, welches von beiden zutreffend sein mag, der Plan ging nicht auf.

Gleich im Frühjahr 1997, als die Taliban 90 Prozent des Landes unter ihrer Kontrolle hatten und sich die Lage langsam stabilisierte, nahmen zahlreiche Ölexperten ihre Arbeit an der geplanten Ferngasleitung auf. Das Unternehmen Unocal schickte gleich mehrere ihrer Vertreter nach Kabul und Kandahar. Das Geschäft mit den neuen Verbündeten schien seinen geplanten Weg zu nehmen. Doch auf einmal brachen die Kämpfe im nördlichen Teil des Landes wieder aus und die Taliban-Regierung unterband sie auf schreckliche und blutige Art und Weise. Um die 10.000 Menschen verloren ihr Leben. Die internationale Gemeinschaft stellte sich offen gegen die Aktivitäten des Regimes und auch die US-Regierung tat sich nun schwer, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Als Osama Bin Laden verantwortlich gemacht wurde, der Drahtzieher der Anschläge auf einige amerikanische Militäreinrichtungen im saudischen Khobar zu sein, verschärfte dies die Beziehungen zu den Taliban. Sie gewährten Osama bin Laden Asyl, dem wegen seiner offenen Kritik an der Geschäftsbeziehung des saudischen Königshauses zur gehassten US-Regierung seine saudische Staatsbürgerschaft entzogen worden war.

Die Taliban zeigten ihr wahres Gesicht. Als die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright auf einer Dienstreise in Islamabad/Pakistan die neue Regierung in Afghanistan offen kritisierte, war der Bruch vollzogen. Im Juni 1998 verwiesen die Taliban sämtliche regierungsunabhängigen Organisa-

tionen des Landes. Die beteiligten Ölunternehmen und Handelsministerien sahen die Chancen für die Erdgasleitung schwinden. Nur wenige Wochen später, im August 1998, kam es dann zu den Attentaten auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam, deren Drahtzieher nach offiziellen Angaben wieder Osama Bin Laden war. Die französische Tageszeitung „*Le Figaro*“ berichtete allerdings davon, dass nach FBI-Untersuchungsergebnissen die von der Detonation hinterlassenen Spuren von einem militärischen Sprengstoff der US-Armee stammten und dass dieser Sprengstoff drei Jahre zuvor an arabische Afghanen (den berühmten internationalen Freiwilligenbrigaden, die während des Afghanistankrieges mit Osama Bin Laden gegen die Sowjetarmee kämpften) geliefert worden war. Dennoch ließ Washington als postwendende Antwort auf die Attentate 75 Cruise Missiles auf Ziele in Khost und Djalalabad, wo Trainingslager der Al Qaida vermutet wurden, folgen. Wiederum postwendend erklärte der Talibanführer Mullah Omar am Tag darauf, dass er Bin Laden „gerne das Gastrecht gewähre“.

Als Konsequenz daraus schlugen die Pipeline-Projekte fehl. Die jahrelangen Planungen und die Finanzierung der Taliban schienen sich nicht bezahlt zu machen. Die amerikanische Frauenbewegung „Feminist Majority“ startete in den Vereinigten Staaten eine erfolgreiche Kampagne gegen Unocal und beschuldigte das Unternehmen der Unterstützung einer Diktatur, zur deren Politik auch die Versklavung der Frauen zählte. Die damalige First Lady Hillary Clinton begrüßte die Kampagne.

Den Ölkonzernen und hochrangigen Vertretern der Außenpolitik waren die fehlgeschlagenen Projekte ein Dorn im Auge, erkannten sie doch die immensen Vorteile einer befreundeten Regierung in Afghanistan. Die einen der Bodenschätze wegen, die anderen aufgrund der geographischen Stellung zu Russland und China. So wunderten sich einige Mitglieder der Kongressausschüsse für auswärtige Angelegenheiten darüber, dass die US-Politik nur sehr gemäßigt gegen die Taliban protestierte, während man anderen Ländern längst mit Wirtschaftsembargos gedroht und eine demokratische Opposition unterstützt hatte. Dies war im Fall von Afghanistan nicht so. Um es genauer zu formulieren: Es passierte genau das Gegenteil.

Gerade einmal ein halbes Jahr nach dem offenen Bruch versuchte das State Department Anfang 1999 die Beziehungen nach Kabul wieder herzustellen. Mit einem Abkommen im Gepäck, das neue Konditionen enthielt, reiste der stellvertretende Außenminister Strobe Talbott im Februar 1999 zu einem Treffen mit Vertretern des Taliban-Regimes nach Islamabad. Bei diesem Treffen ging es auch um die Schuldfrage der Anschläge auf die beiden US-Botschaften. Talbott übergab den Taliban einen offiziellen Auslieferungsantrag für Osama Bin Laden und versprach im Gegenzug zukünftige geschäftliche Beziehungen.

Erneut wird deutlich, dass das Interesse der US-Politik an den Ölvorkommen in und um Afghanistan deutlich größer war als das an den unter dem Taliban-Regime leidenden Menschen, besonders Frauen und Kinder. Sie verhandelten weiterhin mit den Taliban, die viele Tausende Menschen auf grausame Weise töteten, ihr eigenes Volk unterdrückten und einem Terroristenführer Asyl gewährten.

Anfang 1999 verständigte man sich zusammen mit der UNO, weitere Gespräche mit den Taliban zu führen. Zu diesem Zweck wurde eine „Sechs-plus-Zwei“-Gruppe ins Leben gerufen. Sie bestand aus den afghanischen Nachbarländern Turkmenistan, Iran, Usbekistan, China, Pakistan, Tadschikistan sowie den USA und Russland. Sprecher und Verhandlungsführer wurde Lakhdar Brahimi, ein erfahrener Diplomat. Im Juni 1999 setzte das FBI Osama Bin Laden auf die Liste der zehn meist gesuchten Verbrecher der Welt und unterstrich damit den Wunsch nach dessen Auslieferung.

Gespräche Lakhdar Brahimis mit Vertretern aus Saudi-Arabien, dem pakistanischen Geheimdienst ISI (Inter Services Intelligence) und Vertretern der Taliban brachten erste Erfolge. Mullah Omar zeigte wieder Bereitschaft zu Verhandlungen und der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif gab dem ISI den Befehl, sämtliche Terrorcamps an der pakistanisch-afghanischen Grenze zu schließen. Noch im selben Jahr kam es in Pakistan zu einem Putsch, bei dem Sharif entmachtet wurde und General Pervez Musharraf die Regierung übernahm.

Wieder schienen die Chancen auf Verhandlungen zu schwinden, sodass die USA drei Tage nach dem pakistanischen Putsch am 15. Oktober 1999 bei der UNO die Resolution Nr. 1267 einreichten, die Afghanistan durch die Androhung von Sanktionen dazu zwingen sollte, Osama Bin Laden auszuliefern. Die Resolution wurde von den UNO-Mitgliedern angenommen und verabschiedet.

Im Januar 2000 gab es zum ersten Mal seit dem Bruch wieder persönliche Gespräche zwischen Vertretern des US-Außenministeriums und dem Informationsminister der Taliban, Amir Khan Muttaqi. Die Gespräche fanden im pakistanischen Islamabad unter Aufsicht des neuen Premiers Musharraf statt, der sich der westlichen Welt aufgeschlossen gegenüber zeigen wollte. Mit im Gepäck hatten die US-Vertreter rund 114 Millionen US-Dollar, die als „kleine“ Aufmerksamkeit für die Bereitschaft der Taliban zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu verstehen waren. Die Fronten bröckelten, wohl auch aufgrund solcher Zahlungen, sodass im September 2000 dem stellvertretenden Außenminister der Taliban sogar ein Vortrag am Washingtoner Middle East Institute genehmigt wurde. Während des Vortrags forderte er die UNO auf, das Taliban-Regime offiziell anzuerkennen, was im prall gefüllten Saal niemandem zu stören schien. Auch stellte er eine Auslieferung Bin Ladens als Gegenleistung in Aussicht. Seinen Angaben zufolge habe man in Kabul eine Kommission

eingrichtet, die sich mit der Verantwortung Bin Ladens an den ihm vorgeworfenen Attentaten auseinander setzte. Ende 2000 schien eine friedliche Lösung des Problems nahe zu sein, doch dann kam es zu einer unerwarteten Wendung: Die US-Wahlen im November und der darauffolgende irreguläre Einzug von George W. Bush in das Weiße Haus.

Nach der Machtübernahme Bushs forcierte dieser das Tempo. Die Bush-Administration hatte die Pläne zum Bau der Pipelines noch nicht vergessen und war sich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die USA bewusst. Letztendlich drängten auch die Ölkonzerne, die sich mit ihren Wahlkampfspenden in die Bush-Politik einkauften, auf die Fortsetzung der Verhandlungen um jeden Preis. Mit der Ablehnung des Kyoto-Protokolls und dem Beschluss, ein Naturreservat von Alaska für Ölbohrungen freizugeben, war nur ein Teil der Forderungen der Ölindustrie befriedigt. Nun galt es noch, die Pipeline-Projekte zu verwirklichen. Anfang des Jahres 2001 schlossen Russland und China einige Abkommen zum Bau mehrerer Pipelines ab. Zudem hatte Russland schon eine neue Pipeline in Betrieb genommen, währenddessen die amerikanische noch immer in der Planungsphase und den Verhandlungen mit den Taliban steckte. Die US-Ölkonzerne befürchteten ganz offensichtlich, den asiatischen Markt vollkommen aus der Hand zu geben, wenn nicht schnell etwas passierte.

Die Taliban-Vertreterin in Washington, Laila Helms, bekam indes den Auftrag, das offenkundige Terrorregime der Taliban in den USA positiv darzustellen, um den Rest würde sich das Weiße Haus und das State Department kümmern. So dauerte es keine vier Wochen nach der Amtsübernahme Bushs, als dieser durch seine UNO-Botschafterin Nancy Soderberg erklären ließ, er sei an neuen Verhandlungen mit den Taliban interessiert. Drei dieser Treffen fanden in regelmäßigen Abständen zwischen April und August 2001 in Berlin statt. Weitere wurden in Kabul und Kandahar abgehalten. Vordergründig ging es darin um die Auslieferung Osama Bin Ladens und die so wichtige Stabilisierung Afghanistans. Zu diesem Zweck sollte das Taliban-Regime einen Teil seiner Macht an die befeindete Nordallianz abtreten. Ein sehr frommer und naiver Wunsch an ein Regime, das regelmäßige öffentliche Exekutionen in den dazu missbrauchten Fußballstadien des Landes abhielt.

Es muss kaum erwähnt werden, dass auch diese Gespräche auf deutschem Boden im Sand verliefen und es nie zu einer Einigung kam. Diese war nach dem 11. September aber auch nicht mehr nötig. Die Anschläge in den USA brachten der Bush-Regierung die nötige Legitimation, die Taliban zu stürzen und die Kontrolle des Landes an sich zu reißen.

Osama Bin Laden und seine Al Qaida wurden zum Vorwand für den Überfall auf Afghanistan verwendet. Die US-Propaganda-Maschinerie produzierte plötzlich auch Bilder der notleidenden Bevölkerung des Landes, um zu verdeutlichen, welch grausame Menschen die Taliban sind.

Richard Butler, ehemaliger UN-Waffeninspektor und jetzt Angestellter des Rockefellerinstituts Council on Foreign Relations, nahm in einem CNN-Interview Stellung zu den Vorwürfen, der Bush-Regierung ginge es in Afghanistan (und später auch im Irak) nur um das Erdöl. Bezeichnenderweise sagte er in diesem Interview: *„Da haben wir das Öl, und das ist eine fundamentale Sache. Diese grundlegende Realität sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten repräsentieren fünf Prozent der Weltbevölkerung und verbraucht 40 Prozent des Öls der Welt. Deshalb ist Öl eine so wichtige Sache.“* Das Transkript zu diesem Interview auf der Homepage von CNN wurde nur wenig später „aktualisiert“, der Absatz entfernt.

Die Rechnung in Sachen Afghanistan ging für die USA auf. Das neue Oberhaupt der afghanischen Regierung wurde Hamid Karzai. Karzai fungierte zuvor für das Unternehmen Unocal als Berater bei den Pipelineverhandlungen mit den Taliban. Zufall? Wohl eher nicht.

Im Jahr 2003 half die Bush-Regierung den langjährigen Verbündeten Eduard Schewardnadse aus seinem Präsidentenamt in Georgien zu verdrängen. Schewardnadse hatte zuvor eine Bohr- und Pipeline-Konzession für russische Ölfirmen unterzeichnet und trat außerdem vehement gegen den Bau der amerikanischen Ölpipeline ein. In dem als „Rosenrevolution“ in die Geschichte eingegangenen Machtumsturz setzte sich Nino Burschadnadse an die Spitze der georgischen Regierung, die den amerikanischen Ölfirmen auch prompt ihre Zustimmung für den Bau der Pipeline gab. In Folge wurden sämtliche russischen Militärstützpunkte geschlossen und die Militärhilfe aus Washington für Georgien deutlich aufgestockt.

Noch ein Stück dreister war die Rolle Washingtons in der Aserbaidschan-Frage. Einem Land, durch das die geplante Pipeline verlaufen sollte, das aber wiederum aufgrund seines ethnischen und territorialen Konflikts mit Armenien seit 1992 keine Militärhilfe mehr aus den USA erhielt. Der amerikanische Kongress fror per Gesetz 1992 sämtliche Hilfszahlungen ein. Zehn Jahre später, am 25. Januar 2002, widerrief George Bush das Gesetz und erkaufte sich so die Zusage zum Bau der Pipeline. Der Bau der Ölpipeline konnte 2004 beginnen.

3. Das Massaker von Qala Jangi

Am 12. September 2001, nur einen Tag nach den Terroranschlägen in New York und Washington, ermächtigte der UN-Sicherheitsrat die USA zur *„individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“*, wie es in der Erklärung hieß. Keinen Monat später, am 7. Oktober, begannen die Kampfhandlungen in Afghanistan und mit ihnen der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Der 44 Stunden andauernde Beschuss aus der Luft stellte die bis dahin längste Mis-

sion der US-Luftwaffe dar. In den darauffolgenden zwei Monaten wurden in meist erbitternden Kämpfen die Talibanhochburgen Kabul und Kandahar.

Eines der schrecklichsten Verbrechen jener Monate fand im November 2001 in der Gefängnisfestung Qala Jangi statt, in der die Truppen der afghanischen Nordallianz unter der Leitung von General Abdull Rashid Dostum und im Beisein von britischen und US-amerikanischen Truppen ein Massaker an 400 bis 800 Häftlingen begingen.

Der gebürtige Usbeke, seit vielen Jahren ein berühmt berüchtigter „Schlächter“, kämpfte in den 1980er Jahren auf der Seite der sowjetischen Truppen gegen die Mudschaheddin, später dann mit den Mudschaheddin gegen die afghanische Regierungsarmee. Er verbündete sich mit den Taliban gegen die Nordallianz und zuletzt mit den USA und der Nordallianz gegen die Taliban. Sein Einzug in Kabul 1992 glich einem einzigen Mord- und Vergewaltigungsfeldzug. Den USA kam er 2001 dennoch ganz gelegen, und unter dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai wurde er Stabschef der afghanischen Armee.

Nachdem sich am 23. und 24. November 2001 die Taliban in Kundus den alliierten Truppen ergaben, durften die einheimischen Kämpfer in ihre Dörfer zurückkehren. Die ausländischen Kämpfer aus Tschetschenien, Usbekistan und Pakistan wurden stattdessen mit Zustimmung des damaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld in der ehemaligen Festung Qala Jangi gefangen genommen, die der Nordallianz als militärisches Hauptquartier diente. Die Festung liegt nur wenige Kilometer außerhalb der afghanischen Stadt Marzar-e-Sharif.

In der Nacht vom 24. November kam es zu folgenschweren Suiziden, als sich Gefangene mit Handgranaten selbst töteten und dabei Soldaten der Nordallianz mit in den Tod nahmen. Am Morgen danach, es war Sonntag der 25. November 2001, kamen CIA-Agenten in die Festung und verhörten Dutzende Inhaftierte, die nach der Blutnacht von den Wächtern zu Hunderten mit den Armen hinter dem Rücken gefesselt wurden. Einer der CIA-Agenten, Johnny Spann, verlor die Nerven. Er zielte auf vier Gefangene und drückte seine Waffe durch, ehe ein weiterer Gefangener sich auf ihn stürzte, ihn zu Boden warf und tötete, wie die renommierte Londoner „Times“ berichtete.

Die Situation eskalierte. Die Gefangenen griffen die Wächter an und überwältigten sie. Ein anderer CIA-Agent flüchtete und berichtete umgehend an das US-Militär. Kurze Zeit darauf standen US-amerikanische und britische Soldaten vor der Festung und aus der Luft signalisierten US-Kampffjets ihr Kommen. Was folgte, war eine grausame Art von Siegerjustiz. Ein erster Sturmangriff, gefolgt von massiven Luftschlägen, sollte den Gefangenenaufstand im Keim ersticken. Der gewünschte Erfolg blieb jedoch aus. In der Zwischenzeit waren auch Truppen der Nordallianz aufmarschiert und man schickte sie an vorderste

Front. Augenzeugenberichten zufolge sollen US-Militärs die Truppen der Nordallianz dazu angehalten haben, Dieselöl in die Kellergewölbe, in denen sich die Gefangenen aufhielten, zu schütten und anzuzünden. Das ganze Untergeschoss wurde mit Dieselöl in Brand gesetzt und die Gefangenen, die noch immer gefesselt waren, hatten keine Überlebenschance. Andere, die es an die frische Luft schafften, wurden von den wartenden Soldaten auf ihren Balustraden hinterrücks mit der Waffe niedergestreckt. Manch einer stand in Flammen und rannte den Soldaten entgegen, die ihre Gewehrläufe auf ihn richteten und abdrückten.

Als sei das Ganze nicht genug, sorgten die Soldaten dafür, dass ein nahestehender Bach umgeleitet wurde und auf den Dieselölbrand eine nasse Abwechslung folgte. Das ganze Untergeschoss wurde unter Wasser gesetzt, damit auch die Verletzten, noch lebenden Häftlinge, kaum eine Chance auf ein Überleben hatten. Letztendlich überlebten gerade einmal 86 Personen das Massaker, weil sie es schafften, sich in einem Stollen unterhalb der Festung zu verstecken. Die Letzten krochen am 1. Dezember aus ihren Verstecken. Unter ihnen war auch der später bekannt gewordene „*amerikanische Taliban*“ John Walker Lindh. Ein Fotograf von Associated Press erklärte später, dass er beim Rundgang durch die Festung alleine an die 50 verkohlten bzw. ertrunkenen Leichen von gefesselten Häftlingen gezählt habe.

Nach einem Bericht der britischen BBC vom 29. November 2001 hätten ein halbes Dutzend amerikanischer Spezialeinheiten unmittelbar mit dem Massaker in Verbindung gestanden. Sie sorgten während des Dieselölbrands für einen Dauerbeschuss der Festung von außen. Einen Tag zuvor berichtete die Londoner „*Times*“ von Zeugenaussagen, wonach Scharfschützen der US-Spezialeinheiten ganze Arbeit verrichteten. Filmaufnahmen belegen, wie Soldaten die aus der Festung stürmenden Menschen reihenweise erschossen, die rückwärts nach hinten fielen, wo sich die Leichen der Häftlinge bereits stapelten. Internationale Menschenrechtsorganisationen forderten schon damals eine ausführliche Untersuchung der Ereignisse, die in keiner Weise mit den Regeln der Genfer Konventionen zu vereinbaren waren. Allen voran Amnesty International, Human Rights Watch und die UNO-Hochkommissarin Mary Robinson forderten vehement eine Untersuchung, die von den USA und Großbritannien zurückgewiesen wurde. Selbst die britische Zeitung „*The Guardian*“ schrieb dazu am 1. Dezember 2001: „[...] *Bilder, auf denen sich Angehörige der Hilfsorganisationen ihren Weg durch Leichen von Talibangefangenen bahnen, die teils von den Nordallianz und teils von amerikanischen Bomben getötet wurden, haben auf der ganzen Welt Abscheu hervorgerufen.*“ Doch offensichtlich nicht genug.

Roger Willemsen ist es in seinem Buch „*Hier spricht Guantanamo*“ gelungen, einen der Überlebenden zu befragen. Es handelte sich dabei um den Rus-

sen Ravil Gumarov, der wie viele andere unschuldig festgehalten wurde. Gumarov berichtet: *„[...] und dann hörte ich, wie ein Schuss fiel, und dann noch einer und noch einer. [...] Neben mir lag ein Tadschike, vielleicht acht-zehn oder neunzehn Jahre alt. Man hatte ihm ein Bein durchgeschossen und in die Hände getroffen. [...] Dann sah ich, wie ein paar Leute mit gefesselten Händen auf einen Amerikaner zuliefen. Er zog eine Pistole und schoss denen in die Köpfe.“*

Gumarov wurde kurze Zeit später selbst am Bein getroffen. Er schaffte es zurück in den Keller zu kriechen, wo ihn Mithäftlinge aufnahmen und wegtrugen. Das anschließende Geschützfeuer der Armee dauerte die ganze Nacht lang und für Gumarov war es ein Wunder, dass die Wände standhielten. Als die Sonne wieder aufging, lagen überall in dem Gewölbe verletzte Menschen. Die Armee setzte ihren Schlachtzug fort und warf Handgranaten durch die Fenster. Letzten Endes ertranken Dutzende, die schwer verletzt auf dem Boden lagen, an den Wassermassen, die der umgeleitete Bach mit sich brachte. Gumarov berichtet von einem tagelangen Kampf ums Überleben und resümiert: *„Die ganze Zeit über hat niemand versucht, uns zur Aufgabe zu überreden oder überhaupt mit uns zu verhandeln, sondern man wollte uns einfach vernichten, damit keine Zeugen am Leben blieben.“*

Die US-Regierung war nicht verlegen darin, den Massenmord herunterzuspielen und fand in den heimischen Medienvertretern dankbare Abnehmer ihrer Schutzbehauptungen. So berichtete die *„New York Times“* am 29. November über die *„Gefängniswärter, die sich in einen verzweifelten Kampf bis zum Tod gestürzt haben“* und tapferen *„amerikanischen und britischen Truppen, die der Nordallianz dabei halfen, ihr Fort zu verteidigen“*. Dabei glorifizierte der damalige CIA-Direktor George Tenet den gefallenen CIA-Agenten als *„sehr mutigen Amerikaner“* gegen, so Donald Rumsfeld, *„Killer, die auf Mord abzielen“*. Dabei wird vergessen, dass sich die Häftlinge nur Tage zuvor den alliierten Soldaten ergaben, um weiteres sinnloses Morden zu verhindern. Viele von ihnen junge Männer, die weder in direktem Kontakt zu den Taliban noch zu Al-Qaida standen. Als Sympathisanten einer islamistischen Partei wurden sie von ihr aufgerufen, sich nach Afghanistan zu begeben.

Den Vorwürfen der Menschenrechtsorganisationen über die Missachtung der Genfer Konventionen entgegnete Washington damit, dass die Kämpfe in Afghanistan einem Bürgerkrieg gleich kämen und die Konventionen dafür nicht beansprucht werden könnten. Davon abgesehen, dass der Afghanistan-Feldzug keinesfalls ein reiner Bürgerkrieg war und die gefangenen Taliban selbst gar keine Afghanen waren, schützen die Konventionen in Wirklichkeit auch Kriegsgefangene, die dem Feind in einem reinen Bürgerkrieg in die Hände fallen. So beschreibt der Artikel 3 der Genfer Konventionen eindeutig: *„Im Falle eines bewaffneten Konflikts, der keinen internationalen Charakter auf-*

weist, und der auf dem Gebiet einer der Hohen Vertragspartner entsteht, ist jede der am Konflikt beteiligten Parteien gehalten, wenigstens die folgenden Bestimmungen anzuwenden: Verzicht auf Angriff auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung ...“

Afghanistan, Großbritannien und die USA setzten 1949 ihre Unterschrift unter die Konvention und sind seitdem daran gebunden. Für den Massenmord in Qala Jangi gibt es keine Ausrede.

Präsident Bush und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bestritten vehement die direkte Beteiligung alliierter Soldaten, obwohl es Zeugenberichte und Filmaufnahmen davon gibt. Rumsfeld selbst meinte, dass es unmöglich sei, die Krieger der Nordallianz unter Kontrolle zu halten. Victoria Clarke, die Sprecherin des Pentagon, erklärte vor Reportern: *„Zu sagen, wir könnten kontrollieren oder diktieren, was die Oppositionsgruppen machen, ist eine glatte Überschätzung. Wir können es nicht.“* Dabei vergisst Frau Clarke zu erwähnen, dass US-Spezialeinheiten bereits vor Ort waren und die Truppen der Nordallianz anstachelten, das Dieselöl in die Festung zu gießen und anzuzünden. Ebenso vergisst Frau Clarke, dass es ihr Vorgesetzter, Donald Rumsfeld, war, der die Kämpfer dazu trieb. Dieser machte mehrmals und unmissverständlich klar, dass es Washington sei, das darüber entscheiden werde, was mit den Taliban-Kämpfern geschehe und er an keiner Übereinkunft interessiert sei, die die Freilassung der ausländischen Kämpfer zur Folge haben könnte. Rumsfeld machte keinen Hehl daraus, dass es ihm am liebsten wäre, wenn die Talibankämpfer alle getötet würden. Nachdem die Aussagen Rumsfelds im arabischen Raum als „grünes Licht“ für die Nordallianz gedeutet wurden, schrieb die *„Washington Post“* folgerichtig von einer Ermutigung und Anstiftung an gefangenen Talibankämpfern Vergeltung zu üben.

Doch Qala Jangi ist wohl nur das berühmte i-Tüpfelchen in einer ganzen Reihe von Massakern mit indirekter und/oder direkter Beteiligung alliierter Soldaten in Afghanistan, wie der Dokumentarfilm *„Massaker in Afghanistan“* eindrucksvoll unter Beweis stellt. Der Film wurde erstmals am 18. Dezember 2002 in der ARD ausgestrahlt und sorgte im amerikanischen Außenministerium für große Verärgerung. Larry Schwartz, damals Sprecher des Außenministeriums, polterte: *„Es ist uns ein Rätsel, wie ein angesehener Sender einer Dokumentation zeigen kann, in der die Fakten völlig verdreht werden und die US-Mission in Afghanistan unfair dargestellt wird.“* Darüber hinaus verweigert die US-Regierung noch heute jede Anfrage, zu den Anschuldigungen in der Dokumentation Stellung zu beziehen.

Die Dokumentation bestach vor allem durch Zeugenaussagen, die davon berichten, wie über die Ereignisse in Qala Jangi hinaus alliierte Truppen an der Ermordung weiterer 3.000 Talibankämpfer beteiligt waren. So berichtete bei-

spielsweise ein afghanischer Soldat von LKW-Konvois, in deren Containern die Gefangenen gesteckt wurden. Jeder einzelne Container wurde mit 200 bis 300 Gefangenen völlig überladen, sodass es zu Hunderten von Erstickungsopfern kam. Andere Container wurden von außen beschossen. Vordergründig, um Luftlöcher in die Container zu schießen, doch mit dem Wissen, dass dabei Dutzende von Menschen getötet wurden. „Aus den Luftlöchern ist das Blut der getroffenen Gefangenen heraus geflossen“, weiß ein Augenzeuge zu berichten. Die restlichen Überlebenden wurden vor den Augen anwesender US-Spezialeinheiten in der Wüste nahe Mazar-e-Sharif von Truppen der Nordallianz getötet und wilden Hunden zum Fraß vorgeworfen.

Der irische Filmemacher Jamie Doran sah sich aufgrund seines Streifens heftiger Gegenwehr aus Washington ausgesetzt und zeigte sich besorgt über die Zeugen, die er im Film zu Wort kommen ließ. Zwei der Augenzeugen sind innerhalb kurzer Zeit nach den Filmaufnahmen gewaltsam ums Leben gekommen. Bisher freigelegte Massengräber bestätigen allerdings ihre Aussagen. Washington hat in den vergangenen Jahren sehr viel unternommen, um Vorfälle dieser Art herunterzuspielen, zu leugnen oder ganz zu vertuschen. Anstatt im ureigensten Sinn diesen Gräueltaten auf den Grund zu gehen, verstrickte man sich in juristische Geplänkel über die Verwendung der Genfer Konvention und blockierte unabhängige Untersuchungen der Vereinten Nationen. Dutzende Zeugenaussagen berichteten übereinstimmend von indirekter und manchmal sogar direkter Beteiligung alliierter Soldaten. Führende US-Politiker stachelten mit ihren Aussagen die Mörder an, wie internationale Medien kritisierten. Nichtsdestotrotz geraten diese Taten immer mehr in Vergessenheit, obwohl gerade auch sie unter den Verwandten und Bekannten der Opfer zu neuem Hass führen, der sich wiederum gegen den Westen richtet. Es müsste das Ziel unserer Medien sein, das Messen mit zweierlei Maß in der westlichen Welt ad acta zu legen und diese Taten ebenso nachhaltig zu verurteilen, wie beispielsweise die Terroranschläge des 11. September 2001, deren Opferzahl mit denen der Massaker nahezu identisch ist. Ohne eine vollständige Aufarbeitung dieser jüngsten Vergangenheit und einer Verurteilung der Verantwortlichen ist ein Leben im gegenseitigen Respekt nicht möglich.

Derweil verloren bis März 2008 789 Soldaten der alliierten Truppen im Glauben an eine gerechte Sache ihr Leben, darunter auch 26 Deutsche. Wenn Blut auf Sand tropft, kann es ebenso den Anblick an das schwarze Gold erwecken. Nur sollte uns das Leben weitaus bedeutender sein.

Der Terror kommt

Es ist kein Krieg gegen Saddams Mikroben. Es ist ganz einfach ein Krieg um Weltherrschaft, wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell.

(Uri Avnery, israelischer Publizist und Friedenskämpfer)

„Sie stellten mich auf eine Kiste, mit einem Umhang über den Kopf und den Armen seitlich ausgestreckt. Sie sagten, sie würden mir Stromschläge verpassen. Ich glaubte ihnen nicht. Dann nahmen sie zwei Drähte und stießen sie in meinen Körper. Ich dachte, meine Augäpfel würden aus ihren Höhlen treten. Dann fiel ich zu Boden.“

(Haj Ali Al-Qaisi, irakischer Gefangener in Abu Ghraib)

„Sie haben keine Werte und keine Moral. Sie sind Huren. Kriegshuren.“

(Katy Helvenston-Wettengel, Mutter eines im Irak gefallenen Söldners über die Firma Blackwater)

1. Einbahnstraßenpolitik

Die Wörter „Einbahnstraße“ sowie „Politik“ sind Ihnen sicherlich geläufig. Notfalls hilft Ihnen die Online-Enzyklopädie Wikipedia weiter. Das Wort „Einbahnstraßenpolitik“ werden Sie dort allerdings vergeblich suchen. Selbst meinem Textprogramm, mit dem ich diese Zeilen schreibe, musste ich diesen Begriff erst beibringen.

Als Einbahnstraßenpolitik möchte ich hier eine Politik verstanden wissen, die, mit dem Ziel vor Augen, in eine Richtung führt. Politische Statements, Sanktionen, Resolutionen und sonstige Art politischen Handelns sind darauf ausgerichtet, strikt einen Weg zu verfolgen, dessen Ende für die Protagonisten bereits zu Beginn feststeht. Auf den nachfolgenden Seiten möchte ich Ihnen zur Einführung in das Kapitel über den Irak-Konflikt eine Einbahnstraßenpolitik des UNO-Sicherheitsrats, unter Ermangelung der USA und Großbritanniens, aufzeigen, die schon mit dem Ende des zweiten Golfkriegs 1991, der Operation „desert storm“, einsetzte und unweigerlich in den Einmarsch der US-Truppen im Jahr 2003 enden musste. Niemals wieder nach dem zweiten Weltkrieg wurde ein Krieg so zielstrebig vorbereitet, wie der dritte Golfkrieg. Eine Vorbereitung, die Millionen Menschen, darunter rund 500.000 irakischen Kindern, das Leben kostete. Das alles im Auftrag der Vereinten Nationen, auch unter deutschem Namen.

Nachdem sich Saddam Hussein, von den US-Amerikanern unterstützt, 1979 geputscht hatte, avancierte er in den Augen der US-Geheimdienste zu ihrem „Hundesohn“, so nannte ihn später auch Zbigniew Brzezinski, der unter US-Präsident Jimmy Carter als Sicherheitsberater fungierte. US-Verteidigungsminister Robert Gates, der Donald Rumsfeld im Dezember 2006 ablöste, arbeitete in der Reagan-Ära und viele Jahre danach für die CIA. Als CIA-Agent trug der heutige US-Verteidigungsminister dazu bei, dass Saddam Hussein in den frühen 1980er Jahren mit Technologien zur Herstellung von Streubomben versorgt wurde, die später im ersten Golfkrieg gegen den Iran fürchterliche Wirkungen erzielten. Das Saddam-Regime genoss in den 1980er Jahren die Aufmerksamkeit beider Supermächte, westlich und östlich des eisernen Vorhangs. Der Irak wurde mit Waffen, Hochtechnologie und Wissen für die Herstellung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen geradezu überhäuft. Eben jenen Waffen, deren vermeintlicher Besitz dem Regime Jahre später zum Verhängnis werden sollte. Als die britische Regierung Ende 2002 dem Irak „systematischen Terror“, den Besitz von Massenvernichtungswaffen und die Missachtung von Menschenrechten vorwarf, entgegnete ihr die international anerkannte Menschenrechtsorganisation Amnesty International, diese Vorwürfe seien nur Kriegspropaganda.

Der Irak wurde in den 1980er Jahren vom Westen hochgerüstet. Allen voran von den USA, dicht gefolgt aber auch von der Bundesrepublik Deutschland. Rüstungskontrollabkommen, nationale und internationale Bestimmungen wurden für das schnelle Geld einfach übergangen. US-amerikanische und deutsche Unternehmen verdienen mehrere Milliarden Dollar mit dem schmutzigen Geschäft. Und dies keineswegs an der hohen Politikprominenz vorbei. Im Gegenteil: Selbst nach dem Giftgasmassaker an rund 6.800 Kurden in Halabscha im März 1988 florierte das Rüstungsgeschäft. Ein Geschäftsführer eines deutschen Unternehmens, das mit dem Saddam-Regime Handel im Chemiewaffenbereich betrieb, brachte es auf den Punkt: „*Ein paar tote Iraker interessieren unsere Aktionäre nicht.*“ Aus einem Ende 2002 veröffentlichten US-Geheimdokument geht gar hervor, dass die damalige US-Regierung ihre Diplomaten anwies, das Giftgasmassaker dem Iran in die Schuhe zu schieben, um von dem Rüstungshandel mit dem Irak abzulenken.

Aus Amerikas gutem „*Hundesohn*“ wurde nach dem Überfall auf Kuwait und dem damit verbundenen zweiten Golfkrieg ein nützlicher Schurke. Obwohl man bereits damals die Möglichkeit hatte, Saddam Hussein zu entmachten, stoppten die US-Panzer und machten 80 Kilometer vor Bagdad kehrt. Die aufgestachelten Kurden, die sich tapfer und kriegsbereit gegen das Saddam-Regime zur Wehr setzen sollten, wurden alleine gelassen und später von Saddam Hussein regelrecht abgeschlachtet. Weshalb ließ man Saddam Hussein weiterhin gewähren? Erkannte die US-Regierung, die mittlerweile von George Bush sen. angeführt wurde, Saddams wichtige Rolle als böser Schurke in einer instabilen Region? Durch die Aufrechterhaltung der Bedrohung gelang es den USA den Nachbarländern, allen voran Israel, Waffen und anderes militärisches Gerät im Wert von über 100 Milliarden US-Dollar zu verkaufen. Für die amerikanische Rüstungsindustrie war das der Deal schlechthin. Das Geschäft florierte. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es keinen Grund mehr, weshalb Rüstungsetats weiter steigen und das Arsenal an Atomwaffen weiter aufgestockt werden sollte. Das Saddam-Regime lieferte den Vorwand. Die offizielle Version soll uns glauben machen, die US-Truppen hätten kehrt gemacht, da es keinen Beschluss des UNO-Sicherheitsrates zum Einmarsch in Bagdad gab. Seltsamerweise sind es zum größten Teil die gleichen Entscheidungsträger und Berater, denen es zwölf Jahre später vollkommen egal war, ob es einen solchen Beschluss des Sicherheitsrates gab oder nicht.

Neben den reizvollen Aussichten für die US-Industrie dürften es mit Sicherheit geopolitische Gründe gewesen sein, die Washington zum Rückzug der eigenen Truppen bewog. Neben Israel hatte man plötzlich auch in Saudi Arabien, auf heiligem Boden des Islam, seinen militärischen Anker geworfen. Ein großer Militärstützpunkt, erbaut vom Bauunternehmen der Bin Laden Group, sichert seitdem politische, wirtschaftliche und energiewirtschaftliche Interessen

in Nahost. Für Osama Bin Laden war die Entweihung des heiligen Bodens eine Schmach. Er zerstritt sich mit seiner Familie und radikalisierte seine Meinung über die USA zunehmend. Dass die USA in Saudi-Arabien im Volk nicht sonderlich beliebt sind, wird schon dadurch deutlich, dass der überwiegende Teil der 19 Attentäter vom 11. September 2001 Saudi-Araber waren. Keine Afghanen und erst recht keine Iraker. Dementsprechend änderte sich der amerikanische Kurs nach dem 11. September. Saudi-Arabien war für die USA keine Insel der Unbeschwertheit mehr. Vielmehr erkannten sie die wachsende Radikalisierung im Land und die stetig ansteigende Ablehnung ihrer Präsenz. Der Einmarsch und die Eroberung des Iraks sind folgerichtig auch durch geopolitische Strategien erklärbar.

Dass der Irak Ende der 1990er Jahre aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen und der kontrollierten Abrüstung keine Gefahr für seine Nachbarländer, und schon gar nicht für die USA, darstellte, wurde in einer Analyse der Clinton-Administration deutlich zum Ausdruck gebracht. Nichtsdestotrotz schaffte es die Bush-Regierung im Juli und August 2002 achtzehn Zeugen vor den Auswärtigen Ausschuss des US-Senats zu laden, deren Aussagen von einer weiterhin bestehenden Bedrohung durch das Saddam-Regime sprach. In der Öffentlichkeit weniger Beachtung fand die Tatsache, dass der Großteil der 18 Zeugen aus ehemaligen US-Soldaten und Beamten des Pentagon bestand, die mittlerweile in Washington verschiedenen „Think Tanks“ angehörten, in denen sie für die Führungselite den politischen Weg vorzeichnen. Diese 18 Personen waren alles andere als unabhängige und objektive Zeugen. Vielmehr spielten sie der Bush-Regierung in die Hände. So ist es auch nicht verwunderlich, dass keiner von ihnen sich gegen einen Regimewechsel im Irak aussprach.

Die Anhörung vor dem Senatsausschuss bildete nur ein Glied einer Kette, die bereits vor dem zweiten Golfkrieg, der Operation „desert storm“, ihren Anfang nahm. Nach dem kriegesischen Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait verhängte die UNO am 6. August 1990 gegen den Irak die schärfsten Wirtschaftssanktionen ihrer Geschichte. Nachdem die Resolution 661 laut der Aussage der USA und weiterer Verbündeter nicht fruchtete, erließ die UNO im November 1990 eine weitere Resolution mit der Nummer 678, die wiederum ein kriegesisches Eingreifen alliierter Truppen legitimierte. Später veröffentlichte Zahlen lassen jedoch an der Notwendigkeit der zweiten Resolution zweifeln. Denn nach einer CIA-eigenen Analyse seien die Wirtschaftsimporte seit der Resolution um 97 Prozent gesunken, Exporte um 90 Prozent und das Bruttozialprodukt um ganze 45 Prozent. Nach dieser Einschätzung hätte Saddam Hussein spätestens drei Monate später seine Truppen aus Kuwait abziehen müssen, da der Nachschub an Waffen und Verpflegung ausgeblieben wäre. Ein militärisches Eingreifen der USA wäre nicht zwangsläufig notwendig gewesen. Diese Analyse wurde vor der UNO jedoch geheim gehalten. Stattdessen wur-

den den UNO-Mitgliedsstaaten erfundene Geschichten von Misshandlungen an Babys in Brutkästen berichtet. Washington war sich nicht zu schade dafür, diese Geschichte global aufzuziehen und gekaufte Zeugen zu präsentieren.

Die USA bekamen ihren Krieg, der auch recht schnell wieder beendet war. Was folgte, war eine erneute Geißelung durch die UNO, die im April 1991 die Resolution 687 über den Irak verhängte. Dabei wurde diese Resolution von einigen UN-Mitgliedstaaten vorrangig abgelehnt und als zu weitreichend beurteilt. Doch wie der damalige US-Außenminister James Baker selbst in seiner Autobiografie schrieb: *„Ich habe mich persönlich mit all meinen Amtkollegen aus dem Sicherheitsrat getroffen in einem sehr komplexen Prozess, um durch Schmeicheleien, Überzeugungsarbeit, Druck und gelegentlichen Stimmenkauf die Mehrheit sicherzustellen.“* Der Botschafter des Jemen stimmte anschließend dennoch mit *„Nein“* und musste sich vom amerikanischen UN-Gesandten Thomas Pickering sagen lassen, dass dies die *„teuerste Nein-Stimme, die Sie je abgegeben haben“* war. Nur 48 Stunden später strich die USA dem ärmsten Land in Arabien 70 Millionen US-Dollar für ein Hilfsprogramm.

Mit der Resolution 687 stand nach dem Rückzug der irakischen Armee nun die Abrüstung des Landes auf dem Programm. Die Mächte des UNO-Sicherheitsrates, die in den Jahren zuvor beste Geschäfte mit dem Irak mit allen möglichen Arten von militärischen Waffen, darunter auch A-, B- und C-Waffen, machten, drängten nun auf deren Vernichtung. Wer, wenn nicht die einstigen Verkäufer selbst, waren bestens darüber informiert, welche Art von Waffen und wie viele davon, Saddam Hussein bunkerte?

Die Resolution ging noch einen Schritt weiter und setzte sich einen Massenvernichtungswaffenfreien Nahen Osten zum Ziel. Bei der Ausarbeitung der Resolution müssen die USA in diesem Abschnitt geschlafen haben. Zumindest gehört auch Israel zum Nahen Osten. Und diese werden auch heute noch munter mit ABC-Waffen „Made in USA“ versorgt.

Ein entscheidender Faktor machte die Resolution 687 zu einem wahren Monster: Den USA gelang es bei den Verhandlungen um die Resolution die Verbindung von Abrüstung und Wirtschaftssanktionen durchzuringen. Im späteren Text hieß es: *„Iraq must have cooperated in all respects.“* Dann, und nur dann, sei eine Lockerung der Sanktionen möglich. Die Formulierung *„in all respects“*, was mit *„in jeder Hinsicht“* übersetzt werden kann, erweist sich dabei als äußerst schwammig. Der Resolutionstext verzichtete darauf, genauere Angaben zu machen, wann eine Zusammenarbeit als erfüllt angesehen wurde. So konnte zukünftig das Veto eines einzelnen Mitgliedsstaates, eben z.B. der USA, ausreichen, um die Zusammenarbeit als nicht *„in jeder Hinsicht“* zufriedenstellend anzusehen. Für das irakische Volk, das als einziges unter den wirtschaftlichen Sanktionen zu leiden hatte, war dies wie ein Schlag ins Gesicht. Die Sanktionen führten zu Nahrungsknappheit und Einfuhrverboten von wich-

tigen Medikamenten. Das Volk wurde für einen Diktator bestraft, den es alleine nicht loswerden konnte. Das Leid in der Bevölkerung wuchs schnell und stetig. Zwar wurde dies in New York zur Kenntnis genommen, doch selbst Hilfsaufrufe der UNO brachten unter den Mitgliedsstaaten anstatt der dringend benötigten 1,4 Milliarden US-Dollar gerade einmal 430 Millionen. Die US-Strategie ging auf. Der Irak und vor allem sein Volk wurden von der internationalen Staatengemeinschaft wie Aussätzige behandelt.

1995 verschlechterte sich die Lage nochmals dramatisch. Aus einem Land mit einem gut funktionierenden Gesundheitswesen wurde binnen fünf Jahren ein Fall für Caritas, Rotes Kreuz, Unicef und alle anderen internationalen Hilfsorganisationen. Vor allem die Kinder litten unter den Sanktionen. Sie bekamen nicht genug zu essen, Medikamente durften nicht ins Land eingeführt werden und selbst grundsätzliche Dinge wie der Zugang zu sauberem Wasser waren nicht mehr gegeben. Weitere Folgen der Sanktionen waren so unsinnige Dinge wie ein Importverbot für Bleistifte, da sie Graphit enthielten, das den USA zufolge für militärische Zwecke missbraucht werden konnte. Die UNO beschloss das Programm „*Öl für Nahrungsmittel*“, mit dessen Umsetzung jedoch erst im Dezember 1996 begonnen wurde. Und leider wurde auch bei diesem Programm nicht für ausreichende Abhilfe gesorgt. Im Gegenteil: der UN-Sicherheitsrat erreichte, dass die Einnahmen aus diesem Programm, und somit die Verwendung für humanitäre Zwecke, auf 2,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr begrenzt wurden. Bei einer Bevölkerung von 21 Millionen Menschen und 365 Tagen im Jahr, macht das pro Kopf und Tag rund 32 US-Cent. Laut der UNO-eigenen Definition leben Menschen, die am Tag weniger als ein US-Dollar zur Verfügung haben, unter der absoluten Armutsgrenze. Anhand dieser Zahlen kann man abschätzen, wie ernst es dem Sicherheitsrat mit der Hilfe für das irakische Volk war.

Eine der bittersten Folgen der Sanktionen waren über 500.000 tote Kinder im Alter von bis zu fünf Jahren zwischen 1991 und 2000. Die Weltgemeinschaft sah tatenlos zu, der Sicherheitsrat segnete es gar ab, dass in unserer modernen Zeit über eine halbe Millionen Kleinkinder durch die Sanktionen ums Leben kamen. Der unfassbare Kommentar der damaligen US-Außenministerin Madeleine Albright, die in ihrer Familie selbst einiges an Leid durch Inhaftierungen in Auschwitz erleiden musste, sprach von einem „*angemessenen Preis*“ für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftssanktionen. 500.000 Kleinkinder wegen wenigen Medikamenten und etwas zum Essen auf dem Tisch. Dieser Kommentar ist einfach nur widerlich. Mit weiteren rund eine Millionen toten Irakern bis 2003 stieg die Zahl der aufgrund der Sanktionen ums Leben gekommenen Menschen im Irak auf rund 1,5 Millionen, was rund sieben Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Der ehemalige UNO-Koordinator für die humanitären Programme im Irak, Denis Halliday, nannte das einen Akt des

Völkermordes. Und empirische Studien geben dem Iren Recht: 1990 starben noch 56 von tausend Kindern im Irak. 1996 waren es bereits 131, eine Steigerung um 160 Prozent. Einer Studie der Unicef zufolge wären ohne die Sanktionen gerade einmal 25 von tausend Kindern gestorben. Hinzu kommen nach einer Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation weitere 500.000 psychisch erkrankte Kinder.

Hallidays Nachfolger, der deutsche Hans von Sponeck, berichtete über Sabotageversuche der USA und Großbritanniens. Jedes Mal, wenn ein Mitglied des Sicherheitsrates, z.B. Frankreich, versuchte, den Deutschen zur Abgabe seines Berichts nach New York einzuladen, stellten sich entweder die USA oder Großbritannien quer. Die Menschenrechtsverletzungen waren innerhalb der UNO durchaus bekannt, doch wurde ihnen wegen der Vetos aus Washington und/oder London kein Gehör geschenkt. Im zuständigen Büro für das Irak-Programm in New York saßen überwiegend amerikanische oder britische Beamte, die die Interessen ihrer Regierung wahrten. So war der Hauptanalytiker im Irak-Programm ein ehemaliger Beamter des britischen Verteidigungsministeriums. Jedes Mal, wenn von Sponeck einen Bericht über die aktuelle humanitäre Situation im Irak abfasste, erhielt er Besuch aus dem New Yorker Büro des Irak-Programms und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen über den Inhalt und den Wortlaut des Berichts. Letztendlich wurden alle Berichte vor der Übergabe an die UNO nochmals redigiert. Von Sponeck resümiert: *„Im Ergebnis ist es den Amerikanern und Engländern über acht Jahre gelungen, [...] im Rat regelmäßige Anhörungen über die Irak-Sanktionen und ihre Auswirkungen zu verhindern. Anhörungen, aus denen ja vielleicht der internationale Druck erwachsen könnte, die grausamen Strafmaßnahmen gegen das irakische Volk endlich aufzuheben und in echte intelligente Sanktionen umzuwandeln, also in gezielte Maßnahmen mit dem alleinigen Ziel, die Regierung in Bagdad zur Umsetzung der noch unerfüllten Abrüstungsaufgaben aus der Resolution 687 vom April 1991 zu bewegen.“*

Die USA und Großbritannien schoben jede Schuld von sich und machten Saddam Hussein und sein Regime für alles Leid im Irak verantwortlich. Die westlichen Medien wurden auf diese Propaganda eingeschworen und so ließ man die Menschen wissen, dass Hussein alle Gelder in Beschlag nahm und die Hilfe deshalb nie bei den Bedürftigen ankam. Eine eigens für diesen Zweck entwickelte Studie mit dem Titel *„Saddam Husseins Iraq“* sollte die Vorwürfe an das irakische Regime untermauern. Doch unabhängige Hilfsorganisationen vor Ort konnten sie nie bestätigen. Sie sprachen von streng überwachten Abgaben an das irakische Volk, die teils von UNO-Organisationen selbst oder von den Hilfsorganisationen in Zusammenarbeit mit Einheimischen durchgeführt wurden. Die gelieferten Nahrungsmittel und Medikamente wurden zu nahezu 100 % an das Volk weitergegeben. Schuld waren also keine Unterschlagungen

des irakischen Regimes, sondern zu wenig Hilfsmittel. Dabei wurden die Iraker bei der Beschaffung von medizinischen Geräten oder Trinkwasseraufbereitungsanlagen in den meistens Fällen vom Sicherheitsrat im Stich gelassen, der regelmäßig Importe blockierte. 98 % aller Blockadefälle gingen von den USA aus. Die restlichen 2 % durfte Großbritannien für sich verbuchen. So kam es, dass es aufgrund der Sanktionen im Irak Ende der 1990er Jahre gerade einmal ein funktionstüchtiges Röntgengerät gab. Allein im Jahr 2002 wurden Güter, darunter auch banale Apparate wie Nierensteinerzrümmere, im Wert von rund fünf Milliarden US-Dollar vom Sicherheitsrat blockiert. Ein weiteres Problem war die Verordnung, dass der Irak für importierte Güter stets in Vorkasse gehen musste. Dies hatte zur Folge, dass ausländische Unternehmen das Geld einstrichen und oft nur minderwertige Ware lieferten. Alleine im Jahr 1999 fielen sechs Prozent der medizinischen Güter durch die irakische Qualitätskontrolle. So manch einer versuchte sich hier mit miesen Tricks zu bereichern. Eine Änderung der Einkaufs- und Zahlungsbedingungen wurde vom Sicherheitsrat abgeschmettert. Man leistete sich sogar den Luxus, die Entscheidungen nicht einmal mehr zu begründen. So blieb die Bitte um eine Begründung der Blockade von 31 dringend benötigten medizinischen Geräten unbeantwortet.

Eine Studie des ehemaligen deutschen UN-Botschafters Tonio Eitel hat zudem bekannt gemacht, dass die wichtigen Fragen zu Abrüstung und Wiederaufbau des Irak nahezu immer nur im inneren Zirkel der UNO, im Sicherheitsrat, zur Sprache kam, nie aber in der Vollversammlung. So wurde dem Irak, repräsentiert durch seinen Botschafter, das Recht genommen, Stellung zu beziehen. Die USA und Großbritannien sorgten dafür, dass das Irak-Thema stets nur im elitären Kreis des Sicherheitsrats besprochen wurde.

Im Jahr 1999, noch in der Clinton-Ära, versuchte die US-Regierung mit einem weiteren Trick die Schuld von sich zu weisen. Gönnerhaft verkündeten sie die Aufhebung der maximalen Öl-Fördermenge des Irak. Ab sofort könne der Irak im Programm „*Öl für Nahrungsmittel*“ soviel Öl verkaufen, wie er wollte. Sollte es demnach weiterhin zu Leid unter der Bevölkerung kommen, so sei dies erneut ein Zeichen, dass Saddam Hussein und seine Regierung die Einnahmen unterschlugen. Die internationale Presse fiel darauf herein. Denn die US-Regierung vergaß zu erwähnen, dass nach dem Golfkrieg 1991 ein Großteil der Industrieanlagen aufgrund der Wirtschaftssanktionen nicht wieder aufgebaut werden konnten. Die irakische Öl-Industrie war somit gar nicht in der Lage, mehr Öl zu fördern, selbst wenn sie es wollte.

Mit rund 70 Resolutionen seit 1990 war der Irak seit der Einrichtung der Vereinten Nationen das Topthema schlechthin. In den Jahren zwischen 1990 und dem Beginn des dritten Golfkriegs 2003 sorgten allen voran die USA und das verbündete Großbritannien dafür, dass der Irak niemals zur Ruhe kommen konnte und seine Bevölkerung keine Chance auf Wohlstand erhielt. Die rund 70

Resolutionen bilden die anfangs angesprochene Einbahnstraße, die unweigerlich in den dritten Golfkrieg führen musste. In diesen 13 Jahren nahmen sich die USA des Öfteren das Recht heraus, vermeintliche militärische Anlagen zu bombardieren und über dem Norden und den Süden des Iraks eine Flugverbotszone zu errichten. Der mutige kanadische Außenminister Lloyd Axworthy verurteilte die Wirtschaftssanktionen 1999 im Sicherheitsrat als das, was sie in Wirklichkeit waren: *„Sanktionen sollten die Zielsetzungen der internationalen Gemeinschaft reflektieren, und nicht nur die nationalen Interessen ihrer mächtigsten Mitglieder.“* Und diese Interessen waren geo- und machtpolitischer Natur, dabei durfte der humanitäre Faktor kaum eine Rolle spielen und sein Fehlen wurde als *„angemessener Preis“* akzeptiert.

2. Chronik eines gewollten Krieges

Der Beginn des Kriegs war allzu nahe. Die Vereinten Nationen riefen ihre Mitarbeiter ebenso nach Hause, wie die meisten Länder ihre Diplomaten. Selbst die 150 Abrüstungsinspektoren der UNO wurden nach Zypern ausgeflogen. Insgesamt 16 Wochen hatten sie vergeblich nach allen Arten von Massenvernichtungswaffen gesucht. Ihre Ergebnisse wurden ignoriert, die Zeichen standen bereits auf Krieg. Das Leben in der irakischen Hauptstadt Bagdad kam zum Erliegen. Die Einwohner verschanzten sich recht unaufgeregt in ihren Wohnungen, sie waren Kriege ja bereits zu Genüge gewohnt.

Alles Einlenken der irakischen Seite nützte nichts. Am 20. März 2003, das Ultimatum war gerade einmal zwei Stunden verstrichen, fielen die ersten Bomben auf Bagdad – 3.33 Uhr mitteleuropäischer Zeit. Noch am gleichen Tag begannen US-Marines von Kuwait aus die Invasion zu Lande. Weltweit kam es zu öffentlichen Protesten Hunderttausender. Ihre Stimmen wurden vom Lärm der einschlagenden Bomben einfach verschluckt. Bereits in dieser ersten Nacht wurden fast vierzig Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ von US-Kriegsschiffen im Roten Meer und im Persischen Golf abgefeuert. Zusätzlich warfen zwei F-117-Tarnkappenbomber mehrere bunkerbrechende Bomben ab, jede davon wiegt rund 1 Tonne.

Dennoch blieb das angekündigte Inferno aus. Die Bomben der ersten Nacht, die gezielt auf die Regierungssitze des Saddam-Regimes niederprasselten, sollten der Bevölkerung verdeutlichen, dass es den Alliierten ausschließlich darum ging, das Regime zu beseitigen. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld unterstrich dies auf der ersten Pressekonferenz am frühen Morgen nach der ersten Bombennacht mit den an das irakische Volk gemeinten Worten: *„Eure Befreiung steht kurz bevor.“* Die ersten Bomben hatten einen deutlichen Symbolcharakter, denn auch die Alliierten wussten, dass sie mit diesen Bomben

niemanden aus der Regierungsebene treffen würden, die sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hatte. Dem Bericht eines Freundes von Saddams Sohn Udai zufolge war dem Hussein-Clan durchaus bewusst, dass ihre Paläste als erste ins Visier der Alliierten genommen würden. Es bleibt zu spekulieren, ob diese an und für sich nutzlosen Bombardements leerstehender Paläste Programm waren. Denn nicht zuletzt der US-Offizier Tim Madere, der die Untersuchungen der ersten Bombennacht leitete, stellte fest, dass Saddams Hauptpalast nur leichte Schäden davon trug und die Überlebenschance in dieser Nacht sehr hoch war. Mit dem Tod Saddam Husseins gleich zu Beginn der Bombardements wäre der Welt ein darauffolgender Einmarsch in den Irak nicht zu erklären gewesen. Weshalb sollte man in ein Land einmarschieren, dessen Diktator bereits ums Leben gekommen war? So war jener 20. März viel eher eine Show, nicht zuletzt für CNN und alle anderen TV-Stationen in den USA, die den Bombenhagel zur besten Zeit, zur Primetime, live in alle US-Haushalte übertragen konnten.

Nur einen Tag später vermeldete der britische Generalstabschef Sir Michael Boyce die Einnahme der strategisch wichtigen Hafenstadt Umm Kasr. In den folgenden Tagen und Wochen musste diese Meldung desöfteren über die internationalen Presseagenturen vermeldet werden. Eine gewaltige Streitmacht zweier US- und einer britischen Division überquerten die irakische Grenze von Kuwait aus. Gleichzeitig kam es durch einen Hubschrauberabsturz im Norden Kuwaits zu ersten menschlichen Verlusten auf Seiten der Alliierten. Bagdads Nacht erlebte den angekündigten schweren Bombenhagel, der Tags darauf auch erstmals bei Tag stattfand. Dem ZDF-Reporter vor Ort, Ulrich Tilgner, fiel auf, dass die in dieser Nacht getroffenen Gebäude, die auf der Nordseite des Palastes der Republik liegen, exakt in dem Aufnahmebereich der Kameras lagen, die die Bilder live um die Welt schickten. Ein gezielter Schachzug der US-Armee, um der amerikanischen Bevölkerung spektakuläre Bilder liefern zu können? Ulrich Tilgner hält in seinem Buch *„Der inszenierte Krieg“* fest: *„Ich werde mich daran gewöhnen müssen, dass in einem Echtzeitkrieg Zeitpunkt und Ziel der Angriffe auch von der Kameraposition und Sendeterminen bestimmt werden. Einige der Angriffe werden regelrecht inszeniert, daran habe ich nach meinen vielen Aufenthalten in Bagdad kaum noch Zweifel. Getroffen werden Gebäude, in denen sich keine Menschen aufhalten. Zu Anfang soll es keine Opfer geben.“*

Die alliierten Truppen indes marschieren unaufhaltsam, ja nahezu ohne Gegenwehr, bis an die 300 km südlich von Bagdad gelegene Stadt Nassirija heran. Dort allerdings sahen sie sich erstmals heftiger Gegenwehr der irakischen Armee ausgesetzt. Der Vormarsch geriet an diesem Sonntag, dem 23. März, erstmals ins Stocken. Da kam die inszenierte Geschichte um die Obergefreite Jessica Lynch gerade recht. Lynch wurde an diesem Tag bei Gefechten in

Nassirija gefangen genommen. Laut US-Berichten habe sie bis zum letzten Schuss gekämpft und sich tapfer dem Feind entgegengesetzt. Später wurde bekannt, dass ihr Gewehr in Wirklichkeit Ladehemmung hatte.

Eine verdeckt operierende Spezialeinheit namens „Task Force 20“ wurde auserkoren, um sie zu befreien. Nachdem der Vormarsch ins Stocken geriet, brauchte das US-Militär wieder eine Erfolgsmeldung, um das heimische Volk bei Laune zu halten. So entstand der Mythos von der heldenhaften Befreiung der mittlerweile berühmtesten Soldatin im Krieg. Anstatt der bis zu Hundert irakischen Soldaten, die in der Klinik, in der Lynch gefangen gehalten wurde, sein sollten, gab es in Wirklichkeit nur verängstigte Ärzte, Krankenschwestern und Patienten. Laut deren Aussagen habe die Spezialeinheit willkürlich Türen eingetreten, medizinische Einrichtungen zerstört und laut herumgebrüllt, ohne dabei auch nur die geringste Form von Gegenwehr zu erfahren. Im April 2007 bezeichnete Lynch selbst die Heldengeschichte bei einer Anhörung vor dem US-Kongress als unwahr. Sie frage sich heute immer noch, warum das Pentagon gelogen habe. Sie selbst sei zu einer Legende gemacht worden, während die wahren Helden jene elf US-Soldaten gewesen seien, die beim Überfall auf den Konvoi ihr Leben verloren hätten.

Die kritischen Töne wurden lauter. Das irakische Fernsehen sendete Bilder von gefallenen US-Soldaten, während die Arabische Liga zum sofortigen Rückzug aller alliierten Truppen aufrief. Die UN und zahlreiche Hilfsorganisationen machten auf die Gefahr einer humanitären Katastrophe aufmerksam, da Teile der Strom- und Wasserversorgung von den Alliierten außer Kraft gesetzt wurden. Darüber hinaus mehrten sich die Gefechte in den Städten Nadschaf und Basra. Auch im bereits als eingenommen gemeldeten Umm Kasr flammten neue Kämpfe auf. Zu den schweren Gefechten gesellte sich das Problem schwerer Sandstürme hinzu, die ein weiteres Fortschreiten der alliierten Truppen nahezu unmöglich machte. US-Präsident Bush dämpfte erstmals die Erwartungen auf ein schnelles Ende der Kriegshandlungen und beantragte am 25. März weitere 75 Milliarden US-Dollar für die Operation „Iraqi Freedom“.

Gut eine Woche nach Kriegsbeginn mehrten sich die schweren Bombenangriffe auf Bagdad erneut. Am 28. März erlebte die irakische Hauptstadt ihre bisher schwerste Bombennacht. Erst nach dem Krieg wurde bekannt, dass, anders als zuvor behauptet, deutlich weniger Präzisionsbomben eingesetzt wurden. Das Leid unter der irakischen Bevölkerung wurde billigend in Kauf genommen. So schlugen am sechsten Kriegstag gleich zwei Raketen in einer Marktstraße in einem Vortort im Norden Bagdads ein. Fünfzehn irakische Zivilisten verloren ihr Leben. Von der US-Seite wurde behauptet, es hätte sich um eine irakische Rakete gehandelt, doch die Unterstellung erwies sich als haltlos. Ein weiterer Angriff brachte rund 55 tote Zivilisten, als eine US-Rakete auf

dem Nasir-Markt in Bagdad einschlug. Die Krankenhäuser platzten aus allen Nähten.

Noch weitaus abscheulicher waren die Zahlen, die von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch nach Ende der offiziellen Kriegshandlungen ausgegeben wurden. Demnach hatten britische und US-amerikanische Bomber etwa 2.000 der viel geächteten Streubomben über dem Irak nieder regnen lassen. Streubomben sind alles andere als Präzisionswaffen. Ihre Wirkung ist unkontrollierbar und reißt tiefe Wunden in jeden und alles, was sich in der Nähe befindet. 10 % aller Streubomben erweisen sich im ersten Moment als Blindgänger und gehen dabei nicht sofort hoch. Erst später, bei Aufräumarbeiten oder während Kinder Ball spielen, werden die Blindgänger doch noch zu einer Tod bringenden Gefahr. Dass zivilisierte Staaten wie die USA und Großbritannien diese Art der Kriegsführung im 21. Jahrhundert noch für geeignet halten, beweist die Skrupellosigkeit der Regierenden gegenüber dem Leben an sich. Eine weitere Art von „Bomben“ erfolgte in Form von Flugzetteln, die Millionenfach über den Großstädten des Iraks abgeworfen wurden und ihre Wirkung zeigten. Es waren in Arabisch verfasste Anleitungen, wie man sich als Zivilist zu verhalten habe, um nicht in die Auseinandersetzungen zu geraten. Andere Flugblätter rieten den irakischen Soldaten zur Aufgabe und erinnerten sie daran, dass sie für ein Regime kämpfen, das in Saus und Braus lebe, während sie, die Soldaten, an der Armutsgrenze leben. *„Geht heim zu euren Familien“* stand unter anderem auf den Flugblättern. Viele Iraker beherzigten dies, was auch das letztendlich schnelle Vordringen bis nach Bagdad erklärt. Doch auch Sätze wie *„Ergebt euch oder ihr müsst sterben“* waren zu lesen. Für eine Armee, die zur Befreiung des Volkes im Einsatz war, war dies nicht gerade eine vertrauensbildende Maßnahme. Es klang vielmehr nach Eroberung.

Die US-Regierung liebäugelte indes damit, weitere 100.000 zusätzliche Soldaten in das Kriegsgebiet zu schicken. Bei Nadschaf kam es zum ersten Selbstmordattentat, als sich ein Iraker mit einer Autobombe in die Luft sprengte und vier US-Soldaten mit in den Tod nahm. Die irakische Regierung nutzte den Anschlag und verkündete weitere dieser Art. Ganz gelegen kamen ihr dabei Berichte von amerikanischen TV-Sendern, wonach rund 6.000 Exiliraker in ihr Heimatland zurückkehren wollten, um für ihr Heimatland und gegen die westlichen Aggressoren zu kämpfen.

Die Kämpfe wurden unterdessen immer intensiver je näher die alliierten Truppen der Hauptstadt Bagdad kamen. Kurz vor Bagdad kam es dann zu ersten Gefechten mit der republikanischen Garde, einer Elitetruppe von Saddam Hussein. Am Montag, dem 31. März, erfolgte ein weiterer folgenschwerer Zwischenfall: US-Soldaten töteten bei einer Autodurchsuchung sieben irakische Zivilisten. Das kaum vorhandene Vertrauen der Bevölkerung in die Westmächte schmolz weiter dahin. Nur einen Tag später, am 1. April, rief Saddam

Hussein sein Volk und alle Moslems zum Heiligen Krieg auf, doch seine Landsleute hatten zu diesem Zeitpunkt schon ganz andere Sorgen und versagten dem Untergang geweihten Regime den Gehorsam.

Am 15. Kriegstag erreichten US-Truppen den Flughafen Bagdads, den sie binnen 24 Stunden unter ihre Kontrolle brachten. Ein weiterer strategisch wichtiger Meilenstein. Die Einnahme Bagdads war nun nur noch eine Frage von Stunden. Wegen der Gefechte um den Flughafen fiel in weiten Teilen der Hauptstadt erstmals der Strom aus. Dass die Stadt vom Süden aus eingenommen wurde, war dabei sicherlich kein Zufall, lagen die Erdölraffinerien doch im südlichen Teil Bagdads. Einmal mehr wird deutlich, worauf es Washington abgesehen hatte.

Es war schließlich der 5. April, Kriegstag Nr. 17, als US-Marineinfanteristen erstmals bis in das Zentrum Bagdads vordrangen. In den darauf folgenden 48 Stunden gelang es den Alliierten die Stadt vollständig einzukesseln und bis in Saddams Paläste vorzudringen. Der im Vorfeld von den Medien prophezeite Häuserkampf auf Guerillaart blieb aus. Weder große Gegenwehr noch der Einsatz von A-, B- oder C-Waffen fand statt. Wieder entpuppte sich eine Lüge als reine Propaganda und zerplatzte wie eine Seifenblase. Man war fast irritiert, wie schnell das Ganze von Statten ging und die US-Armee im Zentrum Bagdads stand. Hussein selbst, ebenso seine Söhne, waren zu diesem Zeitpunkt längst untergetaucht.

Am Morgen des 7. April, einem Montag, stoßen 130 Panzer und weitere Mannschaftstransporter ins Zentrum der Stadt vor. Nach relativ kurzen Gefechten besetzten die US-Soldaten den Sijood-Palast und kurz darauf den Palast der Republik. Dutzende irakischer Soldaten warfen ihre Uniform in das nächste Gebüsch und flohen vor der herannahenden US-Armee. Ein Hauptmann der US-Streitkräfte, David Perkins, wollte darin einen „*dramatischen Machtbeweis*“ seiner Truppen erkannt haben. Noch am gleichen Tag machten die alliierten Streitkräfte ernst: Mit dem Abwurf dreier Bomben im Bagdader Mansour-Viertel sollten Saddam Hussein und seine beiden Söhne getötet werden. Einem Hinweis zufolge hatte sich der irakische Diktator hier ein letztes Mal mit seinen Söhnen getroffen. Doch die Bomben verfehlten ihr Ziel und es wurden erneut unschuldige Zivilisten Opfer der Westmächte. Saddam und seine Söhne wurden nicht nur nicht getroffen, sie waren zum Einschlagszeitpunkt auch schon wieder abgereist, wie Bewohner der Gegend zu Protokoll gaben. Die zu Anfangs viel propagierte Flexibilität der Streitkräfte war hier ganz offensichtlich nicht flexibel genug. Am 7. April, einem Montag, kam der deutsche Journalist Christian Liebig in der Nähe der Hauptstadt ums Leben. Nur Stunden später starben drei weitere Reporter durch US-Beschuss des Journalistenhotels „Palestine“. ZDF-Reporter Ulrich Tilgner befand sich zu diesem Zeitpunkt im Gebäude und berichtete von einem „*Einschlag, der das Hotel*

erzittern und Bruchteile von Sekunden später Glasscheiben klirren lässt.“ Er berichtete von blutüberströmten Gesichtern ausländischer Kollegen, denen er auf dem Hotelflur begegnete. Augenzeugen berichteten von einem US-Panzer, der von einer Brücke aus das Hotel gezielt ins Visier nahm und dann abgefeuert hat. Entsetzt fragte sich Tilgner: „Wie kann ein Panzer das Hotel beschießen, in dem 150 Journalisten leben? Wissen die US-Einheiten tatsächlich nicht, wo wir arbeiten?“

Ein Sprecher der US-Streitkräfte rechtfertigte den Angriff mit Notwehr. Demnach sei der Panzer vom Hotel aus beschossen worden. Tilgner sprach von einer Lüge, denn weder er noch seine Kollegen hätten etwas Verdächtiges beobachtet. Gestützt wird die Aussage der Journalisten von einem ägyptischen Kameramann, der sich mit seiner Kamera auf dem Dach des Hotels positionierte. *„Zwei Stunden lang war es sehr ruhig. Ich habe keine Schüsse aus dem Hotel gehört. Es gab auch keine Explosion. Dann hörte ich plötzlich die Detonation des Geschosses.“* Bezeichnend ist dagegen das Auftreten der „eingebeteten“ US-Journalisten, also jener, die jeweils einer Kampftruppe zugeteilt waren und diese begleiteten. In einem Untersuchungsbericht, der am 27. Mai 2003 veröffentlicht wurde, wollten sich die US-Journalisten nicht zu diesem Vorfall äußern. Schweigen ist manchmal auch eine Antwort.

Am 9. April wurde der Fall Bagdads und des alten Regimes symbolträchtig inszeniert. Ein US-Panzer riss eine Saddam-Statue von ihrem Sockel, die Bilder gingen um die Welt. Wieder einmal machten die US-Streitkräfte aus der tatsächlich vorhandenen Wut von Teilen der irakischen Bevölkerung eine für sie nützliche Inszenierung. Zuerst mit Vorsicht, dann voller Elan marschierten Gruppen irakischer Männer zum Ferdouz-Platz, auf dem eine überdimensional große Bronzestatue Saddam Husseins stand. Steine flogen gegen die Statue. Das US-Militär sicherte den Platz, um die aufgebrauchten Iraker kontrolliert und vor aller Welt sichtbar ihre Steine werfen zu lassen. Es folgten Männer mit Seilen. Ganz offensichtlich war man bereit, die Statue zu stürzen, doch alles Ziehen half nichts. Es mag eine Ironie des Schicksals sein, dass das irakische Volk nicht in der Lage war, seinen Diktator zu stürzen und erst ein US-Bergungspanzer mit einem Stahlseil im Gepäck den gewünschten Effekt erzielte. Ein US-Marine kletterte die Statue hoch und legte ein Ende des Stahlseils um Saddams Kopf. Was nun folgte war an Dummheit kaum noch zu überbieten. Er zückte eine amerikanische Flagge und zog sie dem Diktator über den Kopf. Anstatt Jubel gab es Schmähungen der irakischen Männer. Wieder einmal bewiesen die Soldaten ihr Ungeschick. Schnell musste die US-Flagge wieder verschwinden und durch eine irakische ersetzt werden. Schließlich fiel die Statue doch.

Gleichzeitig kam es zu ersten Plünderungen in der Hauptstadt, die sich tags darauf ausweiteten. Auch das Bagdader Nationalmuseum, in dem Schätze der

Weltgeschichte ausgestellt waren, wurde geplündert. Die US-Soldaten griffen nicht ein. Stattdessen wurden die Öl-Felder vor den Toren Bagdads strengstens bewacht. Wundern kann uns das sicherlich nicht mehr. Aus dem Irak wurden Vorwürfe laut, wonach das Chaos Programm war, um der Welt die Hilflosigkeit des irakischen Volkes zu demonstrieren und gleichzeitig eine Rechtfertigung für eine mehrere Jahre andauernde Besetzung zu schaffen.

Mit Kirkuk, Mosul und Tikrit fielen die letzten großen Städte des Iraks in alliierte Hand. Ständige Unruhen forderten täglich neue Opfer. Allein in Mosul starben am 15. April mindestens zehn Menschen. Nach Ende der offiziellen Kriegshandlungen wurden Zahlen laut, wonach neben den Splitterbomben ca. 311.000 Projektile verschossen wurden, die abgereichertes Uran beinhalten, das beim Auftreffen in ein Ziel als Uranstaub pulverisiert und durch den Wind noch Kilometer weit getragen werden kann. Abgereichertes Uran ist das Restmaterial, das bei der Aufbereitung von Nuklearbrennstoffen übrig bleibt. Uran entfaltet sowohl wegen seiner Radioaktivität als auch wegen seiner chemischen Giftigkeit eine schädliche Wirkung auf den menschlichen Organismus. So kann selbst eine niedrige Dosis, wenn sie über einen längeren Zeitraum wirkt, das Erbgut schädigen und Krebs auslösen. Die chemische Wirkung hingegen schädigt den Stoffwechsel der inneren Organe, u. a. der Nieren, es kann sich ein Nierentumor bilden. Zudem bleibt abgereichertes Uran bis zu 4,5 Milliarden Jahren radioaktiv und verseucht die Umwelt bis weit über unsere Vorstellungskraft hinaus.

Uranmunition wurde auch schon im zweiten Golfkrieg „desert storm“ und in Ex-Jugoslawien eingesetzt. In beiden Regionen berichten Mediziner von einer starken Zunahme an Krebserkrankungen und Missbildungen bei Neugeborenen. Das Gleiche gilt auch für alliierte Veteranen, die mit der Munition in Kontakt kamen. In der irakischen Stadt Basra wurde eine Studie durchgeführt, die Missbildungen von Kindern von 1990 (vor dem zweiten Golfkrieg) bis ins Jahr 2000 untersuchte. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind mit Missbildungen zur Welt kam, war in diesem Zeitraum, in dem nicht nur der zweite Golfkrieg sondern etliche weitere kleinere Scharmützel lagen, um 384,2 Prozent gestiegen. Nicht nur irakische Ärzte führten diesen dramatischen Anstieg auf die Verwendung von abgereichertem Uran zurück.

Einen weiteren Beweis für die Gefährlichkeit dieser Munition haben die USA in ihren eigenen Reihen. Dr. Roug Rokke war im zweiten Golfkrieg dafür verantwortlich 24 US-Tanks zu entsorgen, die aus Versehen bei einem „friendly fire“ von den eigenen Männern mit Uran-Projektilen beschossen wurden. Der heutige Major der Army Reserve erinnert sich: „*Wir wurden alle innerhalb von 72 Stunden krank.*“ Eine Urinuntersuchung drei Jahre nach dem Vorfall ergab eine 5000fach höhere Uranmenge im Körper als der Normalwert.

Das Ringen um den Nachkriegsirak begann. Zwischen den USA und den Vereinten Nationen entbrannte ein Streit darüber, ob die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak aufgehoben werden sollten. Nachbarländer des Iraks forderten die Alliierten erneut zum Verlassen auf, während Pilger in der irakischen Stadt Kerbala am 23. April offen mit Gesängen und auf Transparenten ihren Unmut gegenüber den Westmächten zum Ausdruck brachten.

Am 1. Mai schließlich inszenierten die USA ein wahres Spektakel: Im Kampfjet angefliegen verkündete Präsident Bush auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln „*Mission accomplished*“, Auftrag abgeschlossen. Die US-Fernsehstationen übertrugen die Landung und die anschließende Rede live. Es war wieder einmal eine perfekte Show für das Volk in der Heimat. Dass dabei ein Kampfjet zur Landung des Präsidenten herhalten musste, obwohl Präsidenten üblicherweise mit Hubschraubern landen, wurde von offizieller Seite damit erklärt, dass der Flugzeugträger außerhalb der Reichweite eines Hubschraubers lag. Später stellte sich heraus, dass das Schiff nicht mehrere hundert, sondern lediglich 30 Meilen von der Küste entfernt war. Trotzdem hatte Bush an seiner Entscheidung festgehalten, mit dem Flugzeug zu landen. „*Er wollte es so realistisch wie möglich machen*“, sagte Regierungssprecher Ari Fleischer am 6. Mai. Deshalb hielt er auch dann noch am Jet-Auftritt fest, als das Schiff bereits in Helikopter-Reichweite war.

Die Wahl des aus dem Persischen Golf in seinen Heimathafen San Diego zurückkehrenden Flugzeugträgers USS Abraham Lincoln hatte nach Meinung von Beobachtern auch symbolischen Charakter. Das Schiff war nach dem 11. September 2001 schon bei den Kämpfen gegen die Taliban in Afghanistan im Einsatz. In den US-Medien wurde Bushs kameradschaftlicher Umgang mit den Soldaten vor militärischer Kulisse als Inszenierung für den Präsidentschaftswahlkampf im folgenden Jahr beurteilt. Der Auftritt war verschiedentlich mit Szenen der Spielfilme "Independence Day" und "Top Gun" verglichen worden. Hollywood lässt grüßen.

Keinen Hehl machte Bush hingegen daraus, dass der Krieg gegen den internationalen Terrorismus gerade erst begonnen habe: „*Der Irak-Krieg ist ein Sieg im Krieg gegen den Terror, der am 11. September 2001 begonnen hat und noch nicht zu Ende ist.*“ Im Nachfolgenden lesen Sie einige Auszüge aus dieser Rede Bushs vom 1. Mai: „*Vielen Dank Ihnen allen. Admiral Kelly, Kapitän Card, Offiziere und Matrosen der USS Abraham Lincoln, meine lieben amerikanischen Mitbürger: Die Kampfhandlungen im Irak sind weitgehend beendet. In der Schlacht im Irak haben die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner obsiegt. Und nun ist unsere Koalition dabei, dieses Land zu sichern und wieder aufzubauen.*

In dieser Schlacht haben wir für die Sache der Freiheit und für Frieden auf der Welt gekämpft. Unsere Nation und unsere Koalition sind stolz auf diese

Leistung - dennoch sind es Sie, die Angehörigen des Militärs der Vereinigten Staaten, die dies vollbracht haben. Ihr Mut, Ihre Bereitschaft, sich für Ihr Land und füreinander der Gefahr auszusetzen, hat diesen Tag ermöglicht. Dank Ihnen ist unsere Nation sicherer. Dank Ihnen ist der Tyrann gefallen, und der Irak ist frei.

Die Operation Iraqi Freedom wurde mit einer Mischung aus Präzision, Geschwindigkeit und Kühnheit ausgeführt, die der Feind nicht erwartet und die Welt zuvor noch nicht gesehen hatte. Von weit entfernten Stützpunkten oder von Schiffen auf See haben wir Flugzeuge und Raketen geschickt, die eine ganze feindliche Division zerstören oder nur einen einzigen Bunker treffen konnten. Marineinfanteristen und Soldaten rückten 350 Meilen durch Feindesland auf Bagdad vor - einer der schnellsten Vormärsche mit schwerem Geschütz in der Geschichte. Sie haben der Welt die Fähigkeiten und Macht der amerikanischen Streitkräfte demonstriert.

Diese Nation dankt allen Mitgliedern unserer Koalition, die für diese noble Sache gekämpft haben. [...] Mit neuen Taktiken und Präzisionswaffen können wir militärische Ziele erreichen, ohne Gewalt gegen Zivilisten zu richten. [...] In den Bildern feiernder Iraker haben wir auch die zeitlose Anziehungskraft der menschlichen Freiheit gesehen. Jahrzehntelange Lügen und Einschüchterung konnten das irakische Volk nicht dazu bringen, seine Unterdrücker zu lieben oder seine eigene Versklavung zu wünschen. Männer und Frauen jeder Kultur brauchen die Freiheit wie sie Nahrung, Wasser und Luft brauchen. Wo auch immer die Freiheit Einzug hält, frohlockt die Menschheit, und wo auch immer sich die Freiheit regt, soll sie Tyrannen das Fürchten lehren. [...] Die Befreiung des Irak ist ein wesentlicher Fortschritt im Feldzug gegen den Terror. Wir haben einen Bündnispartner der Al Qaida beseitigt und den Terroristen den Zugriff auf eine Geldquelle unmöglich gemacht. Und soviel ist sicher: Kein terroristisches Netzwerk wird Massenvernichtungswaffen vom irakischen Regime erhalten, denn das irakische Regime gibt es nicht mehr [...] Der Krieg gegen den Terror ist nicht vorbei, er ist jedoch auch nicht endlos. Wir kennen den Tag des endgültigen Siegs nicht, aber wir haben bereits gesehen, dass das Blatt sich gewendet hat. Kein terroristischer Akt wird unsere Zielsetzung ändern, unsere Entschlossenheit mindern oder das Schicksal der Terroristen ändern. Ihre Sache ist verloren. Freie Nationen werden den Sieg erringen. [...]

Diejenigen, die wir verloren haben, wurden zuletzt im Dienst gesehen. Ihre letzte Tat auf dieser Erde war der Kampf gegen ein großes Übel und für die Freiheit anderer. Sie alle - alle in dieser Generation unseres Militärs - sind dem höchsten Ruf der Geschichte gefolgt. Sie verteidigten Ihr Land und bewahrten Unschuldige vor Schaden. Und wo auch immer Sie hingehen, bringen Sie eine Botschaft voller Hoffnung - eine Botschaft, die alt, aber doch immer neu

ist. Mit den Worten des Propheten Jesaja gesprochen: "Zu sagen den Gefangenen: 'Geht heraus!' und zu denen in der Finsternis: 'Kommt hervor!'"

Wir halten fest: Bis zu jenem 1. Mai ließen rund 100.000 Iraker auf teils bestialische Weise ihr Leben. Von Massenvernichtungswaffen war weit und breit keine Spur. Anstatt in den Tagen nach der Eroberung Bagdads Ordnung zu schaffen, waren Plünderungen grausamer Alltag, während die US-Militärs die Ölfelder sicherten.

Eine Verbindung zwischen dem irakischen Diktator und Al Qaida wurde von sämtlichen Experten, ja sogar von den eigenen US-Geheimdiensten, mittlerweile ausgeschlossen. Der Irak versank langsam und stetig im Chaos, von Freiheit keine Spur. Dass es nach dieser Rede Bushs in den Folgejahren zu weitaus mehr Todesopfern, sowohl unter der irakischen Bevölkerung als auch unter den US-Soldaten, kommen sollte, lässt diese Rede rückblickend ebenso wie Hohn erklingen wie die zuvor genannten Tatsachen. Der wahre Krieg im Irak hatte gerade erst begonnen.

3. Lügen, nichts als Lügen

Die Politik der Westmächte in den 1990er Jahren, mit der Ächtung des irakischen Volkes und der Ermordung von rund 1,5 Millionen Irakern aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen, wurde ein Weg geebnet, der unweigerlich in einen erneuten Krieg führen musste. Dem Volk wurden alle Mittel genommen, um sich selbst von seinem Diktator zu befreien, und Hussein selbst wurde an der kurzen Leine gehalten. Ständige Bombardements, scharfe Kontrollen und Importverbote aller Arten von Gütern, die für militärische Zwecke eingesetzt werden konnten, waren verboten. Der Irak spielte seine Rolle als Schurkenstaat und diente der USA und seiner Militärindustrie zum Verkauf eigener Waffen an die Nachbarländer des Iraks, allen voran Israel.

Nachdem sich George Bush 2000 in das Weiße Haus geschummelt hatte, änderte sich diese Strategie. Schon lange vor dem 11. September 2001 stand fest, dass der Irak auf Bushs Abschussliste ganz oben stand. Und einige aus der Bush-Administration, die schon unter Bush sen. gedient hatten, hatten noch eine Rechnung offen. Diese galt es nun zu begleichen. Im Wilden Westen war man verdammt nachtragend.

Um vor der Weltöffentlichkeit glaubwürdig zu bleiben, bombardierte das US-Militär das Dritte-Welt-Land Afghanistan und „räucherte die Schurken aus“, um im Chargon des US-Cowboys zu bleiben, der Präsident spielen durfte. Obwohl kein einziger der neunzehn Attentäter Afghane war, obwohl für die Mittäterschaft Osama Bin Ladens, der Unterschlupf in Afghanistan genoss, höchstens Vermutungen sprachen, wurde ein von ihren Machthabern unter-

drücktes Volk bombardiert. Die tatsächlichen Vorteile der Einnahme von Afghanistan lagen eher in der geopolitischen Ausrichtung mit der Nähe zu China und Russland und dem wirtschaftlichen Faktor, ganz speziell natürlich für die amerikanische Öl-Industrie, die nun endlich die lang erhofften Projekte im freigebombten Afghanistan verwirklichen konnte.

Der amerikanische Pulitzer-Preisträger Bob Woodward, der u.a. als Reporter der „*Washington Post*“ den Watergate-Skandal aufdeckte, berichtet in seinem Buch „*Bush at War*“, wie der nationale Sicherheitsrat der USA bereits am 12. September 2001, nur einen Tag nach den Anschlägen, über einen Angriff auf den Irak debattierte. Allen voran der Hardliner Donald Rumsfeld und sein Stellvertreter Paul Wolfowitz drängten darauf, die Irak-Frage endgültig zu klären. Den Afghanistan-Feldzug zur Beruhigung des Volkes, der Irak für die ganz persönliche Genugtuung. Schließlich, so der ehemalige Verteidigungsminister Rumsfeld, gäbe es „*in Afghanistan keine guten Ziele für Bombenangriffe.*“ Doch US-Außenminister Colin Powell widersprach Rumsfelds Plänen. Das bekam er fortwährend deutlich zu spüren und mag ein Grund dafür gewesen sein, weshalb er sich nach den Wahlen 2004 nicht erneut in den Dienst der USA stellen mochte. Für Präsident Bush war die Zeit noch nicht reif, um öffentlich Stimmung gegen den Irak zu machen.

Rumsfeld und Wolfowitz nahmen dies zum Anlass und gründeten innerhalb des Pentagons eine Arbeitsgruppe mit dem Namen „Office of Special Plans“ (OSP), deren Aufgabe es war, Intrigen gegen den Irak zu schüren. Das OSP stellte eine Art Propagandaministerium innerhalb des Verteidigungsministeriums dar. Ihm lag es nicht daran, tatsächliche Beweise gegen den Irak zu sammeln. Seine Aufgabe beschränkte sich primär darauf, gezielt Fehlinformationen in die Medien zu streuen, die das amerikanische Volk und die Weltgemeinschaft zu der Annahme verleiten sollte, dass Saddam Hussein tatsächlich eine Gefahr für die Welt darstellte. Seymour Hersh beschrieb die Vorgehensweise des OSP als „Ofenrohr“-Prinzip. Wie durch ein Ofenrohr gelangten so Informationen ungefiltert direkt zu Präsident Bush. Die normale Vorgehensweise, in der Geheimdienste Informationen zuerst verifizieren und anschließend analysieren, wurde außen vor gelassen. Aufgrund des Versagens der US-Geheimdienste vor dem 11. September war die Vertrauensbasis zur politischen Führungsspitze derart verloren gegangen, dass die OSP-Gruppe schnell das Vertrauen der Männer um Bush gewann. Richard Perle, ein ähnlicher Hardliner wie Rumsfeld und Wolfowitz, sprach der CIA gar die Fähigkeit ab, im Hinblick auf den Irak nützliche Informationen zu liefern. Tatsächlich allerdings waren die Informationen, die die Regierenden von der CIA erhielten, nicht das, was sie hören wollten. Im Gegensatz zum OSP wusste die CIA noch, wie man mit neuen Informationen umzugehen hatte. Nur klangen ihre Analysen in den Ohren der Bush-Administration bei weitem nicht so bedrohlich als wie gewünscht.

So erhielt das OSP das Privileg, auf das Rohdatenmaterial sämtlicher Dienste der USA zugreifen zu dürfen, das sie wiederum ungefiltert nach oben weitergaben. So deutete einer dieser Rohberichte an, dass sich der stellvertretende irakische Geheimdienstchef Faruk Hijazi im Jahr 1998 mit Osama Bin Laden in Afghanistan getroffen habe. Die OSP übermittelte diese Information an das Weiße Haus, obwohl die CIA und weitere ausländische Geheimdienste die Information nach der Überprüfung als Falschmeldung abtaten.

Berichte vom Wiederaufbau eines Atomwaffenprogramms oder die geheime Lagerung chemischer Waffen wurden vom OSP nicht etwa recherchiert, sondern sie erkaufte sich die Informationen von irakischen Überläufern und Oppositionellen, die sich nach der Entmachtung Saddam Husseins Chancen auf einen Sitz in der Regierung ausrechneten. Und für Geld bekam das OSP zu hören, was es hören wollte. Es flossen Millionen von US-Dollar. Eine Griechin, die viele Jahre in Bagdad lebte, wurde vor die TV-Kameras gezerrt, vor denen sie erklärte, wie sie Saddam Hussein laut „*Heil Hitler*“ sprechen hörte und ein anderes Mal Osama Bin Laden zu Besuch bei Hussein sah. Laut dem Pentagon habe die Griechin einen Lügendetektortest bestanden, was für ihre Glaubwürdigkeit spräche. Ob Saddam Hitler verehrte, lässt sich weder bestätigen noch leugnen. Als sicher gilt jedoch, dass Hussein und Bin Laden Erzfeinde waren, die sich niemals zu einem Treffen in Bagdad verabredeten. Ein übergelaufener irakischer Ingenieur gab gegen Geld zu Protokoll, dass er mit eigenen Augen zwanzig Anlagen für die Herstellung von Bio- und Chemiewaffen im Irak gesehen habe und Saddam über mindestens zwölf Giftgasdrohnen verfüge, die eine Reichweite von bis zu 1.500 km hätten. Die internationale Presse stürzte sich auf die Meldung und schlachtete sie in großen Schlagzeilen aus. Das OSP hatte das Kommando übernommen.

Bei einem Treffen von OSP-Gesandten mit Vertretern der CIA in Langley stellten die OSP-Leute klar, dass Bin Ladens Al Qaida und Saddam Hussein unter einer Decke steckten, ganz gleich welche anderen Erkenntnisse die CIA bis zu diesem Zeitpunkt gesammelt hatte. Einige Regierungsbeamte drehten den Spieß ganz einfach um und fragten nach Belegen, weshalb Bin Laden und Saddam Hussein nicht zusammenarbeiten sollten. Manch ein CIA-Mitarbeiter fühlte sich aufgrund der aufgetragenen Falschinformationen reichlich „*angepisst*“, wie es einer von ihnen ausdrückte.

Das OSP hatte letztendlich Erfolg. Nahezu Dreiviertel aller Amerikaner glaubten bei Kriegsbeginn an eine Verbindung zwischen Bin Laden und Hussein und auf Bagdad hagelnde Bomben trugen des Öfteren den von Soldaten handgeschriebenen Text „*Rache für den 11. September*“.

Mit der ersten Rede zur Lage der Nation von Präsident Bush am 29. Januar 2002, als der Begriff „Achse des Bösen“ medial implementiert wurde und der Irak, neben Nordkorea und dem Iran, als eine dieser Achsenmächte galt, änder-

te sich die öffentliche Zurückhaltung der US-Regierung. Dabei zeigte sich wieder einmal die Schwäche des Weißen Hauses, Begriffe auch laut ihrer Definition zu verwenden. Als Achsenmächte gelten Länder, die sich Außen- und Sicherheitspolitisch auf einen gemeinsamen Nenner verständigen. Speziell für den Irak und den Iran, die zutiefst verfeindet sind und in den 1980er Jahren einen von der USA mitfinanzierten Krieg ausfochten, kann der Begriff „Achse des Bösen“ allein aus diesem Grund nicht zutreffen. Den westlichen Medien war dies egal, sie hatten nun endlich neben der undurchsichtigen, nichtstaatlichen Al Qaida einen Begriff, mit dem sie das ultimativ Böse zum Ausdruck bringen konnten und jeder wusste, wer damit gemeint war.

Die Spekulationen über einen Krieg gegen den Irak und seinen Zeitpunkt schossen wie Unkraut aus dem Boden, dabei versuchte die Bush-Administration im Frühjahr 2002, über den intern bereits beschlossenen Krieg eine Hülle des Schweigens zu hängen. Die gesamte Bush-Armada trat öffentlich als diplomatisch abwägende Meute auf, die versichern wollte, dass man *„über den Einsatz von Gewalt noch nicht entschieden hätte“*, wie Condoleeza Rice Anfang März 2002 erklärte. Dabei hatte George Bush bereits im Wahlkampf 2000 den Medienvertretern verraten, dass Saddam Hussein ein Problem haben werde, sollte er Präsident der USA werden. Und das amerikanische Time-Magazin weiß von einer Anekdote zu berichten, wonach Bush im März 2002 in das Büro von Condoleeza Rice platzte, während diese mit Senatoren über den Irak debattierte, und er unmissverständlich zu verstehen gab: *„Fuck Saddam, wir bringen ihn um.“* Die öffentliche *„Wir-prüfen-alle-Optionen“-*Haltung im Frühjahr 2002 war nur eine Fassade, während hinter den Kulissen bereits an detaillierten Plänen für den Einmarsch gearbeitet wurde.

Zum ersten Jahrestag der Terroranschläge auf New York wurde die Katze schließlich aus dem Sack gelassen. Die Bush-Regierung nutzte die Stunde der Trauer, um von nun an für einen Krieg gegen den Irak zu werben und das Volk in Kriegsstimmung zu bringen. Am 12. September 2002 sprach Präsident Bush zu den Vereinten Nationen in New York. Er legte dabei die jahrzehntelange Vorgeschichte Saddam Husseins dar und zählte chronologisch alle Missachtungen von Resolutionen durch den Irak auf. Laut Bush sei *„Saddam Husseins Regime eine schwerwiegende und wachsende Gefahr“* für die restliche Welt. Bush sah im Irak den Wiederaufbau von Militäranlagen, die zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen taugen und berief sich dabei auf UN-Waffeninspektoren. Diese wiederum wollten davon nichts wissen und konnten die aktuelle Lage im Irak im Sommer 2002 gar nicht kennen, da sie bereits seit 1998 und der Operation *„desert fox“* aus dem Irak abgezogen wurden. Eine Woche später warb Bush für einen Gesetzesentwurf, der ihn zum Angriff auf den Irak ermächtigen sollte, wann immer er ihn für nötig hielt. Vor dem Geheimdienstausschuss des US-Senats lieferte der CIA-Direktor Tenet am 1.

Oktober 2002 einen Bericht zur Gefahrenlage der USA aufgrund eines möglichen irakischen Angriffs ab. Der zuvor nur den beiden Vorsitzenden, Bob Graham und Richard Durbin, vorgelegte Bericht wich dabei erheblich von der Fassung ab, die nun dem gesamten Ausschuss vorlag. Beide Vorsitzende beklagten sich über gestrichene Stellen, die deutlich machten, dass die Gefahr eines irakischen Angriffs als äußerst gering einzuschätzen war. Doch Tenet erhielt direkt aus dem Weißen Haus die Anweisung, dem Ausschuss nicht mehr als das Vorgelegte weiterzugeben.

In einer Fernsehansprache am 7. Oktober 2002 sprach Bush erneut von hieb- und stichfesten Beweisen und einem Geständnis des Iraks, in den 1990er Jahren 30.000 Liter biologische Kampfstoffe hergestellt zu haben. Laut Bush kamen die UN-Waffeninspektoren gar zu dem Schluss „*dass der Irak wahrscheinlich zwei- bis viermal so viel hergestellt hat.*“ Bush belog dabei die Öffentlichkeit massiv. Die Waffeninspektoren erwiderten, dass sie nicht zu diesem Schluss gekommen seien. Im Gegenteil: sie berichteten davon, wie sie in den 1990er Jahren die wichtigsten Industrieanlagen zur Herstellung von ABC-Waffen demontiert und die vorhandenen Bestände vernichtet hatten. Die Bush-Administration stellte auf stur und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld erklärte erneut: „*Es gibt weltweit überhaupt keine Diskussion darüber, ob sie diese Waffen haben [...] Das wissen wir alle. Selbst ein abgerichteter Affe weiß das.*“

Die US-Regierung begann mit den Ängsten des eigenen Volkes zu spielen. Bereits am 28. September 2002 behauptete Bush: „*Das irakische Regime besitzt biologische und chemische Waffen, baut Anlagen wieder auf, um mehr herzustellen, und könnte nach Erkenntnissen der britischen Regierung innerhalb von nur 45 Minuten nach Erteilung des Befehls einen Angriff mit Bio- oder Chemiewaffen starten.*“ US-Pressesprecher Ari Fleischer untermauerte das Statement: „*Der Präsident der Vereinigten Staaten und der Verteidigungsminister würden nicht so unumwunden und deutlich sagen, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt, wenn es nicht stimmte und sie keine solide Grundlage für die Behauptung hätten. [...] Es gibt dort Waffen. Das ist eine Tatsache, das wissen wir.*“ Dabei war das einzige, was die Bush-Regierung wusste, dass sie es eben nicht wusste. Aber das spielte keine Rolle. Wichtig war, was die Medien und das Volk annahmen.

Trotz der destruktiven Haltung der Amerikaner brachten sie am 8. November 2002 eine verschärfte Resolution 1441 durch den UN-Sicherheitsrat, der noch strengere Waffenkontrollen im Irak zuließ. Die ganze Inszenierung gipfelte schließlich am 5. Februar 2003 mit dem Auftritt Colin Powells vor dem UN-Sicherheitsrat, vor dem er für eine breite Front für den anstehenden Krieg gegen den Irak warb. Als Begründung wurde von den USA geradezu gebetsmühlenartig das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen und eine Zusam-

menarbeit mit Bin Ladens Al Qaida vorgetragen. Die Tageszeitungen waren täglich gefüllt mit Aussagen Bushs, Rumsfelds, Powells, Rice´ und Co., ohne dabei auch nur einmal einen stichhaltigen Beweis vorzulegen. Die Strategie, die dabei verfolgt wurde, zielte nicht auf das Vorlegen von Beweisen ab, sondern allein auf die tägliche Wiederholung der Vorwürfe. Mit Erfolg: Das amerikanische Volk wurde geblendet von der eigenen Regierung und den eigenen Medien, die den Pfad des investigativen Journalismus schon lange verloren hatten. Im Spätsommer 2002 bestanden *„keine Zweifel daran, dass Hussein heute Massenvernichtungswaffen besitzt, er sie anhäuft und sie gegen unsere Freunde, unsere Verbündete und gegen uns einsetzen möchte“*, wie es Vizepräsident Dick Cheney nur als einer von vielen zum Ausdruck brachte.

Wie erst nach dem Krieg von der Zeitschrift *„U.S. News & World Report“* enthüllt wurde, gab der interne Geheimdienst des US-Verteidigungsministeriums (DIA) bereits im September 2002 einen Bericht ab, der allem widersprach, was die Bush-Regierung in den darauffolgenden Monaten von sich gab: *„Es gibt keine verlässlichen Informationen darüber, ob der Irak chemische Waffen herstellt oder lagert, und darüber, wo das Land die Produktionsanlagen für Chemiewaffen installiert hat bzw. installieren wird. [...] Eine beträchtliche Menge des irakischen Chemiewaffenarsenals – Kampfstoffe, Vorprodukte, Munition und Herstellungsanlagen – wurden zwischen 1991 und 1998 im Zuge von Desert Storm und den UNSCOM-Inspektionen vernichtet.“* Selbst Rumsfeld ließ diese Expertise links liegen.

Auch über die Produktion von Atomwaffen ließ sich Bush öffentlich aus. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem britischen Amtskollegen Tony Blair berichteten die Beiden im September 2002 von einem am gleichen Tag veröffentlichten Bericht der internationalen Atomenergiebehörde, der angeblich besagte, dass der Irak lediglich sechs Monate davon entfernt sei, eine atomare Waffe zu entwickeln. *„Ich wüsste nicht, was für Beweise wir noch bräuchten“*, resümierte Bush selbstgefällig. Dabei sah die internationale Atomenergiebehörde ihren Bericht in einem ganz anderen Licht. Sie stritt sogar ab, über Bautätigkeiten von irakischen Atomanlagen berichtet zu haben und dementierte, dass ihre Inspektoren schon 1998 behauptet hätten, dass der Irak nur sechs Monate vor der Fertigstellung einer Atombombe stünde. Die Behörde machte unmissverständlich deutlich, dass es *„keine Hinweise darauf (gab), dass der Irak das Ziel des Programms – den Bau einer Atombombe – erreicht hat.“* Die Bush-Regierung, diesmal in Person von Condoleeza Rice, konterte daraufhin in einer dramatischen und überspitzten Darstellung: *„Es wird immer Unsicherheit darüber geben, wie schnell Hussein an Atomwaffen gelangen kann. Aber wir wollen nicht, dass ein Atompilz uns den letzten Beweis liefert.“*

In seiner TV-Ansprache vom 7. Oktober 2002 zeigte Bush Satellitenaufnahmen von angeblich wiederaufgebauten Produktionsstätten im Irak und

machte deutlich, dass der Irak über Raketen verfüge, die mehrere Hundert Meilen bis zu ihrem Ziel zurücklegen könnten. Der gesamte Nahe Osten sei somit bedroht. UN-Inspektoren gingen den Behauptungen nach und untersuchten die angeblichen Produktionsstätten. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die Stätten keinesfalls wieder aufgebaut wurden und ihre Reaktivierung erst nach langwierigen Renovierungen, für die es keine Anzeichen gab, wieder einsatzfähig wären. Des Weiteren fanden die Waffeninspektoren heraus, dass die von Bush beschriebenen Raketen gerade einmal eine Reichweite von 200 Meilen besaßen und somit niemals eine Gefahr für all die Regionen bestand, die Bush in seiner Ansprache nannte. Es ist nicht so, dass die US-Regierung dies alles nicht wusste oder falsch informiert wurde. Sie belog ein ums andere Mal die Weltöffentlichkeit mit abstrusen Verschwörungstheorien über den Irak und die Medien fraßen ihnen aus der Hand. Selbst die völlig an den Haaren herbeigezogene Theorie, wonach Saddam Hussein und Bin Laden unter einer Decke steckten, wurde von CNN, Fox und Co. unkritisch übernommen und ausgestrahlt. Und das, obwohl weltweit führende Nahostexperten dem entschieden widersprachen. Auch bereits in früheren Jahren gefangen genommene Al Qaida-Kämpfer, wie der frühere militärische Führer Abu Zubeida, gaben zu Protokoll, dass an den Vorwürfen nichts, aber auch gar nichts dran sei. Bin Laden habe jeglichen Kontakt zu Saddam Hussein abgelehnt. In den Augen Bin Ladens war Hussein ein Mörder und Verbrecher, keine Person, mit der man gemeinsame Sache gegen die USA machen sollte. Und für Hussein war Al Qaida keine vertrauenswürdige Vereinigung, der er ohne weiteres vertrauen würde. Dennoch bestand die US-Regierung auf ihre Theorie und so glaubte Umfragen zufolge innerhalb kürzester Zeit die Mehrheit der Amerikaner, dass der Irak im direkten Zusammenhang mit Osama Bin Laden und somit mit den Attentätern des 11. September 2001 stehe. Mit 9/11 ließ sich Stimmung machen, das hatte Bush sehr schnell gelernt.

Als Beweis für die Bin Laden-Hussein-Verbindung führten die Bushmänner ein Treffen zwischen Mohammed Atta, dem angeblichen Anführer der 9/11-Attentäter, und einem irakischen Geheimdienstoffizier in Prag vor den Anschlägen des 11. September, auf. Die US-Regierung schmückte die Geschichte aus und sprach später sogar von mehreren Treffen. Kurzzeitig war sogar die Rede von Fotoaufnahmen, die dies belegten. Die Medien nahmen die Geschichte dankbar auf und machten sie in Person des bekannten Kolumnisten William Safire sogar zu einer „*unleugbaren Tatsache*“. Im April 2002 dann das Dementi aus Prag. Die Geheimdienste sowie die tschechische Polizei gingen nun von einem Irrtum aus, Atta war zur fraglichen Zeit gar nicht in Prag. Und Fotoaufnahmen hatte es auch niemals gegeben. Selbst das FBI stellte fest, dass sich Atta zum fraglichen Zeitpunkt in Florida aufhielt. Für die US-Regierung kein Grund zum Rückzug, im Gegenteil. Richard Perl ließ trotz der neuen Erkennt-

nisse wissen, dass er sich „*ziemlich sicher (sei), dass das Treffen stattfand.*“ Und Vizepräsident Cheney erzählte im TV-Interview „meet the press“ weiterhin die Geschichte: „*Atta, der Chef der Flugzeugentführer, ist offenbar mehrmals nach Prag gereist. Uns liegen Berichte vor, wonach er sich bei mindestens einer Gelegenheit wenige Monate vor dem Anschlag in Prag mit einem hochrangigen irakischen Geheimdienstoffizier getroffen hat.*“ Die US-Regierung spann die Geschichte weiter. Erst im Oktober 2002 meldete sich der tschechische Präsident Vaclav Havel in einem vertraulichen Gespräch mit Präsident Bush zu Wort und teilte ihm mit, dass es tatsächlich keinerlei Indizien gäbe. Zu diesem Zeitpunkt war es der US-Regierung aber schon längst gelungen, die Lüge in den Köpfen des eigenen Volkes einzupflanzen.

Selbst der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA bezweifelte intern die Vorwürfe, der Irak wolle mit aller Macht mit ABC- oder gar nur mit konventionellen Waffen gegen die USA vorgehen. In einem Schreiben des damaligen CIA-Direktors George Tenet an einen Vertreter des Geheimdienstausschusses des US-Senats unterstrich die CIA ihre Auffassung. Dennoch ermächtigte das US-Abgeordnetenhaus am 10. Oktober 2002, und nur einen Tag später auch der Senat, George Bush, Krieg gegen den Irak zu führen. Sämtliche Meinungen und Expertisen von führenden Fachleuten, selbst innerhalb der eigenen Behörden, wurden ignoriert.

Einen Angriff auf den Irak strebte bereits die Gruppe „Project for a New American Century“ (kurz: PNAC) an und als viele dieser Gruppierung sich ab 2001 in der Regierungsverantwortung befanden oder beratende Funktionen innehatten, konnte ihr Plan in die Tat umgesetzt werden. Dank der Ereignisse des 11. September 2001 und einer zutiefst unkritischen Medienlandschaft im eigenen Land, gelang es Ihnen, das eigene Volk, ja sogar den Großteil der Opposition, für ihren Angriffskrieg zu gewinnen. Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer, kam dabei eine wahnwitzige Rolle zu, die später nur noch von Iraks Propagandaminister getoppt werden konnte. So behauptete Fleischer doch allen Ernstes: „*Niemandem, wirklich niemandem widerstrebt es mehr, in den Krieg zu ziehen, als Präsident Bush... Er will die Nation nicht in den Krieg führen.*“

In seiner zweiten Ansprache zur Lage der Nation am 28. Januar 2003, ein Jahr nach seiner „Achse-des-Bösen“-Rede, gab Bush unmissverständlich bekannt, dass Amerika keine wachsende Bedrohung gegen sich dulden werde und zählte anschließend eine Reihe von Kampfstoffen auf, die im Besitz des Irak sein könnten. In rhetorischer Perfektion gelang es Bush erneut, aus Vermutungen Tatsachen werden zu lassen. Zum wiederholten Mal behauptete er, dass der Irak dabei sei, sein Atomwaffenprogramm wieder aufleben zu lassen, obwohl erst am Tag zuvor die UN-Waffeninspektoren erneut erklärt hatten, dass es dafür keinerlei Anzeichen gab. Bush behauptete außerdem, dass der Irak beim

Versuch erwischte wurde, sich Aluminiumröhren zu beschaffen, die sich für den Bau von Atombomben eignen können. Zudem habe das Saddam-Regime versucht, auf dem afrikanischen Markt an Uran heranzukommen. Die Geschichte mit dem Aluminiumröhren war zu diesem Zeitpunkt bereits kalter Kaffee, da er sie schon am 12. September 2002 vor der UN in New York thematisierte und man zwischenzeitlich herausgefunden hatte, dass solche Röhren nicht unmittelbar für den Bau von Atombomben geeignet sind. Später fand das Nachrichtenmagazin „*Newsweek*“ heraus, dass der Kauf der Röhren nicht einmal heimlich erfolgte, sondern offen über das Internet.

Der zweite Vorwurf, der Irak habe auf dem afrikanischen Markt versucht, an Uran zur Herstellung von Atombomben zu kommen, ist eine blanke Lüge. Die Dokumente, die diesen Vorwurf untermauern sollten, wurden von der internationalen Atomenergiebehörde als plumpe Fälschungen entlarvt. So trug eines der Dokumente angeblich die Unterschrift des nigerschen Präsidenten, allerdings ähnelte die kindliche Unterschrift in keiner Weise der des echten Präsidenten. Auf einem anderen Dokument standen der Name und die Unterschrift des angeblichen nigerschen Außenministers Allele Elhadj Habibou, der zum Zeitpunkt des angeblichen Handels bereits seit elf Jahren aus dem Amt ausgeschieden war. Die Fälschungen waren derart plump als hätte man versucht, mit Micky Maus-Clubkarten in einer Nobelboutique einzukaufen. Für Bush waren sie dennoch unumstößliche Beweise, zumindest sollten sie es für das amerikanische Volk sein.

Den Gipfel der propagandistischen Kriegsvorbereitungen und offensichtlichen Lügen bildete schließlich die bereits erwähnte Rede des damaligen US-Außenministers Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003. Der leitende Redakteur der „*Süddeutschen Zeitung*“, Hans Leyendecker, spricht in seinem Werk „*Die Lügen des Weißen Hauses*“ vom „*Tag, an dem die Welt betrogen wird.*“ Vertreter ausländischer Regierungen und Journalisten aus den verschiedensten Ländern bauten auf die Rede Powells und erwarteten nach den zahlreichen Flops endlich harte Fakten, unumstößliche Beweise, die es der UN leichter machen könnten, für einen Kriegseinsatz zu stimmen. Dies war Powells großer Tag, Werbung für die Sache seiner Regierung zu machen. An diesem 5. Februar hatte er die Chance, alles Vergangene vergessen zu machen und die Vereinten Nationen auf Kurs zu bringen. Man durfte viel erwarten. Geboten bekam man letztendlich nichts. Nicht mehr, als die Kriegspropaganda der USA bereits seit einem Jahr wieder und wieder in jede Kamera in die Welt trug, ganz gleich, ob man sie danach fragte oder nicht. Dabei gaben sich die Amerikaner alle Mühe, eine perfekte Show zu inszenieren. Es fehlte an Nichts, außer an der Wahrheit. Bereits im Vorfeld war man bemüht, in Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst die UN-Vertreter aus Chile, Angola, Guinea, Mexiko, Pakistan und Kamerun auszuspionieren, um Einfluss auf

ihre Abstimmung zu nehmen. UNO-Generalsekretär Kofi Annan und sein Chefkontrolleur Hans Blix wurden schon seit Wochen öffentlich durch die Mangel gedreht. Powell präsentierte unzählige Satellitenaufnahmen von Gebäuden und Fahrzeugen im Irak, die zu Produktionsstätten moderne Massenvernichtungswaffen umgerüstet worden seien. So manch ein unschuldig aussehender Lastwagen wurde von Powell zu einem mobilen Bio-Labor erklärt, ohne dass er dafür auch nur geringste Beweise vorlegen konnte. Gerade einmal eine Skizze eines möglichen mobilen Labors, die von irakischen Überläufern angefertigt wurden, sollte das wacklige Konstrukt tragen. Insgesamt sollte der Irak über sieben dieser Hightech-Biolabors verfügt haben. Aufnahmen einer Munitionsfabrik in Taji zeigten laut Powell Bunker, in denen chemische Kampfstoffe auf ihren Einsatz warteten. Ein vor den Bunkern parkender Lastwagen wurde in Powells Version zum Dekontaminationsfahrzeug erklärt, das Gegengift bereit stellte für den Notfall. In Wirklichkeit war auf den Aufnahmen ein einfacher Feuerwehrwagen zu erkennen.

Auch die bereits abgearbeitete Geschichte der Aluminiumröhren wärmte Powell wieder auf und deutete zumindest auf Meinungsverschiedenheiten hin, die sich um deren Einsatzzweck ranken. Seine eigenen Angestellten im Außenministerium waren zu diesem Zeitpunkt längst zu der Auffassung gelangt, dass die Röhren einem anderen Zweck dienten als den von Powell vor dem UN-Sicherheitsrat präsentierten.

Einen noch größeren Lapsus leistete er sich mit der Vorstellung eines neunzehn Seiten langen Berichts, den er von der britischen Regierung erhalten hatte und den Titel „*Irak – Seine Infrastruktur des Versteckens, der Täuschung und Einschüchterung*“ trug. Laut den Amerikanern und den Briten zeigte das Dokument in exquisiter Form alle irakischen Täuschungsmanöver der 1990er Jahre auf. Die Presse stürzte sich euphorisch auf das Papier. Erst später wurde bekannt, was es mit dem Text auf sich hatte: Die neunzehn Seiten waren nichts weiter als das Plagiat eines Aufsatzes eines Wissenschaftlers, der diesen bereits zu Beginn der 1990er Jahre veröffentlicht hatte. Andere Textstellen wurden ebenso aus anderen, älteren Publikationen kopiert. Der Bericht war weder exquisit, noch aktuell. Auch hier wurde die Weltgemeinschaft hinters Licht geführt.

Immer und immer wieder behauptete Powell während seines Vortrags, der Irak sei im Besitz von Massenvernichtungswaffen und stünde kurz davor, diese auch einsetzen zu können. Ein Präventivschlag wäre unumgänglich, wenn man keinen zweiten 11. September erleben wolle.

Zur Untermauerung dieses Vorwurfs präsentierte Powell erneut eine Fälschung. Auf einer Tonbandaufnahme, die er den anwesenden Vertretern der Mitgliedernationen vorspielte, hörte man das Funkgespräch eines irakischen Offiziers mit einem Untergebenen. Der Offizier soll laut dem amerikanischen

Transskript den Untergebenen angewiesen haben, Massenvernichtungswaffen zu verstecken: „*Sie inspizieren die Munition, die du hast, auf die Möglichkeit hin, dass du verbotene Munition lagerst. Wir haben dir ja gestern schon die Aufforderung geschickt, alle Bereiche zu säubern. Stell sicher, das nichts mehr da ist. Erwinnere dich an die erste Nachricht: Schaff alles weg.*“ Doch damit stand diese Übersetzung im kompletten Widerspruch mit dem, was das US-Außenministerium auf seiner eigenen Webseite im Internet präsentierte. Der Fauxpas Powells hatte ihn entlarvt. Im Originaltransskript war zu keinen Zeitpunkt die Rede von „*Schaff alles weg*“ und der Befehl alles zu säubern war in Wirklichkeit eine Anweisung die verlassenen Gebiete zu inspizieren. Und wieder wurde der Weltgemeinschaft eine Mogelpackung untergeschoben. Nicht zuletzt durfte auch die konstruierte Verbindung zwischen Al Qaida und dem Irak nicht fehlen, die sich ebenso auf Halbwahrheiten und bewusster Überspitzung von Tatsachen berief. Viel interessanter und sicherlich auch wahrheitsgemäßer wäre eine Überprüfung der Verbindung zwischen Al Qaida und Saudi Arabien. Denn neben dem Terrorfürsten Osama Bin Laden stammten auch 15 der 19 Attentäter des 11. September 2001 aus Saudi Arabien. Und nur zwei Monate nach den Anschlägen erhielt Bin Laden noch Besuch eines saudischen Scheichs, der ihm beglückwünschte und ihm positive Resonanzen aus der Heimat überbrachte. Dies ist endlich einmal ein Fakt, der tatsächlich unumstößlich ist. Doch die Amerikaner scherten sich nicht darum, im Gegenteil. In der Zeit nach dem 11. September, als über den USA noch Flugverbot herrschte, durften 140 Saudis das Land per Flugzeug verlassen. Darunter auch Familienmitglieder von Bin Laden. Der im Jahr 2003 erschienene Untersuchungsbericht des US-Kongress war auf 28 der 900 Seiten geschwärzt. Auf Befehl des Weißen Hauses hin wurden all jene Passagen geschwärzt, die sich auf Saudi Arabien und das saudische Königshaus bezogen. Bush deckte die Al Qaida-Saudi Arabien-Verbindung auch dann noch, als bekannt wurde, dass Gelder aus dem saudischen Königshaus über Umwege direkt an zwei der Attentäter des 11. September gelangt waren. Auch der deutsche Bundesnachrichtendienst stieß bei Untersuchungen in Hamburg auf verdächtige Rufnummern, die nach Riad führten und eben nicht nach Bagdad. In Sarajevo hoben US-Ermittler im Frühjahr 2002 eine Terrorzelle aus und fanden eine Liste von Al Qaida-Spendern, die in der Mehrheit aus Bankiers und Personen der Wirtschaft aus Saudi Arabien bestand. Die Sachlage ist eindeutig: Saudi Arabien ist der wahre Partner von Al Qaida und nicht Husseins Irak. Doch die US-Regierung erwähnte dies mit keinem Wort. Der TV-Dokumentarist Michael Moore machte in seinem mit der Goldenen Palme ausgezeichneten Film „Fahrenheit 9/11“ deutlich, inwieweit das saudische Königshaus exzellente Verbindungen mit der US-Industrie unterhält und die Familie Bush selbst einen engen persönlichen Kontakt zu den Saudis, die Ihnen im Laufe der Jahrzehnte des Öfteren als wichtige Geldgeber bei neu-

en Ölbohrprojekten zur Seite standen, pflegt. Hinzu kommt, dass die Saudis mehr Waffen als jedes anderes Land auf der Welt aus den USA importierten, in den 1990er Jahren allein rund 30 Milliarden US-Dollar. Solchen Freunde lohnt es sich auch einmal zu decken.

Die Amerikaner schafften es mit diesen Methoden, das eigene Volk in die Irre zu führen, nicht aber die Weltgemeinschaft. Insgesamt trug Powell an diesem Tag 28 Punkte vor, die der Weltgemeinschaft deutlich machen sollten, weshalb Saddam Husseins Irak eine Gefahr für die Welt darstellte. Kein einziger der Punkte hielt letztendlich einer genaueren Prüfung stand.

Dennoch sprach beispielsweise der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger von „*unwiderlegbaren Beweisen*“, die Powell vor dem Sicherheitsrat aufgetischt hatte. Klar denkende Zeitgenossen, wie ein UN-Vertreter Skandinaviens, nannten hingegen Powells Beweise „*Müll*“. Auch der Präsident des deutschen Bundesnachrichtendienstes, August Hanning, konnte Außenminister Joschka Fischer noch am selben Abend Entwarnung geben. Powells 28 Punkte waren einfach nicht stimmig, an allen Ecken und Enden stark überspitzt dargestellt oder schlicht und einfach erlogen und gefälscht.

Die Unterstützung einzelner Länder musste sich Washington teuer erkaufen, das UN-Mandat für einen Irak-Feldzug blieb jedoch aus, was in den Augen Bushs allerdings auch nicht von Nöten war. Er formierte eine „Allianz der Willigen“ um sich und gaukelte seinem Volk vor, dass die USA gemeinschaftlich mit starken Partnern in den Krieg ziehen werde. Damit untergrub die USA die Machtposition der Vereinten Nationen und stellte sie einmal mehr als Spielball der US-Außenpolitik, mit dem man nur dann zu spielen bereit war, wenn die USA bereits zuvor als Sieger feststehen würden, dar. Die Amerikaner scheren sich in Wirklichkeit nicht um die Belange der UNO. Ihrer Auffassung und ihrem Selbstverständnis nach stehen sie über der UNO. Die Ereignisse um den Irak-Krieg machten dies wieder einmal deutlich, wie zuvor bereits das Nein aus Washington zum Kyoto-Protokoll, das eine Reduzierung der Treibhausgase zum Schutze der Umwelt vorsah.

Obwohl der Direktor der internationalen Atomenergiebehörde noch am 7. März 2003 deutliche Worte fand und nochmals darauf hinwies, dass es auch nach peniblen Kontrollen keinerlei Hinweise auf die Wiederaufnahme eines irakischen Atomwaffenprogramms gefunden wurden, ließ dies Washington kalt. Vizepräsident Cheney war in seinen Träumen schon einen Schritt weiter, als er bemerkte: „*Wir werden vom irakischen Volk als Befreier empfangen werden.*“ Vielleicht die einzige Falschdarstellung, die man tatsächlich auf Unwissenheit und nicht auf bewusste Irreführung zurückführen kann.

4. Falludscha – Stadt in Brand

Falludscha ist eine Stadt in der irakischen Provinz al-Anbar. Sie liegt etwa 50 Kilometer westlich von Bagdad und hat 190.705 Einwohner (Stand 1. Januar 2005). Falludscha wird überwiegend von Sunniten bewohnt. Vor der denkwürdigen Militäroffensive der Alliierten im November 2004 sollen noch rund 300.000 Menschen in der Stadt gelebt haben, doch beginnen wir am Anfang.

Die Einnahme Falludschas während der offiziellen Kriehandlungen verlief wie geplant, so hochrangige US-Militärs. Falludscha entwickelte sich, anders als Bagdad, in den Wochen und Monaten nach dem Ende der Kriehandlungen relativ ruhig und stabil. Ein Rat, der von örtlichen Einflussträgern bestimmt wurde, hatte während des Zusammenbruchs der irakischen Regierung die Kontrolle in der Stadt übernommen und Plünderungen und andere Gewaltakte zum größten Teil verhindert. Erst durch eine aggressive US-Strategie, die unter anderem eine Ausgangssperre zur Folge hatte, wandelte sich die Stimmung in der Bevölkerung. Der Widerstand wuchs und spätestens mit dem 31. März 2004 war das Tischtuch endgültig zerschnitten. Vier Söldner des privaten Sicherheitsunternehmens Blackwater wurden an diesem Tag auf den Straßen von Falludscha regelrecht abgeschlachtet. Die Bilder erinnerten stark an die Geschehnisse vom Mogadischu 1993. Jerry Zovko, einer der vier Söldner, war ein erfahrener Soldat. Bereits mit 19 Jahren trat er der US-Armee bei und stieg über eine Spezialeinheit zum Army Ranger auf, bevor er 1997 seinen Dienst quittierte und für das private Sicherheitsunternehmen DynCorp in Qatar die amerikanische Botschaft bewachte. Zusammen mit seinem Freund Wes Batalona, der es ebenfalls bis zum Army Ranger brachte und 1993 in Somalia im Einsatz war, bewarb er sich 2004 bei Blackwater für einen Sicherheitsjob im Irak. Da Blackwater zu dieser Zeit händeringend Personal suchte, wurden die Beiden nach kurzen Einführungstests sofort in das Kriegsgebiet geflogen. Ähnliche Karrieren legten Mike Teague und Scott Helvenston vor, bevor sie für Blackwater im Irak tätig wurden. Teague machte sich in Panama, Grenada und später auch in Afghanistan um sein Land verdient, wofür er für den letzten Einsatz den Bronzestern als Auszeichnung erhielt. Nach einer kurzen Ruhepause und einem eher mäßig bezahlten Job bei einem Sicherheitsdienst heuerte er bei Blackwater an. Helvenston stieß als ehemaliger Navy Seal zu der Vierergruppe, die sich am Abend des 30. März 2004 bei einem Einsatz im sunnitischen Dreieck rund um Falludscha verfahren hatte. Schon im Vorfeld beklagte sich Wes Batalona, dass aufgrund zweier kurzfristiger Absagen die Vierergruppe zahlenmäßig einfach zu klein sei und man in diesem Team vorher noch nie zusammengearbeitet hätte. Später am Abend suchten sie Schutz bei einem Marinestützpunkt, wo sie zwar übernachteten konnten, aber nicht gern gesehen waren. Den regulären US-Soldaten sind die Söldner privater Firmen ein Dorn im Auge,

verdienen sie doch oftmals das 7-fache und mehr ihres eigenen Gehalts für den gleichen Job.

Am Morgen des 31. März machten sich die Vier wieder auf ihren Weg. In Falludscha angekommen mussten sie über eine der Hauptverkehrsstraßen, die zu diesem Zeitpunkt menschenleer war, da kurz zuvor mehrere maskierte Männer eine Bombe gezündet hatten. Das Bild muss sehr unwirklich gewirkt haben. Eine Hauptverkehrsader in Falludscha, links und rechts der Straße Märkte und Cafés. Doch an diesem Morgen schien alles verlassen und ein kleiner Konvoi von vier Autos, zwei Jeeps in denen die vier Söldner saßen und dazwischen zwei Tieflader mit Transportmaterial, fuhren mit mulmigem Gefühl im Magen ihren Weg, wohl wissend, dass sie in diesem Moment quasi auf dem Präsentierteller saßen. Aus später im Internet bekannt gewordenen Videos geht hervor, dass die Rebellen bereits zuvor Informationen erhalten haben, dass CIA-Agenten die Stadt auf dieser Route passieren werden. Ein ungenannter Geheimdienstoffizier bestätigte dem amerikanischen Journalisten Thomas Ricks, dass es ein Leck innerhalb der Grünen Zone in Bagdad gab, wodurch diese Information nach Außen drang.

Plötzlich ging alles ganz schnell. Als die Fahrzeuge anhalten mussten, wurde Helvenstons Jeep von einer Granate getroffen und nur Augenblicke später setzte das unaufhörliche Rattern von Maschinengewehren ein. Der Konvoi saß in der Falle. Die vier Fahrzeuge wurden von einem Kugelhagel durchlöchert und mehrere Männer sprangen auf den Autos herum und durchschlugen die Windschutzscheibe. Helvenston war sofort tot. Auch die Anderen hatten nur wenige Momente um sich klar zu werden, dass dies ihr Ende war. Einem Augenzeugen zufolge zerrten mehrere Männer einen von ihnen aus dem Auto, bewarfen ihn mit Steinen und trampelten so lange auf ihm herum, bis er tot war. „*Sie schnitten ihm einen Arm, ein Bein und den Kopf ab und jubelten und tanzten*“, fügte er hinzu.

Die Rebellen kamen mit Benzinkanistern angerannt und setzten die Autos und die geschundenen Körper in Brand. Plünderer bedienten sich ihrer Waffen und verschwanden in den Seitengassen, während plötzlich Journalisten auftauchten und das Grauen fotografierten. Die verkohlten Leichen wurden über den Asphalt gezogen und dabei in Stücke gerissen. Andere schlugen mit Schaufeln auf sie ein. Ein Jugendlicher schlug so lange mit dem Fuß gegen den Kopf eines Leichnams bis dieser vom Körper abfiel. Die Widerstandskämpfer in Falludscha entluden ihren ganzen Hass, die monatelange Unterdrückung und die Entweihung ihrer Religionsstätten an diesen vier Leichnamen der amerikanischen Söldner. Einer der Rebellen hob ein Schild in die Höhe auf dem ein Totenkopf zu sehen war, darunter die Aufschrift: „*Falludscha ist das Grab der Amerikaner!*“ Die Leichen von Helvenston und Teague wurden hinter eine dunkelrote Limousine gespannt und bis zu einer Brücke des Euphrat geschleift.

Dort angekommen, band man sie an der Brücke fest und warf sie über die Brüstung. Über 10 Stunden lang baumelten die verkohlten Körper über dem Euphrat. Anschließend schnitt man sie herunter und verbrannte ihre Überreste auf einem Stapel Autoreifen. Was von Ihnen übrig blieb, wurde mit einer Eselskarre vor der Stadtverwaltung abgeladen. Hunderte Rebellen folgten diesem Zug und der Mob skandierte lautstark: „*Was hast Du hier zu suchen, Bush?*“ Desens Antwort ließ nicht lange auf sich warten und sie stand in ihrer Perversion dem bisher Berichteten in keiner Weise nach.

Am 5. April 2004 marschierte das 1. Expeditionskorps der Marineinfanterie ein. Am 8. April bombardierten Jagdflugzeuge des im Persischen Golf stationierten Flugzeugträgers *USS Washington* Stellungen der Aufständischen. Nach fünf Tagen erbitterter Kämpfe riefen die Militärs auf Druck des Leiters der Besatzungsverwaltung, Paul Bremer, eine einseitige Waffenruhe aus und öffneten den Zugang zu den zwei Krankenhäusern der Stadt, die außerhalb der Stadtgrenzen liegen und abgeschnitten waren. Vermutlich 1.250 Zivilisten wurden während der Gefechte verwundet, um die 600 verloren ihr Leben. Die Soldaten behaupteten, die Aufständischen hätten Zivilisten als menschliche Schilde benutzt, das sei der Grund des hohen Blutzolls.

Bereits in der zweiten Aprilhälfte kontrollierten aber die Rebellen wieder die Straßen. Sie errichteten Barrikaden und legten Waffenlager an. Bis zum Herbst hatten sich der Armeeführung zufolge 2.000 bis 3.000 Aufständische in Falludscha festgesetzt, darunter der jordanische Al-Qaida-Führer Abu Musab al-Sarqawi.

Die Alliierten holten nun zur großen Gegenoffensive aus. Die Zerstörung Falludschas begann am 30. Oktober mit dem Bombardement strategischer Gebäude und vermuteter Waffenlager durch die US Air Force. Amerikanische, irakische und britische Landstreitkräfte legten einen Belagerungsring um die Stadt. Am 8. November griffen 10.000 bis 15.000 GIs und zwischen 1.000 und 2.000 irakische Soldaten, wieder unter Führung des 1. Expeditionskorps, Falludscha an. Die politische Rechtfertigung lautete, den Aufständischen müsse im Vorfeld der für den 30. Januar 2005 angesetzten Parlamentswahlen die Macht entrisen werden. Die Amerikaner nannten die Aktion „Operation Phantom Fury“.

Am 16. November erklärten die Alliierten die Schlacht für erfolgreich beendet. Al-Sarqawi war entkommen, doch die Streitkräfte hatten offenbar 1.200 Aufständische getötet. 71 GIs starben, 621 Soldaten wurden verwundet. Über die Hälfte der 39.000 Häuser der Stadt waren schwer beschädigt, 10.000 davon so sehr, dass sie nicht wieder aufgebaut werden können.

Über die Zahl getöteter Zivilisten gibt es keine offiziellen Angaben. Die englische Organisation Iraq Body Count ermittelte in einer veröffentlichten Studie jedoch über 700 bei der Aktion getötete Einwohner und kam auf insge-

samt 1.874 Todesopfer in der Stadt seit Kriegsausbruch. Damit war die Todesrate in Falludscha, bezogen auf die Einwohnerzahl, viermal so hoch wie in Bagdad.

Obwohl die alliierten Streitkräfte alles dafür taten, dass keine weiteren Details über die *„Schlacht um Falludscha“* in die Medien gelangten, konnten sie auch dieses Ziel nicht durchsetzen. In den Tagen und Monaten nach der Großoffensive zeichnete sich plötzlich ein schreckliches und abscheuliches Bild des Angriffs ab.

Ein Korrespondent von Agence France Press, der die Schlacht vom Stadtrand aus verfolgte, berichtete: *„Der Himmel über Falludscha färbte sich rot, als Artillerie, Kampfflugzeuge und Panzer die irakische Rebellenhochburg angriffen ... Raketen schlugen wahllos überall in der Stadt ein, aber am schlimmsten betroffen waren das Askari-Viertel im Nordosten und Jolan im Nordwesten. ‚Dieser Stadtteil wurde dem Erdboden gleichgemacht‘, sagte ein Einwohner von Jolan.“*

Stimmen wurden laut, die von einer *„exemplarischen Bestrafung“* sprachen, um ein Beispiel für alle noch aktiven rebellischen Gebiete zu statuieren. Hier ging es weder um die Befreiung eines Volkes von seinem Terrorregime, noch um eine präzise Ausschaltung von Kommandostützpunkten. Falludscha wurde wahllos mit allen beschossen, was das alliierte Waffenlager hergab. Und dieses war an abscheulicher Perversität kaum zu überbieten.

In Falludscha wurde willkürlicher Massenmord betrieben. Der Marineoberst Gary Bradl rief am lautesten zu diesem auf und stellte ihn als christlich-fundamentalistische Pflicht dar. Er belehrte seine Truppen: *„Der Feind hat ein Gesicht: Er nennt sich Satan. Er ist in Falludscha und wir werden ihn zerstören.“*

Augenzeugenberichte mehren sich, das US-Militär habe Giftgas und andere konventionswidrige Waffen gegen Zivilisten in Falludscha eingesetzt. Bewohner des Gebietes berichteten vom Einsatz illegaler Waffen. *„Sie verwendeten diese verfluchten Bomben, die Rauch hervorbringen, der wie eine Pilzwolke aussieht ... Dann fallen kleine Teile vom Himmel, die lange Rauchschwaden hinter sich herziehen.“*

Sie berichteten davon, wie Teile dieser Bomben in großen Feuern explodierten, welche die Haut auch dann verbrannten, wenn man Wasser auf die Brände schüttete. Phosphorwaffen und auch Napalm sind dafür bekannt, derartige Effekte zu zeigen.

Makabre Berichte über die Tötung von Zivilisten in Falludscha drangen an die Öffentlichkeit: *„Ärzte aus Falludscha berichten mir, dass manche Patienten von den Amerikanern dazu gezwungen worden sind, das Krankenhaus zu verlassen“*, sagte Mehdi Abdulla, ein 33-jähriger Fahrer eines Rettungswagens in Bagdad. *„Einige Ärzte von dort erzählten mir, dass sie sich gerade in einer*

großen Operation befanden, aber die Soldaten brachten die Ärzte weg und ließen die Patienten zum Sterben zurück.“

Ein anderer berichtete, dass er viele von US-Soldaten verübte Gräueltaten miterlebt habe. *„Ich sah, wie sie verwundete Leute, die auf der Straße lagen, mit Panzern überrollten“*, sagte er. Panzer seien benutzt worden, um Leichen zu einem nahe gelegenen Fußballstadion zu transportieren oder sie direkt in den Euphrat zu entsorgen. *„Die Amerikaner schossen mit Gewehren vom anderen Ufer auf uns. Auch wenn einige von ihnen eine weiße Flagge oder weiße Kleidung über den Kopf hielten, um zu zeigen, dass sie keine Kämpfer waren, wurden sie alle getötet“*, berichtete ein Augenzeuge. Ein anderer Bewohner Falludschas berichtete, dass er Zivilisten gesehen habe, die erschossen wurden, als sie behelfsmäßige weiße Flaggen hochhielten. *„Sie erschießen Frauen und alte Männer in den Straßen“*, sagte er, *„und dann erschießen sie jeden, der versucht, zu ihren Leichen zu gelangen [...] Falludscha leidet zu sehr, es ist fast völlig vernichtet.“*

Im Herbst 2005, zum „Jahrestag“ der Falludscha-Offensive, veröffentlichte der italienische Fernsehsender Rai einen Bericht mit Erzählungen von Augenzeugen, die allem Anschein nach die kursierende Gerüchte bestätigen, wonach US-Truppen auch in der Häuserschlacht chemische Kampfstoffe eingesetzt hatten.

Was ein amerikanische Soldat im dem Bericht behauptet, wird dort auch von anderen Zeugen belegt. Weißer Phosphor, im Militärjargon „Willy Pete“ genannt, soll wie „Feuerregen“ auf die Stadt niedergegangen sein und Frauen und Kinder getötet haben, so ein irakischer Biologe. Bilder, die vom Menschenrechtszentrum (Studies Center of Human Rights) in Falludscha stammen, erhärten die Indizien der Anklage: Sie zeigen Leichen von Bewohnern von Falludscha, die im Bett verschmort sind, auf eine Weise, die nahe legt, dass sie Opfer von weißem Phosphor geworden sind. Laut der englischen Zeitung *„Independent“* führt der Bericht schwer zu widerlegende Beweise vor, wonach bei der Großoffensive auf Falludscha Brandbomben verwendet wurden, die als „Mk-77“ - eine andere Form von Napalm-Bomben - bekannt sind. Die Mk-77 Bombe (Mk-77) ist eine Brandbombe mit einer Napalm-ähnlichen Brandmischung. Als so genannte Dumb-Bomb kann sie nach dem Abwurf nicht gelenkt werden. Die Bombe platzt beim Aufschlag und verteilt das Brandmittel über eine große Fläche. Die Mk-77 besitzt einen relativ leichten Aluminiumbehälter, der etwa 284 Liter Brandmittel aufnehmen kann.

Das Image des sauberen Kriegs war nun endgültig dahin. Einst zogen die US-Truppen mit ihren Verbündeten in den Irak-Krieg, um die Welt vor ABC-Waffen zu schützen. Zwei Jahre später muss die Weltgemeinschaft mit ansehen, wie aus den Warnern nun selbst Täter wurden, die eine ganze Stadt mit chemischen Waffen dem Erdboden gleich machen wollten. Die Folgen dieses

Angriffs wird man noch in vielen Jahrzehnten an den verbrannten Körperteilen der irakischen Zivilisten sehen können.

5. Die Toten von Haditha

Es war der 19. November 2005. Ein Konvoi der „Kilo-Kompanie“ des dritten Bataillons des ersten Marineinfanterieregiments der US-Armee fuhr durch die am Euphrat gelegene irakische Stadt Haditha, die schon in den Monaten zuvor als Widerstandsnest auf sich aufmerksam gemacht hatte. Um 7.15 Uhr am frühen Morgen fuhr der Konvoi, mit einem leicht gepanzerten Jeep an der Spitze, in die Stadt ein. Ein weißes Fahrzeug, das Zeugen als Taxi beschrieben, näherte sich dem Konvoi. Als das Fahrzeug nahe dem Jeep war, detonierte plötzlich unter dem vierten Wagen eine fern gezündete Bombe, die das Leben des 20-jährigen US-Soldaten Miguel Terrazas auslöschte. Was anschließend geschah, gilt bis heute als nicht vollständig aufgeklärt, doch alle Indizien sprechen dafür, dass die überlebenden US-Soldaten in einem Racheakt ein Massaker an rund zwei Dutzend unbeteiligten Irakern verübten.

Bereits am Tag darauf sorgte die Marineinfanterie in einem Kommuniqué, das später als Falschdarstellung entlarvt wurde, für Aufmerksamkeit. Darin stand geschrieben, dass 15 Zivilisten durch die Explosion einer Bombe getötet wurden. Bei anschließenden Feuergefechten mit Heckenschützen seien weitere acht Aufständische getötet und einer verletzt worden.

Dem amerikanischen „Time“-Magazin ist es zu verdanken, dass uns heute mehr Details vorliegen, die ein ganz anderes Bild des Ereignisses zeigen. Der Journalismusstudent Taher Thabet kam am 20. November, also nur einen Tag nach dem Ereignis, nach Haditha und machte Videoaufnahmen, die er im Januar 2006 dem Time-Magazin aushändigte. Dem Magazin gelang es, weitere 28 Zeugen zu interviewen und stellte abschließend die Frage ob „*das Ausmaß der Gewalt gerechtfertigt*“ gewesen sei. Die „*Washington Post*“ veröffentlichte nach zuerst unbestätigten Zeugenaussagen den wohl wahrscheinlicheren Tatsachenbericht. Demnach ergriff einer der US-Soldaten nach anfänglicher Verblüfung die Initiative und wies Kollegen an, das nächste Haus zu stürmen. Dort trafen sie auf einen 76-jährigen beinamputierten und deshalb im Rollstuhl sitzenden Mann, seine 66-jährige Frau und weitere Familienmitglieder, darunter Kinder zwischen vier und acht Jahren. Bis auf drei Kinder und zwei Erwachsene wurden alle im Haus skrupellos erschossen. Laut der Todesurkunde fanden Mediziner alleine im Körper des 76-jährigen Rollstuhlfahrers neun Kugeln, die aus nächster Nähe auf ihn abgefeuert wurden. Anschließend zogen die Soldaten zum nächsten Haus weiter, in dem sich ein Ehepaar mit ihren sieben Kindern befand. Die Soldaten warfen mehrere Handgranaten durch das Küchenfenster,

die gesamte Familie wurde bis auf ein 13-jähriges Mädchen komplett ausgelöscht. Sie überlebte, weil das Blut ihrer toten Mutter über sie floss und es ihr gelang, sich für den Moment tot zu stellen.

Im nächsten Haus wurden vier Brüder regelrecht hingerichtet. Auf der Straße kreuzten zufällig vier Studenten und ein Fahrer den Weg der Soldaten, keiner von ihnen überlebte. Das ganze Massaker soll laut Augenzeugenberichten zwischen drei und fünf Stunden gedauert haben. Die US-Armee wollte solche Aussagen offiziell nicht bestätigen, zahlte den Hinterbliebenen der Opfer aber eine lächerliche Summe von 1.500 bis 2.500 US-Dollar als Entschädigung. Sie weigerte sich jedoch, eine Entschädigung für neun Männer zu zahlen, die ihrer Meinung nach Aufständische gewesen waren. Dass diese Vermutung durch offizielle Ermittler, die von durchwegs unschuldigen Opfern sprachen, widerlegt wurde, kümmerte niemanden. Die britische BBC strahlte weitere Amateuraufnahmen von ähnlichen Massakern aus, auf denen die blutüberströmten Leichen von Kindern und anderen Zivilisten zu sehen waren. Das US-Militär versuchte dagegen zu halten, dass die Hausdurchsuchungen Teil einer Operation gewesen seien, in den Häusern Unterstützer des Terrornetzwerks Al Qaida aufzuspüren. Doch selbst der irakische Ministerpräsident Al-Maliki wollte sich die Ausflüchte der Amerikaner nicht mehr gefallen lassen und sprach in einem Interview von einem mittlerweile „*alltäglichen Phänomen*“, gemeint waren die Übergriffe von US-Soldaten auf irakische Zivilisten. „*Sie zerquetschen sie (die Iraker, Anm. des Autors) mit ihren Fahrzeugen und töten sie nur auf Verdacht hin. Das ist vollkommen inakzeptabel*“, fügte Al-Maliki hinzu.

Die tiefen Schusswunden in den Leichen deuten auf eine Hinrichtung aus nächster Nähe hin, was die Aussagen der Zeugen glaubhafter erscheinen lässt als das Kommuniké des US-Militärs. Dieses versuchte die Ereignisse ganz offensichtlich zu vertuschen. Erst nach dem Bericht im „*Time*“-Magazin im März 2006 setzte man auf eine Untersuchung des Vorfalls, andernfalls wäre die Vertuschungsstrategie wohl aufgegangen. Die anschließende Aufarbeitung in den Medien führte zur Anklage von vier amerikanischen Soldaten, die an dem Massaker beteiligt gewesen waren. Die schwersten Vorwürfe richteten sich gegen den Truppführer Frank Wuterich, dem man die Tötung von 13 der insgesamt 24 Zivilisten zur Last legte. Zudem soll er den Soldaten die Ermordung der Zivilisten befohlen und ihnen anschließend die Falschaussage nahe gelegt haben. Doch obwohl alle Indizien für eine eindeutige Schuld der Soldaten sprachen, wurde ihnen nicht die Höchststrafe angedroht. Es mag in gewisser Weise menschlich sein, dass man nach der Ermordung eines Kameraden den Sinn für Recht und Unrecht verliert, dies ändert aber nichts daran, dass zwölf Männer, acht Frauen und vier Kinder, die allesamt nichts mit dem Tod von Miguel Terrazas zu tun hatten, auf skrupellose Art und Weise hingerichtet wurden. Das US-Militärgericht versäumte es ein weiteres Mal, ein deutliches Zeichen gegen

Willkür und Selbstjustiz in den eigenen Reihen zu setzen. Dabei bezeichneten die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch und die „Washington Post“ den Vorfall als „*das vielleicht schlimmste Kriegsverbrechen im Irak.*“

Das Massaker von Haditha ist aber bei weitem nicht die einzige Gräueltat der US-Armee. So sollen amerikanische Militärpolizisten am 12. März 2006 ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt und später zusammen mit den Eltern und der sechsjährigen Schwester erschossen haben. Nach der Tat erklärten die GIs, dass Aufständische für die Ermordung der Familie verantwortlich seien.

Fünf Wochen später kam es zu einem weiteren dramatische Zwischenfall in der westlich von Bagdad gelegenen Stadt Hamandiya. Acht Marineinfanteristen sollen hier einen unschuldigen Zivilisten aus seinem Haus gezerrt und auf offener Straße hingerichtet haben. Das Pentagon bedauerte die Zwischenfälle und versuchte deutlich zu machen, dass sich nahezu alle Soldaten im Irak vorbildhaft verhielten, man aber dennoch vor einigen wenigen schwarzen Schafen nicht gefeit sei. Doch das entspricht nicht der Wahrheit. Wie die Online-Ausgabe des „*Spiegel*“ am 3. Juni 2006 berichtete, wussten führende Kommandeure zwei Tage nach dem Massaker in Haditha von diesem Bescheid, sahen aber keinen Anlass dafür, den Vorfall weiter zu untersuchen. Den Soldaten wurde mit diesem Verhalten ein Freibrief ausgestellt. Von einem Fehlverhalten einzelner weniger Soldaten kann keine Rede sein, wenn diese von ihren Ranghöheren in dieser Form in Schutz genommen werden. Im Irak wurden nur einige dieser und ähnlicher Massaker an unschuldigen Zivilisten bekannt. Wie viele weitere Gräueltaten im zynisch klingenden Kampf um Freiheit und Demokratie noch verübt wurden, wird wohl niemals vollständig aufgedeckt. Diejenigen, die Opfer zu beklagen haben, werden durch solche Vorkommnisse mit Sicherheit nicht von „*der guten Sache*“ der Befreiung von Saddam Husseins diktatorischen Regimes zu überzeugen sein.

6. Die Privatisierung des Krieges

Montag, 10. September 2001.

„Unser Thema heute ist ein Gegner, der eine Bedrohung, eine ernsthafte Bedrohung, für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika darstellt. Dieser Gegner ist einer der weltweit letzten Bastionen zentraler Planung. Er regiert, indem er Fünfjahrespläne diktiert. Aus einer einzigen Hauptstadt versucht er seine Forderungen über Zeitzone, Kontinente und Ozeane hinweg durchzusetzen. Mit brutaler Beständigkeit erstickt er freies Denken und neue Ideen. Er untergräbt die Verteidigung der Vereinigten Staaten und gefährdet das Leben von Männern und Frauen in Uniform.“

Vielleicht klingt das so, als wäre dieser Gegner die ehemalige Sowjetunion, doch dieser Feind gehört der Vergangenheit an. Unsere heutigen Widersacher sind subtiler und unerbittlicher... Der Gegner ist näher bei uns. Es ist die Pentagon-Bürokratie [...] Wir kennen den Gegner. Wir kennen die Bedrohung. Und mit derselben Entschlossenheit, die jeder Kampf gegen einen entschlossenen Gegner erfordert, müssen wir uns diesem Gegner stellen und dürfen nicht lockerlassen [...] Heute erklären wir der Bürokratie den Krieg.“

Es war Donald Rumsfeld, der an jenem Montagmorgen seine Untertanen im Pentagon zusammentrommelte, um ihnen in seiner Grundsatzrede offen den Krieg zu erklären und sie mit den Kommunisten von einst zu vergleichen. Keine 24 Stunden später waren 125 von ihnen tot und weitere 110 schwer verletzt. Es war der 11. September 2001.

Mit der Machtergreifung der Bush-Administration machte sich Donald Rumsfeld an das Werk, die Ideologie der Falken Stück für Stück umzusetzen, die besagt, dass das 21. Jahrhundert eine gänzlich andere Art von Armee benötige, als es noch im 20. Jahrhundert der Fall war. Das Militär müsse sich allein auf das konzentrieren, was es am besten könne: kämpfen und töten. Alles andere könnte von Unternehmen aus der privaten Wirtschaft erledigt werden. Sei es der Aufbau der Zeltlager, die Essensversorgung, die medizinische Unterstützung oder auch die Bewachung von Stützpunkten. Das „amerikanische Jahrhundert“ sei dafür gemacht, überall auf der Welt zur gleichen Zeit die amerikanischen Interessen durchzusetzen, und sei es mit Gewalt. Das Militär müsse sich allein darauf konzentrieren. Daher sollten sämtliche logistischen und servicetechnischen Leistungen ausgelagert werden. Wie in der echten Wirtschaft blieb es nicht aus, dass dabei jede Menge Personal freigesetzt wurde. Rumsfelds Vorgabe lag bei 15 % weniger Personal in jedem Stützpunkthauptquartier auf der ganzen Welt. Er stellte das Pentagon auf den Kopf und ließ keine Frage aus: *„Warum besitzen wir eigene Warenhäuser, obwohl es dafür eine ganze Industrie gibt? Warum sammeln wir unseren Müll und Wischen unsere Böden auf allen Stützpunkten selbst?“*

Die Rechnung der konservativen Falken war einfach: Man reduziere das Personal auf seine Kernkompetenzen und kauft sich die nötigen Dienstleistungen in der Privatwirtschaft hinzu. Auf Neudeutsch ist dies ein klassischer Fall von outsourcing. Dass das ganze Vorhaben nicht mit der amerikanischen Verfassung konform geht, interessierte spätestens nach dem 11. September niemanden im Land. Die Verfassung lässt im Grunde keinen Zweifel daran, dass die nationale Sicherheit Aufgabe des Staates und nicht privater Unternehmen ist.

Dass Rumsfeld selbst ein großes Interesse daran hatte, der Privatwirtschaft Regierungsaufträge zuzuschaukeln, verwundert dabei nicht. Er, Multimillionär und ein Mann aus der Wirtschaft, kannte sich bestens aus auf dem privaten

Sicherheitssektor. Von 1997 an leitete er als CEO die Biotech-Firma Gilead Sciences, die durch das Gripeschutzmittel Tamiflu bekannt geworden ist. Seitdem die Vogelgrippe in den Medien und den Köpfen der Menschen spukt, verdient Gilead Sciences mit diesem patentierten Medikament Milliarden von US-Dollar. Und Rumsfeld immer noch ein wenig mit. Nicht nur, dass das Patentieren solch lebensrettender Medikamente moralisch sehr fragwürdig ist, Gilead Sciences, im Besitz von vier Patenten zur Aids-Therapie, geht zudem forsch gegen billige lebensverlängernde Mittel in Entwicklungsländern vor, wo die einheimische Bevölkerung sich eine Behandlung mit Gilead Sciences' teurem Verfahren nicht leisten kann. Und obwohl die Erforschung dieser Therapien erst durch Steuergelder ermöglicht wurde, beharrt das Unternehmen weiterhin auf seine Patente und erhofft sich ein blühendes Geschäft. Natürlich nur mit den Reichen dieser Welt.

An vorderster Front der lieb gewordenen privaten Unternehmen steht der Megakonzern Halliburton und dessen Tochterunternehmen KBR (Kellogg, Brown & Root), die schon Ende der 1990er Jahre im ehemaligen Jugoslawien den amerikanischen Soldaten den roten Teppich ausrollten. *„Der Erste, der unseren Soldaten bei der Ankunft auf dem Balkan begrüßt, und der Letzte, der ihnen zum Abschied zuwinkt, ist einer unserer Leute“*, brachte es ein Sprecher des Unternehmens einst auf den Punkt.

Dass ausgerechnet Halliburton mit logistischen Aufgaben im Irak beauftragt wurde, liegt wohl nicht zuletzt auch daran, dass US-Vize-Präsident Dick Cheney jahrelang als CEO des Konzerns fungierte und nach seiner Rückkehr in die Politik die Drähte zu seinen Geschäftskollegen niemals durchtrennt wurden. So erhielt er auch nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand jährlich eine Abfindung von knapp einer Millionen US-Dollar. Der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung Citizen Works waren die enge Bande bereits frühzeitig ein Dorn im Auge, sie zeichnete Cheney im April 2003 mit dem „Daddy Warbucks“-Award aus, der all jenen zuteil wird, die sich besondere „Verdienste“ um einen Krieg erworben haben. Dick Cheney und sein Stab sahen dies zweifellos ganz anders: *„Der Vizepräsident ist nicht an der Vergabe irgendeines Vertrages durch das Verteidigungsministerium oder eine andere Behörde der Regierung beteiligt gewesen und hat keine Gespräche in Bezug auf die in Frage stehenden Verträge mit Angehörigen des Verteidigungsministeriums oder Angestellten von Halliburton geführt.“*

Für Halliburton, zu deren Portfolio unter anderem Servicedienstleistungen in der Rüstungs- und Ölindustrie gehören, war die Irak-Invasion wie ein Sechser im Lotto. Nur wenige Monate bevor ein Krieg gegen den Irak immer wahrscheinlicher wurde, fiel der Aktienkurs des Konzerns in den Keller. Aufgrund von Entschädigungszahlungen für die Opfer von Krankheiten, die durch die Verwendung von Asbest verursacht wurden und dem starken Rückgang der

inländischen Ölproduktion lag die Halliburton-Aktie zwischenzeitlich bei nur noch 12,62 US-Dollar je Stück, nachdem sie zuvor schon einmal den Höchststand von rund 22 US-Dollar erreicht hatte. Seit der Vorbereitung zum Irak-Krieg und den damit eingegangenen Staatsaufträgen, gehören die Aktienverluste der Vergangenheit an. Der Kurs schnellte innerhalb weniger Monate auf einen neuen Rekordstand von 23,90 US-Dollar und lag 2006 bei sensationellen 41 US-Dollar. Nahezu eine Vervierfachung innerhalb von nur fünf Jahren. Egal ob Bohrinnseln, Pipelines, Ingenieurwissen oder spezielle Software, von Halliburton und dessen Tochter KBR erhalten die Ölgiganten BP, Shell, TotalElfina, Agip und andere ein Rundumsorglopaket aus erster Hand. Mit über 700 Büros in 69 Ländern der Welt und einem Firmenwert von rund 30 Milliarden US-Dollar ist Halliburton einer der größten Global Player in der Rüstungs- und Ölindustrie.

Dabei spielt es für den Konzern lediglich eine untergeordnete Rolle, für welchen Auftraggeber man tätig ist. In der gleichen Zeit, in der Halliburton Staatsverträge im Wert von rund vier Milliarden US-Dollar mit der US-Regierung abschloss, knüpfte man auch enge Kontakte nach Libyen, dem Iran und dem Irak, wo man sich ebenso für diverse Dienstleistungen bezahlen ließ. Und das obwohl zu dieser Zeit US-Sanktionen gegen diese Länder vorlagen. Die 3,8 Millionen US-Dollar, die Halliburton 1995 dafür aufgebremmt wurden, nahmen sie wohl aus der Portotasche. Nur vier Jahre danach eröffneten sie ein Büro im Iran und auch Geschäfte mit dem menschenverachtenden Regime in Burma scheuten sie nicht. Ein direkter Konflikt zweier Kunden spielt dem Konzern somit doppelt in die Karten, auch wenn die US-Regierung sicherlich der Auftraggeber ist, der für den meisten Umsatz sorgt. So ist das Tochterunternehmen KBR in Afghanistan, Usbekistan, Djibuti, Jordanien, Georgien, Kuba, der Türkei und in Kuwait für die US-Regierung tätig. Auf Kuba baute man für ein stolzes Salär von 33 Millionen US-Dollar das Menschenrecht verachtende Internierungslager in Guantanamo Bay und in Kabul entstand nach dem Einmarsch die neue US-Botschaft. Aufgrund der Dienste bei der Versorgung des US-Militärs auf dem Balkan mit Zeltlagern, Wasser, Post und Nahrungsmitteln sicherte man sich 2001 seine Monopolstellung als Alleinversorger der amerikanischen Armee für die Dauer der kommenden 10 Jahre: Umsatz nach oben hin offen, je nachdem wie der „Krieg gegen den Terror“ laufen würde. Im Frühherbst 2002, ein halbes Jahr vor dem Einmarsch in den Irak, erhielt KBR den eine Milliarde US-Dollar schweren Auftrag, in Kuwait und im Südosten der Türkei Zeltstädte für die Unterbringung von rund 80.000 US-Soldaten zu errichten. Ein weiterer Vertrag sah vor, brennende Ölquellen im Irak zu löschen, doch anders als 1991 kam es dieses Mal nicht dazu. Dafür aber erhielt KBR den Auftrag, die Verteilung des Öls und anderer Brennstoffe nach der Besetzung des Iraks zu organisieren. Brisant hierbei war nicht nur die immense

Summe von sieben Milliarden US-Dollar, sondern die Tatsache, dass der Auftrag ohne vorherige offizielle Ausschreibung an KBR vergeben wurde. Dies scheint unter der Bush-Regierung wieder zu einer Normalität verkommen zu sein. Die Armee rechtfertigte diese Vergabemethoden mit akutem Zeitmangel in Kriegszeiten. Man bräuchte einen verlässlichen Partner, der innerhalb von 24 Stunden die verschiedensten Anforderungen erfüllen könnte. Langwierige Ausschreibungen seien da nur hinderlich. Und man bediente sich reichlich an den Serviceleistungen des Konzerns. Von einfachen Übersetzungsdiensten über die Reinigung der Soldatenwäsche bis hin zur Übernahme des kompletten Verwaltungsapparats des US-Militärs in Bagdad. Man eröffnete im Kriegsgebiet Fast-Food-Läden, Supermärkte, Fitnessstudios, Kinos und alles weitere, was einem die Heimat im fernen Irak ein wenig näher brachte. Den Gipfel der Outsourcing-Politik stellte das Verhören von Gefangenen in Abu Ghraib dar, das zum Teil ebenso von Halliburton übernommen wurde und die Grenze zwischen militärischen und privatwirtschaftlichen Aufgaben endgültig verwischen ließ. In diesem Zusammenhang wurde Anfang 2004 bekannt, dass Angestellte der amerikanischen Söldnerfirma Caci und Titan an der Misshandlung von irakischen Kriegsgefangenen beteiligt war. *„Wenn das Pentagon schon beabsichtigt, Privatunternehmen mit militärischen und nachrichtendienstlichen Missionen zu betrauen, so muss es sicherstellen, dass diese Firmen strengen Auflagen und gesetzlicher Kontrolle unterliegen“*, äußerte sich Kenneth Roth, der Geschäftsführer von Human Rights Watch, zu diesem Vorfall. Und auch die National Defense University, die sich ansonsten recht Bush-nah gab, stellte in einem Bericht fest: *„Privatisierung ist vielleicht weniger kostspielig als eine Militärintervention, doch die Qualität des Resultats und die Achtung der Menschenrechte könnten darunter leiden.“*

Es ist die Rede von rund der Hälfte aller Verhöre, die von Personen aus der Privatwirtschaft geführt wurden. Das Dilemma, das sich dabei ergibt, ist, dass die privaten Unternehmen dem Pentagon Ergebnisse liefern müssen, um auch zukünftig Aufträge zu erhalten. Und das Pentagon akzeptierte nur Ergebnisse, die in ihr Schema passten. Das ganze System lud geradezu zum Missbrauch ein. Als die Verhörspezialisten merkten, dass sie keine verwertbaren Informationen aus den angeblichen Terroristen herausbekamen, setzten sie auf Folter- und Misshandlungsmethoden. Das Pentagon und das Weiße Haus billigten diese Mittel und unterstützten sie noch. Die spärlich fließenden Informationen, die, wenn sie überhaupt der Wahrheit entsprachen und nicht durch die Folter erzwungene Erzählungen waren, zudem von den Verhörspezialisten und den Firmen noch zurechtgebogen wurden, brachten Washington kaum einen Schritt voran.

Doch dem nicht genug, versuchten die Unternehmen die Kosten zu minimieren, um gleichzeitig den Aktionären höhere Dividende ausschütten zu kön-

nen. Unter diesem selbst herbeigeführten Kostendruck kam es schließlich immer öfter zu Misswirtschaft. So berichtet der Film „Iraq for sale“ von etlichen Schlampereien, darunter die geheim gehaltene Erkenntnis, dass von den 67 eingesetzten Wasseraufbereitungsanlagen im Irak 63 nicht richtig funktionierten und Krankheiten wie Typhus und Malaria verbreiteten. Lastkraftfahrzeuge mit kleineren Schäden oder gar nur einem Reifendefekt wurden in der Wüste gesprengt und vom Militär direkt neue Fahrzeuge angefordert. US-Soldaten kamen in der Dokumentation zu Wort und berichteten über ihren zur Untätigkeit zwingenden Lageralltag. Die Wäsche wurde pro Wäschesack für 99 US-Dollar von Halliburton gereinigt, ebenso erledigte die Firma einfache Wartungen an den Fahrzeugen. Kam ein Soldat auf die Idee, seine Wäsche selbst zu reinigen, gab es vom Kommandanten einen Rüffel.

Den Rüffel ganz anderer Art mussten dagegen die amerikanischen Steuerzahler hinnehmen, als Halliburton bekannt gab, den Hauptgeschäftssitz nach Dubai zu verlagern. *„Der Nahe und Mittlere Osten sind ein Markt, der sich stärker auf die Förderung und die Produktion von Öl konzentriert“*, begründete Dave Lesar, Vorstandschef des Konzerns, die Verlagerung. Der demokratische Senator Patrick Leahy sah darin *„ein Beispiel von unternehmerischer Habgier in seiner schlimmsten Form“* und eine Beleidigung der amerikanischen Soldaten und Steuerzahler. Doch global player, wie Halliburton einer ist, folgen nicht dem Ruf der Patrioten, sondern nur dem des Geldes. Und spätestens mit der Besetzung des Iraks sah der Konzern die wesentlich lukrativeren Perspektiven in den arabischen Ländern, wo man bereits vor der Verlagerung über 45000 Angestellte beschäftigte und rund 40 Prozent des Unternehmensumsatzes erwirtschaftete. Charlie Cray, einer der Mitbegründer der Internetplattform Halliburton Watch, sieht in der Verlagerung noch ganz andere Gründe: Die Verschleierung und Täuschung der eigenen Aktivitäten rund um den Erdball.

Bereits wenige Monate nach dem Sturz Saddam Husseins befanden sich rund 20.000 Beschäftigte von Sicherheitsunternehmen im Irak, deren Aufgabe darin bestand, den ausländischen Vertretern der Öl-Industrie und internationalen Organisationen Schutz vor Überfällen zu gewährleisten. Schon im Frühjahr 2004 befanden sich rund 25 so genannte PMCs, Private Military Companies, im Land. Das Outsourcing von Militäraufgaben folgte dabei einer neoliberalen Privatisierungspolitik und zielte darauf ab, das Risiko zwischen Staat und Privatsektor aufzuteilen, und Militärausgaben zu verringern, um die eingesparten Gelder für die Entwicklung noch leistungsfähigerer und noch tödlicherer Waffensystem einzusetzen. Ein weiterer Aspekt gilt der Ideologie der amerikanischen Rechten, im Zuge des „Krieges gegen den Terrorismus“ in vielen Ländern der Welt gleichzeitig Krieg zu führen, ohne dabei eine Schwächung des eigenen Militärs hinnehmen zu müssen. Hier füllt der Privatsektor die Lücke aus. Einem Bericht des Pentagons aus dem Jahr 2002 zufolge ließe sich mit

dieser Auslagerung von Militärausgaben zwischen 1997 und 2005 rund 11 Milliarden US-Dollar einsparen. Gleichzeitig wurden Tausende von Beschäftigten freigesetzt, die sich fortan auf dem Privatsektor engagierten und meist die gleichen Arbeiten weiterhin verrichteten. Nur eben nicht mehr als Angestellter des Staates.

Bereits in der Clinton-Ära wurde die Privatisierungspolitik vorangetrieben. In den zehn Jahren zwischen 1994 und 2004 wurden an die 3000 Verträge mit unterschiedlichen Söldnerfirmen abgeschlossen, die ein Gesamtauftragsvolumen von 300 Milliarden US-Dollar erreichten. Kam im Golfkrieg von 1991 auf 100 US-Soldaten im Irak gerade einmal ein Söldner, so lag die Relation zu Beginn des Irak-Kriegs 2003 bei 100:10. Heute stellen die PMCs nach dem US-Militär das zweitgrößte Kontingent dar. Die erhofften Einsparungen von jährlich bis zu sechs Milliarden US-Dollar bei den Militärausgaben ließen dagegen auf sich warten. Prüfungen des amerikanischen Rechnungshofs ergaben, dass die tatsächlich angefallenen Kosten bei der Mehrzahl der abgeschlossenen Verträge die Schätzungen weit übertrafen. Zudem wurden von vielen PMCs überhöhte Rechnungen ausgestellt. Bei über 3000 Verträgen mit der Privatindustrie ist es kein Wunder, dass man schnell einmal den Überblick verliert. Wenn dann Verträge ohne vorherige Ausschreibung unter der Hand vergeben werden, von geheimen Operationen ganz abgesehen, dann erschwert sich die Kontrolle unnötigerweise um ein Vielfaches.

Private Söldnerarmeen stellen darüber hinaus für internationale Organisationen im Irak und überall, wo sie zum Einsatz kommen, ein Ärgernis dar. Ihr Auftreten vor Ort findet oft in zivil statt. Sie fahren nagelneue Geländewagen und unterscheiden sich im Äußeren meist nicht von humanitären Organisationen oder anderen Helfern. So werden die Helfer vor Ort selbst zur Zielscheibe von Rebellen. Das US-Militär hingegen beklagt sich, dass immer mehr kampferprobte Soldaten ihren Dienst quittieren und in den privaten Sektor wechseln, weil hier deutlich mehr zu verdienen ist. Auf lange Sicht muss davon ausgegangen werden, dass sich das Know-how und die Führungsstärke der Armee spürbar in Richtung der Söldnerfirmen verschieben wird. Schon heute tut sich das Militär im Irak schwer, als Geiseln genommene Söldner zu befreien. Einerseits aufgrund fehlender Mittel, andererseits aber auch wegen des zunehmenden Unmuts gegenüber dem System. Söldner, die oft das 10-fache eines normalen Soldaten verdienen, haben bei der Armee keinen hohen Stellenwert. Anders als die Soldaten bewegen sich die Söldner in einer juristischen Grauzone. Der damalige US-Zivilverwalter für den Irak hatte in einem Gesetz festgelegt, dass die ausländischen Dienstleistungsunternehmen nicht dem irakischen Gesetz unterliegen. Da gleichzeitig die USA den internationalen Gerichtshof nicht anerkennen, bewegen sich diese Firmen in einer gesetzessfreien Zone und können schalten und walten, wie es ihnen beliebt.

Die Bush-Regierung machte sich im Laufe der Kriegsjahre immer abhängiger von einem privaten Sicherheitssektor, dem es gelang, Milliarden Gewinne einzufahren und gleichzeitig sich der Justiz zu entziehen. Diese Privatwirtschaft stützt ihre Unternehmensphilosophie heute mehr den je auf Kriege und Konflikte überall dort, wo amerikanische Truppen zum Einsatz kommen. Aus ureigenstem Interesse muss es daher ihr höchstes Anliegen sein, den Irak-Krieg am Laufen zu halten und dem amerikanischen Volk ein stetiges Gefühl der Unsicherheit einzuimpfen. Zum ersten Mal in der Geschichte traten Wirtschaft und Politik so offen Hand in Hand vor die Öffentlichkeit. Während aus Washington in regelmäßigen Abständen Terrorwarnungen ausgesprochen werden, sorgt die Wirtschaft über alle Medienkanäle dafür, dass ein gewisser Angstzustand erhalten bleibt. Im Irak machte sich das in erster Linie für KBR/Halliburton bezahlt. Im Auftrag der Webseite „*MSN Money*“ erstellte das Consulting-Unternehmen Eagle Eye 2006 eine Liste der zehn größten Verdienener am Irak-Krieg. Auf Platz eins landete Halliburtons KBR mit einem Gesamtumsatz von mehr als 17 Milliarden US-Dollar für die Jahre 2003 bis 2006. Allein in 2006 erwirtschaftete KBR stolze 45 % seines Umsatzes mit dem Irak-Krieg. Auf den weiteren Plätzen folgen Veritas Capital Fund (1,444 Milliarden \$), Washington Group International (931 Mio. \$) und Environmental Chemical (878 Mio. \$). Die einzige nicht amerikanische Firma in den Top 10 landete es auf Platz: First Kuwaiti General Trading & Contracting (500 Mio. \$). Das kuwaitische Unternehmen wurde unter anderem damit beauftragt, die neue US-Botschaft in Bagdad zu bauen.

Wie sehr die Sicherheitsbranche vom Krieg im Irak und dem allgemeinen Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung profitiert, kann man auch aus den 2001 gestiegenen Gehältern der CEOs der größten Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen ablesen. Auf der Webseite *faireconomy.org* heißt es aus einer Studie von 2006: „*Seit der Krieg gegen den Terror begann, haben die CEOs der 34 größten Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen ihre Bezüge gegenüber dem Vierjahreszeitraum vor dem 11. September im Durchschnitt verdoppelt.*“ Im Detail um 108 %, während die Einkünfte der CEOs sonstiger Branchen im gleichen Zeitraum um nur 6 % stiegen. Das Geschäft mit dem Krieg und der Angst macht sich bezahlt.

Der US-Regierung entglitt nicht nur die Kontrolle des Iraks immer mehr, sondern auch die Kontrolle über die eigenen Dienstleister vor Ort. Ein Sinnbild dafür stellen die Ereignisse des 4. April 2004 in der irakischen Stadt Nadschaf dar. Nur wenige Tage nachdem vier Söldner der Firma Blackwater in Falludschā getötet, verbrannt und über dem Euphrat aufgehängt wurden, standen schon wieder Angestellte des Unternehmens im Brennpunkt kriegerischer Auseinandersetzungen. Die Söldner hatten den Auftrag, das Hauptquartier der Übergangsbehörde in der Innenstadt von Nadschaf zu bewachen. Aus diesem

Grund waren fünf von ihnen bereits am frühen Morgen auf dem Dach des Hauptquartiers positioniert, von wo aus sie die unmittelbare Nachbarschaft im Blick hatten. Zu ihnen gesellten sich einige wenige Soldaten der salvadorianischen Armee sowie US-Marines. Vor dem Tor der Behörde versammelten sich bis zu 2000 Iraker, um gegen die Besetzung ihrer Stadt zu demonstrieren. Plötzlich fielen Schüsse. Lonnie Young, ein Korporal des Marine Corps, berichtete: *„Einer der Iraker warf sich auf den Boden und feuerte liegend mehrere Schüsse auf uns ab. Ich rief, dass ich einen im Visier hätte, und fragte, ob das Feuer freigegeben sei [...] Schließlich gaben die Sicherheitsleute von Blackwater die Erlaubnis zu feuern.“* Dies war das erste Mal, dass Angestellte einer privaten Sicherheitsfirma reguläre Soldaten der US-Armee befehligten. Zumindest handelt es sich dabei um den ersten bekannt geworden Fall, der auf gesicherten Informationen beruht. Völlig unsicher hingegen ist die Frage, wer zuerst schoss. Blackwater und die US-Soldaten beharren darauf, dass aus der Menge heraus zuerst auf sie geschossen wurde. Augenzeugen berichten allerdings davon, dass es die Söldner waren, aus Angst vor dem herannahenden Mob einige Warnschüsse in die Luft abgaben und so den Grundstein für das Blutbad legten. Die Söldner und die US-Soldaten schossen aus ihrer erhobenen Position in die Menge. Am Ende sollen es laut Korporal Young Hunderte tote Iraker gewesen sein, deren Blut den Asphalt vor dem Hauptquartier in ein dunkles Rot färbte. Dieser 4. April zeigte deutlich, dass der US-Regierung die Gewalt über die eigenen Mannen entglitten und sie dafür in die Hände profitorientierter Söldnerunternehmen gefallen ist. Blackwater, das an diesem Tag, sowie einige Tage zuvor in Falludscha, aktiv in die Geschehnisse verwickelt war, zählt zu einer dieser Unternehmen. Nach einem Bericht des republikanischen Abgeordneten Henry Waxman waren Blackwater-Söldner seit 2005 in insgesamt 195 Feuergefechte verwickelt. In 80 Prozent der Fälle eröffneten die Söldner das Feuer. So beispielsweise auch am 16. September 2007. Die April 2008-Ausgabe des *„amnesty journal“* berichtete über den Tod Dutzender Menschen auf einem Marktplatz inmitten Bagdads. Blackwater-Söldner waren an diesem Tag zum Schutz eines Konvois des US-Außenministeriums eingeteilt gewesen. Ein Iraker übersah den anrückenden Konvoi und konnte nicht schnell genug den Weg räumen. Die Söldner machten kurzen Prozess: Sie erschossen den Iraker an seinem Steuer und warfen eine Granate auf den Wagen, die 17 weitere unschuldige Zivilisten mit in den Tod nahm. Eine Untersuchung des US-Militärs bestätigte später den *„kriminellen Akt“*, was dennoch keine Folgen für die Söldner oder Blackwater an sich hatte.

Grund genug, einmal einen tieferen Blick hinter die Fassade von Blackwater zu werfen, deren Firmenname auf ein rund 45000 Hektar großes Torfmoor in der Nähe des Firmensitzes in North Carolina begründet ist.

Das 1997 gegründete amerikanische Unternehmen zählt zu einer der größten Kriegsgewinnler der Bush-Ära und erlebte in nur einem Jahrzehnt einen kometenhaften Aufstieg von einem Sicherheitsdienstleistungsunternehmen zur mächtigsten High-Tech-Söldnerarmee der Welt. Blackwater verfügt über mehr als 2300 Soldaten, die in neun Ländern der Welt im Einsatz sind. Weitere 21000 „Angestellte“ bilden die Reserve und können binnen weniger Tage einsatzfähig sein, darunter hauptsächlich ehemalige Mitglieder der Polizei, Sondereinsatzkommandos und des US-Militärs. Das Firmengelände im US-Bundesstaat North Carolina ist mit 2830 Hektar Fläche die weltweit größte private Militäreinrichtung. Hier werden nicht nur die eigenen Söldner geschult, sondern auch Polizisten, FBI-Angestellte und Militärangehörige der USA und befreundeter Staaten, hauptsächlich aus Europa. Man verfügt über eine eigene Flugzeugflotte mit über 20 Maschinen, Kampfhubschrauber, Luftschiffen und unbemannten Drohnen. Auf den Philippinen unterhält man zusätzlich ein spezielles Trainingslager für den Dschungelkampf. Blackwater hat sich binnen eines Jahrzehnts zu einer Privatarmee mit zahlreichen Superlativen entwickelt, auf deren Führungspositionen Personen sitzen, die oft Jahrzehntlang Erfahrung mit Kriegseinsätzen und Geheimdienstarbeit vorweisen können. Gerade aufgrund dieser Erfahrungen und guten Kontakte nach Washington war es Blackwater möglich, im Irak zu Bushs wichtigster Armee neben den regulären Soldaten zu werden. Schon 2003 erhielt Blackwater von der US-Regierung einen über 27 Millionen US-Dollar dotierten Vertrag, der den Schutz des Chefs der US-Übergangsregierung im Irak, Paul Bremer, zum Inhalt hatte. Nach Bremer folgten die Botschafter John Negroponte und Ryan Crocker. Ebenso wurde Blackwater mit dem Schutz von US-Abgeordneten, die im Irak unterwegs waren, beauftragt. Ein weiterer prestigeträchtiger Auftrag war der Schutz der Außenministerin Condoleeza Rice bei ihrem Besuch. Das Gesamtumsatzvolumen der Firma mit Söldneraufgaben im Irak beläuft sich mittlerweile auf über 700 Millionen US-Dollar. Mit diesen beeindruckenden Zahlen, so sind sich Militärexperten sicher, hat Blackwater mittlerweile das Rüstzeug, um aus eigener Faust viele Regierungen der Welt zu stürzen. Und das Privatunternehmen wächst rasant weiter. Für ausgebildete Soldaten ist es ein lukratives Angebot, in den Söldnerdienst zu wechseln. Das Gehalt eines US-Soldaten beträgt nur einen Bruchteil dessen, was ein Blackwater-Angestellter für den gleichen Job erhält. So schrieb das US-Magazin „*Fortune*“ 2004: *„Als Blackwater für seinen ersten großen Einsatz, den Schutz von Paul Bremer, zu rekrutieren begann, schnellte der Lohn auf 600 Dollar pro Tag hoch.“* Eine Summe, bei der man schwach werden kann. Für die Londoner *„Times“* hieß *„das große Geschäft nach dem Krieg nicht Öl, sondern Sicherheit.“*

Der Mann, der hinter Blackwater steht und die Fäden zieht, ist Erik Prince. Ein Multimillionär mit rechtsradikalen, christlichen Ansichten, der dem radika-

len Flügel der republikanischen Partei so nahe steht, dass er ausschließlich die Wahlkämpfe von George W. Bush mit seinem Privatvermögen unterstützt. So nahm Blackwater aus seinem ersten Geschäft mit Regierungsbehörden im Jahr 2000 rund 68.000 US-Dollar ein. Jeden Cent dieser Einnahmen spendete er wenige Monate später dem Wahlausschuss der republikanischen Partei für Bushs Wahlkampf gegen Al Gore. Prince ist damit ein weiteres Beispiel für jene Personen, die nach Bushs Machtergreifung das Ruder in Washington an sich rissen und sich dank einer beispiellosen Vetternwirtschaft eine goldene Nase verdienen: Weiß, Reich sowie politisch als auch religiös radikal in ihren Ansichten. Bushs sprichwörtlicher Kreuzzug nimmt durch Erik Prince´ Blackwater deutliche Konturen an. Prince´ Familie ist schon seit Generationen von der Überlegenheit des Christentums auf der Welt überzeugt und spendete im Laufe der Jahrzehnte Unmengen von Geld an radikal-christliche Organisationen, die für diese Ansicht stehen. In seinem Blackwater-Imperium hat er ebenso radikale Freunde in Führungspositionen verankert. Prince selbst knüpfte bereits zu Beginn der 1990er Jahre Kontakte zum näheren Umfeld der Bush-Familie, als er unter George H. W. Bush ein sechsmonatiges Praktikum bestritt, dessen teils neoliberale Einstellung dem jungen Prince aber nicht gefiel. Bush Seniors parteiinterner Herausforderer bei den Präsidentschaftsvorwahlen 1992, Pat Buchanan, wusste ihn mit seiner schwulen- und abtreibungsfeindlichen Kampagne mehr zu überzeugen. Einen ähnlichen Einblick in die weltlichen Ansichten von Erik Prince liefert seine finanzielle Unterstützung des Fundamentalisten Karl Keating, dessen Organisation Catholic Answers sich vehement für einen konservativen Katholizismus, gegen Abtreibung und gegen Homosexuelle aussprach. Bei Themen, wie Kriege gegen muslimische Länder, ist die Organisation hingegen weitaus bereitwilliger zu verhandeln.

Erik Prince und seine Familie stehen zudem unter dem Verdacht, dem weniger bekannten Geheimbund „Council for National Policy“ anzugehören, zu dem laut der New York Times „*einige Hundert der mächtigsten Konservativen im Land*“ gehören. Der rechtsgerichtete, fundamentale Geheimbund soll sich drei Mal im Jahr treffen, um nach Strategien zu suchen, wie das Land weiter nach rechts gesteuert werden kann. Natürlich nutzte ihn auch George W. Bush, um für seine Präsidentschaftskandidatur zu werben und auf Spendengelder zu hoffen. Bereits 1999 trat er vor die Mitglieder und warb für sich und seine Politik. Wie wichtig und einflussreich dieser Bund ist, zeigt auch der Besuch von Donald Rumsfeld und Dick Cheney bei einem der Mitgliedertreffen kurz nach dem Einmarsch im Irak.

Der rasante Aufstieg von Blackwater begann mit den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem folgenden unaufhaltsamen Boom in der Sicherheitsdienstleistungswirtschaft. „*Erst Osama Bin Laden hat aus Blackwater das gemacht, was es heute ist*“, sagte Blackwater-Mitbegründer Al Clarke, der das

Unternehmen zu diesem Zeitpunkt allerdings schon verlassen hatte. 2002 kam der ehemalige CIA-Mitarbeiter Jamie Smith auf die Idee einer Söldnerarmee und unter Prince´ Blackwater firmierte die Blackwater Security Consulting, die sich darauf spezialisierte, eigene Söldnerarmeen für den Einsatz überall auf der Welt bereitzustellen. Dies alles nur ein Jahr vor dem Einmarsch in den Irak und dem Megadeal mit der US-Regierung über die Bewachung von Paul Bremer. Ob Smith oder Prince bereits 2002 einen Wink aus Washington erhielten, solch eine Privatarmee für den Fall der Fälle vorzubereiten, oder ob es der Hellsichtigkeit der Beiden zuzuschreiben ist, darüber darf spekuliert werden. Dass Prince über ausgezeichnete Kontakte zur CIA verfügt, ist hingegen ein offenes Geheimnis. Dem Journalisten Ken Silverstein verriet ein CIA-Mitarbeiter: „*Er ist regelmäßig im CIA-Hauptquartier, ungefähr einmal im Monat. Er trifft sich dort mit hochrangigen Leuten...*“.

Die Zeiten für private Söldnerarmeen waren günstig. Die neo-konservative Regierung in Washington sorgte mit ihren Kriegen in Afghanistan und dem Irak dafür, dass Glaubensbrüder und Parteispender aus der Wirtschaft mit ausreichend Aufträgen versorgt wurden. Und Paul Bremer, der ab Mitte Mai 2003 die Übergangsverwaltung im Irak übernahm, folgte dieser Linie treu und privatisierte eine Leistung nach der anderen. Die irakischen Soldaten wurden nach Hause geschickt, anstatt sie am Wiederaufbau und der Sicherung des eigenen Landes zu beteiligen. Dies hatte zur Folge, dass sich Bremer und die US-Regierung praktisch über Nacht „450000 Feinde im Irak“ gemacht hatten, wie ein ungenannter Regierungsvertreter es treffend formulierte. Ihrer statt holte Bremer bis zu seinem Weggang im Juni 2004 über 20000 Söldner von zumeist amerikanischen Privatfirmen in das Land, die sich in ihrem kakifarbenen Outfit samt Rayban-Sonnenbrille wie Gesetzlose im Wilden Westen benahmten. Gesetzlos auch deswegen, da Bremer kurz vor seinem Weggang dafür sorgte, dass den Söldnerunternehmen mit der Order Nr. 17 Immunität versprochen wurde. Der genaue Wortlaut der Order lautet: „*Privatunternehmen genießen Immunität gegenüber jeglicher Strafverfolgung durch irakische Behörden, was ihre Handlungen gemäß den Klauseln und Bedingungen eines Vertrags oder Subvertrags betrifft.*“ Bis heute wurde kein einziger Mitarbeiter einer privaten Söldnerfirma für Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt. Da sie keiner gesetzlichen Kontrolle unterliegen, werden die meisten Fälle noch nicht einmal bekannt. Der amerikanischen Tageszeitung „*Washington Post*“ verriet ein Mitarbeiter einer Söldnerfirma, dass man ihnen versprach: „*Falls aus irgendeinem Grund etwas passiert und die Iraker versuchen, uns strafrechtlich zu belangen, würden sie uns in ein Auto packen und mitten in der Nacht aus dem Land bringen.*“ Und tatsächlich soll es einige dieser nächtlichen Aktionen gegeben haben.

Zum Zeitpunkt von Bremers Weggang aus dem Irak wurde bereits rund ein Drittel des Wiederaufbaubudgets, circa zwei Milliarden US-Dollar, in die gieri-

gen Rachen privater Dienstleister geworfen. Die britische Zeitschrift „*The Economist*“ rechnete aus, dass der Umsatz allein der britischen Dienstleistungsunternehmen im Irak von 320 Millionen US-Dollar vor dem Krieg auf 1,6 Milliarden US-Dollar Anfang 2004 stieg. Im Oktober 2006 standen bereits rund 21.000 Söldner im Auftrag von britischen Militärfirmen im Irak, währenddessen das Kontingent der regulären britischen Armee lediglich 7200 Soldaten betrug. Der Journalist Robert Fisk fasste die Situation der Privatarmeen im Irak im Juli 2004 für das britische Sonntagsmagazin „*The Independent on Sunday*“ zusammen: *„Die Macht der Söldner wird immer größer. Die Schlägertruppen von Blackwater, ausgerüstet mit Schusswaffen, knüppeln jeden Iraker nieder, der sich ihnen in den Weg stellt. Bereits zweimal wurden kurdische Journalisten während Bremers Pressekonferenzen von diesen Leuten misshandelt. Auf Bagdads Straßen wimmelt es nur so von diesen merkwürdigen Cowboygestalten mit ihren Schießseisen, die herumbrüllen, irakische Passanten beleidigen und sich in den erbärmlich schlecht geschützten Hotels der Stadt volllaufen lassen. Für die normale Bevölkerung verkörpern sie all das, was sie am Westen abstoßend finden. Wir bezeichnen sie gern als ‘Hilfskräfte’, aber es häufen sich beunruhigende Berichte, dass Söldner unschuldige Iraker niederschließen, ohne dafür belangt werden zu können.“*

In dem gut einem Jahr, in dem Paul Bremer die Übergangsregierung im Irak leitete, versank das Land vollends im Chaos. Ein Indiz dafür war die Art und Weise, wie Bremer das Land verlassen musste: Für die Medien und TV-Kameras wurde seine Abreise aus dem Irak maßgerecht inszeniert. Sein tatsächlicher Abflug fand aus Angst vor Anschlägen heimlich, still und leise mit einem ganz anderen Flugzeug statt.

Eine der Eckpunkte privater Militärfirmen ist die Zusammensetzung ihrer Söldnerarmeen. So sind bei Blackwater keineswegs nur US-Amerikaner beschäftigt, sondern ebenso ausgebildete Soldaten anderer Länder. Dieser Umstand untergräbt die Souveränität jener Nationen, die sich dazu entschlossen haben, nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen teilzunehmen. So hat sich die damalige rot-grüne Bundesregierung in Berlin eindeutig gegen einen Kampfeinsatz im Irak ausgesprochen. Nichtsdestotrotz befinden sich im Irak deutsche Söldner im Auftrag von Privatfirmen wie Blackwater und Co. Regierungsbeschlüsse werden somit unbedeutend, wenn es, wie im Irak und auch in Zukunft, möglich sein wird, Soldaten verschiedener kriegunwilliger Nationen über private Militärfirmen dennoch für den Krieg zu gewinnen. Die Beschlüsse von Staatenbündnissen wie die Nato oder die UN, zur Entsendung von Armeen, werden dadurch in ihrer Gewichtung abgemildert, wenn Washington sich auch zukünftig einfach eine private Armee für jegliche Art von Diensten in der Wirtschaft einkauft.

Und anders als bei religiösen Angelegenheiten legt Prince´ Blackwater bei der Rekrutierung keinen großen Wert auf moralische Dinge. So arbeiten nahezu 1000 chilenische Söldner für Blackwater im Irak, die ihre Ausbildung unter der Militärdiktatur General Augusto Pinochets genossen und unter ihm Tausende Chilenen unterdrückten, folterten und ermordeten. *„Es ist widerwärtig, dass chilenische Armeeoffiziere aufgrund ihrer Erfahrung aus den Jahren der Diktatur als gute Soldaten gelten. [...] Sie werden für ihre kriminelle Vergangenheit jetzt sogar noch belohnt“*, mahnte der chilenische Soziologe Tito Tricot an. Obwohl sich die chilenische Regierung eindeutig gegen den Irak-Krieg aussprach und Umfragen zufolge 92 Prozent aller Chilenen gegen den Krieg waren, schafften es gut 1000 Söldner durch das Hintertürchen Blackwater dennoch, in den Krieg zu ziehen und den Ruf ihres Landes in diesem Krieg zu beschmutzen. Ganz abgesehen von dem eigenen Risiko *„beschossen, verstümmelt und/oder getötet zu werden, sei es durch Schusswaffen oder anderes Kriegsgerät, durch den Absturz eines Flugzeugs oder Helikopters, durch Scharfschützen, Landminen, Artilleriefeuer, Panzerfaustgranaten, Autobomben, Erdbeben oder andere Naturkatastrophen, durch Gift, Volksaufstände, Terroranschläge, im Nahkampf, durch Krankheit usw., als Passagier in einem Helikopter oder einem Flugzeug verstümmelt oder getötet zu werden, den Gehörsinn zu verlieren, eine Augenverletzung oder den Verlust der Sehkraft zu erleiden; durch biologische oder chemische Kampfstoffe innerlich oder äußerlich kontaminiert oder durch umher fliegende Trümmer verletzt oder getötet zu werden usw.“*, wie es in jedem Söldnervertrag von Blackwater steht.

Um auch zukünftig ehemalige Soldaten und Mitglieder von Spezialeinheiten aus Ländern mit menschenrechtsverachtenden Regimes anwerben zu können, gründete Blackwater 2004 das Tochterunternehmen Greystone mit Sitz in Barbados. Die Wahl des Firmensitzes war dabei wohl überlegt, konnte man sich dadurch der amerikanischen Justiz entziehen. Im Unterschied zu Blackwaters eigener Söldnerarmee sollte sich Greystone deutlich aggressiver in der Außendarstellung geben. In verschiedenen Werbe- und Informationsblättern wurden Begriffe wie Patriotismus, Friedenssicherung und Begleitschutz durch besondere Fähigkeiten im Nahkampf, bei Scharfschützen und an Panzerfäusten etc. beworben. Blackwaters Marschrichtung war deutlich abzulesen. Neben den paramilitärischen Einheiten, die bereits seit 2003 im Irak im Einsatz waren, bot man seinen potenziellen Kunden mit Greystone die richtig harten Jungs, die keinen Grashalm stehen lassen, wenn es von ihnen gefordert wird. Greystone soll offensichtlich für die schmutzigen Dienste erhalten, mit denen man sich nicht unbedingt in der Öffentlichkeit rühmen mochte.

Die Geschäfte mit der US-Regierung liefen glänzend. Der Irak verfiel immer mehr im Chaos und Blackwater erschloss bei der Rekrutierung von Söldnern neue Gebiete. Eines von diesen Gebieten war das südamerikanische Ko-

lumbien, von wo aus schwerwiegende Vorwürfe an das Unternehmen geäußert wurden. So soll Blackwater interessierten kolumbianischen Soldaten bis zu 7000 US-Dollar Monatsgehalt versprochen haben, wenn sie sich für einen Einsatz im Irak einschreiben würden. Das Angebot war verlockend und erst nachdem die Kolumbianer im Irak waren, erkannten sie den Betrug: Ihr tatsächlich Tagessalär betrug jetzt nur noch 34 US-Dollar, was im Monat gerade einmal 1000 US-Dollar bedeutete. *„Als wir auf dem Stützpunkt ankamen, nahmen sie uns unsere Rückflugtickets ab. Sie riefen uns zusammen und erklärten, es stehe jedem frei zurückzufliegen. Aber sie wussten ja, dass wir völlig ohne Geld da standen, und wo in Bagdad sollten wir zehn oder zwölf Millionen Pesos für ein Ticket nach Kolumbien herbekommen?“*, äußerte sich einer der Söldner gegenüber der kolumbianischen Zeitung *„Semana“*.

Die Privatisierung des Krieges, die im Irak in diesen Ausmaßen zum ersten Mal stattfand, kann nur als ein Flop angesehen werden. Der finanzielle Aspekt konnte nicht bestätigt werden, zumindest nicht auf Seiten der Regierung, die Milliarden an Steuergelder verpulverten. Für Halliburton, Blackwater und Co. Ist der Irakkrieg das Geschäft ihres Lebens. Im Unterschied zur US-Regierung konnten sie selbst über die Höhe der Bezüge und den Schutz ihrer „Angestellten“ entscheiden. Den Rest strichen die Unternehmen für sich ein und bauten ihre Firmenstrukturen, wie im Fall Blackwater, weiter aus. Washington hat sich aufgrund eines rigorosen Outsourcingprogramms schon heute abhängig von diesen privaten Dienstleistern gemacht. Das Ganze führte 2005 soweit, dass Personal von Blackwater angefordert werden musste, um im überschwemmten Stadtgebiet von New Orleans zu patrouillieren. Über die Stadt fegte Ende August 2005 der Hurrikan Katrina hinweg und lange bevor es der US-Regierung gelang Essen, trockene Unterkünfte und sauberes Wasser zu besorgen, waren schwer bewaffnete Söldner von Blackwater in der Stadt. Im Gegensatz zur eigenen Darstellung, wo sich das Unternehmen als humanitärer Hilfsbote im Überschwemmungsgebiet ausgab, bewachten die Söldner die reichen Viertel der Stadt, Industrieanlagen, Hotels und Banken und steckte dafür 950 US-Dollar pro Mann und Tag an Geldern aus dem öffentlichen Haushaltstopf ein. Mit der größten Naturkatastrophe auf US-amerikanischem Boden strich Blackwater binnen zehn Monate über 73 Millionen US-Dollar ein, während die schwarze Bevölkerung auch heute, 2008, noch auf die Wiederherstellung von Gas- und Stromleitungen sowie der baulichen Infrastruktur wartet. Das New Orleans, wie es die Touristen zu sehen bekommen, erstrahlt hingegen im alten Charme. Wie in Zeiten, als noch keine Halliburtons und Blackwaters im Auftrag der Regierung und im Interesse der Wirtschaft einen Krieg führten.

7. Eine Schreckensbilanz

Reden wir an dieser Stelle nicht lange um den heißen Brei herum: Der Irakkrieg ist für die Amerikaner zu einem einzigen Desaster verkommen. Die Generation nach Vietnam hat mit dem Irak einen eigenen Schandfleck geschaffen, der ihnen noch Jahrzehnte nachhängen wird. Nur der enormen militärischen Überlegenheit und der damit einhergehenden Technik ist es zu verdanken, dass die Todeszahlen nicht ähnliche Dimensionen wie in Vietnam angenommen haben. Dennoch sind die Zahlen nicht minder erschreckend, die das US-Militärkommando Anfang Januar 2008 in Bagdad bekannt gab. Demnach drehte sich die Spirale der Gewalt immer weiter, 2007 war mit 900 toten US-Soldaten das blutigste Jahr für die Amerikaner seit Beginn des Kriegs 2003. Im Jahr 2006 waren es mit 822 toten Soldaten nicht viel weniger. Insgesamt stieg die Zahl der im Irak gefallenen US-Soldaten mittlerweile auf über 4.000.

Den USA, in der Rolle des Aggressors, stehen alleine für das Jahr 2007 geschätzte 18.000 tote Iraker, davon 16.000 tote Zivilisten, gegenüber. Sind wir doch ehrlich: Die Wörter „Autobombe“ und „Irak“ sind uns aus den täglichen Nachrichten schon so vertraut, dass wir sie schon gar nicht mehr so recht wahrnehmen, sie gehören bereits zum Repertoire einer jeden Nachrichtensendung. Und dabei handelt es sich bei diesen Meldungen nur um jene, die medienwirksam mit Video- oder Fotoaufnahmen festgehalten wurden. All jene Tote, deren Leichnam nicht von einer Kameralinse eingefangen wurde, werden in den täglichen Meldungen erst gar nicht erwähnt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat eine Studie veröffentlicht, wonach allein zwischen dem Kriegsbeginn im März 2003 und Ende Juni 2006 etwa 151.000 Iraker durch Folgen der amerikanischen Invasion gestorben sind. Hinzu kommen mehr als eine Millionen Verwundeter und mehrere Millionen Flüchtlinge. Schätzungen zu den Todeszahlen von anderen Organisationen gehen zum Teil in die Millionen, je nachdem, wo und wie die Zahlen erhoben wurden. Das Problem bei der Erfassung der Zahlen ist, dass es im Irak keine gut funktionierende behördliche Verwaltung gibt, wo man sich mittels Totenscheine einen Überblick verschaffen kann. So waren die Umfrageunternehmen gezwungen von Haus zu Haus zu gehen und nach toten Familienangehörigen seit dem US-Einmarsch zu fragen. Einig sind sich die Organisationen dagegen darin, dass sich die Zahlen im Laufe der Jahre stetig erhöht haben und man sich im Irak geradewegs in eine humanitäre Katastrophe hinein bewegt. An der traurigen Spitze der Todeszahlen liegt die irakische Hauptstadt Bagdad, wo beinahe die Hälfte aller Haushalte seit Kriegsbeginn mindestens einen Toten zu beklagen hat. Die Regionen um Bakuba und Mosul folgen dicht dahinter. Eine Umfrage des britischen Meinungsforschungsinstituts ORB (Opinion Research Business) konnte die prozentualen Anteile der Tötungsgründe errechnen. Demnach kamen 48 Prozent der

Toten durch Gewalteinwirkung ums Leben, 20 Prozent durch Autobomben, 9 Prozent durch Luftangriffe, 6 Prozent durch weitere Kampfmittel sowie weitere 6 Prozent durch Unfälle.

Ein ganz anderes Thema sind in diesem Zusammenhang die Kriegskosten. Linda Bilmes von der Harvard-Universität und der ehemalige Chef der Weltbank und heutige Professor für Ökonomie an der Columbia Universität, Joseph Stiglitz, beziffern ihr Volumen in ihrem im März 2008 erschienenen Buch „*The Three Trillion Dollar War*“ auf unglaubliche drei Billionen US-Dollar. Die Bush-Regierung erklärte einst, der Krieg würde 50 Milliarden US-Dollar kosten. Diesen Betrag geben die USA im Irak inzwischen alle drei Monate aus. Um diese Zahl ins rechte Licht zu rücken: Für ein Sechstel der Kriegskosten hätte die Bush-Regierung ihr Sozialversicherungssystem für mehr als ein halbes Jahrhundert auf eine solide Basis stellen können, ohne die Leistungen zu senken oder die Beiträge zu erhöhen. Die Bush-Regierung hat die Steuern für die Reichen bei Kriegseintritt trotz eines Haushaltsdefizits gesenkt. Infolgedessen musste sie den Krieg über Kredite finanzieren. Es ist der erste Krieg in der amerikanischen Geschichte, der von den Bürgern keine finanziellen Opfer in Form von Steuererhöhungen verlangt hat; stattdessen werden die Kosten zu 100 Prozent kommenden Generationen aufgebürdet. Sofern sich nichts ändert, wird die Staatsverschuldung in den USA, die bei Bushs Amtsantritt bei 5.700 Mrd. \$ lag, allein aufgrund des Kriegs um 2.000 Mrd. \$ höher ausfallen (zusätzlich zu den 800 Mrd. \$, um die sie sich unter Bush schon vor dem Krieg erhöht hatte).

Die US-Regierung hatte versucht, der amerikanischen Öffentlichkeit die Kriegskosten zu verheimlichen. Veteranengruppen haben mithilfe des Freedom of Information Act die Gesamtzahl der Verwundeten aufgedeckt: Sie liegt 15-mal so hoch wie die Zahl der Gefallenen. Bei 52.000 zurückgekehrten Veteranen wurde bisher ein posttraumatisches Stresssyndrom diagnostiziert. Amerika wird Invaliditätsentschädigungen an schätzungsweise 40 Prozent der 1,65 Millionen bisher stationierten Soldaten zahlen müssen.

Gewonnen haben bei diesem Krieg nur zwei: die Ölgesellschaften und private Anbieter von Militärdienstleistungen. Die meisten Kosten hatte der Irak zu tragen. Die Hälfte aller irakischen Ärzte wurde getötet oder hat das Land verlassen. Die Arbeitslosenquote beträgt derzeit 25 Prozent. Und fünf Jahre nach Kriegsbeginn funktioniert in Bagdad die Stromversorgung noch immer weniger als acht Stunden pro Tag.

Schuld an dem Desaster ist eine verheerende amerikanische Politik, die dem irakischen Volk von oben herab aufgezwungen wurde. Nach dem Vorbild des Marshallplans sollte der Irak zu neuer wirtschaftlicher Stärke und Stabilität finden. „*Amerika hat so etwas schon früher einmal getan. Nach dem Zweiten Weltkrieg holten wir die besiegten Länder Japan und Deutschland aus dem Elend und halfen ihnen beim Aufbau eines demokratischen Staates*“, merkte

Bush in einer Rede als Vorbild für den neuen Marshallplan an. Dem ist soweit nichts hinzuzufügen. Außer vielleicht, dass man als Deutscher froh sein kann, dass es kein Bush war, der dabei half, das zerbombte Deutschland „aus dem Elend“ zu holen. Denn anders als nach dem zweiten Weltkrieg sah der „neue Marshallplan“ (George C. Marshall wird sich dabei im Grabe umdrehen) keinen Wiederaufbau mithilfe der einheimischen Industrie und ihren Facharbeitern vor. Es waren in erster Linie amerikanische Firmen, die vom Wiederaufbau des Iraks profitierten. Von den Geldern der eingerichteten Wiederaufbaufonds sah die irakische Industrie keinen Cent. Statt den Wiederaufbau vor Ort mit Kräften aus dem Volk herbeizuführen, die einerseits von den Straßen weggekommen wären und andererseits den Grundstein für eine funktionierende Ökonomie und eine soziale Sicherung hätten legen können, schloss man sie vollkommen aus und ließ sie zuschauen, wie amerikanische Firmen mit eingeflogenen Mitarbeitern die Infrastruktur des Landes wieder auf Vordermann bringen sollten. Die Besatzungsbehörde um Paul Bremer sprach in diesem Zusammenhang immer wieder von einem „*Geschenk des amerikanischen Volkes an das irakische Volk*“ Ein Geschenk, das keiner wollte. Das ausschließlich amerikanische Firmen im Irak agierten, und auch ein halbes Jahr nach Ende der offiziellen Kriegshandlungen in Bagdad fließend Wasser und Strom fehlten, machte das Versagen deutlich. Doch während die amerikanische Besatzungsbehörde mit gerade einmal 1.500 Leuten im Irak war, hatte allein Halliburton rund 50.000 Personen im Land. Die Verwaltung war schlichtweg überfordert. Das ganze Schlamassel gipfelte darin, dass die Ingenieur- und Baufirma CH2M mit einem 28,5 Millionen US-Dollar dotierten Vertrag damit beauftragt wurde, vier weitere große Auftragnehmer zu koordinieren. Auftragnehmer befahlen andere Auftragnehmer.

Die Maschinen der rund 200 irakischen Staatsbetriebe standen still, während die US-Besatzung ein amerikanisches Unternehmen nach dem anderen ins Land holte. Bei der einst höchst entwickelten Industrie des gesamten Nahen Ostens gingen nach und nach die Lichter aus, die Iraker verloren ihre Arbeitsstellen. Dabei wäre vielen von ihnen in den Anfangsmonaten schon mit Notstromaggregaten zu helfen gewesen, doch obwohl die Amerikaner im Irak einen Militärstützpunkt nach dem anderen auf den sandigen Boden der Wüste zaubern konnten, scherten sie sich nicht um die einfachen Probleme des Volkes. Die kanadische Journalistin Naomi Klein sprach über diese und andere Probleme mit dem irakischen Industrieminister Mohamad Tofiq, der ihr von der Gleichgültigkeit der Amerikaner berichtete. So habe Tofiq den Amerikanern vorgeschlagen, die 17 irakischen Zementfabriken in Gang zu setzen und somit Zehntausenden Irakern wieder eine Arbeitsstelle zu geben. Die Amerikaner aber verneinten und importierten ihren Zement zu einem zügelfach höheren Preis lieber aus dem Ausland. Es kann daher nicht verwundern, dass die Stimmung

im irakischen Volk von Tag zu Tag immer mehr kippte. Von 142 Krankenhäusern, für deren Bau die amerikanische Firma Parsons 186 Millionen US-Dollar einstrich, wurden gerade einmal sechs fertig gestellt, bis sich das Unternehmen aus dem Irak zurückzog. Hätten sie ein halbes Jahr nach dem Einmarsch der US-Truppen über elektrischen Strom, fließendes Wasser und eine Sicherheit ausstrahlende Polizei verfügt, hätten sich die Meisten wohl noch damit zufrieden gegeben, da man augenscheinlich den Aufbau des Landes hätte verfolgen können. Doch weder der elektrische Strom, für den General Electric zuständig war, noch fließendes Wasser (Firma Bechtel) und schon gar keine Polizei (Ausbildung durch die Firma DynCorp) funktionierten auch nur ansatzweise ordentlich, während die Iraker dazu verdammt waren, zu Hause zu sitzen und dem Treiben im eigenen Land zuzuschauen. Und die Zustände verschlimmerten sich: So berichtete die Zeitung „*New York Times*“ davon, dass allein das Stromnetz im Jahr 2007 sogar deutlich weniger leistungsfähig war als noch 2006. Manch ein Iraker fühlte sich in die Steinzeit zurückversetzt, als auch das Gas zum Kochen knapp wurde und man wieder in die Wälder ging, um Holz zu sammeln.

Das irakische Geschäftsleben kam nahezu vollständig zum Stillstand. Der einzige Markt mit deutlichen Wachstumschancen waren Menschenentführungen. So wurden alleine in den ersten knapp vier Monaten des Jahres 2006 rund 20.000 Menschen im Irak entführt. In der Regel handelte es sich dabei um einfache Iraker, deren Familien zu Lösegeldzahlungen gezwungen werden sollten. Wer das Geld nicht hatte, erhielt eine Leiche zurück. Die internationalen Fälle, bei denen es sich um europäische oder amerikanische Entführte handelt, bilden nur die Spitze des Eisbergs.

Durch die Misswirtschaft der Amerikaner begünstigt, stieg die Zahl der Unterstützer des Widerstands rapide an. Gleichzeitig trieben die Amerikaner die Iraker in die offenen Arme der religiös Fanatischen, obwohl das irakische Volk im Grunde einen säkularen Staat bevorzugte, wie eine Meinungsumfrage von Oxford Research International im Februar 2004, 11 Monate nach der US-Invasion, feststellte. Nur 21 Prozent der Befragten sprachen sich zu diesem Zeitpunkt für einen „islamischen Staat“ aus. Sechs Monate später stieg diese Zahl auf 70 Prozent. Die anhaltende Gewalt, Skandale wie der in Abu Ghraib und Zukunftsängste sorgten für den rapiden Stimmungswandel in der Bevölkerung.

Die Fundamentalisten nutzten den Unmut der Bevölkerung aus und organisierten sich in vielen Teilen des Landes mittels Spendengeldern aus Moscheen und höchst wahrscheinlich auch aus dem Iran. Sie organisierten eigene Elektriker, sammelten Blutspenden, sorgten für die Beseitigung des Hausmülls und gründeten Bürgerwehren zur Sicherung des eigenen Wohnviertels. Sie kümmerten sich um all jene Dinge, die das Volk als Minimum von den Amerika-

nern erwartet hatte und worin es so bitter enttäuscht wurde. So wuchsen die Sympathien für den Rebellenführer Muktda Al-Sadr und anderen Geistlichen rapide an. Doch statt sich um die Hintergründe der zunehmenden Radikalisierung zu kümmern, verschärfte das US-Militär ihre Hausdurchsuchungen. Ohne Rücksicht auf das Recht auf Privatsphäre traten die US-Soldaten, egal ob am Tag oder in der Nacht, wahllos Türen ein, durchsuchten mit angelegten Maschinengewehren jedes einzelne Zimmer, schrieten die Hausbewohner an, fesselten die männlichen Bewohner und stülpten ihnen Säcke über den Kopf. Aus purem Aktionismus heraus steckten die Besatzer in den ersten dreieinhalb Jahren des Kriegs geschätzte 61.000 irakische Zivilisten in Gefängnisse, wovon sich 2007 noch immer 19.000 in Haft befanden.

Mit der Hinrichtung Saddam Husseins am 30. Dezember 2006 erhofften sich die US-Besatzer ein endgültiges Zusammenbrechen des Widerstands, doch das Gegenteil war der Fall. Präsident Bush sprach nach der Hinrichtung von einem „Meilenstein“, womit er erneut seine Respektlosigkeit gegenüber dem Leben an sich zum Ausdruck brachte, wie schon während seiner Jahre als texanischer Gouverneur, als die Hinrichtungen in texanischen Gefängnissen neue Rekorde sprengten. Saddam Husseins Taten dürfen nicht beschönigt werden, zu viele Gräueltaten wurden unter seinem Kommando verübt. Nichtsdestotrotz darf es sich ein zivilisiertes Land wie die USA nicht erlauben, sich zum Henker zu machen und somit dem irakischen Volk das Signal zu vermitteln, dass sich zum früheren Saddam-Regime nicht allzu viel verändert hat. Das kurz danach im Internet aufgetauchte Video der Hinrichtung mittels Hängen sorgte umgehend für Empörung im Irak, aber auch in weiten Teilen der Welt. Und obwohl der Tod Saddam Husseins für die überwiegende Mehrheit der Iraker einer Befreiung gleichkommen musste, waren nur wenige bereit, ihre Genugtuung offenkundig zu tun. Zu martialisch waren die Bilder der Hinrichtung. Zwar wurde Hussein offiziell vom Irak hingerichtet, doch geschah dies im Interesse Washingtons. Die US-Besatzer hatten wieder einmal Wilder Westen gespielt.

Am 20. März 2008 jährte sich der Einmarsch in den Irak zum fünften Mal. Und auch wenn die Opferzahlen unter der Bevölkerung und auch dem US-Militär aufgrund von Anschlägen in den zurückliegenden Monaten gesunken sind, kann man im Irak auch heute noch nicht von einer Trendwende hin zu mehr Stabilität sprechen. Nur aufgrund mehrfacher Truppenaufstockungen ist es den USA zumindest in den größeren Städten gelungen, für ein wenig mehr Ordnung zu sorgen. Eine Ordnung, die Tag für Tag auf dem Prüfstand steht und jederzeit wieder verloren gehen kann. In den USA mehren sich schon seit einiger Zeit die Stimmen, die von einem schnellen Truppenabzug sprechen, gerade im Präsidentschaftsvorwahlkampf der Demokraten lassen sich damit Stimmen gewinnen. So haben beide demokratischen Präsidentschaftskandidaten, Hillary Clinton und Barack Obama, nach ihrem Sieg im Rennen um das Weiße Haus

vor, die Truppen so schnell wie möglich aus dem Irak abziehen. John McCain, der durchaus liberale Präsidentschaftskandidat der Republikaner, hält dagegen am Kurs der Bush-Regierung fest und warnt vor einem Bürgerkrieg, sollte das US-Militär den Irak verlassen. Bei der Rede des Noch-Präsidenten Bush zum fünften Jahrestag des Einmarschs vor Offizieren im Pentagon blendete dieser die enormen Probleme und Kosten der Invasion einfach aus und sprach von einem noblen, notwendigen und gerechten Krieg. Kein Wort verlor er über die angeblichen, nie entdeckten Massenvernichtungswaffen. Auch kein Wort von den 151.000 umgekommenen Zivilisten oder davon, dass Iraks Regierung auch ein Jahr nach der jüngsten US-Truppenaufstockung bei der politischen Einung des Landes keine Fortschritte gemacht hat, wie selbst Top-General David Petraeus einräumte. Stattdessen malte er ein geradezu heroisches Bild der US-Truppen: *„Zehntausende unserer Truppen strömten über die irakische Grenze, um das irakische Volk zu befreien. Unsere Truppen kämpften sich durch Sandstürme, die so intensiv waren, dass sie das Tageslicht verdunkelten [...] Flankiert von den effektivsten und präzisesten Luftangriffen in der Geschichte, rasten die Koalitionskräfte durch 350 Meilen Feindesland. Sie zerstörten Divisionen der Republikanischen Garde, stießen durch den Engpass von Kerbela, eroberten den Saddam International Airport und befreiten Bagdad in weniger als einem Monat. [...] Unsere Truppen schrieben neue Kapitel in der Geschichte des Heldentums des US-Militär.“*

In einer Umfrage des TV-Sender CBS, die zum fünften Jahrestag des Einmarschs in den Irak erhoben wurde, meinten mittlerweile 64 Prozent der Amerikaner, dass all die Toten, die Probleme und Kosten es nicht wert gewesen seien, diesen Krieg zu führen. Eine Mehrheit von 53 Prozent geht sogar davon aus, dass er nicht mehr zu gewinnen sei. Bush hingegen packte in seiner Rede nochmals das alte Schreckensgespenst der Massenvernichtungswaffen aus, als er speziell die Rückzugsbefürworter ansprach und ihnen ernsthaft erklären wollte, dass mit einem Rückzug die Gefahr bestünde, Terroristen würden sich Massenvernichtungswaffen beschaffen und damit die USA angreifen. Dies war dann der Zeitpunkt in Bushs Rede, in der sich das Abschalten des Fernsehers gelohnt hat. Er hatte ganz offensichtlich auch fünf Jahre danach nichts hinzugelehrt. Nur mit einem hatte er durchaus recht: Im Irak gibt es noch viel zu tun.

8. Abu Ghraib – Folter auf Befehl

Am 10. November 2003 meldete sich der irakische Generalmajor Abed Hamed Mowhoush bei einem Wachposten des amerikanischen Stützpunkts „Tiger“ in Al Qaim. Mowhoush ist ehemaliger Kommandeur einer Spezialeinheit der

irakischen Armee und soll, nach Angaben des US-Militärs, den Widerstand gegen die Besatzer aktiv begleitet haben.

An diesem Tag ging Mowhoush auf die Amerikaner zu und bat um die Freilassung seines Sohnes, der sich in der Gewalt des US-Militärs befand. Ein Fehler, der ihn das Leben kosten sollte. Sofort packten ihn die US-Militärs und deportierten ihn in ein nahe gelegenes Gefängnis, das sich in der Hand des CIA befand. Dort angekommen, brachten sie ihn in einen Verhörraum, den er nicht mehr lebend verließ. Man steckte ihn in einem Schlafsack, zog den Reißverschluss komplett zu, und schlug mit Füßen und Baseballschlägern auf das menschliche Bündel ein. Als man den Schlafsack später öffnete, war Mowhoush tot. *„[Er] starb während des Verhörs durch Einwirkung roher Gewalt [...] die genauen Umstände unterliegen der Geheimhaltung“*, stand später im Autopsiebericht.

Anfang April 2004 in Mosul. Nach einer Razzia wurde ein 27-jähriger irakischer Zivilist ohne ausreichenden Verdacht festgenommen und in ein nahe gelegenes Gefängnis gesteckt. In seiner Zelle angekommen, steckte man ihm eine Plastiktüte über den Kopf, versetzte ihm Temperaturschocks und sorgte dafür, dass er keinen Schlaf fand. 72 Stunden später war er tot. Der Militärpathologe sprach anschließend von einem Kälteschock als Todesursache. Offensichtlich hatte man ihm mehrere Male eiskaltes Wasser über den Kopf geschüttet. Wie die sonstigen zahlreichen Kopfverletzungen und Rippenbrüche zustande kamen, bleibt bis heute offiziell ungeklärt.

Ortswechsel. Rund 30 Kilometer westlich von Bagdad liegt die kleine Stadt Abu Ghraib, die einen der berühmtesten Gefängniskomplexe der Welt beherbergt. Schon unter Saddam Hussein war das Gefängnis Schauplatz von Folter und Hinrichtungen. Tausende von politischen Gefangenen, allein im Jahr 1984 gehen Schätzungen von bis zu 4.000 Exekutionen aus, fanden hier ihren Tod. Schon zuvor, während des zweiten Weltkriegs, wurde es zur Inhaftierung von Kriegsgefangenen genutzt, speziell Angehörige der britischen SAS-Kampftruppe sollen hier von der irakischen Armee gefoltert worden sein.

Im Jahr 2001 saßen schätzungsweise 15.000 Häftlinge im Gefängnis ein, darunter viele irakische Kurden, Schiiten, sowie persischstämmige Iraker, die teilweise seit dem Beginn des Ersten Golfkrieges im Jahr 1980 dort inhaftiert waren. Viele der Insassen wurden nie angeklagt oder gar verurteilt und saßen jahrelang in Einzelhaft. Nach dem Sturz des Saddam-Regimes entdeckten Truppen der alliierten Verbände mehrere Massengräber, ein Zeugnis der grausamen Vergangenheit. Noch vor dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen wurde das Gefängnis aufgegeben und im Oktober 2002 in einer Generalamnesie die Freilassung der meisten Häftlinge beschlossen. Die Büromöbel wurden geplündert oder kaputt getreten, sämtliche Unterlagen verbrannt. Selbst Türen, Fenster und Dachziegel fanden bei den Plünderern reges Interes-

se. Das irakische Volk hatte die berechtigte Hoffnung, diesen Stachel in seiner Seele nun endgültig losgeworden zu sein. Doch die Hoffnung währte nicht lange, als die amerikanischen Besatzer beschlossen, den Gefängnis-komplex wieder aufzubauen und für ihre Zwecke zu nutzen. Die Böden wurden neu gefliest, die Zellen repariert, Duschen und Toiletten neu installiert und selbst ein medizinisches Zentrum wurde eingerichtet. Mit ein wenig Landeskenntnis hätte den Besatzern schon 2003 bewusst sein müssen, welches Signal sie mit dieser Maßnahme in Richtung des irakischen Volks aussandten. Mit Sicherheit zählt das, in der Nachbetrachtung, zu einem der größten Fehler der amerikanischen Besatzungspolitik.

Im Juni 2003, kurz nach der „Mission accomplished“-Rede von Präsident Bush, wurde Janis Karpinski zur Kommandeurin der 800. Brigade der Militärpolizei ernannt. Damit übernahm die einstige Einsatz- und Nachrichtenoffizierin die Verantwortung für drei große Militärgefängnisse und über 3.000 Reservisten, von denen nur wenige im Umgang mit Häftlingen ausgebildet waren. Schon im Herbst 2003 saßen mehrere Tausend Iraker, zumeist Zivilisten, darunter auch Frauen und Jugendliche, in Abu Ghraib ein. Karpinski behauptete im Dezember 2003 in einem Interview mit der Zeitung „*St. Petersburg Times*“, dass für die Inhaftierten *„die Lebensbedingungen mittlerweile besser sind als zu Hause. Einmal haben wir uns schon Gedanken gemacht, dass sie womöglich gar nicht wieder gehen wollen.“* Wenige Wochen nach diesem Interview wurde Karpinski stillschweigend von ihrem Dienst suspendiert. Eine durch Generalleutnant Ricardo S. Sanchez, dem Oberkommandierenden im Irak, autorisierte Untersuchung brachte zu Tage, dass allein zwischen Oktober und Dezember 2003 in Abu Ghraib zahlreiche Fälle von *„sadistischer, eklatanter und böswillig krimineller Misshandlung“* vorgekommen seien, wie Generalmajor Antonio M. Tabuga in seinem 53-seitigen Untersuchungsbericht festhielt. Zu diesen Misshandlungen zählten unter anderen

- mit einer Neonröhre oder Besenstiel Unzucht an Häftlingen,
- die Androhung von Vergewaltigung,
- das Betropfen der Häftlinge mit Phosphorflüssigkeit aus chemischen Leuchtmitteln,
- Kampfhunde, die den Häftlingen Angst einjagten,
- Das Übergießen nackter Häftlinge mit eiskaltem Wasser.

Der zum Teil als geheim klassifizierte Bericht fand zusammen mit Folter-Fotos, die der ehemalige Militärpolizist Joseph M. Darby im Januar 2004 an die Einheit für interne Ermittlungen (CID) übergab, seinen Weg in die Medienwelt. Darbys Identität blieb lange Zeit geheim. Erst als Rumsfeld seinen Namen offen bei einer Anhörung vor dem US-Kongress aussprach, flog er auf. Ob

Absicht dahinter steckte? Darby war fortan seines Lebens nicht mehr sicher. Das Pentagon musste ihn 24 Stunden am Tag von sechs Leibwächtern beschützen lassen. Diverse Morddrohungen waren auch der Grund für eine kosmetische Operation, die sein Äußeres veränderte. Unter welchem Namen und an welchem Ort er heute lebt ist nicht bekannt.

Am 28. April 2004 berichtete die CBS—Sendung „60 Minutes II“ erstmals ausführlich über die Misshandlungen. In dieser Sendung wurden erstmals öffentlich Fotoaufnahmen gezeigt von amerikanischen Militärsoldaten, die sich den Inhaftierten gegenüber wie Herrenmenschen benahmen und sie zwangen, erniedrigende Positionen einzunehmen. So zeigt ein Foto die junge Gefreite Lynndie England, die mit Daumen nach oben und einer Zigarette im Mundwinkel auf die Genitalien eines masturbierenden Gefangenen zeigt, der bis auf einen Kartoffelsack über dem Kopf vollständig nackt war. Eine andere Aufnahme zeigt einen Berg nackter Gefangener, die gezwungen wurden, sich nackt zu einem Haufen zu formieren, während zwei grinsende GIs Arm in Arm vor dem Menschenberg posieren. Und noch einmal ist Lynndie England auf einem Foto zu sehen, wie sich eine Hundeleine in der Hand hält, an deren anderen Ende ein Gefangener auf dem Boden kniend wie ein Hund posieren musste. Der Professor für Nahöstliche Studien, Bernhard Haykel, erklärt dazu: *„Aufeinander gestapelt und zur Masturbation gezwungen zu werden, nackt vor anderen sein – das sind alles Formen der Folter.“*

Die CBS-Sendung strahlt auch zwei Aufnahmen aus, die das ganze Grauen dokumentieren. Auf einem der Aufnahmen ist eine Art Schlachtraum zu sehen, an dessen Wänden überall Blut zu sehen ist. Die andere Aufnahme zeigt einen in Zellophan gewickelten und auf Eis gelegten Körper eines Toten. Wie sich erst später herausstellte, handelte es sich um den Leichnam des Irakers Manadel al-Jamadi, der die Folterungen nicht überlebte. *„Sie setzten ihm so hart zu, dass der Mann starb. Sie steckten seinen Leichnam in einen Leichensack und legten ihn ungefähr 24 Stunden lang unter der Dusche auf Eis [...] Am nächsten Morgen kamen die Sanitäter und legten die Leiche auf eine Trage, steckten eine Infusionsattrappe in den Arm und trugen ihn weg“*, erinnert sich der US-Soldat Frederick in einem Brief an Jamadis Familie. Während des Gerichtsverfahrens wurde von dem US-Soldaten Bruce Brown hinzugefügt, dass man überall Lufterfrischer versprüht habe, um den Verwesungsgeruch zu übertünchen.

Eine weitere Fotoaufnahme, die zu traurigem Weltruhm gelangte, ist die Inszenierung eines gemarterten Häftlings, der, mit einem Sack auf dem Kopf, ausgestreckten Armen und Drähten in den Hüften, auf einer Holzkiste stehend eine gespielte Hinrichtung über sich ergehen lassen musste. Der Name des geschundenen Irakers ist Haj Ali Al-Qaisi. Einst war er ein stolzer Dorfvorsteher, der in Moscheen unterrichtete. *„Meine Probleme mit den Amerikanern begannen, als ich ein Stück Land als Spielplatz für die Kinder herrichtete“*,

berichtete Al-Qaisi nach seiner Entlassung. Genau dieses Grundstück aber benutzten die Amerikaner als Müllhalde für den Schutt, den sie vom Flughafen herbei fuhren und darunter auch immer wieder Leichenteile und pornografische Zeitschriften. Als sich Al-Qaisi offiziell beim Gemeindeamt beschwerte, war es um ihn geschehen. US-Soldaten suchten ihn am 30. Oktober 2003 auf und brachten ihn in das amerikanische Militärgefängnis nach Al-Amriya. Drei Tage später wurde er nach Abu Ghraib überstellt, wo er nach seiner Ankunft sofort in einem Verhörraum gebracht wurde. *„Eigentlich waren es Toiletten, in denen das Abwasser stand“*, bemerkte Al-Qaisi dazu. *„Zwei Beamte und ein Dolmetscher saßen an einem Ende, weiter weg vom Abwasser. Ich musste auf dem Boden sitzen. Sie fragten mich, ob ich Sunnit oder Schiit sei. Das war das erste Mal, dass ich diese Frage hörte. Früher war es sogar für das Personenstandsrecht gleichgültig, welcher religiösen Schule man angehört [...] Sie fragten auch, ob ich Osama Bin Laden kenne. Ich sagte, das ich ihn aus dem Fernsehen kenn [...] Ich hatte das Gefühl, sie suchten nach etwas, was sie mir anhängen könnten. Dann sagten sie, ich sei ein Antisemit, worauf ich ihnen erklärte, dass die Semiten zu den Vorvätern der ganzen Menschheit gehörten.“*

Das US-Militär brachte ihn mit rund 200 anderen Häftlingen in ein Zeltlager, das gerade einmal aus fünf Zelten bestand. Rundherum waren Stacheldrahtzäune angebracht und dahinter eine 15 Meter hohe Mauer. Die sanitären Einrichtungen bestanden lediglich aus mobilen Toiletten, die zum einen bereits am überlaufen waren und zum anderen viel zu wenige in ihrer Zahl, sodass man bis zu drei Stunden anstehen musste, wie Al-Qaisi berichtete. Während des Monats Ramadan, in dem gläubige Muslime zwischen Sonnenauf- und -untergang keine Nahrungsmittel zu sich nehmen, wurde ihnen das Essen bereits kurz nach dem Morgengebet gebracht, was zur Folge hatte, dass sie das Essen bis spät abends stehen lassen mussten. Die US-Soldaten machten sich einen Spaß daraus.

Unzählige Tage später, willkürlich und ohne Vorwarnung, steckten sie Al-Qaisi in einen Jeep, zogen ihm einen Sack über den Kopf und fuhren ihn an einen anderen Ort. *„Als sie den Sack abnahmen, war ich in einem langen Gang, in dem man die Schreie von Gefolterten hörte. Sie befahlen mir, mich auszuziehen, meine Jallabiyya, mein Unterhemd und schließlich meine Unterhose. Als ich mich weigerte, hielten sie mich zu fünft fest und zogen mich aus. [...] Ich musste geradeaus gehen bis zu einer Stiege. Sie wollten, dass ich hinaufgehe, doch meine Beine gaben nach. Ich fiel hin und sie prügeln auf mich ein, bis ich die Stiegen hinauf kroch – es dauerte eine Stunde. [...] Sie schlugen mich, übergossen mich mit Urin und Abwasser, schrieben mir etwas auf den Körper, richteten ihre Waffen auf mich, schrieten mich durch ein Megaphon an und stanzten mir mit den Handschellen ein Loch ins Ohr. Das dauerte bis zum Ruf des Morgengebets. Da kam jemand, nahm mir den Sack vom Kopf und fragte*

mich auf Arabisch mit libanesischem Akzent: «Kennst Du mich? Man kennt mich überall, ich verhöre Leute in Gaza, im Westjordanland und im Südbanon. Ich habe einen guten Ruf: Ich bekomme, was ich will, oder ich bringe Dich um.»“ Was Al-Qaisi in den folgenden drei Tagen über sich ergehen lassen musste, ist so unfassbar, dass man es kaum glauben kann. Mehrmals erniedrigte man ihn sexuell, fesselte ihn in gekreuzigter Stellung an ein Eisengitter, sodass er nur noch auf Zehenspitzen den Boden berührte, übergoss ihn mit Urin und verpasste seinem bereits geschundenen Körper einen Schlag nach dem anderen. Erst nach drei Tagen steckte man ihn zu anderen Gefangenen in eine Zelle, die allesamt ähnliches durchstehen mussten. Einer der Militärpolizisten riss ihm einen Verband von der Hand, sodass die tiefe Wunde, die ihm während der Folter zugeführt wurde, erneut zu bluten begann. *„Am nächsten Tag bat ich eine Soldatin um ein Schmerzmittel. Sie sagte, ich solle meine Hand unter dem Gitter durchschieben. Ich dachte, sie wollte sich meine Hand ansehen, doch sie trat mir auf die Hand und sagte: «Das ist ein amerikanisches Schmerzmittel.»*“, erinnert sich Al-Qaisi.

Mehr als 14 Tage danach kam es zu den Fotoaufnahmen der inszenierten Hinrichtung. Sie brachten ihn in einem Raum, in dem bereits an die 10 Personen anwesend waren, alle ausgestattet mit Handy oder Digitalkamera. *„Sie stellten mich auf eine Kiste, mit einem Umhang über den Kopf und den Armen seitlich ausgestreckt. Sie sagten, sie würden mir Stromschläge verpassen. Ich glaubte ihnen nicht. Dann nahmen sie zwei Drähte und stießen sie in meinen Körper. Ich dachte, meine Augäpfel würde aus ihren Höhlen treten. Dann fiel ich zu Boden.“* Die ganze Prozedur wurde dreimal wiederholt und Al-Qaisi musste fünf Elektroschocks über sich ergehen lassen.

Es dauerte insgesamt 49 Tage, bis die Verhörspezialisten erkannten, dass sie von ihm keine Informationen zu erwarten hatten und man ihn zurück in das Zeltlager brachte, wo er zwei Tage später von einem LKW gestoßen wurde und wieder frei war. Al-Qaisis Geschichte ist nur eine von vielen Einzelschicksalen. Tausende andere können von ganz ähnlichen Erlebnissen berichten. So wurde bekannt, dass man einen 75-jährigen Imam zwang, sich Frauenkleider anzuziehen. Anschließend lichtete man ihn für das private Fotoalbum darin ab. Ein anderer Imam musste Vergewaltigungen über sich ergehen lassen, während man vor allem jüngere Insassen dazu zwang, auf Bilder von Familienangehörigen zu urinieren.

Was in Abu Ghraib, das laut Karpinski eine Oase des Wohlfühls sei, tatsächlich vorstatten ging, wird auch aus dem Zeugenbericht von Militärpolizist Matthew Wisdom deutlich, der bereits Anfang April 2004 bei einer geheim gehaltenen Militäranhörung aussagen musste: *„Ich habe gesehen, wie Staff Sergeant Frederick, Sergeant Davis und Corporal Graner um den Haufen herumliefen und die Gefangenen schlugen. Ich erinnere mich, dass Staff Sergeant*

Frederick einen Gefangenen in die Seite seines Brustkorbs schlug. [...] Ich habe zwei nackte Häftlinge gesehen, einer masturbierte in die Richtung eines anderen auf Knien mit offenem Mund. [...] Ich sah Staff Sergeant Frederick auf mich zukommen, und er sagte: «Schau, was diese Tiere machen, wenn man sie nur zwei Sekunden allein lässt.» Ich hörte Private First Class England rufen: «Er wird hart.»“

Die Misshandlungen in Abu Ghraib wurden der US-Regierung bereits Anfang 2004 bekannt. Der damalige Verteidigungsminister Rumsfeld informierte Mitte Januar 2004 Präsident Bush von den Vorwürfen und gemeinsam beschloss man ihnen hinter verschlossenen Türen nachzugehen. Nachdem dies durch die CBS-Sendung im April 2004 endgültig scheiterte, war man bemüht darin, die Misshandlungen einigen wenigen schwarzen Schafen in Reihen der Gefängniswärter in die Schuhe zu schieben. Doch die Wirklichkeit sah ganz anders aus: Der zuvor erwähnte Staff Sergeant Frederick schrieb in einer Notiz an seiner Familie: *„Ich habe zu einigen Dingen, die ich zu sehen bekam, Fragen gestellt. [...] Dinge wie Insassen ohne Kleider oder in Damenunterwäsche in ihrem Zellen zurücklassen und sie mit Handschellen an die Zellentür fesseln – und die Antwort, die ich bekam, lautete: «So will es der militärische Nachrichtendienst haben.» ... Der MI hat uns auch angewiesen, einen Gefangenen volle drei Tage lang mit wenig oder gar keinen Kleidern in eine Einzelzelle ohne Toilette oder fließendes Wasser, ohne Belüftung oder Fenster zu stecken.“* Laut Frederick wurden er und seine Kameraden von den Offizieren des Nachrichtendienstes zu den Misshandlungen motiviert, um endlich positive Ergebnisse in Form von Informationen zu erhalten. Bestätigt wurden diese Vorwürfe gegenüber dem Nachrichtendienst von Generalmajor Tabuga, der in seinem Untersuchungsbericht ebenfalls zu bedenken gab, dass die Misshandlungen eher einem bestimmten System folgten und weniger die Tat einzelner schwarzer Schafe seien. *„Ich [stelle] fest, dass Personal, das der 372. MP-Kompanie der 800. MP-Brigade zugeteilt war, angewiesen wurde, das Procedere zu ändern, um für MI-Verhöre «Bedingungen zu schaffen». Nachrichtenoffiziere der Army, CIA-Agenten und private Söldner baten aktiv darum, dass MP-Wärter physisch und mental günstige Bedingungen für Verhöre der Zeugen herbeiführen“,* stellte Tabuga in seinem Bericht deutlich.

Die US-Regierung wogelte ab und konzentrierte ihre Aufklärungsarbeit auf die sechs US-Soldaten unteren Ranges, die auf den meisten der veröffentlichten Fotoaufnahmen mit abgebildet waren. Darunter waren unter anderem auch Staff Sergeant Frederick und Private Lynndie England. Sicherlich, und hier kann es keine zwei Meinungen geben, gehörten die sechs Verdächtigen der Justiz zugeführt und ihre Taten angemessen bestraft. Befehl hin oder her, die veröffentlichten Aufnahmen verdeutlichten ihr Fehlverhalten und ihre Grimassen und die Art und Weise der Inszenierung der Fotoaufnahmen lassen auch keinen

anderen Schluss zu, als dass es ihnen nicht gerade unangenehm war, mit Menschen in derart unmenschlicher Art umzugehen. Darüber hinaus muss aber auch der Blick auf die dahinter stehende Befehlskette gelenkt werden, wie sie von Zeugenaussagen und Untersuchungen zu jenem Zeitpunkt bereits zu vermuten war. Doch nichts dergleichen geschah. Die sechs Soldaten wurden als Bauernopfer durch die mediale Landschaft getrieben und jede weitere Untersuchung der Vorfälle behindert.

Bereits im August 2003 machte man sich der bis zu diesem Zeitpunkt 1 ½-jährigen Erfahrung aus dem Gefangenenlager Guantanamo Bay zu nutze, indem der dortige Kommandeur, General Geoffrey Miller, ein Expertenteam nach Abu Ghraib schickte, dessen Empfehlungsreport die eindeutige Marschrichtung vorgab: „*Die Haftbedingungen müssen dazu dienen, Verhöre zu erleichtern.*“ Ganz offensichtlich bestand in Abu Ghraib die Absicht, zweifelhafte Methoden anzuwenden, die einzig der Gewinnung von fragwürdigen Informationen dienen sollten. General Miller empfahl dabei dieselben oder ähnliche Methoden anzuwenden, wie er sie in seinem Gefangenenlager Guantanamo Bay auf Kuba verordnete. Dabei vergaß er, dass, zumindest auf dem Papier, die Gefangenen in Abu Ghraib rein nichts mit denen auf Kuba gemein hatten. In Abu Ghraib saßen hauptsächlich einfache Zivilisten ein, auf Kuba sind es angebliche Al Qaida-Kämpfer, Taliban und andere muslimische Terroristen.

Dabei besagt die vierte Genfer Konvention, dass eine Besatzungsmacht nur unter zwingenden Sicherheitsgründen Zivilisten inhaftieren darf. Selbst dann aber nur, wenn ein ordentliches Gerichtsverfahren gewährleistet wird, welches eine tatsächliche Schuld feststellen muss. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sah sich im Februar 2004 dazu gezwungen, den damaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld daran zu erinnern, nachdem Zivilisten bereits seit Monaten, ohne Aussicht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren in Abu Ghraib einsaßen. Zu diesem Zeitpunkt trieb General Miller noch in Guantanamo sein Unwesen. Doch das Weiße Haus schien von seinen menschenverachtenden Methoden auf Kuba derart überzeugt, dass er im März 2004, noch vor Bekanntwerden des Folterskandals, die Nachfolge von Karpinski im Irak antrat. Ausgerechnet General Miller, zu dessen Schandtaten auf Kuba ich im nachfolgenden Kapitel noch detailliert zu sprechen komme, wurde von Washington im Mai 2004 als der Mann präsentiert, der die Achtung der Genfer Konventionen zum Schutz der Menschenrechte in irakischen Gefängnissen wiederherstellen sollte. Das Signal, dass diese Besetzung aussandte, war eindeutig: Wir, die USA, werden auch zukünftig jeden in die Mangel nehmen, der uns nicht das erzählt, was wir hören wollen. Dass Miller mit seinen Methoden auf Kuba kaum an verwendbare Informationen kam, schien bei seiner Besetzung keine Rolle zu spielen.

Auf Dutzenden Fotoaufnahmen waren Häftlinge nackt und gefesselt abgelichtet. Nicht selten mit auch mit einem Kartoffelsack über den Kopf gezogen und fest gebunden. Andere Gefangene wurden gezwungen zu masturbieren oder sich an anderen Gefangenen sexuell zu betätigen. Einer der in Abu Ghraib inhaftierten Iraker, Hayder Sabbar Abd, erzählte in einem Interview für die „*New York Times*“ von den Folterungen und den ständigen Kamerablitzlicht, dass ihre Pein noch vervielfachte.

Weitere Aufnahmen zeigten kniende Iraker mit gefesselten Händen auf dem Rücken, während sich vor ihnen ein von den US-Soldaten aufgepeitschter Schäferhund aufbäumte und die Zähne fletschte. Der Einsatz der Hunde als Foltermethode kann dabei kein Zufall sein. Es ist bekannt, dass der Hund in muslimischen Ländern als unreines Tier gilt. Dass sich deshalb ein paar wenige US-Soldaten unteren Ranges diese Methoden ausgedacht haben, scheint so abwegig zu sein, dass sich ein genauerer Blick hinter die Unschuldbekundungen aus Washington lohnt. Wie der Pulitzerpreisträger Seymour M. Hersh in seinem Werk „*Die Befehlskette*“ berichtet, konzentrierte sich das Thema Informationsgewinnung unter den Neokonservativen um Präsident Bush bereits vor der Irak-Invasion auf sexuelle Erniedrigung aller Art, im Besonderen auf homosexuelle Aktivitäten. Als eine Art Bibel galt ihnen dabei das Buch „*The Arab Mind*“ des Kulturanthropologen Raphael Patai, das erstmals 1973 erschien. Darin beschreibt Patai das Wesen der Araber und ihre Ablehnung von sexueller Freizügigkeit, die sie mit ihrem Glauben nicht vereinbaren konnten. Sex ist unter Arabern ein streng privates Thema und jede öffentliche Erwähnung wird als Schwäche ausgelegt. Die Inszenierung von Fotoaufnahmen, die Muslime bei homosexuellen Praktiken zeigen, ist daher für jeden Moslem eine Schande, die ihn bis zu seinem Tod verfolgen wird. Die Folter- und Verhörspezialisten im Irak machten sich dieses Wissen zunutze setzten die Gefangenen mit öffentlicher Bloßstellung unter Druck. Man erzählte ihnen, dass man ihren Familienangehörigen Kopien der Fotoaufnahmen zusenden werde, wenn sie nicht endlich bereit seien, zu kooperieren und Informationen zu liefern. Doch der Schuss ging nach hinten los. Tatsächlich brauchbare Informationen waren äußerste Mangelware. Dies kann natürlich auch vielmehr daran liegen, dass man von einfachen Zivilisten keine neuen Erkenntnisse über Al Qaida und ihre Strukturen im Irak erhoffen konnte. Doch Cowboys schießen eben viel lieber zuerst, bevor sie das Hirn einschalten.

Zahlreiche einfache Soldaten und sogar Offiziere im Dienst meldeten ihren Vorgesetzten bereits ab November 2003 immer wieder Fälle von systematischer Folter in Abu Ghraib, aber auch in anderen irakischen Gefängnissen. In vielen Fällen geschah das ganz offiziell in schriftlicher Form. Doch die Vorgesetzten wiegelten zumeist mit „Mach einfach Deinen Job“-Parolen ab. Für die

Bush-Administration schien es in dieser Phase weitaus wichtiger zu sein, das Thema totzuschweigen und nicht weiter zu behandeln.

Am 7. Mai 2004, wenige Tage nach der „60 Minutes“-Reportage von CBS, spielte Rumsfeld vor dem US-Senat den Unwissenden und prangert das „*grundlegend unamerikanische*“ Verhalten der US-Soldaten offen an. „*Es gibt noch andere Fotos, die [...] Akte zeigen, die man nur als eklatant sadistisch, grausam und unmenschlich bezeichnen kann. [...] Ich habe die Bedeutung der Angelegenheit verkannt*“, fügte er seinem Bericht hinzu. Der TV-Sender NBC wurde unter Berufung auf Militärangehörige deutlicher: „*[Die nicht veröffentlichten Aufnahmen zeigen Soldaten, die] einen irakischen Gefangenen fast zu Tode prügeln, mit einer weiblichen irakischen Gefangenen Geschlechtsverkehr hatten und unangemessen mit einem Leichnam umgingen. [...] Sprecher sagten weiter, dass es zudem eine Videokassette gebe, die offenkundig von US-Personal aufgenommen wurde und die Vergewaltigung minderjähriger Jungen durch irakische Wächter zeige.*“ Die Jugendlichen, ebenso wie die Frauen, waren dem Personal noch am schutzlosesten ausgeliefert. Allein das internationale Rote Kreuz zählte zu Beginn 2004 107 Jugendliche in irakischen Gefängnissen. Mit der Bitte um Wahrung von Jugendschutzgesetzen stießen sie in Washington auf taube Ohren. Auch in Tabugas Untersuchungsbericht ist die Rede von Vergewaltigungen von Frauen und Jugendlichen, die auf Video aufgenommen wurden. Gerade die Frauen flehten darum, ihnen das Leben zu nehmen, da sie mit dieser Schande nicht weiterleben wollten. Viele spielten mit dem Gedanken an Suizid.

Der Unteroffizier Samuel Provance berichtete dem amerikanischen Unterausschuss bei seiner Anhörung von speziellen Verhörmethoden, die er selbst so zuvor nicht gekannt habe. Besonders nachdem eine Gruppe von Militärsoldaten aus Guantanamo in Abu Ghraib auftauchte und die neuen Methoden anwandte. Laut seiner Aussage war es üblich, dass die Gefangenen in Abu Ghraib nackt inhaftiert wurden, man sie nicht schlafen ließ und ihnen regelmäßig das Essen entzog. Ganz offensichtlich genossen einige seiner Kameraden ihre Macht gegenüber den Inhaftierten.

Rumsfelds Erklärung vor dem US-Senat endete mit dem Versprechen, den Mitgliedern des Senats alle bisher vertraulichen Berichte des internationalen Roten Kreuzes zugänglich zu machen, damit sich jedes Mitglied ein eigenes Bild der Dinge machen konnte. Es dauerte letztendlich 10 Wochen bis einzelne Senatoren zum ersten Mal, unter schärfsten Sicherheitsbedingungen, einen Blick in die Akten werfen durften. Die Hinhaltepolitik des Verteidigungsministeriums hatte zum Ziel, die turbulenten ersten Wochen bis zum medialen Abebben auszusitzen. Gleichzeitig drängte das Ministerium auf eine rasche Beendigung der Untersuchungen bis Ende August 2004, um den anschließenden No-

minierungsparteitag der Republikaner für den Präsidentschaftswahlkampf 2004 nicht zu gefährden.

Es ist ganz erstaunlich, wie schnell die Welle der medialen Entrüstung wieder abgeebbt war. Allen voran natürlich in den USA selbst. Die führenden Politiker in Washington pochten auf ihre „Schwarze-Schafe-Theorie“ und die Medien wandten sich alsbald anderen Themen wie dem Präsidentschaftswahlkampf zu. Diesem Umstand ist es unter anderem auch geschuldet, weshalb es George W. Bush 2004 gelang, die Wahlen erstmals tatsächlich für sich zu entscheiden. Anders als 2000 konnte er seinen Sitz im Weißen Haus mit einem ungefährdeten Vorsprung verteidigen. Nach dem 11. September saß der Schock noch zu tief und die kritische Presse traute sich noch nicht so recht aus ihren Verstecken hervor, der Patriotismus war zu allmächtig. So wurden die Untersuchungen zum Abu Ghraib-Skandal offiziell im Oktober 2005 eingestellt. Im selben Monat veröffentlichte die American Civil Liberties Union eine Auswertung von 44 Autopsieprotokollen von Gefangenen, die im Irak und in Afghanistan ums Leben kamen. 21 der Fälle wurden von Pathologen des US-Militärs als Totschlag eingestuft, weitere acht gingen auf die Anwendung massiver Folter zurück.

Im Februar 2006 tauchten neue Foto- und Videoaufnahmen aus Abu Ghraib auf. Als erstes berichtete der australische TV-Sender SBS am 15. Februar 2006 von dem neuen Material. Dem US-Online-Magazin „salon.com“ wurde ein komplettes Dossier mit über 2.000 Fotografien und 90 Videoaufnahmen übergeben, das neue Gräueltaten der US-Besatzer aus der Zeit zwischen Oktober und Dezember 2003 in Abu Ghraib dokumentiert. Die ersten 279 Fotos und 19 Videos veröffentlichte das Online-Magazin unter dem Titel „*The Abu Ghraib Files*“ direkt auf ihren Webseiten. Auf einem der Videos ist beispielsweise ein Man zu sehen, der wankend immer und immer wieder seinen Kopf gegen die Zellentür schlägt, während das Blut bereits über sein Gesicht und an der Türe hinunterläuft. Ihm zieht es fast die Füße unter dem Boden weg, doch fallen kann er nicht: seine beiden Hände sind an der Türe fest gekettet. Die gleiche Person ist auf anderen Fotoaufnahmen zu sehen wie sie kopfüber, mit dem eigenen Kot beschmiert, von der Decke baumelt.

Andere Fotoaufnahmen untermauern die bereits bekannten Gräuelt. Sie zeigen Menschen, blutüberströmt, mit Schusswunden oder Hundebissen. Weitere Bilder zeigen Häftlinge, die dazu gezwungen werden sich gegenseitig sexuell zu befriedigen. Auf der Webseite von „salon.com“ wurden die Dokumente in verschiedenen Kategorien eingeteilt, darunter „*sexuelle Erniedrigung*“, „*Elektroshock*“ und „*Schnittwunden*“. Dem Betrachter wird bei der Durchsicht der Aufnahmen schnell klar, dass die Titel keine Übertreibungen darstellen, sondern die Tatsachen beim Namen nennen. Ein Mitarbeiter von „salon.com“, Mark Benjamin, bemerkte zum gesamten Dossier: „*Eine Sichtung des gesam-*

ten Computermaterials [...] erbrachte insgesamt 1325 Bilder und 93 Videoaufnahmen vermutlichen Missbrauchs von Gefangenen, 660 Bilder pornografischen Inhalts, 546 Bilder offenbar toter irakischer Gefangener, 29 Bilder von Soldaten, die sexuelle Handlungen simulieren, 20 Bilder eines Soldaten mit einem zwischen seine Augen gezeichneten Hakenkreuz, 37 Bilder von Armeehunden, die zum Missbrauch von Gefangenen verwendet wurden, sowie 125 Bilder unklarer Handlungen.“

Der Rechtsberater des amerikanischen Außenministeriums, John B. Bellinger III., hatte zu den neuen Fotos nicht viel anzumerken, außer, dass er es bedauere, dass man die Persönlichkeitsrechte der auf den Foto gezeigten Häftlinge nicht wahre und man nun davon ausgehen müsse, dass der Widerstand im Irak aufgrund der Veröffentlichung des Dossiers weiter wachsen werde. Scheinbar sorgte man sich in Washington mehr um die eigene Haut, als dass man endlich bereit war, die tatsächlich verantwortlichen Personen in den obersten Militärrängen der Justiz zuzuführen. Doch genau das Gegenteil war der Fall: Am 20. August 2007 vermeldete der „*Spiegel*“ auf seiner Internetseite „*Einzigster Prozess gegen US-Offizier – Gericht kürzt Anklage*“. Der Grund für die Kürzung um zwei der schwersten Anklagepunkte war offenbar ein Formfehler, der so amateurhaft ist, dass man ihn kaum glauben mag: Der zuständige Pentagon-Ermittler George Fay versäumte es, Oberstleutnant Steven Jordan bei seiner Verhörung auf sein Recht zu Schweigen aufmerksam zu machen. Die fehlenden Worte „*Sie haben das Recht zu schweigen ...*“ sorgten bereits vor Prozessbeginn dafür, dass von den geforderten 16 Jahren Haft nur noch eine Höchststrafe von achteinhalb Jahren übrig blieb. Am Ende standen jedoch lediglich ein strafrechtlicher Verweis und keine Haftstrafe als Urteil, was zahlreiche Menschenrechtsorganisationen auf den Plan riefen. Noch ungeheurer wurde es im Januar 2008, als die US-Armee beschloss, das Urteil komplett aufzuheben. Damit bleibt es dabei, dass bis heute nur Soldaten unterer Dienstgrade verurteilt wurden. Und das, obwohl laut eines bereits 2004 bekannt gewordenen Berichts von US-General George Fay auch 23 Geheimdienstmitarbeiter aktiv an 44 Misshandlungsfällen beteiligt gewesen sein sollen.

Der Geschichtspräsident Alfred W. McCoy erklärte im Mai 2004 der US-Zeitung „*Boston Globe*“, dass die Fotoaufnahmen keineswegs die Tat einzelner sadistischer US-Soldaten darstellten, sondern das Muster die eindeutige Handschrift der CIA aufwies. Wurden in früheren Jahrzehnten den Menschen physische Schmerzen bereitet, die meist keine guten Ergebnisse in Form von Informationen lieferten, so sei die CIA im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte zu einer psychischen Folter übergegangen. Als erste Stufe dieser psychischen Folter wird das Ziel ausgegeben, den Häftling zu desorientieren. Dies geschieht in Folge von Schlafentzug und Erniedrigungen aller Art. In der zweiten Stufe bestraft man den Häftling mit einfachen Mitteln wie beispielsweise dem stun-

denlangen Stehen mit ausgestreckten Armen. Ziel dabei ist es, dem Häftling das Gefühl von Selbstschuld zu vermitteln, da die Bestrafung deshalb erfolgt, weil der Häftling nicht mit den Verhörspezialisten kooperiert.

McCoy bezieht seinen Verdacht der CIA-Mitwirkung auch aufgrund einer verräterischen Aussage von General Geoffrey Miller, der nach Bekanntwerden des Folterskandals verkündete, dass man zukünftig keinem Gefangenen mehr Kapuzen über den Kopf ziehen und auch den Schlafentzug verbannen möchte. Der deutsche Buchautor und TV-Dokumentarist Egmont R. Koch wagte es in seinem Buch „*Die CIA-Lüge*“, die Foltermethoden in Abu Ghraib mit jenen Foltermethoden deutscher Nationalsozialisten während des zweiten Weltkriegs in Konzentrationslagern zu vergleichen. Und sein Vergleich ist nicht unbegründet, wie folgende Berichte verdeutlichen.

Murat Kurnaz, in Deutschland geborener und aufgewachsener türkischer Staatsbürger, der von Januar 2002 bis August 2006 auf der Militärbasis Guantanamo festgehalten wurde: *„Die Soldaten nehmen die Ketten und führen sie unter meinen Handschellen hindurch. Die Kette läuft über den Haken, wie bei einem Flaschenzug. Am Haken ist eine Rolle befestigt. Ich werde daran hochgezogen, bis meine Füße den Boden nicht mehr berühren.“*

Edgar Kupfer-Koberwitz, ehemaliger Häftling im Konzentrationslager Dachau: *„Mit den Armen nach rückwärts gefesselt wirst du an den Händen aufgehängt, an Ketten, die an die Handgelenke gelegt werden. [...] Wer kein geübter Turner ist, der glaubt, dass seine Sehnen reißen, dass seine Arm- und Handgelenke auskugeln, und das kommt auch oft genug vor. Es sind Höllenqualen.“*

Die Übereinstimmungen dieser und anderer Foltermethoden, wie das bekannte „waterboarding“, sind signifikant und kein Zufall. Koch beschreibt, wie sich die Amerikaner nach Ende des zweiten Weltkriegs das Wissen der Deutschen über Foltertechniken zunutze machten und es die CIA in dem Handbuch *„Kubark Counterintelligence Interrogation“* 1963 zusammenfasste, das auch heute noch bei US-Militärs und Geheimdiensten gültig ist. Es kann also behauptet werden, dass die USA in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf Methoden zurückgreift, die sich bereits die Nationalsozialisten in Deutschland zu Eigen machten.

Aus heutiger Sicht spricht alles dafür, dass die Folterungen in Abu Ghraib einem System folgten, das vom Verteidigungsministerium und dem Weißen Haus gebilligt, ja sogar erwünscht, war. Im März 2008 stand eine der Hauptbeschuldigten im Folterskandal, Lynndie England, dem deutschen Nachrichtenmagazin *„Stern“* Rede und Antwort und versuchte sich zu verteidigen: *„Als wir eintrafen im September waren die Gefangenen schon nackt, sie trugen schon Frauen-Unterwäsche, sie waren schon in Stress-Positionen gebracht worden. Das lief schon eine ganze Weile so in Abu Ghraib, lange vor uns. Wir*

übernahmen diese Praktiken von unseren Vorgängern. [...] Wir wussten doch, dass unsere Offiziere davon wussten, auch unsere Sergeants. Wir dachten, wenn unsere Vorgesetzten davon wissen, wissen es auch die ganz oben. Ich bin immer noch davon überzeugt, dass auch Rumsfeld alles wusste. Er war in Abu Ghraib während meiner Zeit. Wie soll er nicht davon gewusst haben? Und Bush? Der steht an der Spitze.“

Der naive Gedanke, je härter man die Häftlinge anpackt, desto mehr Informationen könne man ihnen entlocken, schlug alsbald nach Bekanntwerden des Skandals in blutigen Widerstand um. Mit der Beauftragung von Verhörspezialisten aus der Privatwirtschaft wurde zudem ein entscheidender Fehler begangen: Auf den Spezialisten lastete der Erfolgsdruck, deren weitere Aufträge ganz wesentlich vom Informationsgewinn abhing. Leider wurde für Quantität und weniger für Qualität der Informationen bezahlt. Als man erkannte, dass man keine Erfolge erzielte, holte man sich das geübte Folterkommando von Guantanamo ins Haus, doch auch bei ihm blieb der Erfolg aus. Die USA werden sich noch in vielen Jahren mit den Bildern und den Erlebnisberichten aus Abu Ghraib konfrontiert sehen und noch für eine lange Zeit mit einer gewissen Schamesröte an jene Jahre erinnert werden.

„In Wirklichkeit sind diese Gefängnisse Trainingslager für den Widerstand, denn 90 Prozent der Gefangenen sind unschuldig: doch nach diesen Erfahrungen sind sie entschlossen, den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzer aufzunehmen. Jeder, der so behandelt wird oder sieht, wie der eigene Bruder oder die eigenen Schwester so behandelt wird, wäre dazu bereit“, resümierte der Abu Ghraib-Überlebende Al-Qaisi. Auch wenn man Gegengewalt als Reaktion auf Gewalt nach unserem Rechtsempfinden nicht für gut heißen kann und der irakische Widerstand das Land noch tiefer ins Chaos stürzte, hat man doch ein gewisses Verständnis für all jene Gepeinigten.

KAPITEL IV

Flügel in die Folterkammer

„Man hat nicht das Recht, Rechte zu haben“

(Nizar Sassi, Ex-Häftling in Guantanamo)

*Im Land der Tapferen und in der Heimat der Frei'n
Warten wir nicht auf Ihren Rat, mischen Sie sich nicht ein!
Keine Diskussion, keine Genfer Konvention,
Dieses hier ist Gottes eigene Nation:
We do it our way in Guantanamo Bay.
Es ist alles o.k. in Guantanamo Bay.*

(Reinhard Mey, deutscher Liedermacher)

1. Menschenverschleppungen der CIA

31. Dezember 2003, Silvester. An der serbisch-mazedonischen Grenze wird der Deutsche Khaled al Masri von Grenzbeamten aus einem Reisebus gezerrt und ohne Angaben von Gründen drei Wochen lang in einem Hotel in Skopje festgehalten und oft mehrmals am Tag verhört. Da die Verhöre nicht die gewünschten Ergebnisse erbringen, fliegt man ihn in ein geheimes Gefangenenlager in Afghanistan aus. Zur gleichen Zeit erhält ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes die Information, dass ein deutscher Staatsbürger von der CIA gefangen genommen wurde, leitet diese Information scheinbar aber nicht an seine Vorgesetzten weiter. Erst Ende Mai, nach fünf Monaten Qual, die darin gipfelt, dass al Masri und andere Mitgefangene in einen 34-tägigen Hungerstreik treten, wird er zurück auf den Balkan geflogen und an der albanischen Grenze ausgesetzt. Am 29. Mai 2004 fliegt er von Tirana nach Frankfurt/Main und reist von dort wieder zu seiner Familie nach Neu-Ulm. Den amerikanischen Behörden wird bewusst, dass sie den falschen al Masri verschleppt hatten. Der Schwabe aus Ulm war nicht der gesuchte Al Qaida-Terrorist.

Al Masri ist nur einer von Hunderten dokumentierten Fällen illegaler Menschenverschleppung der CIA seit dem Jahr 2002. Erst im Zuge der Berichterstattung der „*New York Times*“ im Januar 2005 nahmen die deutschen Medien den Fall auf, berichteten aber überwiegend skeptisch, ob der gebürtige Libanese tatsächlich unschuldig ist. Eine im Dezember 2005 erhobene Klage der US-Bürgerrechtsbewegung ACLU gegen den damaligen Leiter der CIA George Tenet wird im Mai 2006 abgewiesen. Al Masri selbst nahm sich, als er nach Deutschland zurückgekehrt war, sofort einen Anwalt. In den Folgejahren sagte er vor verschiedenen Gremien des Europaparlaments und des Bundestags aus; bis heute wurde allerdings noch kein offizieller Abschlussbericht zu diesem Fall vorgelegt. Er zerbrach an den Geschehnissen aus dem Frühjahr 2004 und dem anschließenden Medienrummel und der Hatz der Boulevardmedien. Im Jahr 2007 sorgte er daher für negative Schlagzeilen. So wurde er im Januar 2007 der schweren Körperverletzung und im Mai 2007 der Brandstiftung beschuldigt. Aufgrund eines defekten iPods soll es in einem Metro-Supermarkt zu Auseinandersetzungen gekommen sein, in deren Folge er einen Brandschaden von rund 500.000 Euro verursacht habe. Für die Medien war dies ein gefundenes Fressen und Grund genug nicht mehr über den Fall und seine Hintergründe zu berichten. Dabei war al Masri allerhöchstens das Tüpfelchen auf dem i eines skrupellosen Netzwerkes amerikanischer Behörden und ihrer Verbündeten. Denn, und das zeigte der Fall al Masri ganz deutlich, nicht nur die USA waren in die Menschenverschleppungen verstrickt, sondern noch ein gutes Dutzend weiterer „souveräner“ Staaten, darunter auch Deutschland, wussten über die

illegalen Machenschaften Bescheid und halfen aktiv mit, sie zu verdecken. Im Fall des Deutsch-Syrers Mohammed Haydar Zammar ging die aktive Hilfe sogar noch ein Stück weiter. Zammar wurde vorgeworfen, in Deutschland Terrorkämpfer für Al Qaida angeworben zu haben. Schon frühzeitig, Ende 2001, verschleppte ihn der CIA aus Marokko in den „Schurkenstaat“ Syrien, der für qualvolle Foltermethoden berüchtigt ist. Zur Festnahme kam es laut vertraulichen Quellen nur, weil das Bundeskriminalamt dem FBI detaillierte Informationen über Zammar zukommen ließ, die später zur Verschleppung führten. Wie das deutsche Nachrichtenmagazin „*Spiegel*“ 2005 berichtete, reisten Beamte des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesverfassungsschutzes und des Bundeskriminalamts im November 2002 nach Damaskus, um Zammar drei Tage lang zu verhören. *„Wenn der Bericht des ‚Spiegel‘ zutrifft, haben deutsche Beamte in einem Land, dass für Folter bei Verhören bekannt ist, einen deutschen Häftling verhört, ohne sich für ein rechtsstaatliches Verfahren einzusetzen“*, sagte Ruth Jüttner, Nahost-Expertin von Amnesty International. *„Das ist ein Skandal! Den Beamten musste klar sein, dass Zammar völkerrechtswidrig entführt, an geheimem Ort festgehalten sowie sehr wahrscheinlich gefoltert wurde. Die deutschen Behörden haben sich der unterlassenen Hilfeleistung, wenn nicht der Komplizenschaft mit den syrischen Behörden schuldig gemacht, die für das ‚Verschwindenlassen‘ und die unmenschliche Behandlung Zammars verantwortlich sind.“* Nach Zeugenberichten soll Zammar in dem berühmten Far Falastin-Gefängnis in Isolationshaft untergebracht worden sein. Die Amerikaner übergaben Zammar den Syrern, die ihn wegen regimekritischer Aktivitäten zum Tode verurteilten. Erst später, auf Druck der Medienberichte, wurde das Urteil in eine zwölfjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Man muss sich das noch einmal deutlich vor Augen führen. Die Amerikaner übergeben einen Regimekritiker und Rebellen ausgerechnet jenem Regime, dass sie selbst in aller Öffentlichkeit bei jedem gegebenen Anlass als Schurkenstaat bezeichnen. Nur eines von zahlreichen Beispielen US-amerikanischer Politik unter dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Tatkräftige Unterstützung leisteten Beamte des Bundeskriminalamts auch bei der Verhaftung zweier Jemeniten in Frankfurt. Hier verwanzte man ein zuvor als Treffpunkt vereinbartes Hotelzimmer und half aktiv bei der anschließenden Verhaftung mit, wie „*Der Spiegel*“ im Dezember 2005 berichtete. Als Lohn für ihre Arbeit im Verdeckten soll der Bundesnachrichtendienst regelmäßig Transkripte von den Folterverhören vom CIA erhalten habe, wie die „*Neuer Zürcher Zeitung*“ Ende 2005 berichtete. *„Berlin profitiert also von der Anti-Terror-Strategie der USA und empört sich zugleich über die dabei angewandten Methoden“*, folgert die Zeitung.

Ein im April 2005 von Amnesty International veröffentlichter Bericht mit dem Titel *„Below the radar: Secret flights to torture and disappearance“* (zu

dt.: Unter dem Radar: Geheime Flüge zur Folter und ins Verschwinden) berichtet von mehreren Hundert Landungen von CIA-Flugzeugen auf europäischen Flughäfen, die als Zwischenstopp auf ihren Flügen in den Nahen Osten, Nordafrika und Osteuropa dienten. AI beschreibt in dem Bericht detailliert das Schicksal dreier Jemeniten, die von der CIA über 18 Monate hinweg ohne juristisches Urteil oder jedwede Art von Anklage aus ihrem Leben gerissen und in enge Gefängnisse, die im Englischen als „Black Sites“ bezeichnet werden, gepfercht wurden. Ihre Zellen waren gerade einmal 2 auf 3 Meter groß und jeder Gefangene war an einen Ring auf dem Boden der Zelle gefesselt, mit einer kurzen Kette, die nicht einmal bis zur Zellentür reichte. Die Verschleppten wurden in Isolationshaft gehalten und sobald man sie für ein Verhör aus den Zellen holte, stülpte man ihnen eine Kapuze über den Kopf, an der sich eine Schlinge befand, die fest um den Hals des Verschleppten gezogen werden konnte.

Ein ähnlich schauriges Bild war zu beobachten, wenn es zu Gefangenenverlegungen kam. Die drei Jemeniten berichten davon, wie man sie einzeln aus der Zelle holte, ihnen Windeln anlegte und sie in Overalls steckte. Anschließend wurden ihnen wieder Kapuzen über den Kopf gezogen und die Arme und Beine einzeln gefesselt. Zuletzt knebelte man sie und setzte ihnen Schallschutzkopfhörer auf, um ihnen jede Möglichkeit einer Sinneswahrnehmung zu rauben.

Wofür die Windeln notwendig waren, sollten die drei schnell herausfinden. Die Überführung in ein anderes Gefängnis dauerte ihrem Vernehmen nach nahezu eine Ewigkeit. Ihnen wurde nicht gesagt, wo und in welchem Land sie sich befanden. Nach den Angaben, die sie gegenüber AI über das Klima und die Essmöglichkeiten machten, spekuliert AI über ein Lager in Osteuropa, wo Rumänien, Albanien, die Türkei, Bosnien-Herzegowina, die Slowakei oder Bulgarien in Frage kommen. Der deutsche Amerikaexperte von AI Ferdinand Muggenthaler berichtete über weitere Details des Gefängnislebens: *„Ihre Zellen waren kahl, sie wurden permanent beschallt und mussten ausschließlich unter Kunstlicht leben, da ihnen kein Hofgang erlaubt war. Die Wachen waren immer maskiert, persönlich gesehen haben sie nur den vermeintlichen Direktor...“* Nach ihrer Entlassung im Mai 2005 kehrten die drei als gebrochene Männer in ihre Heimat zurück. Zwei von ihnen fanden keine Bindung mehr zur eigenen Familie, der Dritte musste hoch verschuldet seinen kleinen Laden schließen. Alle drei leiden noch heute unter schlimmsten Traumata.

Noch im selben Jahr bestätigte der ägyptische Premierminister die Inhaftierung von bis zu 70 Terrorverdächtigen im eigenen Land durch US-Geheimdienste. Ein ehemaliger CIA-Agent bestätigte AI gegenüber die Verschleppung Hunderter Verdächtiger alleine in den Ländern des Nahen Ostens. Insgesamt dürfte ihre Zahl in die Tausende gehen, wenn man eine gewisse Dunkelziffer mit einkalkuliert. Dass Washington ausgerechnet Länder des Na-

hen Ostens für seinen schmutzigen Krieg im Geheimen ausgewählt hatte, war kein Zufall. In „Schurkenstaaten“ wie Syrien und Libyen ist die Folter bereits seit vielen Jahren ein erprobtes Mittel zur Unterdrückung und Einschüchterung von Regimekritikern. Die US-Regierung bediente sich dieses Wissens und ließ foltern, ohne sich dabei die Hände schmutzig zu machen. In geheimen Absprachen mit Amtsträgern und Diktatoren wurden geheime Folterkammern eingerichtet und wehrlose Menschen dem Fantasiereichtum des Folterers ausgesetzt. Das die europäischen Länder nichts wussten ist nicht glaubwürdig und die Behauptung zutiefst beschämend. Die Argumentation der meisten EU-Staaten belief sich darauf, dass Passagierflüge nicht bei den zu überfliegenden Staaten angezeigt werden müssen und man daher keinerlei Einblick in die Machenschaften der US-Behörden hatte. Doch im Gegensatz dazu gelang es AI allein über 1.000 Flüge zu dokumentieren, die oftmals über Europa verliefen und für Zwischenstopps Halt machten. Die Unternehmen Stevens Express, Premiere Executive Transport oder Keeler and Tate Management, auf die die Flüge angemeldet waren, erwiesen sich bei Untersuchungen von AI lediglich als Briefkastenfirmen des CIA. Eine Boeing 737 mit der Registriernummer N1313P, mit der auch der Deutsche Khaled al Masri verschleppt wurde, landete alleine in Deutschland 76-mal. Medienberichten zufolge soll die im Oktober 2005 geschlossene Rhein-Main-Airbase dabei als zentrales Drehkreuz in Europa gegolten haben. Dem US-Militärflughafen im pfälzischen Ramstein kam ebenfalls eine Schlüsselrolle zu. Speziell die „*Berliner Zeitung*“ berichtete über die Rhein-Main-Airbase und berief sich dabei auf so genannte „Plane-Spotter“. Personen, die in der Nähe von Militärbasen die Flugdaten von Militärmaschinen dokumentieren. Eine Bestätigung der Flugdaten erhielt die Zeitung von nationalen Flugsicherheitsbehörden. Als häufigste Abflug- und Zielorte für in Frankfurt landende Maschinen tauchen in dem Bericht Bagdad, Amman und Kabul auf. Weitere Orte waren Moskau, Prag und Diyarbakir in der Türkei.

Eine Gulfstream-V kam auch auf 76 Landungen auf deutschem Boden, bevor sie, wie auch die zuvor genannte Maschine, ihren Flug in Länder wie Rumänien, Dschibuti, Ägypten, Afghanistan und Polen fortsetzten.

Ein weiteres Flugzeug, das der CIA zur Verfügung stand, war der Mannschaftsflieger des Baseball-Teams der Boston Red Sox, wie der englische Journalist Stephen Grey herausfand. Er stellte fest, dass die Maschine ausgerechnet in jener Nacht in Kairo war, als dort von der Überstellung des Geistlichen Abu Omar die Rede war. Der Eigentümer der Maschine und gleichzeitige Anteilseigner des Baseballteams Philip H. Morse bestätigte dem Journalisten in eine Gespräch, dass das Teamflugzeug öfters von der CIA gechartert wurde.

Auf die Schliche kam man diesen Maschinen unter anderem deshalb, weil sie als angebliche Passagierflugzeuge weltweit Lande- und Auftakrecht auf allen US-amerikanischen Militärbasen besaßen. Der Zeitung „*Frankfurter*

Rundschau“ sagte Barbara Lochbihler, die Deutschland-Chefin von AI: „*Ich denke, die Zuständigen müssten von den Flügen gewusst haben, zumal wir seit längerem auf die Verschleppungen durch die CIA hingewiesen haben.*“ Hinzu kommt ein von der Menschenrechtsorganisation statewatch veröffentlichtes Abkommen zwischen den USA und der EU aus dem Dezember 2005, das besagt, dass man der USA die Nutzung europäischer Flughäfen für den Transport krimineller Ausländer genehmigte. Von Unkenntnis kann also keine Rede mehr sein. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass die US-Behörden in ihrem illegalen Handeln noch Unterstützung erhielten. So wie im Fall von Aserbaidschan. Dort hat der Staatssicherheitsdienst den USA in dessen Hauptsitz in Baku einen kompletten Zellentrakt zur Verfügung gestellt, wie die russische Internetagentur agentura.ru aufgrund von Informationen des russischen Geheimdienstes berichtete.

Die Schweizer Zeitung „*Sonntagsblick*“ berichtete im Januar 2006 von einem ihr vorliegenden Fax, das die Existenz von Geheimgefängnissen in Osteuropa beweisen soll. Demnach hatte der Schweizer Geheimdienst VBS ein Schreiben des ägyptischen Außenministers Ahmed Abul Ghaith an seinen Londoner Botschafter abgefangen. Im Text werden 23 irakische und afghanische Gefangene erwähnt, die auf dem Stützpunkt Mihail Kogalniceanu in der Nähe der Stadt Constanza am Schwarzen Meer (Rumänien) verhört wurden. Weitere „*Verhörzentren*“ befänden sich laut dem Fax in der Ukraine, im Kosovo, in Mazedonien und Bulgarien.

Anfang 2007 veröffentlichte der Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments, unter großem Missmut von Seiten der deutschen Abgeordneten, seinen Abschlussbericht, wonach mindestens 1.245 CIA-Flüge über dem europäischen Kontinent stattfanden. Der Untersuchungsausschuss verurteilte zudem „*die wiederholte Akzeptanz und Verschleierung dieser Praxis durch die Geheimdienste und Regierungsbehörden mehrerer europäischer Länder*“. Unter den namentlich kritisierten EU-Ländern befanden sich unter anderem Deutschland, Österreich, Italien, Großbritannien, Schweden, Dänemark und Griechenland. Vor allem gegen die damalige Berlusconi-Regierung in Italien erhebt der Abschlussbericht schwere Vorwürfe. Die italienische Polizei in Mailand soll sich der aktiven Unterstützung der Verschleppung im Falle des Ägypters Osama Mustafa Hassan alias Abu Omar schuldig gemacht haben. Der Fall Abu Omar ist von besonderer Qualität, da er gleich zweimal Opfer US-amerikanischer Willkür wurde. Nachdem er nach seiner ersten Verschleppung freigelassen wurde und seiner Frau per Handy von den Folterungen erzählte, denen man ihn unterzog, inhaftierte man Omar gleich noch einmal, da er gegen das oberste Gebot verstoßen hatte: Rede mit niemandem über deine Zeit in der Folterkammer.

Die US-Regierung hielt sich über Jahre bedeckt, was die Realität diverser Folterkammern in Osteuropa und im Nahen Osten angeht. Erst als der Druck der Medien größer wurde und private Organisationen zu recherchieren begannen, sah man sich in Washington dazu gezwungen, einige Berichte aus der Presse in verharmlosender Form zu bestätigen. So sprach George Bush in einer Pressekonferenz Anfang September 2006 von lediglich 14 Mitgliedern aus der Führungsriege von Al Qaida, die man in nicht benannten Ländern in Osteuropa gefangen hielt und jetzt nach Guantanamo verlegt hatte, Andere Regierungsvertreter sprachen von einst 100 Verdächtigen. Gleichzeitig verteidigte Bush die Folterflüge, da man damit „potenzielle Massenmörder“ von der Straße fern gehalten habe und das Leben unschuldiger Menschen retten konnte. Darüber hinaus sei es wichtig, das US-Kriegsverbrechergesetz zu modernisieren und die Genfer Konventionen zum Schutz der Menschenrechte zu „präzisieren“.

Nachdem die Folterflüge und die geheimen CIA-Lager in Osteuropa in den Blickpunkt der Medien rückten, begann Washington damit, die Gefangenen in entlegene Teile der Welt zu verlegen. So berichtet der bekannte Enthüllungsjournalist Seymour Hersh von neun Folterkammern in Mauretanien und Äthiopien. In Deutschland hingegen wurden Stimmen laut, wonach in der Mannheimer US-Kaserne „Coleman Barracks“ Terrorverdächtige auch auf „deutschem“ Boden gefoltert worden sein sollen. So ging die Bundesstaatsanwaltschaft seit einer Strafanzeige des in Deutschland lebenden Schotten Peter Wright vom 13. September 2006 solchen Hinweisen nach. Wright behauptet, von einem jungen US-Soldaten namens John Pierce erfahren zu haben, dass von April bis September 2006 in der US-Kaserne arabisch sprechende Männer gefangen gehalten und von CIA-Agenten mit Elektroschock gefoltert wurden. Wright traf den jungen Soldaten insgesamt sechs Mal, bevor dieser im September 2006 spurlos verschwand. Peter Wright ist sich sicher: „*Der sitzt irgendwo in Haft.*“ Erst am 3. September, kurz vor der Rede Bushs, in der er erstmals die Existenz von Geheimgefängnissen öffentlich eingestand, seien die Männer aus Deutschland in andere Länder geflogen worden. Die US-Armee bestritt die Vorwürfe sofort und gab an, dass sich in dem kaserneneigenen Gefängnis lediglich US-Soldaten befänden und ihnen der Name John Pierce völlig unbekannt sei. Dem gegenüber steht die Anzeige von Peter Wright, der sich auf die Aussagen des verschwundenen John Pierce beruft: „*Er erzählte mir, dass er selber gesehen hat, wie im letzten Jahr drei arabische Häftlinge in die US-Kaserne im Mannheimer Stadtbezirk Sandhofen eingeflogen wurden. [...] dass die drei wochenlang auf dem Rücken liegend auf einem Bettgestell ohne Matratze festgebunden waren. Auch ihre Toilette mussten sie so verrichten*“ Regelmäßig seien CIA-Mitarbeiter und Verhörspezialisten zu Besuch gewesen, um die Häftlinge zu traktieren. „*Die Kupferdrähte für die Elektroschocks waren an den Genitalien der Gefangenen festgemacht. Mit Hilfe der veralteten Telefonleitung seien die*

Häftlinge danach zum Spaß auch von den Soldaten gefoltert worden. Gegen ein kleines Entgelt durfte jeder einmal an der Kurbel drehen und so die Häftlinge zum Schreien bringen.“

Wright stieß letztlich bei den staatlichen Behörden auf taube Ohren. Seine Anzeigen wurden schon nach kürzester Zeit wieder fallen gelassen, woraufhin er und befreundete Friedensaktivisten mehrere Demonstrationen vor der US-Kaserne organisierten. *„Einmal kamen bei dieser Gelegenheit sogar Anwohner auf mich zu und erzählten, dass sie selber durch die Umzäunung beobachtet hätten, wie ausländische Gefangene aus den Flugzeugen abgeführt wurden. Sie gaben diese Beobachtungen an die Polizei weiter – die wiederum die Amerikaner kontaktierte.“* Das Ende vom Lied war, dass der Sichtschutz rund um die Kaserne ausgebaut wurde. Wright sah daraufhin keine andere Möglichkeit, als die Bundesrepublik Deutschland am 14. Mai 2007 beim Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag wegen Beihilfe zu Verschleppung und Folter anzuzeigen. *„Im US-Stützpunkt Heidelberg werden die Verschleppungen beschlossen, in Stuttgart-Vaihingen koordiniert und offenbar zum Teil dann in Mannheim umgesetzt“*, ist sich Wright sicher.

In Stuttgart-Vaihingen, dem Stadtteil in dem ich lebe, ist die amerikanische Militäreinrichtung EUCOM beheimatet. Das EUCOM ist auf dem Gelände der US-Kaserne Patch-Barracks untergebracht. Sein Verantwortungsgebiet umfasst Europa, Afrika (außer dem Nordosten), Israel, Syrien, Libanon, Asien bis zum Kaukasus und den Atlantikraum. Seit 1967 sitzt das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen. Es ist direkt dem US-Verteidigungsministerium unterstellt und befehligt über die Hauptquartiere in Ramstein (Luftwaffe), Heidelberg (Heer) und London (Marine) ca. 116.000 US-Soldaten. Eine wesentliche Aufgabe des EUCOM ist die Planung, Vorbereitung und Durchführung eines atomaren Erstschlags. So werden aus den Bunkern des EUCOM auch die in Deutschland verbliebenen US-amerikanischen Atomwaffen auf den Fliegerhorsten Ramstein und Büchel kontrolliert. Auch wenn die Krisenherde, an denen die US-Armee in den letzten Jahren aktiv war, mit Ausnahme des Balkans nicht in die Zuständigkeit des EUCOM fielen, so kam ihm doch immer eine zentrale Rolle zu.

Vor den Anschlägen des 11. September 2001 feierten Amerikaner und Deutsche den „Independence Day“ am 4. Juli jeden Jahres stets gemeinsam mit einem großen deutsch-amerikanischen Freundschaftsfest auf dem Gelände der Patch Barracks. Auch ich wohnte diesen Feierlichkeiten bei. Schließlich ist das amerikanische Militärgelände, mitten in meiner Heimstadt, wie eine Oase aus einer völlig anderen Welt. Das ganze Jahr über für deutsche Staatsbürger verschlossen, fuhr man einmal im Jahr durch die großen Eingangstore und fand sich urplötzlich mitten in einer amerikanischen Stadt mit Einkaufsläden, Baseballwiesen und Barbecuegrillen wieder. Der 11. September veränderte das gemeinschaftliche Zusammenleben radikal. Fortan fanden keine Feste mehr

statt, nicht einmal die Straße, die am Eingangstor entlang führt, ist noch für den normalen Verkehr freigegeben. Die Amerikaner schotteten sich völlig ab, das Klima zwischen den Vaihingern und den GIs kühlte ab. Heute lebt man mehr denn je nebeneinander her.

Als im November 2006 die Redaktion der öffentlich rechtlichen Sendung „*Report Mainz*“ berichtete, dass von Stuttgart-Vaihingen aus US-Transporte in das Gefangenenlager Guantanamo koordiniert wurden, blieb so manchem von uns kurzzeitig das Herz stehen. Auf der Webseite der ARD-Tagesschau steht dazu geschrieben „*Ein bislang geheim gehaltener Lagebericht des US-Militärs belegt, dass im US-Hauptquartier für Europa (Eucom) in Stuttgart Vaihingen Befehlsstränge zusammenliefen. Aus den Papieren geht beispielsweise hervor, dass die widerrechtliche Verschleppung von sechs Terrorverdächtigen dort geplant wurde. [...] Aus den 'Report Mainz' vorliegenden US-Papieren lässt sich nicht nur die minutiöse Planung der Verschleppung ablesen, es wird auch deutlich, dass Eucom bei der völkerrechtswidrigen Operation eine wesentliche Schaltzentrale war. Von Stuttgart Vaihingen aus wurden ein Dutzend US-Stellen in Deutschland und anderen europäischen Ländern auf den Einsatz vorbereitet – rund 40 weitere US-Posten auf der ganzen Welt wurden über den Stand der Operationsplanungen von deutschen Boden aus informiert.*“ Bis heute haben weder die Stuttgarter Stadtverwaltung, noch das Land Baden-Württemberg, geschweige denn die Bundesregierung ernsthafte Versuche unternommen, diesen Anschuldigungen nachzugehen. Es wird eine Hülle des Schweigens über die Vorkommnisse gestülpt, die einen großen Schandfleck meiner Heimatstadt darstellen. Diejenigen, die etwas zu den Anschuldigungen beizutragen haben, werden derweil auf Kuba illegal festgehalten oder sind in den amerikanischen Folterkammern als sogenannte Geistergefangene für immer verschwunden. Der damalige CIA-Chef George Tenet und Donald Rumsfeld einigten sich schon früh, im September 2002, darauf, manche Gefangene in keinen offiziellen Statistiken zu führen. Ihnen wurden keine Registriernummern zugeordnet, um sie vor späteren Nachforschungen internationaler Hilfsorganisationen geheim zu halten. Sie sind praktisch nicht existent, was es für die USA einfach machte, ihre Leichen ohne großes Aufsehen zu entsorgen. Tausende Männer, Frauen und Jugendliche werden von ihren Familien vermisst. Was mit ihnen geschah, ist bis heute ungeklärt.

2. Guantanamo Bay – Lager der Verdammten

Die Bucht von Guantanamo rückte 2002 in die mediale Öffentlichkeit, als Bilder und Berichte des US-Gefangenenlagers durch die Weltpresse gingen und Menschenrechtsorganisationen gegen die US-Administration Sturm liefen.

Guantanamo Bay ist ein US-Territorium auf Kuba, auf dem jedoch das US-Recht nicht gilt, was dem amerikanischen Kampf gegen den internationalen Terrorismus sehr entgegen kam. Nach dem Sieg der Vereinigten Staaten über die Spanier im Jahr 1902 besetzten die Amerikaner die Insel. Auch nach der Militärregierung war Kuba völlig von den Amerikanern abhängig, die wiederum den Kubanern eine neue Verfassung diktierten, die den Amerikanern unter anderem die Möglichkeit von Marinestützpunkten auf der Insel einräumte. So wurde 1903 ein Pachtvertrag über das Gebiet der heutigen US Naval Base Guantanamo Bay abgeschlossen.

Guantanamo Bay diente den Amerikanern als strategisch wichtiger Militärstützpunkt in Mittelamerika. Mit der Kubakrise 1962 kam zudem der Showeffekt hinzu: Eine amerikanische Militärbasis auf kommunistischem Gebiet. Der kubanische Ex-Präsident Fidel Castro nannte die Militäreinrichtung eine Bedrohung Kubas und lehnte die Zahlungen aus dem Pachtvertrag kategorisch ab. 1976 wurde der Pachtvertrag von den Kubanern für illegal erklärt, doch die Amerikaner weigerten sich zu weichen. Obwohl die USA das Gebiet bis heute unter ihrer Kontrolle haben und auf den Pachtvertrag pochen, lehnen sie eine rechtsstaatliche Verantwortung dafür ab. Als die USA zwischen 1994 und 1996 über 50.000 kubanische Bootsflüchtlinge aus dem Wasser zogen, brachten sie die Menschen auf die Militärbasis, wo Ihnen das Recht auf Asyl abgesprochen wurde, da sie sich nicht auf amerikanischem Gebiet befanden.

Seit Januar 2002 hält die USA auf der Militärbasis angebliche Taliban-kämpfer und Al Qaida-Mitglieder gegen geltendes internationales Recht gefangen. Zuerst in „Camp X-Ray“, was einem Lager mit 2,4m auf 1,8m großen, mit Maschendraht umzäunten, „Zellen“ entsprach. Anschließend in einem schnell hochgezogenen Gefangenenlager, das sie „Camp Delta“ taufte und in dem die Zellen noch enger waren. Das Militärpersonal bekam hingegen ein eigenes „Camp America“, Telefon- und Internetanschluss und was man sonst noch so zum Leben brauchte. Der Name ist Programm: Das ganze Camp ist weiträumig abgezäunt, sodass Journalisten jedweder Blick hinein versperrt bleibt. Hohe Maschendrahtzäune und Wachtürme tun ihr Übriges.

Das erste Lager „Camp X-Ray“, sowie das folgende „Camp Delta“ und andere Lager wurden von dem Bauunternehmen Kellogg, Brown & Root gebaut, das ein Tochterunternehmen des Giganten Halliburton ist, in dem Vizepräsident Cheney viele Jahre in Toppositionen gedient hat. Bis 2004 hat Halliburton allein in Guantanamo durch Aufträge der US-Regierung rund 155 Millionen US-Dollar erwirtschaftet.

Der Militärstützpunkt liegt einige Kilometer südlich eines ausgedehnten, stinkenden Sumpfbereichs an der Südküste Kubas und misst 117,6 Quadratkilometer. Neben einem eigenen Einkaufszentrum und sogar einer Grundschule für die Kinder der dort stationierten Soldaten gibt es in Guantanamo, wie überall,

wo sich ein Dutzend Amerikaner am selben Ort befinden, ein McDonalds-Restaurant zur Zelebrierung heimischer Essgewohnheiten.

Am 14. September 2001, nur drei Tage nach den Terroranschlägen auf New York und Washington, verabschiedete der US-Kongress eine Resolution, die Präsident Bush das Recht erteilte, mit Gewalt gegen die Täter des 11. September und gegen zukünftige Terroristen vorzugehen. Nur einen Monat später, am 13. November 2001, erließ der Präsident eine Verordnung über die Inhaftierung, Behandlung und Strafverfolgung von ausländischen Staatsbürgern, die es dem US-Verteidigungsministerium erlaubte, Menschen ohne Erhebung einer Anklage auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren. Darüber hinaus wird durch diese Ordnung den Gefangenen untersagt, Rechtsmittel vor amerikanischen, ausländischen oder internationalen Gerichten einzulegen. Eine Militärkommission, die in keiner Weise unabhängig und unparteiisch bestimmen sollte, wurde stattdessen damit beauftragt. Ein Memorandum des US-Justizministeriums vom 28. Dezember 2001 untermauerte diese Vorgabe mit der Begründung, die Bundesgerichte seien nicht dafür zuständig, da Guantanamo nicht zum amerikanischen Staatsgebiet gehöre.

Nachdem Anfang Januar 2002 die ersten Gefangenen im provisorischen „Camp X-Ray“ inhaftiert wurden, legte Präsident Bush am 7. Februar mit einem Memorandum schnell nach, dass besagte, dass die Gefangenen nicht als Kriegsgefangene anerkannt werden und die Genfer Konventionen nicht gelten, die internationale Standards zum Schutz von Kriegsgefangenen vorsehen. Um die Privilegien der Genfer Konventionen in Anspruch nehmen zu können, müssten die Gefangenen zuvor eine Uniform mit Abzeichen getragen haben und Teil einer Befehlshierarchie sein. Dies träfe auf die Gefangenen nicht zu, weshalb sie keine Rechte nach den Genfer Konventionen in Anspruch nehmen könnten. Zu diesen Rechten zählen das Verbot von Folter, ein faires Gerichtsverfahren sowie Grausamkeiten und Beeinträchtigungen der persönlichen Würde.

Bushs Memorandum ist zweifelsfrei illegal. Ein Staat kann die Genfer Konventionen nur dann kündigen, wenn bereits ein Jahr zuvor eine schriftliche Kündigung beim Schweizer Bundesrat eingegangen ist. Sollte ein Staat in aktuellen Kriegshandlungen verstrickt sein, so gilt die Kündigung erst ab einem unterzeichneten Friedensvertrag, nicht aber für den aktuellen Konflikt. Der Oxford-Professor für internationales Recht, Vaughan Lowe, und der Völkerrechtsexperte Guy Goodwin-Gill schrieben in diesem Zusammenhang von einer klaren Missachtung des Grundprinzips des humanitären Völkerrechts.

Die USA, die sich laut ihrer Regierung in einem Krieg gegen den internationalen Terrorismus befanden, sahen in den gefangenen genommenen Personen keine Kriegsgefangenen. Ein Widerspruch in sich. Dass die Gefangenen das Recht auf Schutz nach den Genfer Konventionen untersagt wurde, deutete be-

reits zu diesem frühen Zeitpunkt an, mit was für Grausamkeiten die dort Inhaftierten rechnen mussten.

Spätestens mit dem Memorandum des US-Justizministeriums vom 1. August 2002 wurde es dann auch offiziell gemacht. Präsident Bush wurde geraten, er solle Folter im Sinne einer starken Zuführung von Schmerzen genehmigen. Selbst wenn es dabei zu Folterungen kommen sollte, sollten diese mit dem Argument der „Selbstverteidigung“ erklärt werden, sodass geltendes US-Recht nicht umgangen werden müsste. Der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld setzte noch eins drauf als er zeitweise die Anwendung von zweifelhaften Befragungsmethoden, wie das Überstülpen von Kapuzen, das Entkleiden, Isolierung, Schlafentzug, extreme Hitze und Kälte oder das Ausharren in einer schmerzhaften Körperstellung legitimierte. Auch auf die Gefangenen gehetzte Hunde sollten zum Einsatz kommen, um einen Zustand der Angst zu erzeugen.

Jay S. Bybee, Leiter des Office of Legal Counsel im US-Justizministerium, versuchte im August 2002 die Definition des Begriffs „Folter“ auszuhöhlen: *„Wir gehen davon aus, das eine Handlung, um als Folter eingestuft werden zu können [...] Schmerzen zufügen muss, die nur schwer zu ertragen sind. Körperliche Schmerzen, die als Folter gewertet werden können, müssen in ihrer Intensität vergleichbar sein mit Schmerzen, die durch eine schwere Verletzung hervorgerufen werden, wie etwa ein Organversagen, die Beeinträchtigung von Körperfunktionen oder auch der Tod.“*

Demzufolge sah Bybee in der Anwendung von Schlafentzug, lautes Beschallen mit Musik oder stundelanges Beharren in einer bestimmten Stehposition keine Folter. Als Belohnung für seine Worte nominierte ihn Bush später zum Bundesrichter.

Bushs Kampfminister Rumsfeld log derweil weiter vor den Kameras der internationalen Fernsehanstalten, als er meinte: *„Wir behandeln sie (die Gefangenen; Anm. des Autors) auch in Zukunft im Einklang mit den Prinzipien des Anstands, der Freiheit und Gerechtigkeit, auf die unsere Nation gegründet ist: jenen Prinzipien, die sie offenkundig verabscheuen und die sie angreifen und zerstören wollen. Ungeachtet der vereinzelt Nester internationaler Hysterie behandeln wir die Häftlinge in keiner Weise anders als menschenwürdig.“*

Es dauerte über zweieinhalb Jahre, bis im Juni 2004 ein US-Bundesgericht sich einmischte und urteilte, zukünftig Rechtsmittel von in Guantanamo inhaftierten Menschen auch vor einem Bundesgericht anzuhören. Das US-Verteidigungsministerium reagierte schnell, als es kurz darauf am 7. Juli 2004 die Bildung von Sondergerichten ankündigte, die jedoch weiterhin mit jeweils drei Offizieren besetzt sein sollten. Ebenso wurde den Angeklagten ein Rechtsbeistand verweigert und sie galten so lange als schuldig, bis das Gegenteil bewiesen wurde. Unter Folter erzwungene Aussagen wurden zugelassen.

Ein weiteres Jahr verging, bis am 25. Mai die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International abermals die US-Regierung aufforderte das Gefangenenlager zu schließen. Die Staatschefs zahlreicher europäischer und weiterer Länder pflichteten dieser Forderung bei. Auch die früheren US-Präsidenten Jimmy Carter und Bill Clinton stellten sich öffentlich gegen das Gefangenenlager. Ende Dezember 2005, knapp vier Jahre nach Einweihung des „Camp X-Ray“, musste Präsident Bush dem internationalen Druck ein Stück weichen, in dem er den Einsatz unmenschlicher und erniedrigender Behandlung der Gefangenen verbot. Eine an und für sich Selbstverständlichkeit brauchte geschlagene vier Jahre, bis sie von Präsidenten der „freien“ Vereinigten Staaten von Amerika zu Papier gebracht wurde. Eine Schande, für die sich spätere Generationen von Amerikanern noch entschuldigen werden müssen, wie es Richard Goldstone, früherer Ankläger beim Internationalen Tribunal für das ehemalige Jugoslawien, folgerichtig ausdrückte.

Doch damit nicht genug. Als am 29. Juni 2006 der Oberste US-Gerichtshof die rechtswidrigen Machenschaften seiner eigenen Regierung anprangerte, in dem er das Vorgehen der Regierung als Verstoß gegen amerikanisches und Völkerrecht ansah, was als Folge die strikte Einhaltung der Genfer Konventionen zu bedeuten hatte, sah sich Präsident Bush in Zugzwang. Noch im Oktober des gleichen Jahres unterzeichnete er ein Gesetz über Militärkommissionen, das den Bundesgerichten endgültig die Zuständigkeit entzog. Bush besaß sogar die Dreistigkeit und hebelte den Artikel 3 der Genfer Konventionen aus, in dem es um die „*Beeinträchtigung der persönlichen Würde*“ (darunter ist vor allem auch Folter zu verstehen) geht, indem er solche Handlungen zu nicht zwangsläufig strafrechtlich verfolgte Handlungen erklärte. Mit dem neuen Gesetz zeigte er zudem der gesamten Welt die kalte Schulter. Wie sehr das neue Gesetz zur Einsetzung von Militärkommissionen gegen internationales Recht verstößt, zeigen die folgenden Beispiele:

- Internationale Standards sehen das Recht auf eine gerichtliche Anfechtung einer Inhaftierung vor. Mit dem Gesetz über Militärkommissionen wurde den Inhaftierten dieses Recht genommen. Laut Gesetz sind die US-Bundesgerichte nicht mehr für sie zuständig. Die ohne Anklage seit nunmehr bis zu 7 ½ Jahren festgehaltenen Menschen befinden sich somit in einem rechtsfreien Raum. Selbst Tiere haben in Guantanamo mehr Rechte.
- Auf internationaler Ebene hat jeder Angeklagte ein Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, sowie auf Nicht-Diskriminierung. Bushs neues Gesetz unterhöhle diese Rechte, in dem er den Inhaftierten das Recht auf Einlegen von Beschwerden gegen Menschenrechtsverletzungen entzog. Allerdings nur denen, die eine ausländische Staatsbürger-

schaft haben, womit das Recht auf Nicht-Diskriminierung gleich mit ausgehebelt wurde.

- Das Recht auf ein unparteiisches und unabhängiges Gericht wurde mit der Einsetzung einer Militärkommission von vornherein ausgesetzt.
- „*Unschuldig, bis zum Beweis der Schuld*“ gilt für die Inhaftierten in Guantanamo und all den anderen US-Gefangenenlagern weltweit schon seit Beginn nicht mehr. Wer inhaftiert ist, ist schuldig. Nicht nur in Ansprachen der Regierenden wurden sie immer und immer wieder als Mörder und Terroristen bezeichnet.
- Auch das Recht auf ein Verfahren binnen einer angemessenen Frist interessierte die US-Regierung nicht. Sie ordnete an, dass solch eine Bestimmung nicht für Verfahren vor Militärkommissionen gelte. So sitzen auch heute noch Menschen seit nunmehr über acht Jahren im Lager ein, ohne jemals einen Anwalt oder gar einen Richter gesprochen zu haben. Dabei ist auch das Recht auf eine freie Wahl des Anwalts ein international anerkanntes Recht.
- Eine weitere perverse Form der Rechtsverdrehung ist die Billigung von Informationen, die unter Anwendung von Folter oder erniedrigender Behandlung erzielt wurden. Auch „Beweise“ allein vom Hörensagen werden zugelassen, ohne dass der Angeklagte sich dazu verteidigen kann.
- Dies alles führt letztlich zum entscheidenden Punkt: der Todesstrafe. Sie darf aufgrund eines Urteils eines fairen Verfahrens, das alle erforderlichen Schutzgarantien bietet, erfolgen. Da die USA diese Schutzgarantien, sowie ein faires Verfahren nicht anstreben, kommt eine Verurteilung einem Mord gleich.

Die Schweizer Vertretung der Menschenrechtsorganisation Amnesty International weiß noch mehr zu berichten. Seit der Einrichtung von „Camp X-Ray“ am 11. Januar 2002 wurden etwa 775 Menschen, fast alle aus arabischen und südostasiatischen Ländern, in Guantanamo inhaftiert. Ende 2006 betrug die Zahl derer, die noch immer in Haft saßen, etwa 430. Vier davon waren zum Zeitpunkt ihrer Festnahme noch nicht einmal 18 Jahre alt. Insgesamt gab es bis zu 17 Jugendliche unter 18 Jahre, die der Willkür der USA auf der Militärbasis ausgesetzt waren. Zudem Häftlinge, die weit über 80 Jahre alt waren und offensichtlich an Demenz litten, wie ein unbenannter US-Geheimdienstler dem amerikanischen Journalisten Seymour M. Hersh berichtete. Einige dieser Häftlinge waren bereits so krank, dass sie nicht merkten, dass sie in ihrem eigenen Kot lagen.

Trotz dieser Zahlen wurde bisher kein einziger Gefangener in einem Gerichtsverfahren auch tatsächlich für schuldig befunden. Andersherum gab es bereits über 40 Selbstmordversuche von Inhaftierten, deren Moral und Seele

soweit gebrochen waren, dass sie lieber sterben wollten als nur einen Tag länger in ihrem Käfig sitzen zu müssen. Weitere 200 Gefangene seien mehrmals in den Hungerstreik getreten, um für humanere Haftbedingungen zu protestieren, was allerdings in den meisten Fällen das Gegenteil bewirkte.

Interessant ist der Aspekt, dass eine Studie zu 500 Gefangenen auf Guantanamo gab, dass nur 5 Prozent davon von alliierten Truppen in den jeweiligen Ländern festgenommen wurden. Die überwältigende Mehrheit von 95 Prozent wurden von Anhängern der afghanischen Nordallianz, Privatleuten oder dem pakistanischen Geheimdienst übergeben, die dafür ein horrendes Kopfgeld erhielten. Aufgrund dessen ist es sehr wahrscheinlich, dass es zu Fällen von gegenseitigen Anschwärmungen kam, um an die überlebensnotwendigen US-Dollars zu kommen. Ganz egal, ob der an die Amerikaner herangetragene Vorwurf nun der Wahrheit entsprach oder nicht.

Die Nordallianz ging dabei unter Aufsicht von US-Militärs mit unmenschlicher Härte vor. Asif Iqbal, ein zu Unrecht verhafteter Guantanamo-Häftling weiß in David Roses Buch *„Guantanamo Bay – Amerikas Krieg gegen die Menschenrechte“* von einem Zwischenfall zu berichten: *„Als ich aufwachte, wusste ich nicht, wo ich war. Bewusstlos geworden war ich am Rand des Containers, aber als ich aufwachte, befand ich mich in der Mitte – ich lag auf einem Haufen Leichen und atmete den Gestank ihres Blutes und ihres Urins. Vielleicht 300 Menschen hatten sie in jeden Container getrieben – solche, wie man sie auf normale Lastwägen lädt, und die stopften sie so voll, dass unsere Knie die Brust berührten und wir fast sofort Atemnot bekamen.“*

Asif Iqbal berichtete weiter, wie die Männer der Nordallianz ihre Gewehre luden und wahllos auf die Container feuerten. *„Als wir rauskamen, lebten in jedem Container noch etwa 20 Menschen.“* Tage später ereignete sich ähnliches. Diesmal schien es so, als hätten die Aggressoren unter den Container ein Feuer angezündet. Der aufsteigende Hitze in den Containern waren einige nicht gewachsen. *„Wir waren wie lebende Leichen“*, erinnert sich Iqbal. Seinem Bericht zufolge lieferten amerikanische Spezialeinheiten der Nordallianz das nötige Rüstzeug.

Bei mindestens 59 Häftlingen stellten US-Geheimdienstagenten bereits vor deren Deportation fest, dass sie für das amerikanische Militär keine Informationen hatten, dennoch wurden sie nach Kuba verschleppt und jahrelang gefangen gehalten.

Die Bush-Administration setzte internationales Recht nicht nur außer Kraft, sie begann gleichzeitig mit zweierlei Maß zu messen. So setzte sie die Verschleppung und Inhaftierung vom Menschen mit dem Recht auf Selbstverteidigung gleich, da die in Haft genommenen Personen terroristische Pläne gegen die USA und die freie Welt schmieden könnten. Jeder Einzelne müsse sich diesem Vorwurf stellen und sich verantworten.

Auf der anderen Seite sorgten die juristischen Berater der US-Regierung dafür, dass die eigenen Soldaten geschützt bleiben und niemals vor dem internationalen Gerichtshof oder einer nahestehenden Einrichtung verurteilt werden könnten. Jeder Soldat könne vor Gericht geltend machen, dass seine Taten sich „*unter Umständen als rechtmäßig erweisen*“ könnten und er durch eine Nichtbefolgung von Befehlen „*ein Risiko*“ eingehen würde. Ein Soldat handelt somit unter Befehl und müsste bei Missachtung mit persönlichen Konsequenzen rechnen. Demgegenüber seien die Gefangenen Einzelkämpfer, die keiner Befehlsgewalt untergeordnet werden könnten. Dass die US-Regierung dabei gleichzeitig Medienkampagnen gegen das Terrornetzwerk Al Qaida schürt und gebetsmühlenartig wiederholt, wie gefährlich das Netzwerk und allen voran ihre Oberhäupter seien, wird dabei geflissentlich übersehen. Der Aufruf zur Gewalt durch diese Oberhäupter wird nicht als Befehl anerkannt.

Ganz ähnlich verhielt es sich bei den Nürnberger Prozessen, als führende Nazi-Oberhäupter das Recht verwehrt wurde, auf Befehl und unter Druck gehandelt zu haben. Eben jene Punkte, die die US-Soldaten heute schützen sollen.

In dem Buch „*Hier spricht Guantánamo*“ von Roger Willemsen, der seit vielen Jahren aus Interview- und Kultursendungen der öffentlich rechtlichen Sender bekannt ist, wurden ehemalige Häftlinge des Gefangenenlagers über die Zeit ihrer Verschleppung und Inhaftierung befragt. Einer von Ihnen ist Khalid Mahmoud al-Asmar, der vor seiner Verschleppung für Hilfsorganisationen und als Gewürzhändler tätig war. Er berichtet davon, wie das US-Militär in Zusammenarbeit mit den pakistanischen Behörden wahllos Menschen verhaftete und einsperrte. Selbst solche, die den Status eines Flüchtlings besaßen oder gar mit UNO-Sonderausweisen ausgestattet waren. Das planlose Vorgehen der pakistanischen Behörden deuteten viele als Schnellschussaktion, um den Amerikanern zeigen zu können, dass sie bereit seien, Terroristen in ihrem Land zu bekämpfen. So wurden Afghanen und Araber, obwohl seit vielen Jahren wohnhaft und mit sozialen Bindungen in Pakistan, den USA vor die Füße geworfen. Bei seiner eigenen Übergabe an die US-Militärs sei zudem Geld geflossen. 35.000 US-Dollar für insgesamt sieben Personen.

Al-Asmar und viele Hunderte Andere wurden zuerst in ein Militärlager am Flughafen von Bagram verschleppt, wo sie unter grausamen Bedingungen hausen mussten. Den Transport nach Bagram beschreibt er, als ob es sich um Viehtransporte handelte: „*Sie sagten uns, wir sollten unsere Köpfe so nach unten halten [...] Wenn einer von uns seinen Kopf bewegte, bekam er Faustschläge auf den Rücken, auf den Kopf und ins Gesicht. [...] Das Ganze dauerte zweieinhalb Stunden, bis wir in Bagram landeten. [...] Die Ketten, mit denen sie uns alle zusammengebunden hatten, wurden geöffnet; unsere Fesseln aber nicht. So haben sie uns dann einzeln getragen, sind mit uns aus dem Flugzeug gelaufen und haben uns draußen auf die Erde geschmissen. Die Hunde standen mit weit*

geöffneten Müulern über unseren Köpfen. Dann kamen die Soldaten und schnitten uns die Kleider vom Körper, bis wir ganz nackt waren.“

Neben den amerikanischen Soldaten seien zudem andere Ausländer der alliierten Kampftruppen im Lager aufgetaucht, darunter auch solche mit deutschen Flaggen auf den Ärmeln. Diese aber hätten die Lager und den Zustand nur von Außen zu sehen bekommen. Im Lager selbst, sowie später auch auf Kuba, war die Schändung des heiligen Buchs der Moslems, dem Koran, Programm. Obwohl es einem Nichtgläubigen untersagt ist, das Buch überhaupt in seinen Besitz zu nehmen, waren die Soldaten nicht verlegen darin, ihre eigenen kleinen Spiele mit dem Koran und den Inhaftierten zu machen. So wurden die Bücher desöfteren auf den Boden geschmissen, in extremeren Fällen direkt neben die Toilette. Schlafenden Gefangenen wurde das Buch auf den Rücken gelegt, dass wenn sie aufwachten, es zwangsläufig auf den Boden fallen musste, was für einen Moslems eine schlimme Tat darstellt. In Guantanamo kam es zudem zu Beschmutzungen des Heiligen Buches in Form von Kritzeleien und Schimpfwörter, die US-Soldaten in den Büchern hinterlassen haben.

Auch die medizinische Versorgung im Zwischenlager in Bagram ließ sehr zu wünschen übrig. Einem Mitgefangenen verweigerte ein US-Militärarzt die Behandlung eines erfrorenen Fingers. Die Nächte in Afghanistan können sehr kalt werden und die Gefangenen erhielten nicht ausreichend Decken zum Schutz vor der Kälte. Finger und andere Gliedmaßen erfroren und al-Asmar berichtet davon, wie nachts die Ratten kamen und an den Fingern nagten.

Auf Kuba, nach 28-stündiger Reise, wurden allen Inhaftierten orangefarbene Overalls angezogen. Amerikanern ist diese Farbe bei Häftlingen durchaus bekannt: Alle zum Tode verurteilten Häftlinge in den USA tragen orangefarbene Anzüge. Direkt danach ging es in einen Verhörsaal. Die erschöpften Männer mussten zu allererst Rede und Antwort stehen. Manche berichteten davon, wie man ihnen vor den Verhören Pillen einflöbte, die Schwindel und Halluzinationen hervorriefen.

Dass Drogen und Folter während eines Verhörs nicht zu besseren Informationen führen, wissen die USA eigentlich selbst. In einem Militärhandbuch, bekannt als Feldhandbuch 34-52, weist das Militär selbst darauf hin, dass *„die Anwendung von Gewalt keine gute Technik ist, weil sie unzuverlässige Ergebnisse liefert, spätere Bemühungen um die Gewinnung von Informationen unter Umständen beeinträchtigt und die betroffene Person veranlassen kann, auszusagen, was der Vernehmungsoffizier hören will.“* Obwohl die Risiken deutlich beschrieben wurden, scherte sich die Bush-Administration nicht darum und nutzte die gewonnenen (Falsch-) Informationen und verirrte sich ein ums andere Mal.

Einige Häftlinge wurden zur Erniedrigung in die Flaggen der USA oder Israels gehüllt. Hatten sie nichts zu berichten, drohte ihnen ein Lager der unters-

ten Kategorie. Kein Freigang, nichts. Andere wurden in humaneren Lagern untergebracht. Wobei human in diesem Zusammenhang bedeutet, dass die dort Inhaftierten einmal in der Woche für 30 Minuten Freigang erhielten, wovon sie fünf Minuten für das Duschen verwenden mussten. Oft weigerten sich die Gefangenen zu duschen, weil sie von Soldatinnen beaufsichtigt wurden, es aber nach den Gesetzen des Islam nicht erlaubt ist, dass sich ein Moslem vor einer Frau entblößt. Die US-Soldaten ließen keine Sensibilität im Umgang mit dem Islam erkennen. Zwar wurde es den Inhaftierten erlaubt zu beten, und auch die Richtung nach Mekka wurde ihnen mittels Pfeilen auf dem kalten Fußboden vorgegeben, doch geschah es nicht selten, dass Soldaten mitten in der Gebetszeremonie hineinstürmten, um einen Gefangenen für ein Verhör abzuholen oder dass man im Hintergrund die Nationalhymne der USA abspielte. Wieder andere machten die Erfahrung, dass ihre Gebetshaltung die US-Soldaten derart belustigte, dass sie sie für ihre Witze über sexuelle Praktiken benutzten.

Die Soldaten gingen vor allem in den ersten Monaten mit aller Härte gegen die Inhaftierten vor. Wenn sich einer in seiner Zelle den Anordnungen der Soldaten widersetzte, wurde er zuerst mit Tränengas oder Pfefferspray besprüht, um anschließend die Hunde in die Zelle zu lassen, die den Inhaftierten aus seiner Zelle zogen, wo sie von den Soldaten körperlich geschlagen wurden, bis einzelne Knochen brachen. Ein Nordafrikaner verlor auf diese Weise ein Auge. Weitere Ex-Häftlinge berichteten per Brief dem Streitkräfteausschuss des US-Senats, wie ein geisteskranker Inhaftierter aus Bahrain, der den ganzen Tag damit zubrachte, Tiergeräusche zu imitieren, von Soldaten brutal niedergestreckt wurde: *„Er lag auf dem Boden seines Käfigs gleich neben uns, als eine Gruppe von acht oder neun Wärtern aus der so genannten ERF (Extreme Reaction Force) in seinen Käfig kam. Wir sahen, wie sie in übelster Manier über ihn herfielen. Sie trampelten ihm auf den Hals und traten ihn in den Bauch, obwohl man ihm dort bei einer Operation Metallstäbe eingesetzt hatte, dann zogen sie seinen Kopf hoch und schmetterten ihn mit dem Gesicht auf den Boden.“*

In der Nacht patrouillierten die Soldaten ebenso gnadenlos. In manchen Lagern wurde die Beleuchtung extra heraufgesetzt, sodass die Gefangenen nicht zur Ruhe kommen konnten und nur sehr schlecht schliefen. Einem von ihnen wurde der Finger von einem Hund nahezu abgebissen, als ihm die Hand während dem Schlaf aus Versehen zwischen die Gitterstäbe rutschte. Es verwundert nicht, dass es immer wieder zu Suizidversuchen kam, doch immer waren die Wächter zur Stelle und schnitten die Gefangenen aus ihren Laken. Ein ebenfalls von Roger Willemsen in *„Hier spricht Guantanamo“* interviewter Afghane sprach, was viele dachten: *„Ich wäre froh gewesen, wenn sie uns hingerichtet hätten.“*

Doch für manche kam es noch schlimmer. Ein Saudi-Araber wurde nach einem Suizidversuch von den Soldaten derart auf den Kopf geschlagen, dass er

für sein restliches Leben gelähmt bleiben wird. Sehr viele hielten dem psychischen Druck nicht stand und begannen sich zu verändern. Einige verschlossen sich und blickten Tag ein Tag aus nur noch ins Leere, andere gerieten in einen Wahn und schlugen ihre Köpfe gegen die Gitterstäbe.

Es war nicht ohne Grund, dass das US-Militär dafür sorgte, dass ihre Soldaten in regelmäßigen Abständen ausgetauscht wurden. Kein Mensch, auch kein Soldat, mit einer gewissen Moral und Seele, konnte sich solche Grausamkeiten über längere Zeit antun. Die Inhaftierten berichteten von regelmäßigen Filmabenden, an denen den Soldaten die Bilder der Terroranschläge vom 11. September immer und immer wieder mit dem Hinweis gezeigt wurden, dass die Gefangenen in diesem Lager dafür verantwortlich seien. Auf einem Poster an der Wand des Raumes, in dem die Soldaten die Möglichkeit haben, per Email nach Hause zu kommunizieren, sind die beiden Zwillingstürme des World Trade Centers abgebildet, dazu die Worte: *„Denkst Du an New York? Lass keine Informationen durchsickern – unsere Feinde nutzen sie, um US-Soldaten oder noch mehr unschuldige Menschen zu töten.“* Beim Mittagessen laufen stets die an der Wand hängenden modernen Plasmafernseher und zu hören sind, wie in einer Art Endlosschleife, die vordersten Einpeitscher. Allen voran Präsident Bush und der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einer ihrer unzähligen Reden. Das US-Militär puscht die Soldaten gezielt auf, um ein Niveau der Unmenschlichkeit zu halten. Dazu muss bemerkt werden, dass rund Zweidrittel der Soldaten, die für die Bewachung der Häftlinge bestimmt waren, aus Reservisten und Mitgliedern der Nationalgarde bestehen, die zum einen keine Erfahrungen im Umgang mit Gefangenen haben und die zum anderen oft widerwillig aus ihrem normalen Alltagsleben abkommandiert wurden, um hier Dienst zu leisten. Im normalen Leben sind sie Studenten, Büroangestellte oder Lehrer, Väter und Ehegatten. Viele von Ihnen wurden für 12 Monate aus ihrem Leben gerissen. Außer Telefon, Internet und Briefen bleibt Ihnen in diesem Zeitraum keine andere Möglichkeit, um den Kontakt nach Hause zu halten. Auf einem 25-Tage-Schnellkurs im US-Ausbildungscamp Fort Huachuca wird ihnen nur das Allernötigste beigebracht, wenn gleich das Militär behauptet, Fort Huachuca stehe anerkannten Universitäten in nichts nach. Lieutenant Colonel Christino, selbst ein Mann mit reichlich nachrichtendienstlicher Erfahrung, bezeichnet solche Behauptungen der Militärs als *„schamlose Irreführung“*. Den Reservisten ist damit dennoch nicht geholfen. Einige unter ihnen nehmen es mit makabrem Humor, wenn sie bemerken, dass sie froh seien auf Kuba zu sitzen und nicht im Kampfeinsatz im Irak. Wieder andere scheinen in ihrer Tätigkeit als Wachmann geradezu aufzublühen, wie Seymour M. Hersh in seinem Buch *„Die Befehlskette“* zu berichten weiß. Ein Marine, der anonym bleiben wollte, äußerte sich Hersh gegenüber, wie er von seinen Gruppenführern angestachelt wurde, die Häftlinge einzuschüchtern. *„Wir haben versucht, sie so*

gut es ging zu drangsalierten, ihnen ein bisschen Schmerz zuzufügen. [...] Ich hatte nur meinen Spaß – es gefiel mir einfach, Gewalt über sie zu haben.“

Den Insassen werden laut eines Presseoffiziers drei Mahlzeiten pro Tag, die einer Aufnahme von gerade einmal 1200 Kalorien entsprechen, vorgesetzt. Das internationale Rote Kreuz bemängelte dies und machte deutlich, dass ein erwachsener Mann am Tag gut das Doppelte an Kalorien zu sich nehmen müsse, selbst wenn er in Gefangenschaft sei und sich deshalb nicht viel bewegen könne. Das US-Militär wies den Vorwurf mit der Begründung zurück, man hätte den Essensplan mit erfahrenen Ernährungswissenschaftlern abgesprochen.

Ein weiterer bekannt gewordener Fall ist jener des Ex-Häftlings Mohamed al-Qahtani, der angeblich hochbrisante Informationen wusste, die ihm durch „normale“ Verhörmethoden nicht zu entlocken waren. Also sperrte man al-Qahtani Ende 2002 bis Anfang 2003 insgesamt drei Monate lang in Isolationshaft. Man versuchte ihn zu brechen, indem man ihn mehrfach dazu zwang, in Frauenunterwäsche herumzulaufen oder ihn wie einen Hund an der Leine durch die Räume führte, wobei er gezwungen wurde, hundeübliche Kunststücke vorzuführen. Man folterte ihn mit lautem Lärm und Schlafentzug und zwang ihn über viele Stunden auf der Stelle zu stehen, was ihn in seine Unterwäsche urinieren ließ. Insgesamt verhörte man al-Qahtani an 48 von 54 aufeinander folgenden Tagen jeweils über 18 Stunden je Tag, ehe man bemerkte, dass er überhaupt keine Informationen für die USA hatte. Eine spätere Untersuchung durch US-Militärs ergab, dass die Verhörmethoden „*nicht das Niveau der verbotenen unmenschlichen Behandlung erreicht*“ hätten. Die Messlatte lag bereits weitaus höher, als internationale Standards es vorschreiben.

Auch in Südeuropa trieb die CIA ihr Unwesen. Der US-Geheimdienst überwältigte in Bosnien sechs Männer muslimischen Glaubens und verschleppte sie nach Guantanamo, obwohl der bosnische Gerichtshof für Menschenrechte bereits zuvor ihre angeblichen Verbindungen zu Al-Qaida entkräften konnte.

Im Juni 2004 wurde die unfreiwillige Entlassung des US-Stabsgefreiten Sean Baker bekannt, der auf Guantanamo gedient hatte. Baker ist einer ERF-Attacke seiner eigenen Kameraden zum Opfer gefallen und erlitt irreparable Schäden. Die ERF-Einheit (Extreme Reaction Force) kommt immer dann zum Einsatz, wenn ein Häftling einen Befehl verweigert oder die Lagerregeln missachtet. Dabei kann es schon genügen, wenn ein Häftling zwei statt dem einem vorgeschriebenen Trinkbecher in seiner Zelle hat. Sean Baker erhielt im Januar 2003 den Auftrag, sich einen orangefarbenen Overall anzuziehen und in einem Bett in einer Zelle zu verstecken. Das Ganze sollte ursprünglich als Übung der ERF-Einheit dienen, die nicht wusste, dass es sich bei dem Querulanten um ihren Kameraden handelte. Laut Baker, packten sie ihn brutal an Armen und Beinen und drückten ihn mit der Bauchseite auf den Boden, während einer das Knie in seinen Rücken rammte. Der gleiche Mann griff ihn an

den Hals, würgte ihn und schlug seinen Kopf mehrmals auf den Stahlboden. Baker wurde zur Erholung nach Hause geschickt, wo er aber nach kürzester Zeit unter Anfällen litt und zur Behandlung eines Schädelhirntraumas in das örtliche Militärkrankenhaus eingeliefert wurde, in dem er die folgenden 48 Tage lag. Nach seiner Krankenhausesentlassung versetzte man ihn in einen leichteren Dienst. Selbst diesen konnte er nicht mehr ausüben. Obwohl eine medizinische Untersuchungskommission zu dem Ergebnis kam, dass Bakers Schädelhirntraume eine direkte Folge des brutalen Vorgehens der ERF-Einheit auf Guantanamo war, versuchte das US-Militär vor Reportern den Fall herunterzuspielen und wies die Vorwürfe zurück, Bakers Krankheit hätte etwas mit der Übung zu tun gehabt.

Über 60 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs schaut die Welt erneut weg, wenn ein außer Kontrolle geratener Staat Menschen willkürlich und ohne Beweise deportiert und über Jahre hinweg in ein Lager sperrt. Gerade uns Deutschen müssten sämtliche Alarmglocken angehen. Doch genau das Gegenteil ist der Fall: In keinem einzigen Politik- oder Boulevardmagazin wurde auch nur ein einziger Guantamoentlassener und -überlebender detailliert interviewt. Niemand durfte seine wahre Geschichte erzählen. Die Ex-Inhaftierten blieben weiterhin anonym, als gäbe es sie nicht. Die rot-grüne Bundesregierung, die bis Mitte 2005 im Amt war, spielte dabei fleißig mit, in dem sie den deutschen Staatsbürger Murat Kurnaz, der in Guantanamo gefangen gehalten wurde, die Unterstützung verwehrte und ihn nicht mehr nach Deutschland einreisen lassen wollte.

Guantanamo oder auch „Gitmo“, wie es im Slang der US-Soldaten genannt wird, gilt international als eine Verirrung der amerikanischen Außenpolitik, nicht als Ort von Massenfolterungen nach Plan. Kein Staat der Erde, auch nicht die EU als Verbund, hatte bislang den Mut, der Supermacht USA entgegenzutreten und sich vehement gegen die konzentrierte Lagerhaltung und Folterung Hunderter unschuldiger Menschen aus über 40 Ländern aufzulehnen. Einzelne Proteste oder gar ein Gespräch unter vier Augen, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der US-Außenministerin Rice hatte, sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Viel mehr lädt man den dafür verantwortlichen Oberbefehlshaber zu einem Spanferkelessen in den eigenen Wahlkreis ein und bekundet seine Verbundenheit.

Als George Bush internationalen Journalisten das Angebot unterbreitete, sich in Guantanamo selbst ein Bild von den Haftbedingungen zu machen, war vorhersehbar, dass es sich nur um eine Public Relations-Tour handeln konnte. Kein einziger der Journalisten kam dem Lager dabei näher als 500 Meter. Isolierzellen oder die strengeren Camps blieben ganz verborgen. Das Sprechen mit den Häftlingen war strengstens verboten. Ausgewählte Journalisten durften sich dem „fattening camp“ nähern. Dabei handelte es sich um ein Lager, in dem

Gefangene saßen, die kurz davor waren entlassen zu werden und aus diesem Grund mit Nahrung und Medizin aufgepeppt wurden. Sie spiegelten in keiner Weise den realen Alltag auf Kuba wieder. Ein ehemaliger Häftling aus Manchester, Jamal al-Harith, wünschte sich wenigstens die gleichen Rechte wie die Wachhunde, die sich über eine klimatisierte Hütte mit Gras freuen durften. *„Ich will die gleichen Rechte wie er“*, meinte al-Harith einmal zu einem US-Soldaten und zeigte dabei auf dessen Wachhund. Der Soldat erwiderte: *„Dieser Hund ist Mitglied der US-Streitkräfte.“*

Die Fotoaufnahmen, die die Journalisten aus über 500 Meter Entfernung machen konnten, mussten erst den Filterungsprozess des Pentagon überstehen. Dabei wurden einige wenige Aufnahmen zum Abdruck zugelassen, die sich kurz darauf als Bumerang erweisen sollten. Zu sehen waren in orangefarbenen Overalls kniende Menschen, die Hände hinter dem Rücken verbunden und mit Atemmasken im Gesicht. Hinter ihnen standen US-Soldaten mit ihren Gewehren im Anschlag. Das ansonsten recht konservative britische Blatt *„Daily Mirror“* titelte auf dem Cover mit einigen Fotos groß *„Folter!“* Der weltweite Aufschrei war laut, verebbte jedoch ebenso schnell wieder. Das die Fotos vom Pentagon nicht der Zensur unterworfen wurden, nannte Rumsfeld einen *„bedauerlichen Fehler“*. General Richard E. Myers begründete diese öffentlich gewordenen Maßnahmen, die nur ein Bruchteil dessen widerspiegeln, was unter Ausschluss der Journalisten und somit der Öffentlichkeit tatsächlich auf Kuba vorgeht, damit, dass die Gefangenen so gefährlich seien, das wenn man ihnen nur kleine Zugeständnisse machen würde, sie beispielsweise *„hydraulische Leitungen im Heck einer C-17 durchbeißen würden, um sie zum Absturz zu bringen“*. Myers zeichnete ein Bild von vom Hass besessenen Menschen, deren Verhalten mehr animalisch als menschlich sei. Ex-Verteidigungsminister Rumsfeld schlug bereits im Januar 2002 in dieselbe Kerbe: *„Die Leute sind fanatische Terroristen. Wir halten sie fern von den Straßen und Fluglinien und Kernkraftwerken und Häfen – in unserem Land und in anderen Ländern. Sie gehören zu den gefährlichsten, am besten gedrillten und heimtückischsten Mördern auf dem ganzen Erdball.“*

Von jedem Regierungspolitiker wurden die gleichen Hasstiraden ausgesprochen. Auch Vizepräsident Dick Cheney stand in nichts nach: *„Dies sind die Schlimmsten der Schlimmen [...] Sie haben sich dem Ziel verschrieben, Millionen von Amerikanern unzubringen, wenn sie könnten, und sie sind hundertprozentig bereit, selbst dabei draufzugehen.“*

Das Bild der islamistischen Terroristen, wie es die US-Regierung seit Jahren aufrechterhält, bekommt immer deutlichere Risse. So gilt der Ramadan als Monat der Entbehrung. Gläubige Muslime fasten in dieser Zeit tagsüber, von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang. Von streng religiösen, ja sogar fundamentalistischen Gläubigen, sollte man dies demnach voraussetzen. Die Realität sieht

aber gänzlich anders aus. Rund 20 % der inhaftierten Muslime beteiligten sich nicht am Ramadan, was in der islamischen Welt zwar keine Pflicht darstellt, aber dennoch als ungewöhnlich angesehen wird, gerade für angebliche Fundamentalisten.

Im Juni 2003 stellte sich US-Präsident Bush vor die Kameras und verkündete lautstark: *„Die Vereinigten Staaten sind der weltweiten Abschaffung der Folter verpflichtet, und wir gehen in diesem Kampf mit gutem Beispiel voran.“* Angesichts der Tatsachen, die uns von Ex-Häftlingen und Menschenrechtsorganisationen übermittelt werden, treiben einen solche Lügen die Zornesröte ins Gesicht.

Im Pentagon werden die Hilfeschreie von Ex-Häftlingen als taktischer Zug von Al-Qaida ausgelegt. Dem US-Verteidigungsministerium zur Folge lässt Al-Qaida die Ex-Häftlinge absichtlich solche Berichte verbreiten, um damit den Hass gegen die USA in den arabischen Ländern zu schüren. In Manchester fand man eine Art Trainingshandbuch für Al-Qaida-Kämpfer, das zu Falschaussagen dieser Art anstiften sollte. Das so genannte Manchester-Dokument gilt unter Terrorexperten jedoch als äußerst umstritten. Des Weiteren würde die Zulassung von unter Folter gewonnenen Informationen damit ihre Daseinsberechtigung verlieren. Weshalb sollte man solch ein Gesetz verabschieden, wenn es doch gar keine Folter gab? Die US-Propaganda stößt manchmal an ihre Grenzen, sodass wir Desinformationen leicht erkennen können.

In diesem Zusammenhang werden auch sämtliche Menschenrechtsorganisationen und Einzelkämpfer, die sich immer und immer wieder öffentlich für eine Schließung des Lagers einsetzen, zu ungewollten Komplizen von Al-Qaida abgestempelt. Oder anders gesagt: Wer sich vehement für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt, ist in den Augen des Pentagon die Marionette eines Terrornetzwerks. Und es wird noch perverser: Als sich drei Häftlinge für den Freitod durch Strangulation entschieden, um dem Terror in dem Lager zu entfliehen, sah die Lager-Leitung darin eine *„besonders perfide Form der Kampfführung“*. Eine leitende Mitarbeiterin des Pentagon sprach gar von einem *„guten PR-Schachzug“*.

Im August 2004 überreichten drei britische Staatsbürger, die zuvor unschuldig in Guantanamo einsaßen, einem Ausschuss des amerikanischen Senats einen 115-seitigen Bericht über ihre Erlebnisse auf Kuba. Sie berichteten davon, wie sie geschlagen, getreten, weggeschlossen, fotografiert, sexuell missbraucht und mit Drogen voll gepumpt wurden. Die Süddeutsche Zeitung berichtet über den Vorfall und zitiert die Aussagen des 25-jährigen Ruhai Ahmed, der als einer der Drei Briten in Guantanamo einsaß: *„Ab und zu bekamen alle Gefangenen irgendwelche Spritzen. Wenn man sich dagegen wehrte, stürmten fünf Typen mit Helmen, kugelsicheren Westen, Schilden und schwarzen Knie- und Ellbogenschonern in deine Zelle, sprühten dir Pfefferspray ins Gesicht und*

schlugen dich zusammen. Sie waren die Eingreiftruppe. Ich habe aufgehört zu zählen, wie oft sie in meine Zelle kamen.“

Die Opfer von Guantanamo sollen mundtot gemacht werden. Nicht nur, dass man Ihnen auch nach ihrer Entlassung in den Medien eine Verbindung zu Al-Qaida nachsagt oder dass sie bei ihrer Entlassung ein Papier unterschreiben müssen, in dem sie versichern, mit niemandem über das Geschehene zu reden. Allein in Afghanistan sind in den letzten Jahren Abertausende Flugzettel abgeworfen wurden, auf denen die USA unmissverständlich klar machten, dass die Einwohner nicht mit ausländischen Journalisten zu reden haben. Andererseits werden ihre Verwandten, Bekannten und Freunde auf Guantanamo dafür bestraft.

Ein Aspekt, der uns nachdenklich stimmen sollte ist, dass von allen im Laufe der Jahre gefangen genommenen Topterroristen und Rädelsführer bis März 2007 kein einziger in Guantanamo einsaß. Nehmen wir zum Beispiel die beiden „Masterminds“ des 11. September, Ramzi Binalship und Khalid Sheikh Mohammed. Beide wurden als Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 überführt. Doch anstatt sie nach Guantanamo zu bringen, verhörte man sie zuerst vor Ort. Weshalb? Ist Guantanamo gar nur wie ein hässliches Unkraut, dessen immenses Wurzelwerk im Erdreich vor der Öffentlichkeit versteckt gehalten wird? Fakt ist, dass bis in den März 2007 hinein in den Camps auf Kuba nur kleine Fische einsaßen, die entweder völlig zu Unrecht mit den Methoden des modernen Menschenhandels der afghanischen Nordallianz abgekauft wurden oder die im schlimmsten Fall bei Kampfhandlungen festgenommen wurden. Erst der Hinweis einiger weniger Freigeister auf diesen Umstand nötigte das US-Militär dazu, ab dem März 2007 auch Führungsköpfe von Al Qaida in die Käfige zu sperren. Darunter auch das „Mastermind“ Khalid Sheikh Mohammed, der keine Woche später geständig war. In allen Anklagepunkten. Die Weltpresse feierte das Geständnis Mitte März wie einen Sieg. Dabei war der Presserummel gar nicht nachzuvollziehen. Schließlich berichteten die beiden Autoren Nick Fielding und Yosri Fouda bereits 2003 in ihrem Buch *„Masterminds of Terror“* über die Geständnisse von Sheikh Mohammed und Ramzi Binalshibh. Im Grunde war die Meldung also ein vier Jahre alter Hut. Für das US-Militär und ihre politischen Köpfe rechtfertigte sie umso mehr die Schandtaten in Guantanamo.

Als Ende März 2007 das australische Al Qaida-Mitglied David Hicks als erster einem US-Militär-Sondertribunal gegenüberstand, bekannte er sich der Unterstützung des Terrorismus schuldig. Ein weiterer Sieg der US-Strategie? Mitnichten. Hicks pokerte hoch. Er wusste, wenn er sich schuldig bekannte, müsste er eine mehrjährige Haftstrafe verbüßen. Er wusste aber auch, dass er diese Haftstrafe in seiner Heimat Australien absitzen konnte und somit der Hölle Guantanamo aus dem Weg ging, in der er fünf Jahre lang, seit 2002,

einsaß. Vor der Anhörung hatten Hicks' Anwälte erklärt, der 31-Jährige habe die Hoffnung auf einen Prozess aufgegeben und denke über ein Abkommen mit der Anklage nach. Es ist wie die alte Frage nach der Pest oder Cholera. Die „*Financial Times Deutschland*“ brachte es auf ihren Internetseiten am 27. März auf den Punkt: „*Guantanamo-Häftling: Ausreise gegen Geständnis*“. Gegenüber dem Radiosender „*ABC*“ sprach der australische Regierungsabgeordnete Senator Barnaby Joyce von „*lediglich juristischen Gründen*“, aufgrund derer sich Hicks schuldig bekannte.

Ende April 2008 berichtete die Londoner Tageszeitung „*The Guardian*“ unter Berufung auf das neue Buch des Londoner Rechtsprofessors Philippe Sands „*Torture Team*“, dass hochrangige US-Regierungsbeamte sich gegen den Willen der Militärführung die Anwendung von Folter im umstrittenen Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba durchgesetzt haben. Gerade US-Generalstabschef Richard Myers sieht sich als Opfer einer Intrige von führenden Rechtsexperten der US-Regierung. Sands berichtet in seinem Buch auch, dass die US-Anwälte auf Guantanamo bei ihrer Suche nach neuen Verhörtechniken viele Ideen der amerikanischen Fernsehserie „*24*“ um den FBI-Agenten Jack Bauer entnommen hätten. Bauer kämpft in der Echtzeit-Serie gegen Terroristen und die Zeit, um einen Anschlag zu verhindern. Er setzt dabei auch auf Folter wie das Brechen von Fingern, Elektroschocks oder Ersticken. „*Wir schauten uns 24 im Kabelfernsehen an [...] Sie war sehr populär*“, sagte die Militär-anwältin Diane Beaver. „*Sie gab uns viele Ideen.*“

Wir können mit Sicherheit festhalten, dass Verschleppung, Bedrohung und Folter in Guantanamo keinen nennenswerten Erfolg erzielte. Bis dato ist keine Verhaftung, keine Aufdeckung einer Terrorzelle oder gar Verhinderung eines Terroranschlags bekannt, dessen Informationen aus den Lagern an der Guantanamo-Bucht stammten. Im Gegenteil: Die in den letzten Jahren gehäuften Berichte von Ex-Häftlingen schürten den weltweiten Widerstand gegen die US-Außenpolitik und spielen den islamisch-fundamentalistischen Netzwerken, vor allem im Irak und in dessen Nachbarländern, neue „*Freiheitskämpfer*“ in die Hände. Freiheit und Demokratie sehen nach meinem Verständnis allerdings gänzlich anders aus. Ein Verhörleiter von Guantanamo brachte es wohl auf den Punkt: „*Wenn sie nicht schon zuvor Terroristen waren, dann sind sie es jetzt sicherlich.*“ Die USA schaffen sich die nächste Generation von Terroristen ganz von selbst.

KAPITEL V

Die Saat ist gestreut

*„Die Gedanken sind frei
wer kann sie erraten?
Sie fliehen vorbei
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Jäger erschießen
mit Pulver und Blei:
Die Gedanken sind frei!“*

(Deutsches Volkslied)

*Jene, die Freiheit aufgeben, um eine vorübergehende Sicherheit zu
erwerben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“*

(Benjamin Franklin)

„Wer Sicherheit der Freiheit vorzieht, ist zu Recht ein Sklave“

(Aristoteles)

1. Der patriotische, große Bruder

In Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 sah die US-Regierung ihre große Chance, Daten- und Personenschutzbestimmungen mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes zu untergeben. Dabei waren die Ideen, die dem Gesetz zu Grunde lagen, viel älter. Doch erst durch die Terroranschläge in New York und Washington fanden sie eine breite Zustimmung im US-Parlament und konnten auf der Welle des auflebenden Patriotismus dem Volk nahezu ohne Kritik untergeschoben werden. Mit gerade einmal 5-wöchiger Verhandlungszeit gilt das Gesetz als das am schnellsten abgesetzte Gesetz in der Geschichte der USA. Mit der Abstimmung im Repräsentantenhaus (nur 66 Gegenstimmen) und im Senat (bei gerade einmal einer Gegenstimme) wurde das Gesetz von Präsident Bush am 26. Oktober 2001 unter dem Namen „Patriot Act“ legitimiert. Dabei wurden kritische Töne einzelner Kongressabgeordneter zum Schweigen gebracht, in dem man ihnen fehlenden Patriotismus vorwarf. Wer nicht für das Gesetz stimmte, der riskiere das Leben weiterer Tausender US-Amerikaner. So schallte es vor allem aus dem von John Ashcroft geleitetem Justizministerium. Spätere Nachforschungen ergaben, dass gerade einmal ein einziger Abgeordneter den Gesetzesentwurf vollständig durchgelesen hatte. Die Bezeichnung „Patriot“ steht dabei für „Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism“ (z.d.t. Die Bereitstellung von angebrachten Maßnahmen zur Vorbeugung und Beendigung von Terrorismus.)

Die wichtigste Neuerung innerhalb des Gesetzes ist das Recht auf Überwachung von Personen, die sich des Terrorismus verdächtig machen. Im Gesetzestext wurde nicht näher erläutert, was man unter „verdächtig“ verstand, sodass der Spielraum für staatliche Behörden und Geheimdienste sehr groß ist. In der Praxis langt es sogar aus, wenn ein einzelner Beamter Verdächtigungen gegenüber einem Bürger ausspricht. Eine richterliche Bestätigung des Verdachts ist nicht erforderlich. Der Beamtenwillkür waren hiermit Tür und Tor geöffnet.

Eine weitere Neuerung betraf Einreisende in die USA. Demnach dürfen in die USA einreisende Personen, egal ob Urlauber, Geschäftsmann oder Journalist, auf Verdächtigung durch einen Zollbeamten bis zu sieben Tage ohne weiteres festgehalten werden. Der Verdacht, oder auch die Tageslaune, eines einzelnen Zollbeamten kostete in der Folge Hunderten von Urlaubern die Freiheit. Auch ausländische Journalisten berichteten von Gefangennahmen ohne genauere Begründung. In den Tagen nach dem 11. September kam es in einigen Teilen der USA zu gewalttätigen Übergriffen auf muslimische Mitbürger. Noch Jahre danach, auch aufgrund der immer wieder propagierten Gefahr vor Islamisten und Schläfern im eigenen Land, war das amerikanische Volk äußerst misstrauisch gegenüber Menschen aus arabischen Ländern. Dieses generelle Misstrauen endete nicht am Flughafenzoll.

Während Urlauber am Flughafen mit den Folgen des Patriot Act zu kämpfen haben, müssen die Amerikaner selbst damit rechnen, jederzeit und ohne nachträgliche Unterrichtung von Bundesbeamten telefonisch abgehört zu werden. Eine richterliche Genehmigung ist nicht mehr notwendig. Zudem sieht das Gesetz vor, alle Telefone eines Verdächtigen abhören zu lassen. Das beginnt beim Festnetzapparat, geht über das Mobiltelefon bis hin zu einem öffentlichen Münztelefon, an dem der Verdächtige einmal telefoniert haben könnte. Dass hiermit auch Tausende Unschuldiger einer Überwachung unterstehen, wird billigend in Kauf genommen. Auch die Kommunikation über E-Mail wird von Bundesbeamten mitgeschnitten und darf unter den einzelnen behördlichen Stellen ausgetauscht werden. Zahlen, wie viele Telefonate und Emails unbescholtener Bürger bisher tatsächlich mitgeschnitten wurden, gibt es bis dato nicht. Sie dürfen aber in die Hunderttausende oder gar Millionen gehen. Die beiden Abhörsysteme Echolon und Carnivore wurden dafür aus ihrer Versenkung geholt. Bei Echolon handelt es sich um ein gemeinschaftliches System von Kanada, Großbritannien, den USA, Australien und Neuseeland zum Anzapfen von Funkverkehr, Internetverbindungen und Satelliten. Zwar legt dabei jedes Land sein eigenes Interessenprofil an, doch ist es dem amerikanischen Geheimdienst NSA gestattet, sich über alle erhobenen Daten zu informieren. Das Carnivore-System ist eine Software, die direkt auf den Mailservern von Internet Providern installiert wird und den Email-Verkehr nach auffälligen Wörtern durchsucht. Wer beispielsweise die Wörter „bomb“ und „dschihad“ aus welchen Gründen auch immer in seiner Email verwendet, muss damit rechnen, ab sofort als Verdächtiger angesehen zu werden, womit alle Punkte des Patriot Act voll auf ihn angewendet werden können.

Ausländische Banken wurden angewiesen, mit US-Behörden zu kooperieren und auf Wunsch private Bankdaten bereit zu stellen. Bei Missachtung wurden den Bankhäusern mit Sanktionen gedroht, selbst mit der Einstellung der geschäftlichen Beziehungen zu US-amerikanischen Firmen. Somit sind zum wiederholten Male nicht nur amerikanische Staatsbürger vom Patriot Act betroffen, sondern im Besonderen auch alle Bürger in jedem Land, die über ein Bankkonto verfügen. Auf Wunsch hin müssen den US-Behörden Kontendaten ausgehändigt werden, was nicht zuletzt auf wirtschaftlicher Ebene den USA einen Vorsprung einbringt, da sie sich jederzeit über aktuelle Zahlen internationaler Unternehmen informieren können. In Anbetracht der Nähe der US-Regierung unter Bush zur Industrie darf dieser Punkt nicht unterschätzt werden. Die Forderung, wie sie im Patriot Act gestellt wurde, war nicht anderes als ein erpresserischer Akt. Wer sich weigert zu kooperieren, dem werden die Geschäftsbeziehungen erschwert oder gar gekündigt.

Mit dem Inkrafttreten des Patriot Act durften Bundesbeamte in den USA Hausdurchsuchungen bei Verdächtigen ohne richterlichen Durchsuchungsbe-

fehl durchführen. Diese werden auch gestattet, wenn der Hauseigentümer bzw. der Mieter gar nicht anwesend ist und spätestens hier die Privatsphäre eines Menschen vollkommen ausgehebelt wird. Oftmals kam es zu Hausdurchsuchungen ohne dass die Eigentümer davon Bescheid wussten oder gar im Nachhinein etwas bemerkten. Erst durch Nachbarn wurde Ihnen berichtet, was in ihrer Abwesenheit in ihrem Eigentum vor sich gegangen war.

Bibliotheken, Buchhändler, sogar der größte Online-Buchhändler amazon.com, wurden einer Informationspflicht unterworfen. Sie müssen auf Anfrage ihre Kundendaten den US-Behörden und Geheimdiensten zur Verfügung stellen. Wer sich allzu oft ein regierungskritisches Buch in einer Bibliothek seiner Wahl ausleiht, kann damit rechnen, genauer überprüft zu werden.

Im November 2001 fügte der damalige Justizminister John Ashcroft hinzu, dass auch die Gespräche von Rechtsanwälten mit ihren Klienten ab sofort abgehört werden durften. Interessanterweise hat das Justizministerium bereits 1999 versucht, ein ähnliches Gesetz auf den Weg zu bringen, was aber scheiterte. Durch den Patriot Act wurde die Idee dann anschließend durch sämtliche Instanzen gewunken.

Am 13. November 2001 verkündete Präsident Bush, dass Ausländer, die der terroristischen Szene zugeordnet werden, nicht länger durch amerikanische Zivilgesetze geschützt sind. Stattdessen können sie mit stark verminderter Beweispflicht durch den amerikanischen Staat und mit einer zweidrittel Mehrheit durch ein Militärtribunal zum Tode verurteilt werden. So kann ein Häftling bereits nach kurzem Prozess durch die Todesspritze getötet werden, ohne dass die Öffentlichkeit etwas über die Anklage oder Beweisführung erfährt. Im ursprünglichen Gesetzestext des Patriot Act sollte das Gesetz nur vier Jahre lang gelten. Nach Ablauf der vier Jahre sollte neu entschieden werden. Im März 2006 wurde das Gesetz jedoch auf unbefristete Zeit verlängert.

Mit dem Inkrafttreten des Patriot Act begannen die Bundesbehörden, ihre neuen Befugnisse sofort anzuwenden. Tausende ausländische Bankkonten wurden überprüft, manche davon vorübergehend eingefroren. Einreisende wurden zu Hunderten ohne weitere Begründung in Gewahrsam genommen und von Spezialisten des FBI über terroristische Aktivitäten befragt, die ihnen fremd waren. Fluggesellschaften werden seit März 2003 verpflichtet, Passagierdaten bereits vor Reiseantritt an US-Behörden zu übermitteln. Hierzu zählen Name, Anschrift, Hotelreservierung, Art der Bezahlung und ggf. gesundheitliche Daten des Reisenden. Seit Januar 2004 werden der Liste auch biographische und biometrische Daten hinzugefügt. Missachtung führt zu weit reichenden Sanktionen bis hin zu Landerechtsverboten.

Die US-Bundesbehörden machten ernst und setzten das neue Patriot Act-Gesetz mit aller Unvernunft ein. So wurde im Januar 2002 das Haus, in dem ein 18-jähriger wohnte, von 25 bewaffneten FBI-Agenten auseinander genommen,

weil auf dem Server des 18-jährigen unter anderem eine Webseite gehostet war, die den Bau eines Molotov-Cocktails beschrieb. Obwohl eine Anleitung zum Bau eines einfachen Molotov-Cocktails über jede Suchmaschine binnen Sekunden gefunden werden kann wurde der junge Mann zu einem Jahr Haft in einem Bundesgefängnis verurteilt. Das Strafmaß hätte bis auf 20 Jahre erhöht werden können, wenn der Jugendliche sich nicht mit dem Urteil einverstanden erklärt hätte. Eine Welle der Entrüstung schwappte durch die Internetgemeinde. So meinte ein nahe stehender Freund: *„Der wahre Grund dürfte Austins Anwesenheit bei vorher stattgefundenen Protesten gewesen sein. Das FBI scheint Austin zum einen als Exempel für andere Webmaster zu benutzen und zum anderen, um einen Präzedenzfall für ähnliche Fälle zu schaffen. Die Seite war im Wesentlichen an ihre Protestaktivitäten gebunden, was wohl auch eine Erklärung für diesen Fall bildet. Sie bezeichneten ihn als Terroristen, der drauf und dran sei, Bomben auf den Weltbank- und IWF-Gipfeln zu zünden.“*

Tatsächlich ist es so, dass Menschen, die an einer nicht angemeldeten Demonstration teilnehmen, nach dem neuen Gesetz als Terrorverdächtige gelten. Somit liegen ihre Fälle nicht mehr in der Entscheidungsgewalt bürgerlicher Gerichte, sondern bei einem Militärtribunal. Dieses Vorgehen ist einem Polizeistaat nicht allzu fern. In vielen weiteren Fällen wurden Privatpersonen von FBI-Agenten zu Hause aufgesucht und eingeschüchert. Ihnen wurde zur Last gelegt, sich öffentlich zu kritisch über ihre Regierung geäußert zu haben.

Ein sehr gutes Beispiel für Intoleranz und vorurteilsbehaftete Untersuchungen stellt das so genannte „racial profiling“ dar, wonach bestimmte Völkergruppen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Staatszugehörigkeit systematisch beschattet werden. Eine Untersuchungskommission von Amnesty International beschreibt insgesamt fünf Programme, die dazu geführt haben, dass Menschen aufgrund ihrer Religion oder Herkunft von den Sicherheitsbehörden verhört und in einigen Fällen überwacht und sogar festgenommen wurden. Untersuchung und Festnahme unschuldiger Menschen, die einfach nur dem Profil entsprechen. „Racial Profiling“ verletzt die Internationale Konvention der Vereinen Nationen über zivile und politische Rechte und die Konvention über die Ausräumung aller Formen der Rassendiskriminierung. Mitglieder der amerikanischen Vertretung von Amnesty International haben aus diesem Grund 70.000 Briefe an den US-Kongress versandt mit der Aufforderung, jede Form von „racial profiling“ zu verbieten.

Zu den weiteren direkten Auswirkungen des Patriot Act zählt auch die bewusste Einschüchterung aller kritischen Stimmen im eigenen Land. So musste der TV-Reporter Peter Arnett vom US-Sender NBC seine Sachen packen, nachdem er im irakischen Fernsehen die Meinung vertrat, der ursprüngliche Kriegsplan der USA sei gescheitert.

Kriegsgegner und Hinterbliebene der Terroranschläge vom 11. September, die ebenfalls Kritik an der US-Regierung äußerten, wurde es untersagt, in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, in Erscheinung zu treten. Drei mutige Nonnen, die als Zeichen des Protestes militärische Ausrüstung mit roter Farbe beschrifteten, wurden 20 Jahre Gefängnis angedroht. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen und würde ein eigenes Buch füllen.

Doch damit nicht genug. Anfang 2003 tauchte ein neues Papier mit dem Titel „*Domestic Security Enhancement Act of 2003*“ auf, das von den Medien schnell den Beinamen „Patriot Act 2“ erhielt. Das neue Papier sah weitgehende Vereinfachungen bei Wohnungsdurchsuchungen und Lauschangriffen durch Geheimdienste und US-Strafverfolgungsbehörden vor. Auch sollte eine Gen-Datenbank zur Identifizierung potenzieller Terroristen etabliert werden. All dies unter klarer Beschneidung verfassungsmäßiger Grundrechte.

Dabei handelte es sich beim Patriot Act 2 nicht nur um das berühmte i-Tüpfelchen. Es untermauerte viel mehr durch weitere verfassungswidrige Maßnahmen die Beschlüsse der ersten Version. So wurde beispielsweise im § 102 sehr verallgemeinernd das Sammeln von Informationen als Spionage betrachtet. Ganz gleich, um welche Art von Informationen es sich dabei handelt. Im weiteren Sinne kann hiervon auch die Pressefreiheit betroffen sein. In § 103 hebelte das neue Papier die Entscheidungsbefugnis des US-Kongresses aus, in dem es der Regierung alleine ermöglicht das Kriegsrecht über das Land zu verhängen. Gleichzeitig werden Regierungsmitglieder mit dem § 205 geschützt, der es ihnen erlaubt, eigene wirtschaftliche Transaktionen geheim zu halten, was ihre politischen Ziele für jedermann undurchsichtig macht.

In § 201 finden wir eine Regelung, die vor allem bei den CIA-Geheimflügen in Europa und weltweit verstärkt zur Anwendung kam: US-Behörden können verdächtige Personen gefangen nehmen, ohne jemanden über ihr Verschwinden zu unterrichten oder gar den Namen des Verdächtigen bekannt zu geben. Zusätzlich wird die Weitergabe von Informationen über den Verdächtigen und die Umstände, die zu seiner Festnahme führten, unter Strafe gestellt. Dieser Paragraph widersetzt sich dem Artikel 9 des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte in gravierender Weise.

Die eigenen ABC-Waffenprogramme und nahestehende Unternehmen wurden mit dem § 202 geschützt. Dieser stellt sicher, dass die Handhabung und die Verarbeitung von toxischen Materialien (zu denen auch atomare, biologische und chemische Produkte zählen) geheim gehalten werden darf. Darüber hinaus wurde durch den § 302 sichergestellt, dass von allen Verdächtigen DNA-Proben genommen, analysiert und für die spätere Verwendung archiviert werden dürfen.

Der neue Patriot Act 2 stieß in der amerikanischen Öffentlichkeit, aber auch unter Abgeordneten der Demokratischen Partei auf Ablehnung. Viele der Punk-

te wurden zu Recht als massive Eingriffe in die Privatsphäre gewertet. Der 11. September lag mittlerweile eineinhalb Jahre zurück und das amerikanische Volk begann allmählich die Entscheidungen der Regierung kritischer zu hinterfragen. Der Regierung wurde klar, dass es ihr diesmal nicht so einfach gemacht wurde, die im Patriot Act 2 bestimmten Maßnahmen durch die Instanzen zu boxen, weshalb sie sich für einen Weg der kleinen und undurchsichtigen Schritte entschied. So wurde dem Gericht im Juli 2003 ein als Anti-Drogen-Gesetz bezeichnetes Papier vorgelegt, welches in Wirklichkeit viele der im Patriot Act 2 herausgearbeiteten Punkte enthielt, die für ein Anti-Drogen-Gesetz in dieser Form niemals nötig gewesen wären. Ende 2003 unterzeichnete Präsident Bush ein Gesetz, das dem FBI weitreichende Befugnisse im Ausspionieren von Internetaktivitäten, Kontentransaktionen und Telefongesprächen einräumte. Die Unterzeichnung dieses folgenschweren Gesetzes geriet zur Nebensache, da just an diesem Tag Iraks Ex-Diktator Saddam Hussein in einem Erdloch nahe Bagdad von US-Soldaten aufgefunden wurde. Zufall? Kritiker warfen Bush schon seit längerem vor, unbeliebte Gesetze ausgerechnet an Wochenenden auf den Weg zu bringen, da hier die Zeitschriftenredaktionen nur spärlich besetzt seien und für einen ausführlichen Bericht das Personal nicht zur Verfügung stand. Die Regierung schaffte es durch viele kleine Gesetzesänderungen, dem Volk ihre Maßnahmen zur Terrorbekämpfung häppchenweise aufzuerlegen, nachdem dieses den großen Wurf des Patriot Act 2 mehrheitlich missbilligte.

Am 20. Dezember 2006, nur wenige Tage vor Weihnachten, unterzeichnete Bush ein Gesetz, welches Sicherheitsbehörden zukünftig einräumt, ohne richterlichen Beschluss, Briefe zu öffnen. Dieser Abschnitt war nur ein kleiner Teil eines ansonsten eher harmlosen neuen Postreformgesetzes und wäre ohne einen Artikel der „*New York Daily News*“ völlig untergegangen. Den folgenden Sturm der Entrüstung versuchte Bush damit zu beschwichtigen, dass das neue Gesetz nur in dringenden Verdachtsmomenten zur Anwendung kommen soll. Für Datenschützer weltweit bedeutete die Reform ein neues Ausmaß an staatlicher Überwachung und den Verlust der Intimsphäre.

Die Auflockerung des Briefgeheimnisses ist bis dato der letzte Akt in einer Kette von Maßnahmen, die aus jedem Bürger einen gläsernen Menschen machen soll. Zwar beschwört die Regierung Bush immer wieder aufs Neue, dass dank der Maßnahmen Terrorverdächtige dingfest gemacht und somit die Sicherheit der Bürger erhöht werden konnte, doch mehr als diese Beschwörungen legt die US-Regierung nicht vor. In wie weit sie den Tatsachen entsprechen, kann daher nur spekuliert werden. Datenschützer aus aller Welt sind sich darüber einig, dass die erzielten Ergebnisse niemals die getroffenen Maßnahmen gerechtfertigt haben. Präsident Bush war nicht verlegen darin immer wieder zu betonen, dass der Hass der Terroristen darauf beruhe, dass die Amerikaner ein

Volk in Freiheit mit demokratischen Rechten seien. Von Freiheit und demokratischen Rechten ist heute jedoch immer weniger sichtbar.

2. Krieg der Sterne – Kalter Krieg reloaded

Gegen Ende seiner Amtszeit als Präsident der letzten verbliebenen Supermacht auf Erden brachte Bush es auch noch fertig, die Beziehungen zu Russland, seit dem Ende des Kalten Kriegs eine heilige Kuh für die USA, fast zum Erliegen zu bringen. Schuld daran ist das provokative neue Raketenabwehrsystem, das unter anderem in einem Gürtel um Russland herum installiert werden soll. Der Baubeginn des 1,6 Milliarden US-Dollar teuren Projekts ist noch für 2008 vorgesehen und soll bis 2011 abgeschlossen werden. Ab 2013 soll das System vollständig einsetzbar sein. Gerade noch rechtzeitig, bevor der Iran ab 2015 über Langstreckenraketen verfügt, wie amerikanische Geheimdienste spekulieren. Für weitere Raketenabwehrprojekte hatte Bush bei einer Debatte zum Haushalt 2008 weitere neun Milliarden US-Dollar veranschlagt. Wichtige strategische Partner für die Amerikaner sind vor allem die ehemaligen GUS-Staaten in Osteuropa. Während die Bevölkerung in Tschechien und Polen die Installation von amerikanischen Raketenbasen in ihrem Land strikt ablehnen, zeigen sich die Regierungen dieser Länder durchaus verhandlungsbereit. Selbst das amerikanische Entgegenkommen, die Visumpflicht für teilhabende Länder abzuschaffen, konnte in Tschechien, nach einer Umfrage der Agentur RCA Research, nur 31 Prozent überzeugen.

Dabei ist die Idee eines weltumspannenden Schutzschildes zur Selbstverteidigung nicht neu. Am 23. März 1983 hatte der damalige US-Präsident Ronald Reagan in seiner „Sternenkriegsrede“ den Startschuss für die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) gegeben, die erst 10 Jahre später, im Jahr 1993, auslief. In den Folgejahren wurden die Systeme aber nicht abgerüstet, sondern in ein land- und seegestütztes System von Raketenbasen überführt. Erst 1999, unter der Clinton-Regierung, wurde mit der National Missile Defense ein Nachfolgeprogramm verabschiedet, dessen sich Bush anschließend bediente. Im ersten Akt kündigte er kurz nach seiner Amtsübernahme den 1972 mit der UdSSR geschlossenen ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missiles) einseitig auf. Der Vertrag diente dazu, die Anzahl von Raketenabwehrsystemen zu begrenzen. Seine einseitige Kündigung sorgte daher nicht nur, aber vor allem in Russland für Sorgenfalten. Der Chef der strategischen Raketenstreitkräfte in Russland dachte anschließend laut darüber nach, den Amerikanern den INF-Vertrag, der ein Verbot von Mittelstreckenraketen mit 500 bis 5.500 km Reichweite vorsah, zu kündigen, um die geplanten US-Basen in Osteuropa ins Visier der Russen nehmen zu können. Der russische UN-Botschafter Vitali Tschurkin schlug in

einer Sitzung der UN-Abrüstungskommission in dieselbe Kerbe: „Eine Stationierung strategischer Bestandteile der amerikanischen Militärinfrastruktur in den Ländern, die in der Nähe russischer Grenzen liegen, muss Beunruhigung hervorrufen und verlangt von uns Gegenmaßnahmen.“ Und auch Putins stellvertretender Pressesekretär, Dmitri Peskow, äußerte sich wenig begeistert: „Wir fühlen uns betrogen. Wir wurden über diese Pläne nicht im Voraus informiert. Potenziell werden wir Alternativen dazu schaffen müssen, allerdings mit einem geringeren Aufwand und einer höheren Qualität.“ Allein diese Bemerkungen machen deutlich, wie das Säbelrasseln auf beiden Seiten begann, ganz so, als wären wir noch immer im Kalten Krieg gefangen.

Die Idee, konventionelle als auch atomare Mittelstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren, soll laut Washington dem Zweck dienen, Nordamerika und seine Partner, allen voran die Europäische Union, vor atomaren Erstschlägen von Schurkenstaaten wie dem Iran, Nordkorea und Syrien zu schützen. Zumindest von offizieller Seite wird seit Jahren betont, dass der Abwehrschild nicht gegen Russland gerichtet sei und führende amerikanische Politiker, so auch US-Außenministerin Condoleeza Rice, flogen nach Moskau, um den damaligen russischen Präsidenten Putin zu besänftigen. Doch Russlands Misstrauen ist zu verstehen: Als die Nato 1997 erweitert wurde, versprach man Russland, dass keine Truppen und keine atomare Waffen in die neuen Mitgliedsländer stationiert würden. Von diesem Versprechen wollte die Bush-Regierung nichts mehr wissen. Das russische Misstrauen ist auch darin begründet, dass ein Großteil der geplanten Raketen- und Radarbasen in direkter Nähe zu Russland liegen, man sich quasi von einem amerikanischen Raketengürtel umzingelt sehen würde. Sicherlich keine schöne Vorstellung, egal welchem Zweck die Basen augenscheinlich dienen sollen.

Mit der Errichtung amerikanischer Militärbasen an der Grenze zwischen Kosovo und Mazedonien, Ungarn, Bosnien, Bulgarien, Albanien, Afghanistan, Kirgisien, Usbekistan und Pakistan von 1999 an, sahen sich die Russen schon seit längerer Zeit im Würgegriff der USA gefangen.

Von russischer Seite wird zudem angemerkt, dass keiner der genannten Schurkenstaaten heute und in absehbarer Zukunft überhaupt in der Lage sein wird, Raketen mit einer Reichweite, die bis in die USA gelangen könnten, zu bauen. So fand Wladimir Putin in seiner Rede auf einer NATO-Sicherheitstagung auch deutliche Worte, als er die amerikanischen Pläne als Aggression gegenüber Russland betitelte. Aussagen wie die von US-Oberst Robert Bowman, Direktor des Raketenabwehrprogramms der US-Luftwaffe, wonach das Netz der Raketenabwehr ein „*Verbindungsglied zum Erstschlag*“ sei, streuten zusätzliche Skepsis. Putin wiederum gab zu bedenken, dass er in den letzten Jahren dafür gesorgt habe, das nahezu alle militärischen Waffen aus

dem europäischen Teil Russlands zurückgezogen wurden, während die NATO nun vorhabe, ehemaliges sowjetisches Gebiet mit Raketen zu bestücken.

Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 überraschte Putin mit dem Vorschlag, Russen und Amerikaner könnten in einem Gemeinschaftsprojekt eine Radaranlage im aserbajdschanischen Gabala modernisieren und von Moskau und Brüssel gleichberechtigt aus verwalten. So würde die geplante Radarbasis in Tschechien unnötig werden. Die amerikanische Seite schien selbst von dem Vorschlag überrascht, wollte Putins Idee aber lediglich als Ergänzung zu den geplanten Basen in Osteuropa sehen und nicht als gleichwertigen Ersatz. Der russische Außenminister Lawrow merkte dazu an: *„Wenn unsere amerikanischen Partner sagen, dass Gabala keine Alternative zu Anlagen in der Tschechischen Republik sein kann, verstehe ich sie, denn das Gabala-Radar kann das russische Territorium von der Westgrenze bis zum Ural nicht einsehen, mit dem Tschechischen Radar ist das möglich.“* Lawrow warf den Amerikanern also vor, das geplante Abwehrsystem zu missbrauchen. Anders als Washington stets verlautbaren ließ, geht Lawrow davon aus, dass das System doch zu Spionagezwecken gegen Russland eingesetzt werden soll. Und so ganz abstreiten lässt sich dieser Verdacht nicht. Die USA wollen in Tschechien ein X-Band-Radar installieren, das sich durch eine extrem kurze Wellenlänge auszeichnet, was zu hoch präzisen Informationen über Objekte innerhalb seiner Reichweite führt. So kann es nicht nur die exakte Flugbahn von Raketen verfolgen, sondern beispielsweise auch atomare Sprengköpfe von einfachen Attrappen unterscheiden. Eine solche Radaranlage ist in Norwegen bereits seit 1998 in Betrieb. Zusammen mit weiteren Anlagen dieses Typs wären die Amerikaner im Stande, die Eigenschaften russischer Sprengköpfe, ihre Trägersysteme und ihre Lagerstätten in Datenbanken zu erfassen und jederzeit zu kontrollieren. Russland wäre mit einem Mal völlig gläsern.

So wächst die Angst weltweit vor einem neuen Wettrüsten. Die deutsche Regierung hält sich bislang recht bedeckt, während auch in China der Unmut wächst. Einen Monat, bevor die offizielle Anfrage an Polen und Tschechien im Februar 2007 eingereicht wurde, testete China im Südwesten des riesigen Reichs eine Rakete, mit der der in 860 km Höhe fliegende Satellit Fengyun.1C des chinesischen Wetterdienstes zerstört wurde. Als erstem Land der Welt gelang dieses zweifelhafte Kunststück ausgerechnet den Chinesen, was den Neokonservativen in Washington überhaupt nicht in den Kram passte. Zähneknirschend musste man die Niederlage einstecken.

Viele Experten sehen in den amerikanischen Bemühungen um die osteuropäischen Raketenbasen die Absicht, Europa wieder enger an die USA zu binden. Vielen Hardlinern in Washington sind die weit reichenden wirtschaftlichen und politischen Bindungen der EU mit Russland der letzten Jahre ein Dorn im Auge. Hinsichtlich des Erstarkens der EU, Chinas und Indiens und der gleich-

zeitig schwachen Binnenkonjunktur und eines US-Dollarkurses, der sich seit Jahren auf Talfahrt befindet, sehen die Hardliner die amerikanische Vormachtstellung in der Welt schwinden. Nichtsdestotrotz reagierten zahlreiche westeuropäische Länder mit Ablehnung des Raketenabwehrsystems, allen voran in Deutschland wuchs die Kritik. So stellte sich neben dem deutschen Außenminister Steinmeier auch der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck entschieden gegen die Pläne, während sogar die FDP mindestens einen gemeinsamen Dialog mit Russland für unabdingbar hält. Als einer der wenigen deutschen Spitzenpolitiker sympathisierte Verteidigungsminister Franz-Josef Jung mit den amerikanischen Plänen. Seine Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Merkel, versäumte es zudem, in ihrer Rolle als EU-Ratspräsidentin die Pläne abzulehnen.

Von Seiten der NATO-Staaten wurde das Raketenabwehrsystem bei einer Sondersitzung des NATO-Rates am 19. April 2007 unter der Voraussetzung, dass die amerikanischen Systeme zu zukünftigen NATO-Systemen kompatibel sein müssen, genehmigt. Die USA warb zuvor damit, die NATO-Staaten mit unter den Schutzschirm der Raketenabwehr zu packen und stellte es den Mitgliedsstaaten frei, das System jederzeit auf eigene Kosten zu erweitern, in dem sie die benötigte Technologie von den USA einkaufe. Ein kaufmännisch kluger Schachzug. Im Stillen allerdings zwangen die USA die NATO-Staaten zu einer Auseinandersetzung um die Daseinsberechtigung der NATO und ihrer zukünftigen Ziele. So wird sie in amerikanischen Kreisen oft nur noch als ein lästiges Überbleibsel aus der Zeit des Kalten Kriegs wahrgenommen, das den amerikanischen Fortschritt eher behindere als ihm zu dienen.

Die geplante Stationierung amerikanischer konventioneller und atomarer Mittelstreckenraketen in einem Netz, das aus mehreren Abschussbasen in Osteuropa besteht, hat das Klima zwischen Russland und den USA in den vergangenen Jahren stark abgekühlt. Die Gräben, die durch die amerikanischen Provokationen wieder aufgebrochen wurden, verstärken überall auf der Welt die Angst vor einem neuen Kalten Krieg. Einem Krieg, in dem die Hardliner der Bush-Regierung in den 1980er Jahren groß geworden sind und nach dem sich ganz offensichtlich einige wieder zurücksehnen. Zwar beteuern beide Seiten den Willen, es nicht soweit kommen zu lassen, doch wie sehr auf die Worte aus Washington Verlass ist, haben die aufgekündigten Abkommen und das NATO-Versprechen gegenüber Russland deutlich gemacht.

Am 12. Dezember 2007 beschloss Russland die einseitige Aussetzung der Anwendung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und der damit verbundenen Verpflichtungen. Der KSE-Vertrag wurde am 19. November 1990 in Paris von den 22 Regierungschefs des NATO-Bündnisses und des damaligen Warschauer Paktes (WP) unterzeichnet und trat am 9. November 1992 endgültig in Kraft. Aufgrund der festgefahrenen Situation der diplomatischen Verhandlungen mit den USA kündigten die Russen den

Vertrag vorläufig auf, was im Klartext bedeutete, dass es keinen Informationsaustausch über konventionelle Streitkräfte, keine Veränderungsmeldungen in der Gliederung der Streitkräfte und der konventionellen Waffen mehr gibt und die Russen darüber hinaus keine weiteren Inspektionen durch Fachpersonal der Partner zulässt.

Ein neuer Kalter Krieg scheint nicht mehr nur finstere Illusion zu sein. Ein Lichtblick kann die amerikanische Präsidentschaftswahl darstellen, wenn es den Demokraten gelingen sollte, das Weiße Haus nach acht Jahren Abstinenz zurück zu erobern. Unter einem Präsidenten McCain, der für die Republikaner in den Wahlkampf ziehen wird, dürfte sich an der Haltung der USA kaum etwas ändern. Die Entscheidung, ob und in welcher Intensität der Raketenschutzschild in Osteuropa installiert werden kann, wird stark mit dem diplomatischen Geschick des nächsten US-Präsidenten zusammen hängen. Von diesem Geschick wird es auch abhängen, ob die Welt endgültig in einen neuen Kalten Krieg steuern wird oder nicht.

Amerikas Pläne eines Raketenschutzschildes zu Land, zu Wasser und in der Luft sind aber nicht die einzigen, die Washington in den zurückliegenden Jahren vehement vorantreibt. In der als „Weltraumdoktrin“ bekannt gewordenen Rede von Präsident Bush vom Oktober 2006 wurden erstmals offiziell Amerikas Pläne einer Vorherrschaftsstellung im Weltraum geäußert. Dabei spielen zwei Gründe die entscheidende Rolle: Zum einen soll der Erdborbit in die zukünftige Kriegsführung mit eingeplant werden, zum anderen sehen immer mehr Unternehmen massive Profitchancen mit den Rohstoffen anderer Himmelskörper. So vermutet man auf dem Mars große Vorkommen an Magnesium, Kobalt und Uranium, während man auf Asteroiden bereits Gold nachgewiesen hat. Zwar ist die Technologie zum Abbau dieser Rohstoffe bisher noch nicht vorhanden, doch die USA machen schon heute keinen Hehl daraus, dass sie die Vorkommen für sich beanspruchen wollen. Bush stellte in seiner Rede klar, dass der Weltraum von den USA „kontrolliert und dominiert“ werden müsse und man seinen Feinden den Zugang zu ihm verwehren wolle. In einem Planungsdokument der US Air Force mit dem Titel „*Strategic Master Plan FY06 and Beyond*“ wird man um die Absicht der Pläne schlauer: „*Die Fähigkeit, im Weltraum zu dominieren, ist von fundamentaler Bedeutung und die Bewahrung der eigenen Übermacht im Weltraum eine essenzielle Vorbedingung für den Erfolg in der modernen Kriegsführung.*“ Was vor wenigen Jahren noch pure Science Fiction war, könnte damit schon in 10 bis 20 Jahren Realität sein: „Killersatelliten“ und Weltraumwaffen, die sich binnen weniger Minuten über jedem Winkel der Erde befinden können, um aus Hunderten Kilometern Entfernung ein Ziel auf dem Boden zu eliminieren. George Lucas´ „Krieg der Sterne“ lässt grüßen.

Gleichzeitig zu der aggressiven Weltraumpolitik versuchte Washington in den letzten Jahren jede Verordnung zur friedlichen Nutzung des Weltraums zu boykottieren. Bei einer UN-Abrüstungskonferenz im Oktober 2003 verweigerten nur zwei Staaten ihre Zustimmung zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltall: die USA und, in ihrem Gefolge, Israel. Ein halbes Jahr später, im Mai 2004, verweigerten die USA in gleicher Runde erneut einen Vertragsentwurf Russlands und Chinas, der die „*Verhinderung der Stationierung von Waffen im Weltraum und die Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen Weltraumobjekte*“ vorsah. Dabei sind weitere Abkommen dieser Form nicht zwangsläufig notwendig, da mit dem Teilstoppvertrag von 1963 und dem Weltraumvertrag von 1967 bereits ein Verbot von atomaren und Massenvernichtungswaffen im Weltraum oder auf einem anderen Himmelskörper vorliegt. Der Mondvertrag von 1979 legte darüber hinaus fest, dass der Mond und alle weiteren Himmelskörper als Gemeingut der Menschheit dienen und ausschließlich für friedliche Nutzung und zum Vorteil und im Interesse aller Länder genutzt werden darf. All diese Verträge wurden auch von den USA unterschrieben. Der aufgekündigte ABM-Vertrag zeigte aber bereits, dass die Bush-Regierung nicht sehr viel von „altem Papier“ hält. So kündigte sie noch im Jahr 2006 an, dass ab 2008 mindestens fünf bewaffnete Satelliten zu Erprobungszwecken in den Weltraum geschossen werden sollen. Ab 2010 sollen Radiowellenenergiegewaffen im All für die Störung feindlicher Kommunikation sorgen und schon 2015 sollen die ersten Kampfflugzeuge über sogenannte Anti-Satelliten-Raketen verfügen, die von der Luft aus feindliche Satelliten im All abschießen können. Was unvorstellbar klingt, wird hinter verschlossenen Türen bereits seit Jahren erprobt. Mit der militärischen Vorherrschaft zu Lande, auf Wasser, in der Luft und zukünftig auch im Weltall würden die USA den Erdball vollständig kontrollieren. Der Übermachtsgedanke aller Falken in Washington hätte gesiegt. Aus heutiger Sicht scheint dies noch Zukunftsmusik zu sein. Eine, zugegeben, sehr düster gezeichnete Zukunft. Die Frage muss gestellt werden, ob mit einem Machtwechsel hin zu den Demokraten im Präsidentschaftswahlkampf 2008 diese Pläne in den Schredder wandern oder nur auf Eis gelegt werden. Bis ... ja bis sich der nächste Bush aufmacht, das Weiße Haus zu erobern? Einen sonnigen Gruß nach Florida.

Game over, Mr. Bush - Die Chance für den Neuanfang?

George Bushs Tage als Präsident der USA sind gezählt. Noch nie zuvor hat ein amerikanischer Präsident im In- und Ausland ein derartiges Chaos hinterlassen. Die Einzigen, die den zurückliegenden acht Jahren nachtrauern werden, sind Großunternehmen, im Speziellen der Öl- und Sicherheitsindustrie. Die Bush-Jahre waren für sie Boomjahre. Ansonsten hat auf der Welt nur eines geboomt: der Terrorismus.

Ich bin mir sicher, dass es George Bush nicht von vorneherein böse gemeint hat. Eine gewisse Selbstüberschätzung und eine gute Portion falscher Idealismus ließen aus seiner Parole „Freiheit für die Völker dieser Welt“ eine Zirkusnummer werden. Am Anfang nur belächelt, wuchs er auf den Trümmern des World Trade Centers über sich hinaus. Nicht wie ein Staatsmann, sondern wie ein gewöhnlicher Cowboy des Wilden Westens machte er sich auf die Jagd, den internationalen Terrorismus auszuräuchern. Die Mittel, die er und seine Schurken in Washington wählten, hätten falscher nicht sein können. Man befriedet kein Land mit Waffengewalt und durch Unterdrückung der Bevölkerung. Man bringt keine Demokratie mit Folter und willkürlicher Freiheitsberaubung in ein Land, das gerade erst eine Diktatur hinter sich gebracht hat. Und man baut erst recht kein Land ohne das Volk auf. Es ist verheerend, wenn amerikanische Großunternehmen beim Aufbau von Krankenhäusern, fließend Wasser und Strom pfuschen, während das eigene Volk zum Zuschauen verdammt wird. Die Bilder aus Abu Ghraib, Guantanamo, Falludscha, Haditha, Qala Jangi und wie die Stätten der großen moralischen Niederlagen alle heißen, waren tausendmal einprägsamer als jede noch so gut gemeinte humanitäre Hilfe internationaler Hilfsorganisationen. „Die Regierung foltert nicht“, behauptete Bush selbst noch im Oktober 2007. In den Augen Washingtons mag es tatsächlich keine Folter sein, solange „keine ernsthaften Schäden wie Organversagen oder Tod“ den Gepeinigten ereilen, wie das US-Justizministerium in einer 50-seitigen Analyse im August 2002 den Folterbegriff neu zu definieren versuchte. Die Analyse ging sogar soweit zu behaupten, dass selbst Verbrechen, die unter den Begriff „Folter“ begangen werden, straffrei bleiben müssen, da sie als Akt der Selbstverteidigung angesehen werden sollten. Ende Mai 2004 forderte die amerikanische Regierung gar Immunität vor dem Internationalen Gerichtshof für

ihre Kriegsverbrechen, was der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan entschieden zurückwies. Die Forderung ist im Prinzip ein Widerspruch in sich, da die Bush-Regierung den Internationalen Gerichtshof von Anfang an für die Kriegsverbrechen ihrer eigenen Streitkräfte nicht anerkannte. Sie positionierten sich viel mehr über dem internationalem Recht.

Dem Rest der Welt, nicht aber dem früheren US-Präsidenten Jimmy Carter, verschlug es bei solchen Rechtsverdrehungen die Sprache. Normalerweise gilt in den USA das ungeschriebene Gesetz, dass sich Ex-Präsidenten nicht öffentlich kritisch über ihre Nachfolger äußern, doch in diesem Fall platzte es geradezu aus Carter heraus. „*Unser Land hat erstmals in meinem Leben die grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte aufgegeben*“, brüskierte er sich.

Wären die vielen Milliarden US-Dollar für Waffen und Soldaten nicht viel besser in Brot und Wasser angelegt gewesen? Hätte man dem aufkeimenden Terrorismus nicht viel besser mit ernst gemeinter humanitärer Hilfe begegnen können? Aufbau einer inländischen Industrie, Teilhabe des Volks am eigenen Wiederaufbau, Schulen für die Kinder und Respekt für die Traditionen des Islam? Alles Fremdwörter in den Washingtoner Ohren?

Der Terrorismus blüht heute, nicht etwa wegen des 11. Septembers, sondern wegen der amerikanischen Außenpolitik, mehr denn je. Das Ansehen Amerikas in der Welt hat in den vergangenen Jahren einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die USA haben ihre Vorbildfunktion eingebüßt und die Augen der Welt richten sich mehr denn je hoffnungsvoll nach Europa. Selbst in Amerika finden wir heute eine Gesellschaft, die so gespalten ist wie nie zuvor. Zwei etwa gleichstarke Strömungen reißen das Land momentan auseinander.

George, Du hast es versaut. Dein Platz in den Geschichtsbüchern wird kein ehrenvoller sein. Wer es positiv mit Dir meinen wird, der wird schreiben: Er tat, was er tun musste. Alle anderen bedienen sich Bücher wie diesem, um eines der schwärzesten Kapitel der modernen amerikanischen Geschichte zu beschreiben. Sinnbildlich für das menschliche Versagen steht die im Oktober 2007 in Frankreich eingereichte Strafanzeige gegen den zu diesem Zeitpunkt bereits Ex-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. In der Anklageschrift wurde ihm die Billigung von Kriegsverbrechen im Gefangenenlager Guantanamo und im Irak vorgeworfen. „*Rumsfeld muss wissen, dass er sich nirgends verstecken kann. Ein Folterer ist ein Feind der Menschheit*“, wird Michael Ratner, Präsident des „Center for Constitutional Rights“, zitiert. „*Wir wissen, dass wir ihn nicht ins Gefängnis bekommen. Aber es wäre ein großer Erfolg, wenn er nicht mehr unbeschadet US-amerikanischen Boden verlassen könnte.*“

Auch das amerikanische Volk hat mit etwas Verspätung erkannt, dass die Washingtoner Politik in diesem Jahrzehnt nicht ihnen, sondern den Großunternehmen galt. Im April 2008 veröffentlichte die „*New York Times*“ eine eigens durchgeführte Umfrage, wonach 81 Prozent der Befragten die Politik des eige-

nen Landes auf einem vollkommen falschen Weg sehen. Das schlechteste Ergebnis seit der ersten Erhebung Anfang der 1990er Jahre. Anfang 2002 waren es nur 32 Prozent. Das Meinungsbild in den USA hat sich seitdem nahezu komplett gewandelt.

Leider ist es mir aus Platz- und Zeitgründen nicht gelungen, detailliert auf die ungeheuerliche Klimapolitik der Bush-Administration zu sprechen zu kommen. Während sich alle Experten rund um den Erdball einig sind, der UNO-Klimareport in mehreren Teilen ebenso vor dramatischen Konsequenzen warnt, hat die Bush-Regierung es geschafft, eines der größten Naturschutzgebiete, Alaska, für die Erdölgewinnung anzuzapfen und boykottierte nebenher internationale Bestimmungen für den Klimaschutz, etwa das berühmte Kyoto-Protokoll. Selbst der Hurrikan Katrina, der New Orleans nahezu dem Erdboden gleich machte, sorgte auf höchster Ebene nicht für Umdenken. Washington lebte in den vergangenen acht Jahren scheinbar auf einem völlig anderen Planeten. Die Konsequenzen dieses Handelns werden kommende Regierungen ausbaden müssen. Der 11. September und Hurrikan Katrina könnten hierfür nur die Vorboten gewesen sein.

Wenn im Januar 2009 ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin in das Weiße Haus einzieht, wird sich einiges ändern. Egal, ob es John McCain von den Republikanern, Hillary Clinton oder Barack Obama von den Demokraten ist. Während sich Clinton und Obama, die bei Fertigstellung dieses Buchs sich noch immer ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur lieferten, eindeutig für einen Abzug der Truppen aus dem Irak einsetzen, hält McCain eine weitere Stationierung für zwingend notwendig. Dennoch unterscheidet sich der Politikstil McCains stark von der Bush-Administration, weshalb er vom rechten Flügel der Partei auch nicht der gewünschte Präsidentschaftskandidat ist. Barack Obama, der Aufsteiger des Jahres, den viele bereits als zweiten Kennedy anpreisen, hat sich, im Gegensatz zu McCain und der Parteifreundin Clinton, von Anfang an, auch schon zu der Zeit als es noch vollkommen unpatriotisch war, entschieden gegen den Irak-Krieg ausgesprochen. Diese Tatsache bringt ihm beim amerikanischen Volk viele Sympathien ein, ebenso wie seine junge und dynamische Art, die seine schwarze Hautfarbe für die meisten Amerikaner vergessen macht. Ihm traut man am ehesten zu, das Land wieder zu vereinen und das Ansehen in der Welt zu steigern. Dabei bewegt sich Obama, gerade was die Außenpolitik angeht, auf Neuland. Dies wiederum spielt der Ex-First Lady Hillary Clinton in die Hände, die ihre jahrzehntelange Politikkenntnis und die wirtschaftlichen Boomjahre in den 1990ern unter ihrem Mann in die Wagschale wirft. Sie strahlt eine gewisse Zuverlässigkeit aus. Die Amerikaner wissen, was sie an ihr haben und von ihr erwarten können. Obama-Anhänger sehen in einer Wahl Clintons dagegen einen Rückschritt. Eines ist jedoch sicher: Egal, ob Clinton oder Obama, mit

einem Sieg der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen im November 2008 werden wir Zeitzeugen eines neuen Amerikas. Entweder wird Clinton die erste Präsidentin oder Obama der erste schwarze Präsident, der im Oval Office des Weißen Hauses Platz nehmen wird. Vielleicht gelingt es aber auch dem 71-jährigen McCain, das Ruder für die Republikaner noch einmal umzureißen und damit dem aktuellen amerikanischen Meinungsbild zu trotzen.

Bush geht, jemand neues kommt. Doch wird dadurch gleich alles besser? Sicher nicht. Sowohl Clinton als auch Obama setzen auf eine stärkere Beteiligung Europas im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Für Deutschland könnte das bedeuten, dass man weitere Bundeswehrsoldaten abstellen müsste, möchte man es sich nicht sofort mit der neu gewählten US-Regierung verscherzen. Da 2009 aber auch Bundestagswahlen stattfinden, könnte solch eine unbeliebte Entscheidung durchaus problematisch werden. Würde sich die große Koalition für eine Truppenaufstockung entscheiden, könnte dies dem linken Parteienspektrum weitere Wählerstimmen einbringen, eine Absage an die USA aber zu neuen Spannungen in den transatlantischen Beziehungen führen.

Der Truppenabzug aus dem Irak ist für die kommende Regierung auch nicht ohne weiteres zu bewerkstelligen. Es wird nicht ausreichen, die eigenen Truppen nach Hause zu holen und das Land sich selbst zu überlassen. Bis ein genauer Plan festgelegt wurde und stabile Verhältnisse im Irak herrschen, ist die Legislaturperiode schnell vorbei. Und auch das Problem mit dem illegalen Gefangenenlager Guantanamo wird den kommenden Amtsträger schneller aufgetischt werden als ihm womöglich lieb ist. Dafür werden internationale Menschenrechtsorganisationen, zu Recht, schon sorgen.

Ein wirklicher Fortschritt ist bei Umweltthemen zu erwarten. Denn sowohl die demokratischen Kandidaten als auch McCain von den Republikanern wollen sich nach ihrer Wahl für erneuerbare Energien und strenge Grenzwerte für den CO₂-Ausstoss einsetzen. Leider aber bauen alle drei Kandidaten bei ihren Umweltprogrammen auf den Einsatz von Atomkraftwerken. Doch so lange Deutschland auch in den kommenden Jahren den Bau neuer Kohlekraftwerke plant, sollten wir, als selbsternanntes Vorbild, lieber leisere Töne wählen.

Was bleibt am Ende noch festzuhalten? Ist die USA nun etwa das Land des Teufels? Müssen wir bei jedem Biss in einen saftigen Burger ein schlechtes Gewissen haben? Mit Sicherheit nicht. Die in diesem noch jungen Jahrhundert aufkommenden Tendenzen in den USA sind sicherlich besorgniserregend. Allen voran das Erstarken der christlichen Fundamentalisten, deren Wissenschaftsbild uns zurück ins Mittelalter befördern möchte und deren militanter Flügel den „Kampf der Kulturen“ auch in den kommenden Jahren anstacheln wird. Aber die USA wären nicht sie selbst, gebe es nicht auch immer einen demokratischen Gegenpart dazu. Der Schock des 11. Septembers hat für einige

Jahre die Politik und die Medien des Landes gelähmt, in dieser Situation konnte die Bush-Regierung nahezu kritiklos, auf einer Welle des Patriotismus reitend, eine Schandtat nach der anderen begehen.

Gerade die Medien, oft als vierter Grundpfeiler unserer Demokratie verstanden, trifft eine nicht zu unterschätzende Mitschuld. Die US-Regierung hat Militärexperten amerikanischer Fernsehsender beeinflusst, damit sie positiv über den Irakkrieg oder Guantanamo berichteten. Das Pentagon betrachtet die Militärexperten als wichtiges Instrument, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. 75 pensionierte US-Offiziere gehörten demzufolge zum Netzwerk des Pentagons. Sie hatten privilegierten Zugang zu Informationen und führenden Mitgliedern der Streitkräfte und der Regierung. Die Militärexperten traten in allen wichtigen US-Radio- und Fernsehsendern auf.

Als in Dänemark Karikaturen des Propheten Mohammed in einer Tageszeitung auftauchten, da schrieten sie laut nach Presse- und Meinungsfreiheit. Als der türkische Film „*Im Tal der Wölfe*“ die deutschen Kinos erreichte, in dem, anders als in Hollywood, keine deutschen Nazi-Gestalten, Russen, Muslime, Nordkoreaner oder Südamerikaner, sondern US-Amerikaner die Rolle der Bösewichte einnahmen, tobten im Blätterwald Boykottaufrufe, die unter anderem dazu führten, dass die Cinemaxx-Kette den Film nach nur 14 Tagen aus ihrem Programm strich. Zugegeben, die Charaktere im Film wirkten oft überzogen, aber waren sie tatsächlich so fern der Realität? Nach all dem, was im Irak der letzten Jahre passiert ist? Die türkischen Filmemacher haben einfach viel zu gut von Hollywood gelernt und sich derselben Pauschalisierung bedient. Der niederländische Journalist Joris Luyendijk brachte es in einem Bericht über ihn in der Januar 2008-Ausgabe des „*amnesty journal*“ treffend auf den Punkt: „*If it bleeds it leads. Wir machen am liebsten mit Anschlägen, Entführungen. Massakern und Katastrophen auf, denn Blut fesselt das Publikum. Ansonsten muss man die Zahl der Toten durch die Entfernung zum Ort des Geschehens teilen. Tote Weiße sind eher eine Meldung wert als tote Schwarze oder Asiaten, tote Christen eher als tote Nicht-Christen.*“ So funktioniert der Journalismus im 21. Jahrhundert.

Speziell im Fall der USA nach dem 11. September gipfelte die Patriotismuswelle in einer unausgesprochenen Mediendiktatur. Kritische Töne waren nicht nur nicht erwünscht, sie sorgten hier und da auch für Entlassungen und Absetzungen zuvor beliebter Radioprogramme. Diese Zeiten sind vorbei. Gerade Barack Obama gilt als der Hoffnungsträger einer jungen Generation, die sich mit dem aktuellen Bild Amerikas in der Welt nicht mehr identifizieren kann. Umfragen in Deutschland und anderswo zeigen, dass man mit deutlicher Mehrheit ihm die Daumen drückt. Letztendlich aber sind wir nur in der Rolle des Zuschauers und müssen hoffen, dass sich die USA auch dieses Mal selbst heilen wird. Ich bin gespannt und ich bleibe wachsam.

Danksagung

Ein Sachbuch zu verfassen kostet Unmengen an Zeit und es gibt Phasen, da fragt man sich: Lohnt sich das Ganze?

Es gehen Monate, sogar Jahre ins Land, bis alle Recherchen durchgeführt wurden und oftmals, gerade bei tagesaktuellen Themen, fängt man noch einmal von vorne an, nachdem man bereits den Stift zur Seite gelegt hat. Die Jahre nach dem 11. September 2001 waren nicht nur in den USA journalistisch schwierige Jahre. Unter dem Damoklesschwert des Patriotismus haben sich nur wenige unabhängige Journalisten getraut den Blick hinter die Fassade zu richten. Ohne sie gebe es heute keine andere Wahrheit als der mediale Einheitsbrei, der uns Tag für Tag berieselt. Ihnen gehört mein Dank.

Dank Hilfsorganisationen wie das Internationale Rote Kreuz, die Ärzte ohne Grenzen, Human Rights Watch, Amnesty International und viele weitere, haben wir erst vom ganzen Grauen des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus erfahren können. Ihre Helfer sind vor Ort des Geschehens. Dort, wo Hilfe am Allernötigsten ist. Ihnen gehört ebenso mein Dank.

Wenn ein Buch wie dieses geschrieben ist, dann ist in Wirklichkeit erst die Hälfte der Arbeit erledigt. In unzähligen Schritten folgen Korrekturen und Aktualisierungen. Arbeit, die man nicht alleine bewältigen kann. Daher danke ich meinem Freund Ulrich Magin für die vielen Stunden, die er sich genommen hat, um meine Texte zu korrigieren. Ohne ihn gäbe es dieses Buch nicht.

Am Ende gilt mein Dank auch Ihnen. Nicht, weil sie sich ausgerechnet für dieses Buch entschieden haben, sondern vielmehr dafür, dass sie sich für diese Themen entschieden haben. In unserer Spaßgesellschaft ist das nicht mehr so selbstverständlich. Sie sind etwas Besonderes, bleiben Sie so.

Quellen

Verwendete Quellen, die nicht bereits explizit im Text erwähnt wurden.

Literatur

- Blum, William: „Der Schurkenstaat“, Kai Homilius Verlag, Berlin 2006
- Braml, Josef: „Amerika, Gott und die Welt“, Matthes & Seitz Berlin Verlags GmbH, Berlin 2005
- Brisard, Jean-Charles: „Die verbotene Wahrheit“, Pendo Verlag, Zürich 2002
- Bröckers, Mathias: „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.“, Zweitausendeins, Frankfurt am Main 2002
- Bröckers, Mathias: „Fakten, Fälschungen und die unterdrückten Beweise des 11.9.“, Zweitausendeins, Frankfurt am Main 2003
- Clarke, Richard A.: „Against All Enemies“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2004
- Corn, David: „Die Lügen des George W. Bush“, Wilhelm Heyne Verlag, München 2004
- Erni, Stéphanie: „CIA-Folter mitten in Deutschland!“, Mysteries-Magazin, Ausgabe Nr. 4 Juli/August 2007
- Fielding, Nick: „Masterminds of Terror“, Europa Verlag, Hamburg 2003
- Gilbert, Gustav M.: „Nürnberger Tagebuch“, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2004
- Grey, Stephen: „Das Schattenreich der CIA“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006
- Hatfield, James H.: „Das Bush-Imperium“, Atlantik-Verlag 2002
- Hersh, Seymour M.: „Die Befehlskette“, Rowohlt Verlag, Reinbek 2004
- Klein, Naomi: „Die Schock-Strategie“, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2007
- Koch, Egmont R.: „Die CIA-Lüge“, Aufbau Verlagsgruppe, Berlin 2008
- Leyendecker, Hans: „Die Lügen des Weißen Hauses“, Rowohlt Verlag, Reinbek 2004
- McCoy, Prof. Alfred: „The politics of heroin“, Lawrence Hill & Co 1991
- Moore, Michael: „Stupid White Men“, Piper Verlag, München 2002
- Moore, Michael: „Volle Deckung, Mr. Bush“, Piper Verlag, München 2003
- Patai, Raphael: „The arab mind“, Hatherleigh Press 2007
- Pilz, Peter: „Mit Gott gegen alle“, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2003
- Prätorius, Rainer: „In God We Trust“, Verlag C.H. Beck, München 2003
- Rose, David: „Guantanamo Bay“, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2004

Scahill, Jeremy: „Blackwater“, Verlag Antje Kunstmann, 2008
Schölzel, Arnold: „Das Schweigekartell“, Kai Homilius Verlag, Berlin 2002
Solomon, Norman: „Angriffsziel Irak“, Wilhelm Goldmann Verlag, München 2003
Stiglitz, Joseph E.: „The three trillion Dollar war“, B&T 2008
Tilgner, Ulrich: „Der inszenierte Krieg“, Rowohlt Verlag, Berlin 2003
von Sponeck, Hans: „Irak – Chronik eines gewollten Krieges“, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2003
Weaver, Mary Anne: „A portrait of egypt“, Farrar Straus & Giroux 1998
Willemsen, Roger: „Hier spricht Guantanamo“, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2006
Wisniewski, Gerhard: „Operation 9/11“, Knauer Taschenbuch Verlag, München 2003
Woodward, Bob: „Bush at war“, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2003

WorldWideWeb (www)

Akerhaug, Lars: „Gefoltert in Abu Ghraib“, www.globale-gleichheit.de
Ehlers, Kai: „Unter den US-Schirm kriechen oder nicht?“, www.uni-kassel.de
Gebauer, Matthias: „Die dunkle Seite des Anti-Amerikaners“, www.spiegel.de
Gruber, Peter: „Haditha-Massaker: Mit voller Absicht erschossen“, www.focus.de
Kleine Brockhoff, Thomas: „Die Toten von Haditha“, www.zeit.de
Krauel, Torsten: „Wenn sich die US-Armee wie die Mafia anfühlt“, www.welt.de
Kreickenbaum, Martin: „Amnesty International legt neue Details über US-Geheimgefängnisse vor“, www.wsws.org
Litowkin, Viktor: „Zurück in den Kalten Krieg?“, www.uni-kassel.de
Nowak, Peter: „Mehrere EU-Länder haben CIA-Verschleppungen akzeptiert und verschleiert“, www.heise.de
Richter, Alexander: „Guantanamo-Flüge wurden auch in Stuttgart geplant“, www.tagesschau.de
Rötzer, Florian: „Zeuge berichtet von Abu Ghraib“, www.heise.de
Schwarz, Peter: „Bundeskanzlerin Merkel deckt illegale CIA-Praktiken“, www.wsws.org
Standke, Olaf: „Raketennpläne der USA: Sternenkrieg in Jince“, www.uni-kassel.de
Faz.net: „CIA-Gefängnisse per Satellit entlarven“
Faz.net: „Folterfotos aus Abu Ghraib“
Spiegel.de: „Geheimdienst findet Beleg für CIA-Gefängnisse in Europa“
Spindoktor.de: „CIA und ihre Gefangenen fliegen auf Frankfurt“

Stern.de: „Untersuchungsbericht: US-Geheimdienste an Folter beteiligt.“, 26.
August 2004
Tagesschau.de: „Der Fall Khaled al Masri“
Tagesschau.de: „Al Masri wird auf Schuldfähigkeit untersucht“
Tagesschau.de: „Angeblich 437 CIA-Flüge über Deutschland“
Wikipedia.org: Abu-Ghraib-Gefangnis
Wikipedia.org: Haditha

Onlinearchive der im Buch aufgeführten Zeitungen und Magazin; u.a. New
York Times, Spiegel, Washington Post, Le Figaro, Süddeutsche Zeitung, Los
Angeles Times.

Sonstige

Amnesty International: Deutsche Geheimdienste und BKA decken Entführung
von Deutschem in ein syrisches Foltergefängnis
Amnesty International: „Below the radar: Secret flights to torture and 'disap-
pearance“; April 2005
Deutsche Presseagentur: 06. September 2006 „Bush gibt geheime CIA-
Gefängnisse zu“